Seit 1996 ÖSTERREICH JOURNAL
Das Magazin für Osterreicher in aller Welt

Ausg. Nr. 158 • 31. Oktober 2016
Unparteiisches, unabhängiges Monatsmagazin speziell für Österreicherinnen und Österreicher in aller Welt in vier verschiedenen pdf-Formaten
http://www.oesterreichjournal.at

Stefan Sagmeister ist Auslandsösterreicher des Jahres



Foto: Roland Pirker

Auslandsösterreicher-Weltbund-Präsident Gustav Chlestil (r.) überreichte Stefan Sagmeister im Rahmen eines großen Festakts im Montforthaus im Vorarlberger Feldkirch die Urkunde zu seiner Auszeichnung zum Auslandsösterreicher des Jahres 2016,

Nahezu 500.000 PaßösterreicherInnen und rund eine Million Menschen österreichischer Abstammung – sogenannte „HerzenösterreicherInnen" – leben über die ganze Welt verstreut; in diesem Zusammenhang wird daher zu Recht vom „Zehnten Bundesland" gesprochen. Um die Verbindung mit der alten Heimat nicht abreißen zu lassen, wird vom Auslandsösterreicher-Weltbund (AÖWB) alljährlich und jeweils in einem anderen Bundeslandein Treffen organisiert.

Die diesjährige, 65. Tagung, wurde vom 1. bis 4. September in der Vorarlberger Stadt Feldkirch abgehalten. An die 300 Landsleute aus allen Kontinenten hatten diesmal teils weite Reisen in Kauf genommen, um an der Generalversammlung teilzunehmen und andere Landsleute wiederzusehen. Der Hauptzweck des Treffens ist der Kontakt mit Österreich im allgemeinen und den Bundesländern im besonderen, die Veranstaltung dient auch der Abstimmung politischer, kultureller und strategischer Ziele des AÖWB sowie der Definition von Serviceleistungen für die im Ausland lebenden ÖsterreicherInnen.

Lesen Sie weiter auf der Seite 47 ➢

Sie sehen hier die Variante A4 mit 300 dpi und hoher Qualität von Bildern und Grafiken

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

wir haben uns entschlossen, einmal jährlich – und das im Herbst – zwei Magazinausgaben zusammenzuziehen. Nun kommen wir also mit der Ausgabe 158 zu Ihnen, in der Sie auch wichtige Beiträge aus dem September finden werden.

Auf 35 Seiten berichten wir diesmal ausführlich über die Tagung des Auslandsösterreicher-Weltbunds, die heuer in der Vorarlberger Stadt Feldkirch abgehalten wurde. Und natürlich auch über den Auslandsösterreicher des Jahres 2016, den in New York lebenden Grafiker und Designer Stefan Sagmeister.

Liebe Grüße aus Wien

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 158

NR-Präsidentin besuchte Israel 3
UN-Flüchtlingsgipfel in New York 8
Resolution vom UNO-Menschenrechtsrat einstimmig angenommen 9
Mehr als 6,3 Mio. Asylanträge 10
Staatsbürgerschaft, Einbürgerung 12
Rang 19 im Standort-Ranking 15
Auslandsunternehmen 2014 17
WIFO: Mittelfristige Prognose 18
Auslandskulturtagung 2016 – VERNETZEN! Rund um die Welt. 19
Int. Raumfahrt-Community zu Gast 23
EU-Regionalpolitik nach 2020 24
Vorarlberg in Berlin 26
Vom Kahlenberg nach Dubai 29
Defiant Requiem: Verdi in Terezín 30
USA, England und Israel… 31
»Die Gerechten – Courage ist eine Frage der Entscheidung« 32
»Arnold Schönberg – Peindre l'âme« 33
XV. Paralympics in RIO 2016 34
Österreich, Europa und die Welt – Kurzmeldungen 35
Weltbund-Tagung 2016 vom 1. bis 4. September 2016 in Feldkirch 47
Nationalfeiertag 2016 83
Bundespräsidenten-Stichwahl 85
PolitikerInnen brauchen Mut, das Notwendige zu tun 87
Die Rolle des Bundesheeres wird gestärkt 88
»Burgenland Journal«
Wirtschaftlich-touristischer Gedankenaustausch 89
Ägyptens Energieminister auf Arbeitsbesuch im Burgenland 92
Regierungsklausur in Oslip 93
NÖ:Höchstes Ehrenzeichen des Landes für LH Niessl 94
Apothekerkammer-Präsident bei LH Niessl 94
Kurzmeldungen 95
Eisenstadt: GEMEINSAM.SICHER 97
407 Kilometer ohne Auto 97
Wieder Ausgrabungsfunde in Mattersburg 98
Kurzmeldungen 99
Weihnachten mit den Hochzeitsbäckerinnen 102
Bühne Burgenland: gemeinsam erfolgreich! 103

Südtirol: Alemagna, Flüchtlinge, Master 104
Turbo für heimische Wirtschaft 105
Weiter auf Wachstumskurs 107
Kaum Änderungen bei Angebot und Nachfrage im Kreditgeschäft 108
Die neue Linzer Donaubrücke 109
Chronik-Kurzmeldungen 111
Kulturminister Drozda ehrt Harald Sicheritz 112
Republik ehrt Kolping-Präsidentin Christine Leopold 112
NÖ: Höchstes Ehrenzeichen des Landes für LH Niessl 113
Landesauszeichnung für die Fidelen Mölltaler zum Abschied 113
LH Platter dankt Heinz Fischer für dessen Engagement 114
Goldener Rathausmann für Professor Franz Bileck 114
Friedhof der Namenlosen 115
Maßgeschneiderte Bausteine des Lebens 117
Quantenboost für künstliche Intelligenz 118
Blüten gaukeln Insekten Sonntagsbraten vor 119
Virtuell und 360° 120
Europas modernstes Pumpspeicherkraftwerk 122
300 Jahre Maria Theresia - Strategin – Mutter – Reformerin 124
Belvedere: Ist das Biedermeier? 129
Albertina: Film-Stills 132
Das Wohnzimmer der Familie Glück 135



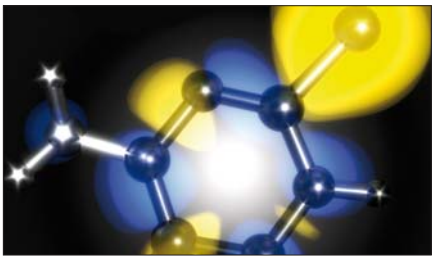
Auslandskulturtagung 2016 **S 19**



Nationalfeiertag 2016 **S 83**



Die neue Linzer Donaubrücke **S 109**



Maßgeschneiderte Bausteine d. Lebens S 117



300 Jahre Maria Theresia **S 124**

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos BMEIA / Niko Havranek; Parlamentsdirektion / Johannes Zinner; Rendering: Marc Mimram; Universität Wien, Sebastian Mai; Hertha Hurnaus für Schloß Schönbrunn Kultur- und Betriebsges.m.b.H.

Österreich, Europa und die Welt

NR-Präsidentin besuchte Israel

Nationalratspräsidentin Doris Bures absolvierte vom 23. bis 27. September ein umfangreiches Besuchsprogramm und führte Gespräche mit österreichischen Überlebenden der Shoah in Jerusalem.



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

v.l.: Amir Peretz, Vorsitzender der israelisch-österreichischen parlamentarischen Freundschaftsgruppe, Nationalratspräsidentin Doris Bures, Yuli-Yoel Edelstein, Sprecher der Knesset, und Botschafter von Österreich in Israel, Martin Weiss

Vor 60 Jahren nahmen Österreich und Israel diplomatische Beziehungen auf. Das seit 1950 bestehende österreichische Konsulat in Tel Aviv wurde im März 1956 in eine Gesandtschaft umgewandelt, womit die formellen diplomatischen Beziehungen aufgenommen wurden. 1959 wurde eine Botschaft eingerichtet, die Akkreditierung des ersten österreichischen Botschafters Ernst Luegmayer fand am 3. September 1959 statt. Der Besuch von Nationalratspräsidentin Doris Bures stellte den Höhepunkt des Besuchsaustauschs im 60. Jahr der bilateralen Beziehungen dar. Bures war am 23. September angereist und hatte ein dichtes Programm zu absolvieren.

Am 25. September besuchte sie das bekannte Museums „Haus der Ghettokämpfer“ (Beit Lochamei haGeta’ot) im nördlich der historischen Hafenstadt Akko gelegenen



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Im »Ghetto Kämpfer Museum« (v.l.): Österreichs Botschafter Martin Weiss, Nationalratspräsidentin Doris Bures, Dolmetscherin, Adalbert Wagner und Parlamentsdirektor Harald Dossi

Österreich, Europa und die Welt

Kibbutz Lochamei haGeta'ot. Es widmet sich vor allem der Erinnerung an den organisierten Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Im „Center for Humanistic Education", das mit dem Museum eng zusammenarbeitet, führte Bures ein Gespräch mit dem Direktor der Bildungseinrichtung, dem Historiker Yariv Lapid. Der leitete von 2007 bis 2013 den Aufbau der Vermittlungsabteilung an der Gedenkstätte Mauthausen und war dort maßgeblich für die Entwicklung eines neuen, am Dialog mit den BesucherInnen orientierten Konzepts tätig.

Die Nationalratspräsidentin zeigte vor allem Interesse für die Programme des Instituts, die sich an Jugendliche aus allen Bevölkerungsgruppen Israels richten. Das Bildungszentrum widmet sich neuen Zugängen in der Vermittlung von zeitgeschichtlichem Wissen zur Shoah und will damit das Demokratieverständnis und den Einsatz für Menschenrechte fördern.

„Die jungen Menschen von heute haben die Zukunft in der Hand. Sie entscheiden, ob ein friedliches Zusammenleben möglich ist", betonte Bures die Notwendigkeit, Zeitgeschichte den Jugendlichen in einer sie ansprechenden Form nahe zu bringen. „Nur so kann auch vermittelt werden, daß Respekt vor dem anderen, Toleranz und soziale Verantwortung wichtige Grundlagen der Demokratie sind."

Treffen mit österreichischen Überlebenden der Shoah

In ihrer Eigenschaft als Kuratoriumsvorsitzende des Nationalfonds folgte die Nationalratspräsidentin der Einladung von Gideon Eckhaus, Präsident der Organisation „Zentralkomitee der Juden aus Österreich in Israel und Vereinigung der Pensionisten aus Österreich in Israel" nach Jerusalem. Im „Österreichischen Club" hatte Bures die Gelegenheit, mit Überlebenden der Shoah und ihren Nachkommen persönliche Gespräche zu führen.

Dabei unterstrich sie die Bedeutung des Nationalfonds als Ausdruck dafür, daß Österreich nach Jahrzehnten des Schweigens endlich tätig wurde und sich zu seiner historischen Verantwortung bekannte und bekennt. Die Arbeit des Fonds hat, so Bures, aber auch einen wesentlichen Beitrag zum Wandel des historischen Bewußtseins in Österreich beigetragen. „Daß im Laufe der Jahre so viele Menschen – fast 30.000 – die ausgestreckte Hand angenommen haben, ist nicht selbstverständlich und zeugt von menschlicher Größe", bedankte sich Bures bei den





Die Nationalratspräsidentin beim Treffen mit österreichischen Holocaust-Überlebenden im »Österreichischen Club« in Jerusalem …



… und mit dem Fotografen David Rubinger

Fotos: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Österreich, Europa und die Welt



Aussprache in den Räumlichkeiten der Knesset zwischen Nationalratspräsidentin Doris Bures (links) und dem Sprecher der Knesset, Yuli-Yoel Edelstein (2. von rechts)

Überlebenden. „Es bleibt weiterhin unsere Aufgabe, an der Brücke zu den ehemaligen Österreicherinnen und Österreichern und deren Nachkommen zu bauen. Wir wollen persönliche Kontakte pflegen, sie unterstützen, wo es möglich ist, egal ob sie hier leben oder anderswo auf der Welt."

Die Nationalratspräsidentin versicherte den Anwesenden, daß ihr Vertrauen in das Österreich von heute auch künftig nicht enttäuscht werde: „Ihr Schicksal und das Ihrer Familien sind und werden nicht vergessen. Jede und jeder von Ihnen ist, auch wenn Sie heute hier in Israel leben, ein wichtiger Teil Österreichs und seiner Geschichte."

Treffen mit dem Präsidenten der Knesset, Yuli-Yoel Edelstein

Am 26. September traf die Nationalratspräsidentin den israelischen Parlamentspräsidenten Yuli-Yoel Edelstein in der Knesset zu einem Arbeitsgespräch. In dessen Mittelpunkt standen die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Israel, die heuer vor 60 Jahren aufgenommen wurden. Auch Themen der historischen Verantwortung Österreichs wurden dabei nicht ausgespart. Die österreichische Bures versicherte, daß Österreich auch weiterhin alle Anstrengungen unternehmen wird, die Erinnerung an die Shoah und die historische Verantwortung Österreichs wachzuhalten. Da es immer weniger Zeitzeugen gebe, gelte es auch, neue Wege zu finden, um nachkommenden Generationen das Geschehene zu vermitteln.

Bures nutzte ihren Israel-Aufenthalt auch, um sich ein Bild der High-Tech-Nation Israel zu machen und versicherte ihrem Amtskollegen zudem, in Österreich für eine Verstärkung der Zusammenarbeit im Forschungs- und Technologiebereich zu werben. In Bereichen wie der Umwelt- oder der Energietechnologie böten sich viele Anknüpfungspunkte.



Die Nationalratspräsidentin trägt sich in das Gästebuch der Knesset ein.

Zentrales Thema des Gesprächs waren außerdem die Flüchtlingsbewegungen nach Europa und die damit verbundenen Herausforderungen im Bereich der Integration, insbesondere vor dem Hintergrund, daß viele Länder der EU noch immer mit den Folgen der Finanzkrise zu kämpfen hätten. Dies böte leider extremen Gruppierungen europaweit einen Nährboden. Präsident Edelstein informierte in diesem Zusammenhang über die Jahrzehnte lange Erfahrung Israels in der Integration von Menschen aus unterschiedlichsten Kulturen.

Schließlich wurden Möglichkeiten einer weiteren parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen dem Nationalrat und der Knesset erörtert. Das erste Treffen der beiden PräsidentInnen fand im Herbst 2014 in Wien statt.

Austauschprogramm für Jugendliche unter Schirmherrschaft des österreichischen Parlaments

Anschließend traf die Nationalratspräsidentin zu einem Gespräch mit dem Knesset-Abgeordneten und Vorsitzenden der israelisch-österreichischen parlamentarischen Freundschaftsgruppe Amir Peretz (Arbeiterpartei) zusammen. Ergebnis dieses Gesprächs ist die konkrete Absicht, ein Austauschprogramm für Jugendliche unter der Schirmherrschaft des österreichischen Parlaments zu etablieren. An diesem Projekt der politischen Bildung sollen österreichische sowie jüdische und palästinensische Jugendliche aus Israel teilzunehmen.



Fotos: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Die Nationalratspräsidentin und der Vorsitzende der israelisch-österreichischen parlamentarischen Freundschaftsgruppe Amir Peretz

Österreich, Europa und die Welt



Fotos: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsidentin Doris Bures und Botschafter Martin Weiss legten in der »Halle der Erinnerung« einen Kranz nieder.



Besichtigung der Gedenkstätte Yad-Vashem

Yad Vashem: Erinnerung wachhalten ist Verantwortung

Am Nachmittag besuchte Bures auch die Gedenkstätte Yad Vashem. Nach einem Rundgang durch die Gedenkstätte legte die Kuratoriumsvorsitzende des Nationalfonds einen Kranz im Gedenken an die Opfer der Shoah nieder.

„Nicht im Vergessen, sondern im Erinnern liegt das Geheimnis der Erlösung“, hatte die Nationalratspräsidentin am Vortag anläßlich des Zusammentreffens mit Überlebenden der Shoah einen Ausspruch des Baal Schem Tov zitiert: „Die Erinnerung an das Unfaßbare der Shoah wachzuhalten, gebietet nicht nur unsere historische Ver–antwortung“, sagte Bures. „Wir müssen alle Kräfte bündeln – vor allem in der Politik und in den Bildungsinstitutionen –, um das Bewußtsein und die Sensibilität der jungen Menschen zu schärfen. Nur so können wir die Forderung ‚Nie wieder!‘ erfüllen und trotz großer Herausforderungen das Miteinander in der Gesellschaft stärken.“

Bures würdigt Engagement von Gedenkdienstleistenden

Anschließend an die Zeremonie in Yad Vashem traf die Nationalratspräsidentin mit einer jungen Österreicherin zusammen, die in Israel Gedenkdienst leistet. „Der Gedenkdienst ist ein wichtiges Zeichen gegen das Vergessen“, sagte Bures. „Das Engagement der Gedenkdienstleistenden stellt einen un–schätzbaren Beitrag zur Aufarbeitung eines der dunkelsten Kapitel unserer jüngeren Geschichte dar. Es erfüllt mich mit großem Stolz, junge Österreicherinnen und Österreicher zu sehen, die aus tiefer innerer Überzeugung diese wichtige Erinnerungsarbeit leisten.“

Besonders freute sie sich über die junge Österreicherin im Gedenkdienst, nachdem es für Frauen erst seit dem Vorjahr die Möglichkeit gibt, an Holocaust-Gedenkstätten ihren Freiwilligendienst zu leisten. Diese Reform des Gesetzes über Auslandsfreiwilligendienste war laut Bures ein längst überfälliger Schritt.

„Im Kampf gegen jede Form von Rassismus, Gewalt und Diskriminierung spielten Frauen schon immer eine wichtige Rolle“, betonte die Nationalratspräsidentin.

Gedenktafel für Barbara Prammer

Am Tag ihrer Abreise, dem 27. September, enthüllte die Nationalratspräsidentin eine Gedenktafel für die 2014 verstorbene Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. Die Tafel an einer Schule in Rechovot wurde von der Frauenorganisation WIZO (Women’s International Zionist Organisation) organisiert, der Prammer in ihrer Amtszeit sehr verbunden war.

Österreich, Europa und die Welt

Bures würdigte in diesem Zusammenhang die karitative Tätigkeit von WIZO, die ganz im Sinne ihrer Vorgängerin sei, so Bures. „Barbara Prammer hat eine solidarische und soziale Gesellschaft als wichtiges Fundament für die Demokratie angesehen“, sagte Bures. „Barbara war großartig. Als Politikerin, als Sozialdemokratin und als Mensch. Sie hat viel erreicht und auch vieles für uns auf den Weg gebracht. Mit ihrem politischen Credo wird Sie uns in steter Erinnerung bleiben: engagiertes und konsequentes Eintreten für soziale Gerechtigkeit, dort anzusetzen, wo es die Schwächeren stützt.“ Die Projekte von WIZO würden dort eingreifen, wo es diesen Ausgleich noch brauche, und damit einen Beitrag zur Gerechtigkeit leisten, betonte Bures.

Ein besonderer Programmschwerpunkt des Besuchs war der Wissenschafts- und Forschungsbereich. Das High Tech-Land Israel nimmt seit vielen Jahren eine herausragende internationale Stellung in der Grundlagen–forschung ein.

Am letzten Tag ihres Aufenthalts besichtigte die Nationalratspräsidentin daher eine der prestigeträchtigsten Forschungseinrichtungen der Welt, das Weizmann-Institut für Wissenschaften in Rechovot. Das multidisziplinäre Institut für naturwissenschaftliche Forschung und Ausbildung ist ein wichtiger Faktor der innovativen Forschung und Entwicklung des Mittelmeerstaates, vor allem im Bereich der Grundlagenforschung. Be–reits zwei Tage zuvor hatte Bures die renommierte Technion, die Technische Universität Israel in Haifam besucht ■

http://www.parlament.gv.at

Quelle: Parlamentskorrespondenz



Doris Bures und Hava Bugajer (r.), Präsidentin WIZO Österreich, enthüllen eine Gedenktafel zu Ehren der verstorbenen Nationalratspräsidentin Barbara Prammer



Fotos: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Die Nationalratspräsidentin traf auch den Präsidentendes Weizmann Instiituts, Daniel Zajfman

Nationalratspräsidentin beim Begräbnis von Shimon Peres

In ihrer Funktion als Vorsitzende des Kollegiums in Ausübung der Amtsgeschäfte des Bundespräsidenten vertrat Nationalratspräsidentin Doris Bures am 30. September, also nur wenige Tage nach ihrem Besuch in Israel, Österreich beim Begräbnis des ehemaligen israelischen Staatspräsidenten und Friedensnobelpreisträgers Shimon Peres. Sie wurde dabei vom früheren Bundespräsidenten Heinz Fischer begleitet, der Peres jahrzehntelang freundschaftlich verbunden war. „Ein ganz Großer ist von uns gegangen. Peres hat sich in verschiedenen politischen Funktionen nicht nur beständig für die Sicherheit seines Landes, sondern auch für den friedlichen Ausgleich mit dem palästinensischen Volk und den Nachbarländern Israels eingesetzt. Er war in diesen Bemühungen unermüdlich und ist dafür auch mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Sein Wirken bleibt Beispiel und Auftrag für alle, die sich für Frieden und Versöhnung einsetzen.“ Dem israelischen Volk drückt die österreichische Bures ihre tief empfundene Anteilnahme aus. ■

http://www.parlament.gv.at

Quelle: Parlamentskorrespondenz



Fotos: Parlamentsdirektion / Peter Lechner

UN-Flüchtlingsgipfel in New York

Bundeskanzler Kern: »Müssen die Ursachen bekämpfen« – Außenminister Sebastian Kurz: »Betroffenen Länder dürfen nicht allein gelassen werden«

Bundeskanzler Christian Kern hat am 20. September beim ersten UN-Flüchtlingsgipfel in New York gefordert, die Ursachen der Migrationsbewegungen bei ihren Wurzeln zu bekämpfen. Zu diesem Zweck schlug er einen „Marshall Plan“ für Afrika vor.

Im Interesse sowohl der MigrantInnen als auch der Zielländer müßten illegale Wanderbewegungen gestoppt werden, sagte Kern in seiner Rede im UNO-Hauptquartier. Dabei müßten Menschenrechte und internationale Gesetze eingehalten werden. Während die illegalen Routen unterbunden werden müßten, sollten gleichzeitig legale Wege geschaffen werden, um Menschenleben zu retten. Die Vereinten Nationen spielten bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems eine große Rolle, betonte Kern: „Einzelne Länder können diese Last nicht alleine schultern.“

Die bereits vor dem UNO-Gipfel ausgehandelte „New Yorker Erklärung“ beinhaltet ein Bekenntnis zur Solidarität und Lastenteilung sowie zur internationalen Zusammenarbeit zur Gewährung einer sicheren, geordneten und legalen Migration unter Achtung der Menschenrechte. Die „geteilte Verantwortung“ und internationale Kooperation bei der Bewältigung großer Flüchtlings- und Migrationsbewegungen wurde in dem Dokument ebenso verankert wie die Betonung völkerrechtlicher Verpflichtungen sowie der „Rückübernahmepflicht eigener Staatsbürger“ sowie ein korrespondierendes Recht auf Rückkehr.

Im Rahmen des „Leader’s Summit“, den US-Präsident Barack Obama im Rahmen der UNO-Generaldebatte einberufen hatte, hat Bundeskanzler Kern einen „Marshall Plan for Africa“ zur Bewältigung der Flüchtlingskrise vorgeschlagen. Eine nachhaltige Lösung dürfe nicht nur momentane Abhilfe umfassen, vielmehr müsse sie die Ursachen der Migration bekämpfen, so Kern. In Anlehnung an den „Marshall Plan“, mit dem nach dem Zweiten Weltkrieg der Wiederaufbau Europas in Angriff genommen worden war, forderte Kern private und öffentliche Investitionen in den afrikanischen Heimatländern vieler MigrantInnen, um ihnen dort neue Chancen auf der Basis von Frieden und Wohlstand zu bieten. Auch Österreich solle dafür einen Beitrag leisten. Ziel müsse es sein, „jetzt und gemeinsam zu handeln“, sagte Kern.



Foto: BMEIA / Dragan Tatic

Trafen im Rahmen des UN-Flüchtlingsgipfels in New York zusammen (v.l.): Bundeskanzler Christian Kern, UN-Generalsekretär Abn Ki-Moon und Außenminister Sebastian Kurz

Nach dem Flüchtlingsgipfel, bei dem Kern unter anderem mit Ägyptens Präsident Abdel Fattah al-Sisi zusammengetroffen war, betonte der Kanzler, daß er ein EU-Flüchtlingsabkommen mit Ägypten nach dem Vorbild des Deals mit der Türkei für nötig hält. „Europa muß ein Interesse haben, die Region zu stabilisieren“, sagte Kern. Ägypten habe 91 Millionen Einwohner und nach Angaben Al-Sisis rund fünf Millionen Flüchtlinge, nach UNHCR-Angaben sind es etwas weniger. Der Kanzler unterstütze den Plan der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini, mit Ägypten und den Ländern der Region Abkommen zu schließen. Kern traf auch mit Jordaniens König Abudullah II. zusammen, der in seinem Land nach eigenen Worten 1,4 Millionen Flüchtlinge beherbergt. Auch hier forderte Kern mehr Engagement an Ort und Stelle, ansonsten verstärke man die Abhängigkeit von der Türkei.

Kurz: »Alle Staaten tragen Verantwortung«

Außenminister Sebastian Kurz betonte am 22. September beim UN-Flüchtlingsgipfel, daß es wichtig sei aufzuzeigen, daß alle Staaten dieser Welt eine Verantwortung tragen: „Die betroffenen Länder dürfen nicht allein gelassen werden. Egal, ob es sich nun um Herkunfts-, Transit- oder Zielländer handelt“, so Kurz.

Aus europäischer Sicht müsse der Versuch im Vordergrund stehen, den Zustrom von Flüchtlingen und anderen Migranten zu stoppen, gleichzeitig aber die humanitäre Hilfe auszubauen und die legalen Wege für Migration zu stärken. Kurz wiederholte seine Forderung nach mehr Hilfe an Ort und Stelle: „Mit demselben Geld, das Österreich ein Flüchtling kostet, kann im Libanon 20 von ihnen geholfen werden und in Afrika noch viel mehr.“ Daher hat das Außenamt sein Budget für die humanitäre Hilfe von fünf auf 20 Millionen Euro angehoben. Jenes für die Entwicklungszusammenarbeit soll bis zum Jahr 2021 von 77 auf 154 Millionen verdoppelt werden.

Kurz machte im Rahmen seiner Rede auch darauf aufmerksam, welche Lasten Österreich auf diesem Gebiet schon geschultert habe. „Die Politik der offenen Tür hat im Jahr 2015 immer mehr Menschen dazu ermutigt, die gefährliche Reise über das Mittelmeer anzutreten.“

Der Außenminister wies darüber hinaus die Kritik an den Ländern, die sich weigern, die von der EU vereinbarten Aufnahmequoten für Flüchtlinge zu erfüllen, zurück: „Es ist ein Fehler zu glauben, daß mit der Verteilung die Flüchtlingsfrage gelöst werden kann“, so Kurz. ■

Quellen: SPÖ, ÖVP

Freilassung aller weltweit willkürlich verhafteten Journalisten

Journalisten sind bei ihrer Tätigkeit durch Verfolgung und Gewalt bedroht. Eine von Österreich vorgeschlagene Resolution, die sich international für deren Schutz einsetzt, wurde vom UNO-Menschenrechtsrat einstimmig angenommen.

Nahezu wöchentlich stirbt eine Journalistin, ein Journalist. 2016 waren es bereits 42, die auf Grund ihrer Tätigkeit ihr Leben lassen mußten. Das Internationale Presseinstitut (IPI) geht davon aus, daß seit dem Jahr 2000 mehr als 900 JournalistInnen weltweit aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit ums Leben gekommen sind. Die Zahl jener, die aufgrund ihrer Arbeit attackiert oder bedroht werden, ist aber um ein Vielfaches größer.

„Die Zahl der JournalistInnen, die weltweit Opfer von Übergriffen, von willkürlichen Verhaftungen oder sogar von Morden werden, steigt stark an. Österreich setzt sich daher international für den Schutz von JournalistInnen und gegen die zunehmende Einschränkung der Pressefreiheit ein“, so Aussenminister Sebastian Kurz.

Die Förderung der Sicherheit von JournalistInnen ist für unser Land auf internationaler Ebene eines der zentralen menschenrechtlichen Schwerpunktthemen. Im Rahmen des UN-Menschenrechtsrats, innerhalb der EU, der UN-Generalversammlung, im Europarat, in der OSZE und UNESCO setzt sich Österreichs Diplomatie seit Jahren unermüdlich für den weltweiten Schutz von JournalistInnen sowie für die Verbesserung ihres Arbeitsumfeldes ein.



Foto: U.S. Department of State from United States / Glen Johnson / © Wikipedia / / Cc-by-sa-3.0-at

Ein Blick in den großen Sitzungssaal des UNO-Menschenrechtsrats in Genf, wo am 29. September Österreichs Resolution einstimmig angenommen wurde.

Österreichische Resolution einstimmig angenommen

Jetzt wurde das österreichische Engagement von einem besonderen Erfolg gekrönt: Der UNO-Menschenrechtsrat in Genf nahm am 29. September eine von Österreich eingebrachte umfassende Resolution zur Sicherheit von JournalistInnen an – und das einstimmig. Die Resolution ist der mit Abstand stärkste Text, der je vom UNO-Menschenrechtsrat und der Generalversammlung zu diesem Thema verabschiedet wurde.

Die Resolution zeigt die Gefahren, denen JournalistInnen bei der Ausübung ihres Berufs ausgesetzt sind, deutlich auf und fordert die sofortige und uneingeschränkte Freilassung aller willkürlich verhafteten und inhaftierten JournalistInnen. Sie verurteilt die erzwungene Schließung von und Angriffe auf Medienhäuser auf das Schärfste. Insbesondere unterstreicht der Text auch die speziellen Gefahren, denen JournalistInnen im digitalen Zeitalter ausgesetzt sind. Letztlich fordert die Resolution alle Staaten dazu auf, den journalistischen Quellenschutz, also den Schutz von Informanten, sicherzustellen.

„Die Tatsache, daß die Resolution von mehr als 80 Staaten miteingebracht und im Konsens angenommen wurde, verleiht ihr noch größeres Gewicht“, so der Außenminister. „Wir werden unser Engagement für die Sicherheit von JournalistInnen im Menschenrechtsrat und in anderen internationalen Foren nach diesem erneuten Erfolg weiter fortsetzen.“

Österreich im UN-Menschenrechtsrat

Österreichs Einsatz für JournalistInnen im UN-Menschenrechtsrat hat Tradition: Bereits 2012 hat das Gremium einen diesbezüglichen Antrag unseres Landes angenommen. Der jetzigen Resolution gingen lange Gesprächsrunden voraus; letztlich wurde die offene und transparente Verhandlungsführung Österreichs von den übrigen StaatenvertreterInnen positiv anerkannt – die einstimmige Annahme der Resolution unterstreicht das eindrücklich.

Der UN-Menschenrechtsrat mit Sitz in Genf ist das zentrale Forum der Vereinten Nationen für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte. Er soll Verletzungen von Menschenrechten ansprechen sowie zu ihrer Prävention beitragen. ■

Mehr als 6,3 Mio. Asylanträge in der EU seit 2000

617.290 Asylanträge im ersten Halbjahr 2016 in der EU – Deutschland bleibt wichtigstes Zielland für AsylwerberInnen – Erst 4.890 Flüchtlinge von geplanten 160.000 aus Italien und Griechenland umgesiedelt

Flüchtlingsgipfel haben derzeit Hochkonjunktur: Am 16. September diskutierten die Regierungschefs der EU in Bratislava über die Lage der EU, unter anderem über das weitere Vorgehen in puncto Asyl. Am 19. September fand erstmals ein Flüchtlings- und Migrationsgipfel der Vereinten Nationen in New York statt. Ein Tag später folgte ein von US-Präsident Barack Obama initiierter Gipfel zu diesem Thema. Am 24. September trafen die Regierungschefs der Länder einander, die an der sogenannten Balkanroute liegen – inklusive Griechenland und zusätzlich Deutschland – auf Einladung von Bundeskanzler Christian Kern in Wien, um das weitere Vorgehen zu diskutieren.

Im ersten Halbjahr 2016 erreichten die EU 617.290 Asylanträge, der Großteil davon wurde in Deutschland registriert (370.445). In Österreich stellten im ersten Halbjahr 2016 25.600 AsylwerberInnen einen Antrag. Die Medien-Servicestelle Neue ÖsterreicherInnen (MSNÖ) faßt die aktuellen Entwicklungen im Asylbereich zusammen.

Seit 2000 mehr als 6,3 Mio. Asylanträge in EU

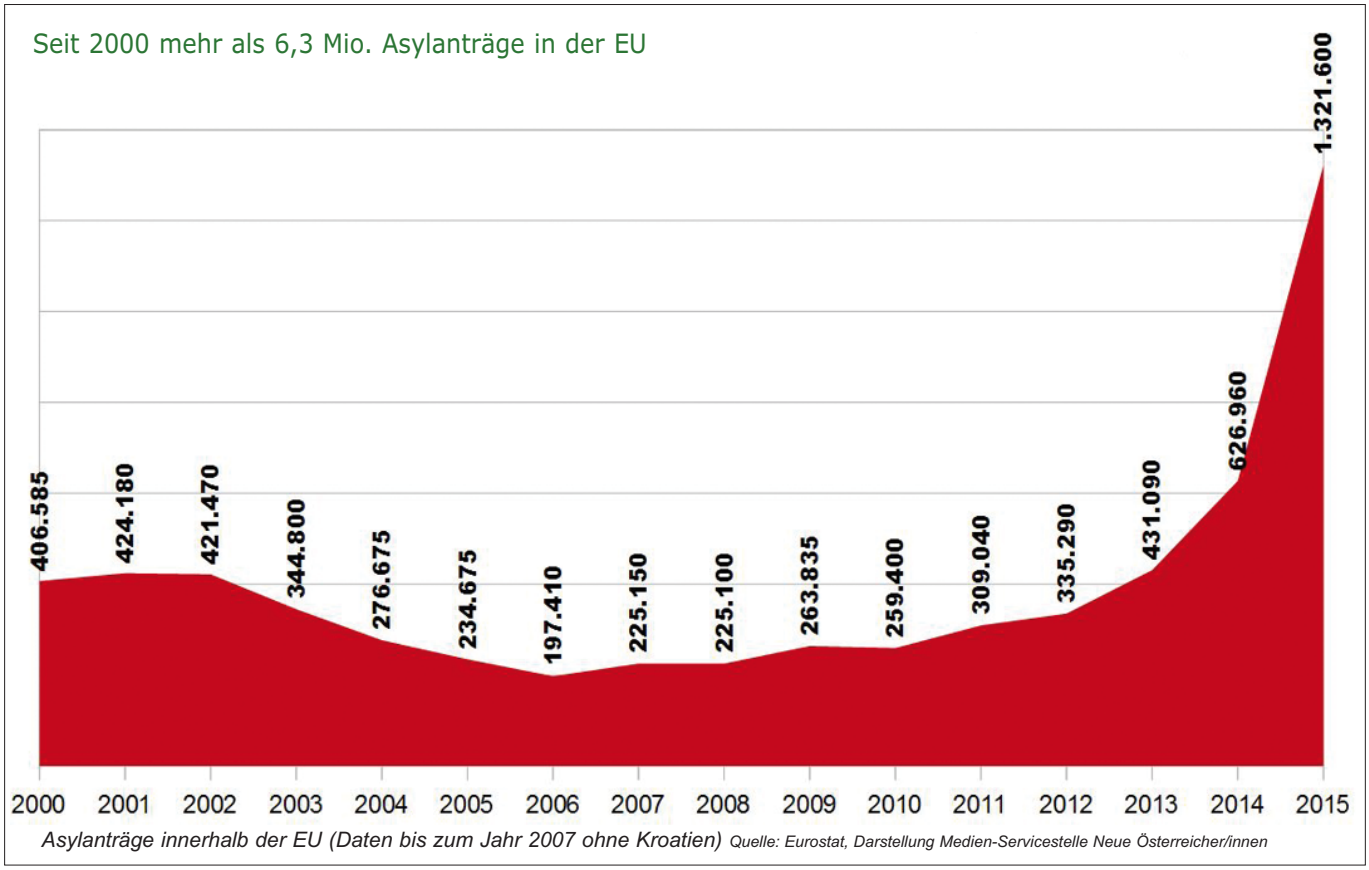
Im Zeitraum 2000 bis 2015 gingen insgesamt 6.303.260 Asylanträge innerhalb der EU ein. Allein im vergangenem Jahr waren es 1.321.600. Das entspricht einem Anteil von 21 Prozent an allen zwischen 2000 und 2015 in der EU registrierten Asylanträgen.

Seit 2001 ist ein Rückgang der eingegangen Asylanträge innerhalb der EU erkennbar – bis zum Tiefpunkt im Jahr 2006 (197.410). Vor allem seit 2010 steigen die Asylanträge wieder. Allein von 2014 auf 2015 gab es ein Plus von 111 Prozent (= 694.640 Asylanträge).

Im ersten Halbjahr 2016 erreichten die EU 617.290 Asylanträge. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es laut Eurostat 417.430, was einem Plus von 47,9 Prozent entspricht.

Deutschland nach wie vor Zielland Nummer eins für AsylwerberInnen

Von den im Jahr 2015 1,3 Millionen in der EU registrierten Asylanträgen erreichten 476.510 Deutschland. Das entspricht einem Anteil von 36 Prozent. Danach folgt Schweden mit 162.460 Asylanträgen und Ungarn mit 117.135 Anträgen. Wobei laut Aufzeichnungen der „Asylum Information Database“ rund 152.000 Asylverfahren eingestellt wurden, da die AsylwerberInnen das Land verlassen haben. Österreich liegt mit 88.160 Anträgen auf Platz vier (laut Eurostat, das Innenministerium geht von 88.340 Anträgen aus).



Asylanträge innerhalb der EU (Daten bis zum Jahr 2007 ohne Kroatien) *Quelle: Eurostat, Darstellung Medien-Servicestelle Neue Österreicher/innen*

Auch im 1. Halbjahr 2016 liegt Deutschland deutlich an der Spitze der attraktivsten Zielländer für AsylwerberInnen. So gingen in den ersten sechs Monaten 370.445 Anträge ein. Der Anteil aller Asylanträge ist damit mit 60,1 Prozent noch deutlich höher als 2015. Dahinter folgen Italien mit 50.015 Anträgen, Frankreich (40.120), Österreich (25.600, lt. Innenministerium 25.691) und Ungarn (22.490).

2015: Syrien auf Platz eins der Erst-AntragsstellerInnen

Der Großteil der Asylanträge in der EU waren Erstasylanträge (1.255.600). Ein Blick auf die Herkunftsländer jener AsylwerberInnen, die zum ersten Mal einen Asylantrag in der EU einbrachten, zeigt daß 28,9 Prozent (= 362.775 Anträge) von SyrerInnen stammen. Danach folgt Afghanistan mit 178.230 Anträgen und der Irak mit 121.535 Anträgen. Insgesamt machen die Top 3-Herkunftsländer mehr als die Hälfte aller eingegangen Asylanträge aus (52,7 Prozent).

In Österreich hingegen stammen die meisten AntragsstellerInnen aus Afghanistan. Laut Angaben des BM.I suchten 2015 25.563 AfghanInnen, 24.547 SyrerInnen und 13.6333 IrakerInnen um Asyl an.

Auch in den ersten acht Monaten 2016 liegt Afghanistan hierzulande auf Platz eins der antragsstärksten Nationen: Von den 32.036 eingegangenen Anträgen stammen 9.709 aus Afghanistan, 6.427 aus Syrien und 2.131 aus dem Irak.

6,7 Prozent aller Anträge von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

2015 stammten 88.245 aller in der EU registrierten Asylanträge von Kindern und Jugendlichen, die ohne ihre Familie nach Österreich gekommen sind. Das entspricht einem Anteil von 6,7 Prozent an allen Anträgen. Noch vor einem Jahr war dieser Anteil mit 3,7 Prozent deutlich geringer.

Am weitaus häufigsten gingen Asylanträge von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) in Schweden ein (35.250). Dahinter folgen Deutschland mit 14.446 und Ungarn mit 8.805 Anträgen. In Österreich gingen im vergangenen Jahr 8.275 Asylanträge von UMF ein.

EU plant Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems

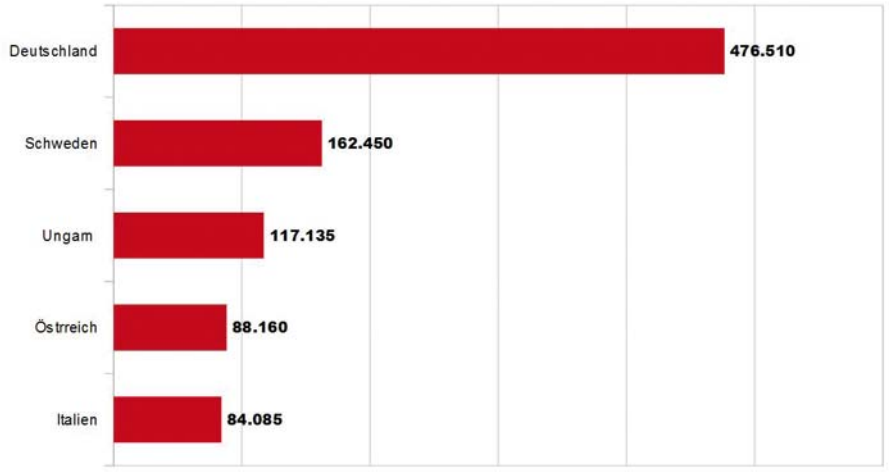
Im Mai und im Juli 2016 legte die Europäische Kommission einen Plan zur Änderung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems vor. Insbesondere will die EU das Dublin-System fairer und effizienter gestalten. Die eingehenden Asylanträge sollen dabei fair an alle Mitgliedsstaaten verteilt werden. Zudem soll das „EURODAC"-System (European Dactyloscopy) ausgebaut und eine Fingerabdruck-Datenbank erstellt werden, um irreguläre Migration besser verfolgen zu können. Künftig sollen laut Vorstellungen der Europäischen Kommission die Asylverfahren, die Unterbringung und die Rechte für AsylwerberInnen vereinheitlicht werden.

Die Visegrad-Staaten Polen, Sowakei, Tschechien und Ungarn legten ihr eigenes Konzept beim Treffen in Bratislava vor und kritisierten dabei unter anderem verpflichtende Flüchtlingsquoten. Vielmehr sollten die EU-Außengrenzen stärker geschützt werden und die Basis der EU-Flüchtlingspolitik solle auf einer „flexiblen Solidarität" basieren.

Bereits im vorigen Jahr beschloß die EU die Umverteilung von insgesamt 160.000 AsylwerberInnen von Griechenland und Italien, um diese zwei zentralen Transitländer zu entlasten. Doch nach wie vor geht die Umsiedlung nur schleppend voran. Mit Stichtag 15. September 2016 wurden insgesamt 4.890 Flüchtlinge umverteilt: 1.156 von Italien (40.000 geplante Umverteilungen) und 3.734 von Griechenland (120.000 geplante Umverteilungen). Österreich soll laut Umverteilungsquote 1.953 Flüchtlinge aufnehmen. Bis dato wurden noch keine Flüchtlinge aus Italien oder Griechenland nach Österreich umgesiedelt. ■

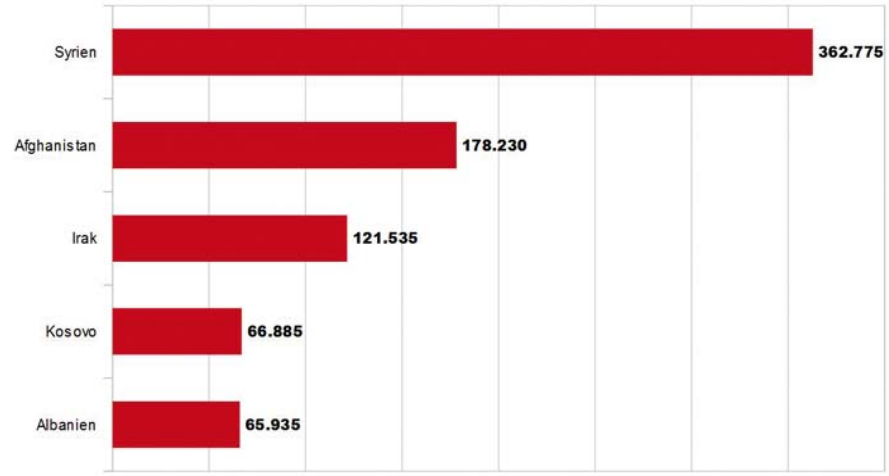
Quelle: Medien-Servicestelle Neue Österreicher/innen

Asylanträge nach Zielland 2015



Quelle: Eurostat, Darstellung Medien-Servicestelle Neue Österreicher/innen

Asylanträge innerhalb der EU nach Herkunftsland 2015



Quelle: Eurostat, Darstellung Medien-Servicestelle Neue Österreicher/innen

Staatsbürgerschaft und Einbürgerung

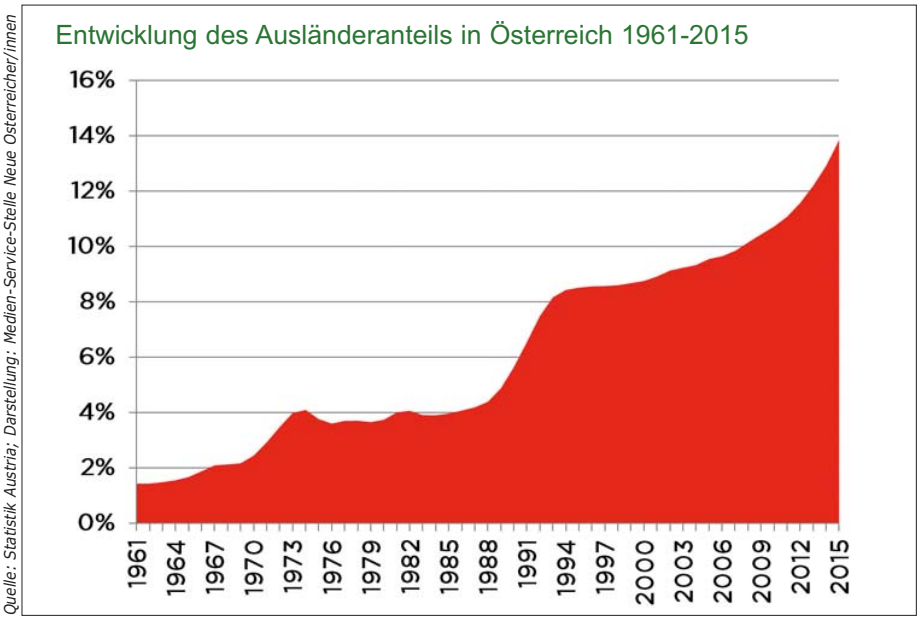
Blick auf die Zusammensetzung der österreichischen Bevölkerung sowie auf Entwicklungen der Einbürgerungen in den letzten Jahrzehnten.

Ein Blick auf die Staatsbürgerschaften der in Österreich lebenden Menschen zeigt, daß der Anteil jener Personen, die einen nicht-österreichischen Paß besitzen, in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen ist.

So lebten im Jahr 1961 rund 102.000 Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft in Österreich. Bei einer Gesamtbevölkerung von 7.086.299 Personen entsprach das einem prozentuellen Anteil von 1,4 %. In den 60er- und 70er-Jahren kam es durch die Anwerbung der sogenannten „GastarbeiterInnen" aus dem ehemaligen Jugoslawien sowie aus der Türkei zu einem kontinuierlichen Anstieg des Ausländeranteils. Ein vorläufiger Höhepunkt – als Auswirkung dieser Entwicklung – wurde 1974 erreicht. Die Gesamtbevölkerung Österreichs zählte in diesem Jahr 7.599.038 EinwohnerInnen, 311.689 Personen davon (bzw. 4,1%) waren ausländische Staatsangehörige.

Der Jugoslawienkrieg Anfang der 90er-Jahre führte zu einem erneuten deutlichen Anstieg des Ausländeranteils: Befand sich der Anteil der in Österreich lebenden Personen mit nicht-österreichischem Paß 1990 noch bei 5,6% (433.673 Personen), stieg dieser bis 1993 auf 8,1% (645.832 Personen).

Nach einer kurzen Stagnation in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre stieg der Ausländeranteil seit der Jahrtausendwende wieder. 2008 wurde mit 844.580 ausländischen StaatsbürgerInnen bei einer Gesamtbevölkerung von rund 8,3 Millionen erstmals die 10-Prozent-Marke überschritten (10,2 %). Im vergangenen Jahr zählte Österreich 8,6 Millionen EinwohnerInnen, 1,2 Millionen davon waren AusländerInnen (13,9%). 5,8 % der österreichischen Staatsangehörigen sind laut Statistik im Ausland geboren.



Quelle: Statistik Austria; Darstellung: Medien-Service-Stelle Neue Österreicher/innen

Erwerb durch Abstammung

Eheliche Kinder, die nach dem 1. September 1983 geboren wurden, erwerben automatisch die österreichische Staatsbürgerschaft mit der Geburt, wenn zu diesem Zeitpunkt mindestens ein Elternteil österreichische/r StaatsbürgerIn ist. Auch im Todesfall eines Elternteils vor Geburt des Kindes erwirbt das eheliche Kind die österreichische Staatsbürgerschaft, sofern der verstorbene Elternteil zum Todeszeitpunkt österreichische/r StaatsbürgerIn war. Vor dem 1. September 1983 Geborene erhielten die österreichische Staatsbürgerschaft nur, wenn der Vater Österreicher war.

Unehelich geborene Kinder erwerben unabhängig vom Geburtsort oder der Staatsbürgerschaft des Vaters automatisch die österreichische Staatsbürgerschaft, wenn die Mutter zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes österreichische Staatsbürgerin ist.

Legitimation

Die Legitimation ist der Abstammung gleichgestellt. Unehelich geborene ledige Kinder bis zum 14. Lebensjahr werden automatisch bei Eheschließung der Eltern legitimiert (d.h. sie werden ehelich) und erhalten die österreichische Staatsbürgerschaft. Heiraten beispielsweise der österreichische Vater und die nicht-österreichische Mutter eines unehelichen Kindes solange dieses noch ledig und minderjährig ist, erwirbt das Kind dadurch (auch) die österreichische Staatsbürgerschaft.

Seit 1. August 2013 gilt folgende neue Regelung: Ist nur der Vater eines unehelichen Kindes österreichischer Staatsbürger, die Mutter aber Staatsangehörige eines anderen Staates, erwirbt das Kind die österreichische Staatsbürgerschaft durch Abstammung, wenn der uneheliche österreichische Vater innerhalb von acht Wochen entweder die Vaterschaft anerkannt hat oder seine Vaterschaft gerichtlich festgestellt wurde.

Rechte und Pflichten verbunden mit Staatsbürgerschaft

Mit dem Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft gehen sowohl Rechte (sogenannte Bürgerrechte, die anders als Menschenrechte nur für Staatsangehörige gelten) als auch Pflichten einher. Zu den österreichischen Bürgerrechten zählen der ungestörte Aufenthalt in Österreich, die Gleichheit vor dem Gesetz sowie das Recht auf Schutz durch die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland. Zudem sind österreichische StaatsbürgerInnen ab 16 Jahren aktiv wahlberechtigt, können also an allen Wahlen sowie an Volksabstimmungen, Volksbefragungen und Volksbegehren teilnehmen. Ab 18 bzw. 35 Jahren (bei Bundespräsidentschaftswahlen) sind ÖsterreichInnen passiv wahlberechtigt und können sich für eine Wahl als KandidatIn aufstellen lassen. Zu den Pflichten ös-

terreichischer StaatsbürgerInnen zwischen 25 und 65 Jahren gehört es grundsätzlich, ein Geschworenen- und Schöffenamt zu übernehmen. Männliche Österreicher zwischen 17 und 50 Jahren müssen zudem grundsätzlich Wehr- oder Zivildienst leisten.

Beim freiwilligen Erwerb einer nichtösterreichischen Staatsbürger- schaft verliert man grundsätzlich die österreichische. Doppel- oder Mehrfachstaatsbürgerschaften sind nur in Ausnahmefällen möglich.

Für die Verleihung der Staatsbürgerschaft müssen die allgemeinen Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllt und ein entsprechender Antrag gestellt sein (siehe hierzu: Allgemeine Einbürgerungsvoraussetzungen). Danach besteht die Möglichkeit einer Verleihung der Staatsbürgerschaft aufgrund eines Rechtsanspruchs oder Ermessens.

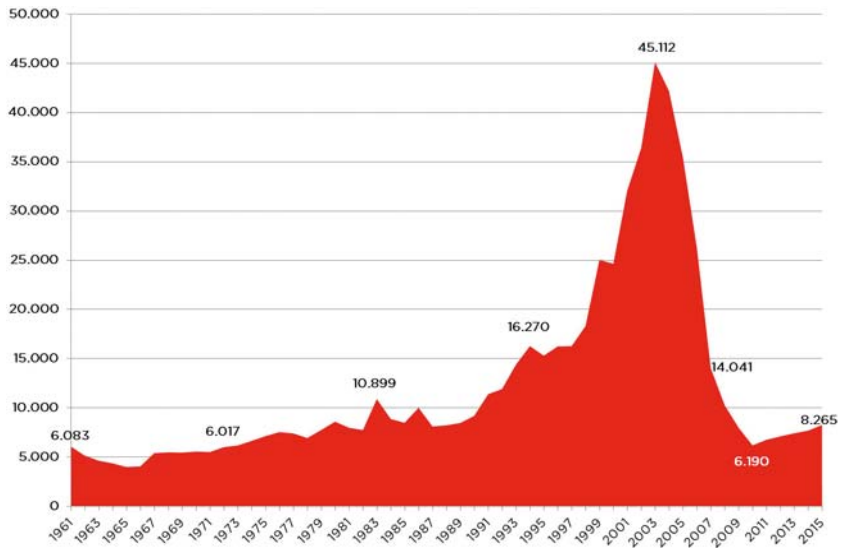
Die weiteren Voraussetzungen einer Verleihung bestimmen sich danach, ob die Staatsbürgerschaft aufgrund eines Rechtsanspruches verliehen wird oder die Entscheidung im Ermessen der zuständigen Behörde liegt.

Voraussetzungen für die Verleihung aufgrund eines Rechtsanspruches

Immer: Erfüllung der allgemeinen Einbürgerungsvoraussetzungen **plus:**

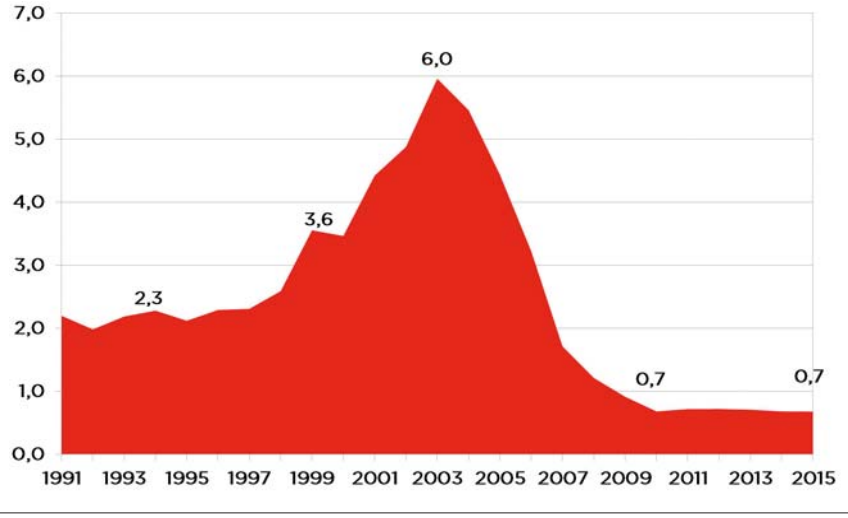
- ❍ mindestens 30jähriger ununterbrochener Hauptwohnsitz in Österreich oder
- ❍ mindestens 15jähriger rechtmäßiger und ununterbrochener Aufenthalt in Österreich bei Nachweis der nachhaltigen persönlichen und beruflichen Integration oder
- ❍ mindestens sechsjähriger rechtmäßiger und ununterbrochener Aufenthalt in Österreich, sofern
- ➢ eine fünfjährige aufrechte Ehe mit einer österreichischen StaatsbürgerIn besteht und die Eheleute im gemeinsamen Haushalt leben oder
- ➢ der Status „Asylberechtigte/r“ vorliegt oder
- ➢ der Besitz einer EWR-Staatsangehörigkeit nachgewiesen wird
  oder
- ➢ die/der Fremde in Österreich geboren wurde oder
- ➢ die Verleihung aufgrund von bereits erbrachten und zu erwartenden außerordentlichen Leistungen auf wissenschaftlichem, wirtschaftlichem, künstlerischem oder sportlichem Gebiet im Interesse der Republik Österreich liegt oder
- ➢ die/der Fremde nachhaltige persönliche Integration nachweist.

Verleihung der Staatsbürgerschaften 1996-2015



Quelle: Statistik Austria; Darstellung: Medien-Service-Stelle Neue Österreicher/innen

Einbürgerungsrate auf 100 in Österreich lebendende nicht-österreichische Staatsbürger/innen 1991-2015



Quelle: Statistik Austria; Darstellung: Medien-Service-Stelle Neue Österreicher/innen

Dies ist der Fall, wenn entweder Deutschkenntnisse auf dem B2-Niveau vorhanden sind oder Deutschkenntnisse auf dem B1-Niveau und ein Nachweis der nachhaltigen persönlichen Integration gegeben sind.

Ein Nachweis der persönlichen Integration kann beispielsweise durch folgende Tätigkeiten, welche dem Allgemeinwohl in beson- derer Weise zu dienen haben, erfolgen:

- ➢ mindestens dreijähriges freiwilliges ehrenamtliches Engagement bei einer gemeinnützigen Organisation (z.B. Blaulichtorganisation) oder
- ➢ mindestens dreijährige Berufsausübung im Bildungs-, Sozial oder Gesundheitsbereich (z.B. AltenpflegerIn) oder
- ➢ mindestens dreijährige Ausübung einer Funktion in einem Interessensverband oder Interessensvertretung (z.B. BetriebsrätIn, ElternsprecherIn).

Einbürgerungen im Zeitverlauf

1961 bis 1990 lagen die Einbürgerungszahlen zwischen 4.000 und 11.000. Bis 2003 stieg die Zahl der Einbürgerungen deutlich an. Seit 2004 sind die Einbürgerungszahlen jedoch stark rückläufig. Erst seit 2011 ist wieder ein leichter Aufwärtstrend bemerkbar.

2015 wurde insgesamt 8.265 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen. Davon waren 8.144 Personen in Österreich ansässig, 121 Personen hatten ihren Wohnsitz im Ausland.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich

dementsprechend auch bei der Einbürgerungsrate, also bei den Einbürgerungen auf 100 in Österreich lebende nicht-österreichische StaatsbürgerInnen gerechnet: So lag diese zwischen 1991 und 1998 unter 3 Personen. Zwischen 2000 bis 2005 lagen die Raten bei durchschnittlich 5. Seitdem sinkt die Einbürgerungsrate und liegt 2015 bei einem Wert von 0,7 auf dem gleichen Niveau wie in den vergangenen fünf Jahren.

Verleihung aufgund eines Rechtsgrunds

2015 erhielten 8.144 in Österreich lebende Personen die österreichische Staatsbürgerschaft. Mehr als die Hälfte aller Einbürgerungen (55,1 %) erfolgte aufgrund eines Rechtsanspruchs. Darunter wurden 2.561 Personen nach mindestens sechsjährigem Wohnsitz in Österreich und aus besonders berücksichtigungswürdigen Gründen eingebürgert (z.B. Geburt in Österreich, EWR-Staatsangehörigkeit oder asylberechtigt).

Weitere 1.324 Personen erhielten die Staatsbürgerschaft im Ermessen (16,3 %), darunter 1.292 Personen nach mindestens zehnjährigem Wohnsitz. Unter dem Titel „Erstreckung der Verleihung“ wurden 260 Ehegatten sowie 2.105 Kinder eingebürgert.

Einbürgerungen nach Personenmerkmalen

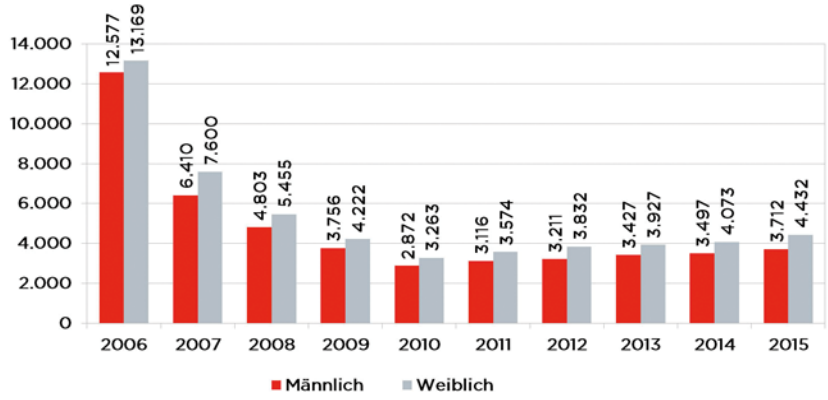
Im Hinblick auf Geschlecht und Alter zeigt sich, daß in den vergangenen zehn Jahren im Verhältnis mehr Frauen sowie Personen im erwerbsfähigen Alter (zwischen 18 und 60 Jahren) im Inland einge- bürgert wurden: So waren 2015 3.712 (45,6 %) der neu eingebürgerten ÖsterreicherInnen männlich und 4.432 (54,4 %) weiblich.

Knapp 5.000 der eingebürgerten Personen 2015 waren zwischen 18 und 60 Jahre alt (61,1 %). Nur 119 Eingebürgerte waren älter als 60 Jahre, der prozentuelle Anteil lag bei 1,5 %. Hingegen erhielten etwas mehr als 3.000 Minderjährige und somit 37,4 % der Eingebürgerten eine österreichische Staatsbürgerschaft.

Einbürgerungen nach bisheriger Staatsbürgerschaft

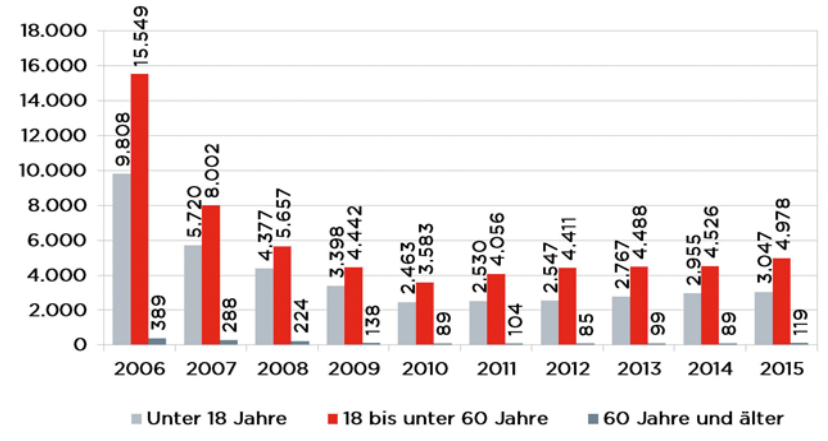
In Anbetracht der bisherigen Staatsangehörigkeit befanden sich in den vergangenen zehn Jahren immer folgende drei Länder in wechselnder Reihenfolge auf den Plätzen eins bis drei: Bosnien und Herzegowina, Türkei und Serbien (2006 wurde Serbien noch gemeinsam mit Montenegro und dem Kosovo erfaßt).

Inlandswirksame Einbürgerungen nach Geschlecht 2006-2015



Quelle: Statistik Austria; Darstellung: Medien-Service-Stelle Neue Österreicher/innen

Inlandswirksame Einbürgerungen nach Alter 2006-2015



Quelle: Statistik Austria; Darstellung: Medien-Service-Stelle Neue Österreicher/innen

Während sich von 2006 bis 2013 jeweils noch Kroatien unter den Top 5 befand, wurde es 2014 und 2015 von der Russischen Föderation ersetzt. Ebenso verhielt es sich mit Rumänien, welches von 2006-2008 unter den Top 5 war und ab 2009 vom Kosovo abgelöst wurde.

Einbürgerungen nach Bundesländern

Von den 8.144 Personen, die eine Staatsbürgerschaft erhielten und im Inland ansässig waren, lebten 36,4 % in Wien, gefolgt von Oberösterreich mit einem Anteil von 15,9 % und Niederösterreich mit 14,6 %. Im Vergleich dazu entfiel auf das Burgenland lediglich ein Anteil von 2,1 % aller Einbürgerungen und auf Kärnten 4,7 %.

Im Jahr 2015 wurden insgesamt 8.265 Personen eingebürgert, anteilig daran hatten 1,5 % (121 Personen) ihren Wohnsitz im Ausland.

Im vergangenen Jahr wurden in allen Bundesländern mehr Personen eingebürgert als im Jahr 2014. Die Zuwächse fielen am deutlichsten in Kärnten (+22,0 %), Vorarlberg (+13,3 %), Wien (+12,7 %) sowie im Burgenland (+12,7 %) aus. Geringe Zunahmen gegenüber dem Vorjahr ergaben sich in Salzburg (+6,2 %), Tirol (+4,2 %), Niederösterreich (+3,0 %) sowie in der Steiermark (+0,8 %) und Oberösterreich (+0,7 %).

Über den ÖIF

Der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) ist ein Fonds der Republik Österreich und ein Partner des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres sowie zahlreicher Verantwortungsträger im Bereich Integration und Migration in Österreich.

Mit sieben Integrationszentren in Wien, St. Pölten, Linz, Graz, Salzburg, Klagenfurt und Innsbruck sowie mobilen Welcome Desks in Gemeinden unterstützt der ÖIF ZuwanderInnen bei ihrem Integrationsprozeß in Österreich mit Beratung und Information. ■

http://www.integrationsfonds.at

Quelle: Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF), Medien- Servicestelle Neue ÖsterreicherInnen (MSNÖ)

Rang 19 im Standort-Ranking

Österreich holt im Standort-Ranking des World Economic Forum vier Plätze auf – Mitterlehner: Aufstieg motiviert für weitere Reformen – Leitl: Gunst der Stunde nutzen und weitere Reformschritte setzen

Erstmals seit Jahren rückt Österreich im Global Competitiveness Ranking des World Economic Forum auf. Es liegt nun auf dem weltweit 19. Rang. Vor allem hinsichtlich der Staatsverschuldung macht Österreich Plätze gut. Ein großes Defizit bleibt das Steuer- und Abgabensystem.

Der Standort Österreich wird wieder attraktiver. Zu diesem Ergebnis kommt der am 28. September veröffentliche Global Competitiveness Report 2016-17 des World Economic Forum (WEF) in Genf. Österreich rückte im Ranking um vier Plätze auf und liegt nun auf Rang 19. Das Ranking beurteilt alljährlich die Wettbewerbsfähigkeit in 138 Ländern. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) ist als österreichischer Partner des WEF an der Studie beteiligt. Das Ranking beruht auf statistischen Quellen internationaler Organisationen sowie auf einer umfassenden Manager-Befragung in den teilnehmenden Ländern.

Österreich holte in der Einschätzung des WEF vor allem hinsichtlich des makroökonomischen Umfeldes auf: Bezüglich der Staatsverschuldung verbesserte sich die Plazierung um 37 Plätze auf den 37. Rang, bezüglich der Entwicklung der Finanzmärkte um 13 Plätze auf den 34. Rang. Neu berücksichtigt wurde ein Indikator zur Bonität der Länder. Hier nimmt Österreich den 14. Rang ein.

Der neue Leiter des WIFO, o.Univ.-Prof. Christoph Badelt, will die jährlichen Schwankungen im Ergebnis des Global Competitiveness Report nicht überbewerten. Dennoch zeigt er sich erfreut, daß sich das Stimmungsbild in den österreichischen Unternehmen erstmals seit vier Jahren wieder verbessert hat. Der Bericht gibt auch Hinweise auf eine Verbesserung von Strukturfaktoren, die langfristig wirken: So wird die Ausbildungsqualität in mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern besser eingeschätzt als früher (30. Rang, zuvor 37. Rang). Hinsichtlich der Ausstattung der Schulen mit Internetzugang erreichte Österreich den 26. Rang (+7 Plätze). Bezüglich der Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal mit technischer oder wissenschaftlicher Ausbildung nimmt Österreich den 27. Rang ein. Damit



Foto: Wirtschaftsuniversität Wien

o.Univ.-Prof. Christoph Badelt
Leiter des WIFO

wurden im vergangenen Jahr 10 Plätze, innerhalb der letzten zwei Jahre sogar 26 Plätze gutgemacht.

Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren werden heuer kaum bemerkenswerte Verschlechterungen einzelner Indikatoren berichtet. Besonders negativ wird jedoch weiterhin das Steuer- und Abgabensystem gesehen. Hinsichtlich der davon ausgehenden Anreize für Investitionen sowie für Arbeit und Beschäftigung liegt Österreich nur auf den Plätzen 120 und 133. Michael Peneder, Projektleiter am WIFO, betont daher, daß Österreich zur nachhaltigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit weiter vor bekannten Herausforderungen steht. Dazu gehören insbesondere eine Reform des Steuer- und Abgabensystems mit einer effektiven Entlastung des Faktors Arbeit sowie die konsequente Stärkung des Innovations- und Ausbildungssystems.

International blieben die Spitzenplätze auch heuer nahezu unverändert. Die Schweiz nimmt weiterhin den ersten Rang ein vor Singapur und den USA, den Niederlanden, Deutschland und Schweden. Überraschend ist die Verbesserung Großbritanniens um 3 Plätze auf den 7. Rang. Dies sei, so Peneder, darauf zurückzuführen, daß die in der Studie

The 10 most competitive European economies *)

Global Competitiveness Report 2016-2017	Global Rank*
Switzerland	1
Netherlands	4
Germany	5
Sweden	6
United Kingdom	7
Finland	10
Norway	11
Denmark	12
Belgium	17
Austria	19

Source: The Global Competitiveness Report 2016-2017
*2016-2017 rank out of 138 economies.

Grafik: The World Economic Forum

**) Die 10 wettbewerbsfähigsten Ökonomien Europas*

verwendeten Umfragedaten zu Beginn des Jahres, also noch vor der Brexit-Entscheidung, erhoben wurden.

Mitterlehner: Aufstieg motiviert für weitere Reformen

„Der Aufstieg unter die Top 20 ist ein positives Signal und Ansporn für weitere Reformen. Das Stimmungsbild in den heimischen Unternehmen hat sich spürbar verbessert", sagte Vizekanzler und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, der sich für eine sachliche Debatte über die Standortqualität ausspricht: „Weder Krankjammern noch Selbstzufriedenheit helfen uns weiter. Der Standort Österreich ist attraktiv, hat aber noch viel mehr Potential. Das wollen und müssen wir heben."

Aus Sicht Mitterlehners sind folgende fünf Schwerpunkte besonders wichtig, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Industrie-Standorts zu stärken: Ein modernes und flexibleres Arbeitszeitrecht: Der Abbau bürokratischer Hürden in einem schlanken Staat. Eine ausgewogene Energie- und Klimapolitik: Die Sicherung des Fachkräftebedarfs und die Stärkung der Wissensgesellschaft. Zusätzlich eine Offensivstrategie für die Digitalisierung und den Wandel in Richtung Industrie 4.0. „Forschung, Technologie und Innovation entscheiden über den langfristigen Wohlstand. Daher müssen wir die Entwicklung neuer Ideen auf allen Ebenen unterstützen", sagt Mitterlehner.

Ebenfalls wichtig ist der Abschluß von guten und fairen Handelsabkommen wie aktuell mit Kanada, um Exporte und Arbeitsplätze zu sichern. „Als kleine offene Volkswirtschaft können wir uns keine internationalen Sonderwege mit Abschottungstendenzen leisten", bekräftigt Mitterlehner seine Position. Der Abbau von Handelshürden sei ein wichtiger Wachstumsfaktor.

Leitl: Gunst der Stunde nutzen und weitere Reformschritte setzen!

„Ich freue mich, daß sich die Einschätzung, was den Wirtschaftsstandort Österreich betrifft, erstmals seit vier Jahren dreht. Jetzt gilt es, die Gunst der Stunde zu nutzen und Schritte für weitere Reformen zu setzen", betonte der Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, Christoph Leitl, in Hinblick auf das Abschneiden Österreichs im Ranking des World Economic Forums. So habe die Bundesregierung mit dem Bankenpaket und der damit verbundenen Reform der Bankenabgabe sowie dem Start-up-Paket richtungsweisende Initiativen zur Stärkung des Standortes gesetzt. „Wenn nun die Unternehmen eine verbesserte Situation bei der Unternehmensfinanzierung und leichtere Kredite betonen, müssen wir dies nun mit gezielten Investitionsanreizen unterstützen. Denn den digitalen Wandel können unsere Unternehmen nur durch massive betriebliche Investitionen meistern können", unterstrich Leitl. Konkret seien dies eine vorzeitige Abschreibung, ein Beteiligungsfreibetrag für private Investoren oder eine Investitionszuwachsprämie.

Erfreulich sei weiter, daß die heimischen Unternehmen die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften positiv einschätzen. Dies sei sowohl den Fachhochschulen als auch der soliden Ausbildungsleistung der heimischen KMU in der dualen Ausbildung zu verdanken. „Eine Stärke, auf die wir uns in Österreich verlassen können und die wir nicht gefährden dürfen", so Leitl.

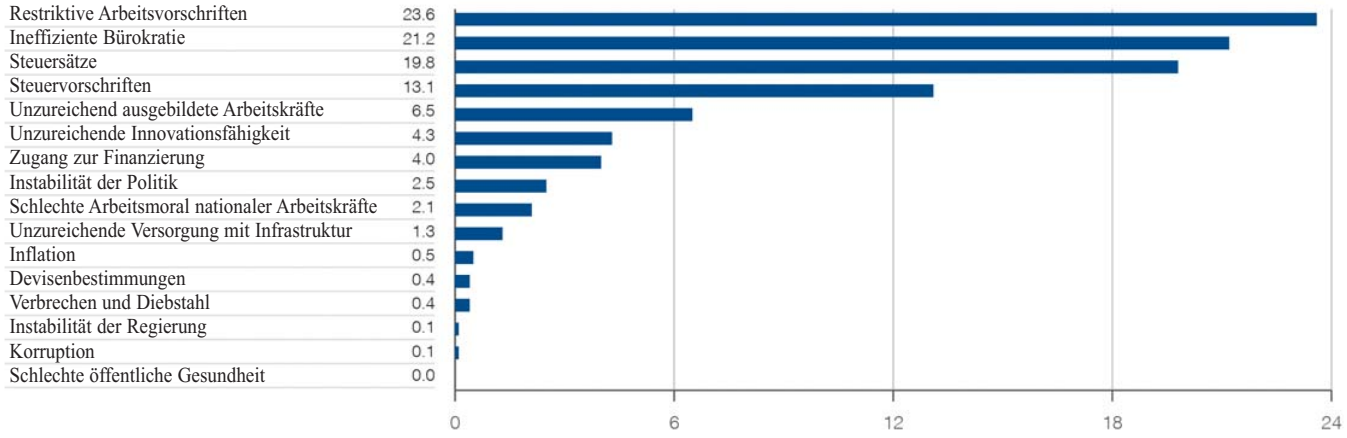
Generell gelte es, das Ergebnis des WEF-Rankings im richtigen Zusammenhang zu sehen. „Österreich liegt weiterhin im oberen Mittelfeld und hat gegenüber der letzten Auswertung vier Plätze gut gemacht. Damit ist dies auch ein Auftrag, wieder an die Ergebnisse aus den Jahr 2008 anzuknüpfen, in dem Österreich auf Rang 14 gelegen war", so Leitl. Um daher weiter Plätze gut machen zu können, gelte es, einen Bürokratieabbau als Gebot der Stunde zu sehen. Ineffiziente Bürokratie sowie das hohe Steuerniveau werden ganz besonders kritisiert. „Wer also jetzt echte Reformen am heimischen Standort umsetzen will, muß nur die bereits am Tisch liegenden Vorschläge in die Tat umsetzen, beginnend bei dem fertig ausgearbeiteten Sammelgesetz zur Entbürokratisierung", fordert der WKÖ-Präsident abschließend.

Das World Economic Forum

in Genf erstellt seit dem Jahr 2004 den Global Competitiveness Index. Dieser beruht sowohl auf statistischen Quellen internationaler Organisationen als auch einer umfassenden Manager-Befragung (Executive Opinion Survey). Wettbewerbsfähigkeit wird dabei als die Gesamtheit der Institutionen, Politiken und Determinanten definiert, welche das Produktivitätsniveau eines Landes bestimmen. Gerade in den Rängen 4 bis 25 können wegen der großen Leistungsdichte geringe Schwankungen bereits eine Verschiebung um mehrere Plätze zur Folge haben. Diese sollte man daher für einzelne Jahre nicht überschätzen, sondern in ihrer langfristigen Entwicklung beobachten. Das WIFO ist österreichischer Partner des WEF und hat wie in den vergangenen Jahren die Umfragedaten unter den österreichischen Managern erhoben. ■

http://www.weforum.org/gcr
http://www.wifo.ac.at

Die problematischesten Faktoren für Geschäftstätigkeit in Österreich



Grafik: The World Economic Forum

Auslandsunternehmen 2014

5,5 % Zuwachs bei den Auslandstöchtern, plus 2 % bei auslandskontrollierten Unternehmen in Österreich

Die Anzahl der von österreichischen Wirtschaftseinheiten im Ausland kontrollierten Tochterunternehmen stieg im Jahr 2014 um 5,5 % oder knapp 350 Einheiten. Die aktuelle Zahl liegt damit bei über 6.400 österreichischen Auslandstöchtern. Im gleichen Zeitraum gab es in Österreich rund 10.400 Unternehmen, die einem nicht-österreichischen Konzern angehörten. Das bedeutet einen Anstieg von zuletzt 2,1 % oder rund 220 Einheiten, wie aktuelle Daten von Statistik Austria zeigen.

Anstieg schlägt sich auch in den Beschäftigtenzahlen nieder

Im Berichtszeitraum stiegen auch die entsprechenden Beschäftigtenzahlen. In den Auslandstöchtern österreichischer Unternehmen waren im Jahr 2014 rund 1,1 Millionen Personen beschäftigt. Gegenüber 2013 entspricht das einem Anstieg von 2,4 % oder mehr als 25.000 Beschäftigungsverhältnissen.

Die auslandskontrollierten Unternehmen in Österreich beschäftigten 2014 mehr als 560.000 Personen (Beschäftigungsverhältnisse), rund 10.000 mehr als im Jahr davor (+1,8 %). Dies entsprach einem Fünftel aller Jobs (19,9 %) im marktwirtschaftlich orientierten Unternehmensbereich in Österreich. Der Anstieg der Beschäftigungsverhältnisse im In- wie auch im Ausland ging zu einem guten Teil auf die Entwicklung im Groß- und Einzelhandel zurück, der in beiden Kategorien stark vertreten ist (34 % der auslandskontrollierten Einheiten im Inland bzw. 23 % der Auslandstöchter). Bei den Auslandstöchtern wurden signifikante Rückgänge bei den Finanzdienstleistungen (Banken und Versicherungen) vor allem durch Zugewinne in der Herstellung von Waren (insbesondere im Kfz-Bereich) kompensiert. Im Inland traten auch markante Einmaleffekte aufgrund von Übernahmen großer österreichischer Einheiten (z. B. im Telekom-Bereich) durch ausländische Unternehmensgruppen auf.

Die Entwicklung der Umsatzzahlen, insbesondere bei österreichischen Auslandstöchtern, ist vor allem auf die bereits erwähnten Ergebnisse im Groß- und Einzelhandel, aber auch auf die generell schwache Entwicklung im vorangegangenen Berichtsjahr zurückzuführen.

Auslandstochtergesellschaften von in Österreich ansässigen Unternehmen*)

Länder (gereiht nach Beschäftigtenzahlen)	Auslandsunternehmenseinheiten	Beschäftigte im Jahresdurchschnitt	Umsatzerlöse in Mio. Euro
Insgesamt (ohne Österreich)	**6.415**	**1.103.109**	**422.967**
EU-28	**4.359**	**744.383**	**198.232**
darunter:			
Deutschland	885	136.592	45.433
Tschechische Republik	469	103.147	19.056
Rumänien	279	87.648	17.685
Ungarn	462	84.501	15.383
Polen	280	56.121	10.928
Slowakei	316	53.198	8.977
Vereinigtes Königreich	163	44.663	14.888
Bulgarien	163	35.230	9.905
Kroatien	221	32.739	4.827
Frankreich	140	26.936	7.858
Slowenien	165	21.142	5.634
Italien	167	11.956	11.353
Spanien	105	9.829	4.641
Niederlande	149	8.438	4.925
Belgien	62	6.635	3.770
Schweden	58	5.348	2.169
Nicht-EU	**2.056**	**358.726**	**224.736**
darunter:			
Russische Föderation	175	50.605	8.316
Ukraine	116	47.332	2.178
Vereinigte Staaten	230	47.172	35.332
China	183	31.589	17.440
Serbien	152	21.682	3.192
Türkei	97	18.599	4.702
Schweiz	211	18.557	103.936
Brasilien	71	12.741	2.492
Australien	32	11.493	4.706
Indien	54	11.297	849
Bosnien und Herzegowina	70	8.548	922
Mexiko	37	8.121	1.542
Mazedonien	37	7.216	886
Belarus	15	6.503	2.531
Kanada	50	5.472	8.718

**) Quelle: Statistik Austria, Statistik der Auslandsunternehmenseinheiten. Erstellt am 30.09.2016. Mehrheitlich (>50%; Stand 31.12.2014) unter inländischer Kontrolle stehende Unternehmen im Ausland.*

Deutschland wichtigster Partner bei grenzüberschreitenden Unternehmensbeteiligungen

40 % der auslandskontrollierten Unternehmen in Österreich wurden von einer Konzernmutter in Deutschland kontrolliert. Insgesamt gehörten dreiviertel der österreichischen Unternehmen (74 %), die 2014 unter ausländischer Kontrolle standen, zu einem Konzern eines EU-Mitgliedslandes. Außerhalb der EU erreichten nur Konzernzentralen in der Schweiz (11 %) und den USA (knapp 5 %) einen nennenswerten Anteil. Der Beschäftigtenanteil lag bei schweizerisch bzw. amerikanisch kontrollierten Inlandsunternehmen jeweils etwas unter 10 %, bei deutsch kontrollierten Unternehmen – vor allem aufgrund des hohen Anteils im Einzelhandel – sogar bei fast 50 %.

Bei den Auslandstöchtern stellten jene in Deutschland einen Anteil von knapp 14 % an allen Auslandstöchtern österreichischer Unternehmen dar (mit 12,4 % der Auslandsbeschäftigten). Es folgten die Nachbarländer Tschechien und Ungarn mit etwas über 7 % der Auslandseinheiten bzw. Tschechien, Rumänien und Ungarn mit jeweils rund 8 % bis 9 % der Auslandsbeschäftigten. Etwa ein Drittel sowohl der Auslandseinheiten als auch der Auslandsbeschäftigten österreichischer Unternehmen befanden sich 2014 in Nicht-EU-Ländern, hier v. a. in Rußland, der Ukraine und den USA.

Der auffallend hohe Anteil von in der Schweiz angesiedelten Auslandstöchtern österreichischer Unternehmen an den Umsatzerlösen (knapp 25 % vom Gesamtwert aller Auslandstöchter) erklärt sich aus den dort ansässigen Handelstöchtern großer internationaler Rohstoff-, Erdöl- und Erdgas(handels-)konzerne, die über Regionalzentralen in Österreich verwaltet werden.

Geringe Bedeutung der Steueroasen

Länder, die unter den Begriff Steueroase (Offshore-Finanzzentren) fallen, haben laut Statistik Austria weder für die Ansiedlung österreichischer Auslandstöchter, noch als Konzernsitz für in Österreich tätige internationale Unternehmensgruppen eine besondere Bedeutung. Ihr Anteil an den auslandskontrollierten Unternehmen in Österreich betrug weniger als 4 %, bei den Beschäftigten weniger als 2 %. Andererseits machten die rund 140 österreichischen Niederlassungen in diesen Ländern nur etwas mehr als 2 % aller Auslandstöchter aus; der Anteil an den Auslandsbeschäftigten lag bei nur 0,5 %. ■

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/unternehmen_arbeitsstaetten/auslandsunternehmenseinheiten/index.html

Weltwirtschaft durch EU-Austritt Großbritanniens kaum beeinträchtigt

WIFO: Mittelfristige Prognose bis 2021

Das Weltwirtschaftswachstum beschleunigt sich mittelfristig nur leicht. Zügig expandieren wird die Wirtschaft auf Basis einer robusten Binnennachfrage und einer zunehmenden Erwerbsbevölkerung in den USA. Im Euro-Raum verläuft die Expansion langsamer, da die institutionellen Mängel der Währungsunion die Erwartungen dämpfen und die Erwerbsbevölkerung stagniert. Der EU-Austritt Großbritanniens wird vor allem die britische Wirtschaft selbst treffen, weniger deren Handelspartner. Die Zugkraft des Wachstums in den Schwellenländern läßt weiter nach. In China verlangsamt es sich, in Rußland und Brasilien erholt sich die Konjunktur aufgrund der niedrigen Rohstoffpreise nur schleppend aus der aktuellen Krise.

Das Weltwirtschaftswachstum wird sich in den kommenden fünf Jahren nur leicht beschleunigen (auf 3,5 % p. a.) und damit etwas höher sein als in der vorangegangenen Fünfjahresperiode, aber niedriger als im längerfristigen Durchschnitt. In den USA sind die Wachstumsperspektiven relativ gut: Die Arbeitslosenquote ist niedrig, die private Verschuldung gesunken, und die Erwerbsbevölkerung expandiert. Die Dollarstärke belastet zwar die Produktion, aufgrund der niedrigen Exportquote aber nur leicht. Vor diesem Hintergrund wird für die USA eine mittelfristige Wachstumsrate von 2,4 % p. a. prognostiziert. Die Wohlstandslücke, die sich im Euro-Raum seit der Krise der Währungsunion 2012/13 gegenüber den USA aufgetan hat, vergrößert sich weiter. Die Erwerbsbevölkerung stagniert im Euro-Raum, die Arbeitslosigkeit sinkt schrittweise. Der Preisauftrieb bleibt aufgrund der schwachen Nachfrage unter dem Inflationsziel der EZB, Verschärfungen der Fiskalregeln engen den Spielraum der öffentlichen Hand ein. Das mittelfristige Wachstum wird für den Euro-Raum auf 1,5 % prognostiziert.

Die Verhandlungen über den EU-Austritt Großbritanniens („Brexit“) werden die Unsicherheit erhöhen und daher die Binnennachfrage dämpfen. Infolge des Austrittes werden die Exportmarktanteile Großbritanniens in der EU und die europäischen Direktinvestitionen in Großbritannien zurückgehen; das Ausmaß dieses Rückganges hängt davon ab, wieweit die Handelsfreizügigkeit eingeschränkt werden wird. Die negativen Wachstumseffekte beschränken sich im Großen und Ganzen aber auf Großbritannien selbst und – aufgrund der engen Handelsverflechtungen – auf Irland. Für die anderen Volkswirtschaften wird Großbritanniens EU-Austritt mittel- bis langfristig nur wenig Folgen haben.

In den großen Schwellenländern verliert die Wirtschaft weiter an Expansionskraft. Die chinesische Volkswirtschaft leidet unter Überkapazitäten und wird in den kommenden Jahren mit erhöhten Finanzmarktrisiken konfrontiert sein, wenn Kapitalverkehrsbeschränkungen abgebaut werden. In Rußland und Brasilien erholt sich die Konjunktur schleppend aus der schweren Krise, da die weltweite Nachfrage nach Rohstoffen nur mäßig zunehmen wird. Von dem damit einhergehenden mäßigen Rohstoffpreisniveau könnte hingegen Indiens Wirtschaft profitieren, falls sie durch die Zinswende in den USA nicht weiteren Schaden nimmt.

Die mittelfristige Prognose für die Weltwirtschaft wurde mit dem makroökonometrischen Weltmodell von Oxford Economics (Global Economic Model) erstellt. Es umfaßt insgesamt 80 Länder, darunter China, die USA, die meisten EU-Länder, Indien, Japan, Rußland und Brasilien in hohem Detailgrad. ***http://www.wifo.ac.at***

Auslandskulturtagung 2016 VERNETZEN! Rund um die Welt.

Am 8. September fand – im Rahmen der Botschafterkonferenz – die Auslandskulturtagung statt.



Foto: BMEIA / Niko Havranek

Ein Blick in den Saal des platinum vienna, in dem Botschafterkonferenz und Auslandskulturtagung 2016 des BMEIA abgehalten wurden.

Die Auslandskulturtagung 2016 stand unter dem Motto „NETZWERKEN! Rund um die Welt. Rund um die Uhr." Neben der Präsentation aktueller Schwerpunkte der Österreichischen Auslandskultur sowie einiger „best practice"-Beispiele gelungener Projektarbeit beleuchtete die AKT 2016 einige gemeinsame Bemühungen Österreichs im Bereich von Wissenschaft, Bildung und Sprache.

Austria Kultur International. Jahrbuch der Österreichischen Auslandskultur 2015

„In der Österreichischen Auslandskultur geht es um die Schaffung und Gestaltung von internationalen Begegnungen und den Aufbau von tragfähigen Netzwerken. Daran arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Botschaften und Kulturforen im Ausland mit erfreulich großem Erfolg", erklärte Außenminister Sebastian Kurz mit Verweis auf die im Jahrbuch erschienenen beeindruckenden Zahlen für das Jahr 2015, die das BMEIA als den größten Kulturveranstalter Österreichs in fast 100 Ländern ausweist.

Das Jahrbuch 2015 gibt einen Überblick über die Fülle an Projekten, die das BMEIA alljährlich mit österreichischen, europäischen und internationalen Partnern in der Welt realisiert. Es legt damit Zeugnis ab über die beeindruckenden Leistungen des Netzwerks der Österreichischen Auslandskultur: Mehr als 8.600 Künstlerinnen und Künstler wurden im Jahr 2015 im Rahmen von über 6.500 Veranstaltungen weltweit präsentiert. Den ersten Platz belegte dabei die Musik (1.800 Konzerte), gefolgt vom Film (1.550 Vorführungen) und der Wissenschaft (1.100 Veranstaltungen). Der Frauenanteil bei den Projekten lag übrigens bei 40,2 Prozent.

Neben Statistiken, Zahlen, Daten und Fakten widmet sich dieser Tätigkeitsbericht der Kultursektion des BMEIA aber auch jährlich wechselnden Schwerpunktthemen. So widmen sich im Jahrbuch 2015 drei Beiträge verschiedenen Facetten von Kulturarbeit in Österreichs geographischer Nachbarschaft, während sich drei Artikel mit Kooperationen im Bereich von Wissenschaft, Bildung und Sprache auseinandersetzen.

In den beiden Kapiteln „Kaleidoskop der Auslandskultur" und „Blicke von außen" berichten jedes Jahr MitarbeiterInnen aus dem Netzwerk der Österreichischen Auslandskultur von bemerkenswerten Projekten, die sie vor Ort realisiert haben, bzw. schildern KünstlerInnen ihre individuellen Erfahrungen im Ausland. Diese persönlichen Berichte von Kunstschaffenden, die im Netzwerk der Österreichischen Auslandskultur „zu Besuch waren" sollen dabei ganz bewußt ein Gegengewicht zur Darstellung der eigenen Arbeit bilden. Die sehr persönlichen Beiträge im Jahrbuch 2015 stammen von der Tänzerin und Choreographin Doris

Uhlich, dem Oscar-nominierten Regisseur und Drehbuchautor Patrick Vollrath und der Ö1-Journalistin und Musikwissenschaftlerin Irene Suchy.

Sie können Austria Kultur International. Jahrbuch der Österreichischen Auslandskultur 2015 als pdf-Dokument herunterladen (auch wenn der Link nicht lesbar ist, er funktioniert):

https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Kultur/Publikationen/_Jahrbuch_der_OEsterreichischen_Auslandskultur_2015_Web.pdf

Das Netzwerk der Österreichischen Auslandskultur – mit der Kulturpolitischen Sektion im BMEIA als Zentralstelle in Wien – besteht gegenwärtig aus 31 Österreichischen Kulturforen und Kooperationsbüros, 87 Botschaften und Generalkonsulaten, 65 Österreich-Bibliotheken, acht Österreich Instituten, zwei Wissenschafts- und Technologiebüros.



Außenminister Sebastian Kurz bei seiner Begrüßung



Botschafterin Teresa Indjein, Leiterin der Kultursektion im BMEIA

schreibART AUSTRIA. Das Literaturempfehlungsprogramm BMEIA

Die zweite Ausgabe von schreibART AUSTRIA, dem Literaturempfehlungsprogramm der Kultursektion des Außenministeriums, versammelt 16 bemerkenswerte literarische Stimmen, die einen Querschnitt des aktuellen Literaturschaffens in Österreich bilden. Sie wurden von einer Fachjury, bestehend aus Angelika Klammer, Evelyne Polt-Heinzl, Bernhard Fetz und Brigitte Schwens-Harrant, ausgewählt, wobei die Jury diesmal auch das Thema Migration mit den Facetten der Mehrsprachigkeit, des Sichbewegens zwischen Sprachen und Kulturen, dem Fremdsein und der Entfremdung mit im Blick hatte.

Ziel von schreibART AUSTRIA ist, diese neue Generation von AutorInnen aus Österreich einem breiten internationalen Publikum bekanntzumachen. Dies geschieht über das weltweite Netzwerk der Österreichischen Auslandskultur: den Österreichischen Kulturforen, Botschaften, Generalkonsulaten, Kooperationsbüros, Österreich Instituten und Österreich-Bibliotheken, die jedes Jahr an die 1.000 Veranstaltungen mit Bezug zur Literatur organisieren. Mithilfe dieses Netzwerks werden AutorInnen aus Österreich mit ihren Werken zu Lesungen und Gesprächen, in Literaturhäuser, zu Festivals oder zu literarischen Begegnungen im Ausland eingeladen. schreibART AUSTRIA versteht sich also als eine im internationalen Kulturdialog ausgesprochene Einladung zu Entdeckungsreisen zu neuem literarischem Schaffen aus Österreich. In der nun vorliegenden zweiten Ausgabe dieses Literaturempfehlungsprogramm der Kultursektion des BMEIA sind das Reisen zu den Texten



Fotos: BMEIA / Niko Havranek

Martin Pammer, Österreichischer Botschafter in Bosnien und Herzegowina



Stephan Vavrik, Leiter der Abteilung für multilaterale Kulturpolitik im BMEIA



Barbara Weitgruber, Leiterin der Sektion Wissenschaftliche Forschung und Internationale Angelegenheiten im BMWFW



Hanspeter Huber, Leiter des Bereiches Internationales und Protokoll im Bundesministerium für Bildung

Fotos: BMEIA / Niko Havranek

und Welten von Anna Weidenholzer, Milena Michiko Flašar, Anna Kim, Susanne Gregor, Dimitré Dinev, Alois Hotschnig, Michael Stavarič, Lisa Spalt, Carolina Schutti, Karin Peschka, Irene Prugger, Anja Utler, Erwin Einzinger, Daniel Wisser, Thomas Arzt und Kathrin Röggla.

CALLIOPE AUSTRIA – Women in Society, Culture and the Sciences

Im September 2015 wurde im Rahmen der Auslandskulturtagung das neue Förderprogramm des BMEIA, KALLIOPE Austria – Frauen in Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft, vorgestellt. Ziel dieses Programms ist es, bedeutende Beiträge und Leistungen von Frauen zum kulturellen und gesellschaftspolitischen Leben in Österreich international sichtbarer zu machen. Dies geschieht im Rahmen der Österreichischen Auslandskulturarbeit durch das weltweite Netzwerk der Österreichischen Auslandskultur, den Österreichischen Kulturforen, Botschaften, Generalkonsulaten, Kooperationsbüros, Österreich Instituten und Österreich-Bibliotheken. Die das Programm begleitende Publikation bietet eine beeindruckende Sammlung von 164 Biografien herausragender Frauenpersönlichkeiten aus Österreich, vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart, die Österreich geprägt und Zeitgeschichte geschrieben haben. Dieses Schwerpunktprogramm zur größeren Sichtbarmachung von Frauen ist weltweit auf sehr großes Interesse gestoßen. Mit großzügiger Unterstützung des Zukunftsfonds der Republik Österreich liegt nun die englische Ausgabe, CALLIOPE AUSTRIA – Women in Society, Culture and the Sciences, vor – und wurde im Rahmen der Auslandskulturtagung 2016 vorgestellt.

Tagungsthema »NETZWERKEN! Rund um die Welt. Rund um die Uhr.«

Das weltweite Netzwerk der Österreichischen Auslandskultur stützt sich im internationalen Kultur- und Wissenschaftsdialog auf nationale und internationale Partner. Bei der AKT 2016 wurden vier nationale Partner und deren Initiativen und Projekte bei den gemeinsamen Bemühungen Österreichs im Bereich von Wissenschaft, Bildung und Sprache vorgestellt: das Wissenschaftsministerium, das Bildungsministerium, der Österreichische Austauschdienst und das Österreich Institut.

Im heutigen internationalen Kultur- und Wissenschaftsdialog, der von der Schaffung und Gestaltung von internationalen Begegnungen, der Erschließung von Kooperations-

Österreich, Europa und die Welt



Stefan Zotti, Geschäftsführer Österreichischer Austauschdienst GmbH



Katharina Körner, Geschäftsführerin der Österreich Institut GmbH



Marcus Bergmann, Leiter der Abteilung Wissenschaft und Dialog der Kulturen und Aloisia Wörgetter, Leiterin der Task Force »Dialog der Kulturen« im BMEIA



Gesandter Peter Mikl,| Leiter des Referates für kulturelle Öffentlichkeitsarbeit des BMEIA mit dem Auslandskultur-Jahrbuch 2016

bereichen und dem Bemühen um wirklichen Austausch lebt, geht es vor allem um den Aufbau von tragfähigen und nachhaltigen Netzwerken innerhalb derer Wissen ausgetauscht und Kooperationen vorangetrieben werden. Von diesem Dialog profitieren immer beide Seiten. Wie genau, schilderten bei der AKT vier VertreterInnen der genannten nationalen Partner.

»Intercultural Achievement Award«

Bereits am 7. September wurde – im Rahmen der Auslandskulturtagung 2016 – im Porgy & Bess Jazz and Music Club in Anwesenheit von Bundesminister Sebastian Kurz zum dritten Mal der „Intercultural Achievement Award“ (#IAA) an fünf impulsgebende Projekte der Zivilgesellschaft, die den interkulturellen Dialog fördern, verliehen. Ziel des #IAA ist es, innovative, praxisbezogene Projekte im Bereich des interkulturellen Dialogs zu identifizieren und auszuzeichnen. Diese werden vom Netzwerk der Österreichischen Auslandskultur vorgeschlagen und von einer Fachjury in Wien ausgewählt. Neben vier internationalen Preisen in den Kategorien Nachhaltigkeit, Aktualität, Innovation und Medien wurde auch ein Sonderpreis für Integration an ein innovatives Projekt aus Österreich vergeben, das interkulturellen Dialog im Alltag erfolgreich anwendet.

Außenminister Sebastian Kurz abschließend: „Die Auslandskultur ist ein essentielles, ein bewährtes, innovatives Instrument der österreichischen Außenpolitik. Die Auslandskultur ist in der Lage, Österreich weltweit als ein Land zu positionieren, das den Dialog sucht – und findet, das Netzwerke knüpft – und pflegt, und das Beziehungen aufbaut – und gestaltet.“ ■

http://www.bmeia.gv.at ***http://www.auslandskulturtagung.at***



Romana Königsbrun, Leiterin des Österr. Kulturforums Istanbul



Elisabeth Bertagnoli, Österreichische Botschafterin in Südkorea

Fotos: BMEIA / Niko Havranek

Internationale Raumfahrt-Community zu Gast

Erstmals 100 Astronautinnen und Astronauten aus 21 Ländern in Wien – Österreich beteiligt sich an neuer Trägerrakete Ariane 6



Foto: bmvit / Thomas Jantzen

Informierten in Wien anläßlich der 29. Planetary Congress der Association of Space Explorers (ASE) in Wlen über die aktuellen Entwicklungen in der Raumfahrt und die österreichische Förderstrategie für die Weltraumindustrie (v.l.): ASE-Präsident Noguchi, »Austronaut« Franz Viehböck, Weltraumminister Jörg Leichtfried, Kosmonaut Aleksei Leonov und IV-Generalsekretär Christoph Neumayer,

Auf Einladung von Franz Viehböck – dem ersten und bisher einzigen Österreicher im Weltraum – und des Österreichischen Weltraum Forums (ÖWF) sind in der ersten Oktoberwoche rund 100 Astro-, Kosmo- und TaikonautInnen in Österreich zu Gast. RaumfahrerInnen aus über 21 Ländern trafen einander in Wien zum 29. Planetary Congress der Association of Space Explorers (ASE), wo sie gemeinsam mit rund 200 internationalen VertreterInnen aus Industrie und Forschung über die aktuellen Entwicklungen und die Zukunft der Raumfahrt berieten. „Der Kongreß ist eine einzigartige Gelegenheit für unsere Unternehmen und Forschungseinrichtungen, um sich der internationalen Weltraum-Gemeinschaft zu präsentieren. Die Astronautinnen und Astronauten begeistern Kinder und Jugendliche in ganz Österreich für das Thema Raumfahrt“, erklärte Weltraumminister Jörg Leichtfried bei der Eröffnung im Wiener Haus der Industrie.

Im Rahmen eines Pressegesprächs informierte Leichtfried gemeinsam mit Viehböck, IV-Generalsekretär Christoph Neumayer und ASE-Präsident Soichi Noguchi über die österreichische Weltraumstrategie. „Österreich ist eine Weltraum-Nation. Heimische Technologie ist mittlerweile fixer Bestandteil bei wichtigen Raumfahrt-Missionen, etwa zur Erforschung von Planeten und an Bord von Raketen und Satelliten. 2020 startet die neue Trägerrakete Ariane 6 – daran beteiligen wir uns mit rund 30 Millionen Euro“, so Leichtfried. Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (bmvit) ist seit 2014 offiziell auch Weltraumministerium. Mit rund 70 Mio. Euro/Jahr fördert das bmvit Forschung und Entwicklung in den Bereichen Erdbeobachtung, Kommunikationsnetze im All, neue Technologien wie Flugelektronik, wissenschaftliche Instrumente und Exploration, sowie Trägersysteme und Navigation für Satelliten.

„Der österreichische Raumfahrtsektor ist ein oft übersehenes Kompetenzfeld in unserer Industrielandschaft. Höchst innovativ, exportintensiv und stark in europäische und internationale Projekte involviert liefern rund 100 österreichische Hersteller Hard- und Softwarekomponenten für Missionen der Europäischen Weltraumorganisation ESA“, so der Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV), Christoph Neumayer.

Der Präsident der Association of Space Explorers, Soichi Noguchi (Japan), betonte die Wichtigkeit des internationalen Austauschs: „Die Association of Space Explorers vereint alle 450 Astronauten und Kosmonauten rund um den Globus. Ich freue mich schon auf den Austausch mit den Kollegen und die Gelegenheit, österreichische Forschungs- und Technologieeinrichtungen kennenzulernen.“

Franz Viehböck, der die Konferenz anläßlich des 25-Jahr-Jubiläums seiner Weltraummission „Austromir“ nach Österreich brachte, über den Kongreß in Wien: „Meine Kollegen und ich werden die Gelegenheit nutzen, um uns auf den letzten Stand in Sachen bemannte Raumfahrt zu bringen, denn hier tut sich einiges – im Bereich aktueller und künftiger Weltraummissionen ebenso wie auf dem Sektor neuer Entwicklungen in Technologie und Weltraumindustrie.“

Der ehemalige Raumfahrer betonte die Bedeutung von Veranstaltungen, die die Öffentlichkeit gleichermaßen informieren wie begeistern: Am 5. Oktober, dem „Community Day“ der Konferenz, waren er und seine KollegInnen als Botschafter für Naturwissenschaften und Technik bei gut 130 Events in ganz Österreich unterwegs. ■

http://oewf.org

Österreich, Europa und die Welt

EU-Regionalpolitik nach 2020

337 Regionen, Städte und Organisationen unterstützen Niederösterreich-Initiative – Landeshauptmann Erwin Pröll übergab Unterschriften an die EU-Institutionen in Brüssel



Foto: NLK Burchhart

Gruppenfoto nach dem Festakt der feierlichen Übergabe der Unterschriftenbücher an die Vertreter der EU-Institutionen.

Von einer „wichtigen Weichenstellung für die europäische Regionalpolitik und für die Regionen in Europa“ sprach Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll am 20. Oktober im Zuge der Übergabe eines von 337 Regionen, Städten und Organisationen unterschriebenen Positionspapieres an die EU-Institutionen in Brüssel.

Es sei „ein starkes und unübersehbares Zeichen und Signal für die Geschlossenheit und Entschlossenheit der Regionen“, so Pröll: „Der zentrale Inhalt des Positionspapiers: Die EU-Regionalpolitik muß über 2020 hinaus bestehen bleiben und muß auch am Weg in die Zukunft alle Regionen berücksichtigen: schwächere Regionen und Übergangsregionen ebenso wie stärkere Regionen. Unsere Initiative ist breit verankert: Insgesamt ziehen 337 Partner aus 22 Mitgliedsstaaten an einem Strang. In diesen Regionen



Foto: NLK Burchhart

Die EU-Kommissarin für Regionalpolitik Corina Crețu und Landeshauptmann Erwin Pröll

Österreich, Europa und die Welt



Foto: NLK Burchhart

v.l.: Landeshauptmann Erwin Pröll, die Vorsitzende des Ausschusses für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments, Iskra Mihaylova, die EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Corina Crețu, der Präsident des Ausschusses der Regionen, Markku Markkula, und der Ständige Vertreter der Slowakei in Brüssel als Vertreter der slowakischen EU-Ratspräsidentschaft, Peter Javorcik

leben insgesamt 365 Millionen Menschen – das sind 72 Prozent der gesamten EU-Bevölkerung."

Schon in den Jahren 2010/2011 hatte das Land Niederösterreich eine derartige Initiative für die derzeit laufende Förderperiode gestartet. Diese läuft jedoch Ende 2020 aus, und schon jetzt finden erste Überlegungen für die neue siebenjährige Förderperiode ab 2021 statt. „Es geht dabei um ein Budgetvolumen von insgesamt 352 Milliarden Euro", sagte Pröll. Natürlich wisse man, daß die EU durch Brexit, Migration oder Terrorismus vor einer Vielzahl an Herausforderungen stehe, aber „die Regionen dürfen darunter nicht leiden, denn auch die Regionen sind mit den neuen Herausforderungen konfrontiert", so Pröll. Die Regionen wollten möglichst rasch Planungssicherheit, weil jedes Projekt national und regional kofinanziert werde. „Die Unterschriften sind Auftrag an die EU-Institutionen, auf die Stimme der Regionen zu hören und die Regionen aktiv miteinzubeziehen", betont er.

Die Bedeutung der Regionen in Europa betonte der Landeshauptmann auch im Zuge seiner Eröffnungsrede anläßlich der Konferenz „Der Beitrag der EU-Regionalpolitik zur Bewältigung der Zukunftsfragen" hervor. Die Regionalförderung sei „ein wichtiger Investitionsmotor in Europa", betonte er. Auch das Beispiel Niederösterreich zeige, „daß Regionalförderung unglaublich viel bewirken kann", so Pröll. Niederösterreich, das Jahrzehnte am Eisernen Vorhang leben mußte, habe einen intensiven Aufholprozeß gestartet und habe heute als Region an Stärke gewonnen, nannte Pröll dabei etwa auch die Verleihung der Auszeichnung zur „Europäischen Unternehmerregion 2017" an Niederösterreich. Die EU-Regionalförderung sei ein wichtiger Motor, so Pröll, Niederösterreich erhalte für die derzeitige Förderperiode 162 Millionen Euro. Daß jeder Euro aus dem EU-Budget in den Regionen durch nationale Ko-Finanzierung erhöht werde, bedeute ein enormes Investitionsvolumen für Infrastruktur-Projekte, Arbeitsplatz-Maßnahmen, Wirtschafts-, Tourismus-, Gesundheits- und Kulturprojekte, meinte er weiters: „Das bringt den Menschen den Nutzen der EU näher."

„Die Regionen zu stärken bedeutet Europa zu stärken", betonte Pröll: „Nur über die Stärkung der Regionen können wir das wirtschaftliche Potenzial nutzen, die politische Stabilität stärken und die Akzeptanz Europas erhöhen. Wenn die Regionalförderung in Frage gestellt wird, dann besteht die Gefahr, daß sich bestehende Disparitäten verfestigen oder sich gar neue Disparitäten bilden. Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, um das Zusammenwachsen in Europa zu stärken und das Zusammenstehen für Europa zu festigen. Die Regionalpolitik mit einer langfristigen Regionalförderung ist eines der zentralen Instrumente dazu."

Nach einem gemeinsamen Gang der Regionen zur Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union kam es dort zu der feierlichen Übergabe der Unterschriftenbücher an die Vertreter der EU-Institutionen. Für den Ausschuß der Regionen nahm Markku Markkula, der Präsident des Ausschusses der Regionen, die Unterschriften entgegen, für die Kommission Corina Cretu, EU-Kommissarin für Regionalpolitik. Als Vertreter der slowakischen EU-Ratspräsidentschaft übernahm Peter Javorcik, der ständige Vertreter der Slowakei in Brüssel, die Unterschriftenbücher, für das Europäische Parlament Iskra Mihaylova, die Vorsitzende des Ausschusses für regionale Entwicklung.

„Wir tun gut daran, daß wir frühzeitig unsere Stimmen erheben", sprach Landeshauptmann Pröll im Zuge des Übergabe-Festaktes von einem „deutlichen Signal". Kommissarin Corina Crețu bezeichnete den Tag als „sehr wichtigen Tag der Solidarität und des Vertrauens", sie wolle „allen danken, die diesen Tag möglich machten", Kohäsionspolitik sei „wichtiger als je zuvor". Von einer „ganz klaren Botschaft" sprach auch Präsident Markkula, er hob in seiner Stellungnahme das Engagement und die Entschlossenheit der Regionen Europas hervor. ■

http://www.noel.gv.at

Neue Seiten des Buches kennenlernen

Landtagspräsident Harald Sonderegger und Landeshauptmann Markus Wallner mit Landtagsdelegation in Berlin und Brandenburg



Foto: Deutscher Bundestag / Achim Melde

Das Erweiterte Präsidium des Vorarlberger Landtags unter der Leitung von Landtagspräsident Harald Sonderegger (4.v.l.) mit Bundestagspräsident Norbert Lammert (5.v.l..) und Landeshauptmann Markus Wallner (6.v.l.)

Das Herz Deutschlands, Berlin und das umliegende Brandenburg, hatte sich der Vorarlberger Landtag als Ziel einer Informationsreise vom 28. September bis zum 1. Oktober 2016 ausgesucht. „Zweck war es, möglichst viele Eindrücke, Informationen und Ideen zu sammeln, die wir mitnehmen und in unserer täglichen Arbeit zum Nutzen Vorarlbergs verwenden oder umsetzen können“, so Landtagspräsident Harald Sonderegger.

Parlamentarismus, Integration und Klimaentwicklung bzw. Klimaziele, aber auch Wirtschaftsförderung, Strukturwandel und Standortfaktoren standen im Mittelpunkt der Gespräche mit PolitikerInnen und ExpertInnen vor Ort, an denen am dritten Exkursionstag auch Landeshauptmann Markus Wallner teilnahm.

Die Große Landtagsexkursion wird einmal pro Legislaturperiode abgehalten. Sie ermöglicht es den Abgeordneten, sich abseits des Alltagsgeschäfts vor Ort über politische Entwicklungen zu informieren und neue Ideen mitzunehmen. „Die Welt ist ein Buch – wer nie reist, sieht nur eine Seite davon“, zitierte der Landtagspräsident den Philosophen und Theologen Augustinus von Hippo aus dem 4. Jahrhundert. Der Vorarlberger Landtag habe sich schon vor vielen Jahren in diesem Sinne entschlossen, immer wieder neue Bücher zu lesen und neue Seiten aufzuschlagen, um neue Perspektiven zu eröffnen und erprobte, praxistaugliche Lösungen, sogenannte „Best-Practice-Beispiele“, kennenzulernen. Als Ziele für die viertägige Reise wurden entsprechend den Themenschwerpunkten unterschiedliche Institutionen in Berlin und Brandenburg ausgewählt. An der Exkursion nahmen VertreterInnen aller Landtagsfraktionen teil.

Parlamentarismus

Im Deutschen Bundestag in Berlin traf die Delegation, an diesem Exkursionstag verstärkt durch Landeshauptmann Markus Wallner, den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert und führte aufschlußreiche Arbeitsgespräche mit ihm und der Deutsch-Österreichischen Parlamentariergruppe zu den aktuellen politischen Fragen, vor denen die beiden und andere Länder Europas stehen. Auch ein Be-



Foto: Deutscher Bundestag / Achim Melde

v.l.: Landtagspräsident Harald Sonderegger, Bundestagspräsident Norbert Lammert und Landeshauptmann Markus Wallner.

such des Brandenburgischen Landtags in Potsdam – auf Einladung von Präsidentin Britta Stark – stand auf dem Programm. Sonderegger stellte fest: „Wir konnten die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg weiter vertiefen – insbesondere auch im Hinblick auf die Gemeinsame Landtagspräsidentenkonferenz 2017, die in Vorarlberg stattfinden wird."



Landtagsvizepräsident Ernst Hagen, Landtagsvizepräsidentin Gabriele Nußbaumer und Landtagspräsident Harald Sonderegger mit ihren Brandenburger Kollegen Landtagspräsidentin Britta Stark (2.v.r.) und Landtagsvizepräsident Dieter Dombrowski (2.v.l.).

Integration

Als eindrucksvolles Leuchtturmprojekt erlebte die Landtagsdelegation den Besuch der Berufsfachschule Paulo Freire in Berlin: Sie bietet sozialpflegerische Ausbildungswege für junge Menschen mit Migrationshintergrund an, wie Schulleiter Marco Hahn erklärte: „Geflüchtete sind nicht nur Hilfsbedürftige, sondern bringen auch viele Ressourcen mit." So nutzt die Schule diese Potentiale, um dem Mangel an Pflegekräften entgegenzuwirken und gleichzeitig den stark wachsenden Bedarf an kultursensibler Pflege in Zukunft zu decken. Eine positive Lernerfahrung und Qualität in der Ausbildung begleitet von individuellen Unterstützungsangeboten, die auch in angemessene Entlohnung der Absolventen mündet, stehe laut Hahn im Vordergrund: „Wir wollen keine billigen Arbeitskräfte ausbilden, sondern Fachpersonal."

Ein weiteres Best Practice-Modell auf dem Programm der Exkursion war der gemeinnützige Berliner Verein „Kiezspinne FAS", der bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe zum Wohle des Gemeinwesens und des „Kiez" fördert. Die Spinne soll das Hauptanliegen symbolisieren: Ein Netz zwischen Initiativen, Projekten, Trägern, öffentlichen Einrichtungen und engagierten Nachbarn im Kiez FAS zu knüpfen. Vor allem das ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe als niederschwelliges Integrationsangebot wurde von den Vortragenden Barbara Loth, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen des Landes Berlin, und dem Kiezspinne-Geschäftsführer Michael Kunze als Erfolgsprojekt präsentiert: Rund 200 IntegrationslotsInnen, schon lange in Deutschland lebende MigrantInnen, bringen ihre sprachlichen und kulturellen Kompetenzen bei der Integration von Migranten und Geflüchteten ein.



Landeshauptmann Markus Wallner, Landtagspräsident Harald Sonderegger und Landtagsdirektorin Borghild Goldgruber-Reiner im Gespräch mit Barbara Loth, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen des Landes Berlin (2.v.r.).



Fotos: Vorarlberger Landtag / Mathias Bertsch

Gerhard Ringmann (Abteilungsleiter Wirtschaftsförderung im Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg), Verena Heyner (Direktorin International Business Development der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH), Landtagsdirektorin Borghild Goldgruber-Reiner und Landtagspräsident Harald Sonderegger.

Klimaentwicklung bzw. Klimaziele

Im Potsdam-Institut für Klimaforschung stellte Direktor Daniel Klingenfeld die Institution vor. Es untersucht wissenschaftlich und gesellschaftlich bedeutsame Fragestel-

Österreich, Europa und die Welt



Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs (l.) und Landtagspräsident Harald Sonderegger

lungen in den Bereichen globaler Klimawandel, globale Erwärmung und nachhaltige Entwicklung. ForscherInnen aus den Natur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften arbeiten zusammen, um fächerübergreifend Einsichten zu gewinnen, welche als Grundlage für Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft genutzt werden können. In seinem Vortrag beschäftigte sich der Experte für Energie- und Klimafragen auch mit der Frage: Was ist in Europa (in den Industriestaaten) an klimapolitischen Maßnahmen erforderlich, um das Abkommen von Paris einzuhalten? Dabei beleuchtete er drei Ansätze: Die CO_2-Bepreisung, die Förderung sowohl von erneuerbaren Energien als auch von Energieeffizienz und die Investition in Systemlösungen für erneuerbare Energien.

Wirtschaftsförderung, Strukturwandel und Standortfaktoren

„Die Stärken stärken" lautete der Tenor der Fachleute im Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg. So schilderte Gerhard Ringmann, Abteilungsleiter Wirtschaftsförderung, der Delegation den wirtschaftlichen Weg Brandenburgs seit dem Mauerfall bis zum heutigen Tag. Der gegenwärtige Fokus liege auf dem Blick nach vorne und der Innovationsförderung. Das Bundesland nutzt sein Potential als Wissenschaftsstandort auch um die betriebliche Praxis zu optimieren und kooperiert mit dem Nachbarn Berlin anhand einer gezielten Clusterstrategie. Eine „Metropolenregion, die Wirtschaft mit Wissenschaft zusammenbringt", resümierte Staatssekretär Hendrik Fischer.

Als „Türöffner" für neue Unternehmen arbeitet die ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH. Diese Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist zentrale Anlaufstelle für Wirtschaftsförderung, Technologie- und Energieberatung, wie Verena Heyner, Direktorin des International Business Development, ausführte.

Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs referierte schließlich über konkrete Aufgabenstellungen und Lösungen in der brandenburgischen Hauptstadt, vor allem zu Integration, öffentlicher Verkehr, Wohnungs- und Arbeitsmarktsituation. ■



Fotos: Vorarlberger Landtag / Mathias Bertsch

Die Delegation mit dem Österreichischen Botschafter in Berlin, Nikolaus Marschik(1. Reihe, 2.v.l.), und Instituts-Direktor Daniel Klingenfeld (1. Reihe, 3.v.r.) auf dem Gelände des Potsdam-Instituts für Klimaforschung.

Vom Kahlenberg nach Dubai

Feierliche Eröffnung von MODUL University Dubai – dem ersten Campus einer österreichischen Privat-Uni außerhalb Europas

Am 10. Oktober fand die feierliche Eröffnung eines neuen, mit einem strategischen Partner in Dubai errichteten Campus der MODUL University Vienna statt. Es ist der erste Campus einer österreichischen Privatuniversität außerhalb Europas. Neben englischsprachigen Bachelor-, Master- und MBA-Studiengängen wird am Campus Dubai auch ein englischsprachiges Kolleg der Tourismusschulen MODUL angeboten werden. In Anwesenheit diverser hochrangiger Gäste wie z.B. Walter Ruck, Präsident der Wirtschaftskammer Wien, Prof. Karl Wöber, Rektor der MODUL University Vienna, Abdulla Al Karam, Vorsitzender der Knowledge and Human Development Authority (KHDA), Mohammed Saeed Al Raqbani, Geschäftsführer von Dubai Investments, Mag. Zaid Maleh, Geschäftsführer von DIID Management und VertreterInnen der österreichischen und lokalen Wirtschaft wurden die geplanten Studiengänge in den Bereichen Tourismus und Internationale Wirtschaft feierlich vorgestellt. Sowohl die Privatuniversität als auch die Schule unterstreichen mit diesem gemeinsamen Auftritt die mehr als hundertjährige Tradition der Marke MODUL und ihre Expertise sowohl im Praxis- und Sekundarbereich als auch auf tertiärer Ebene.



Foto: MODUL University Dubai

v. l.: Zaid Maleh, Geschäftsführer DIID Management & MODUL University Dubai, Ahmad Bin Sulayem, Vorstandsvorsitzender Dubai Multi Commodities Centre Freihandelszone, Walter Ruck, Präsident WK Wien und Universitätsratsvorsitzender MODUL, Abdulla Al Karam, Vorsitzender der Knowledge and Human Development Authority (KHDA), Andreas Liebmann-Holzmann, Österr. Botschafter in Abu Dhabi, Prof. Karl Wöber, Rektor MODUL University Vienna, Prof. Jörg Finsinger, Akademischer Leiter MODUL University Dubai, und Mohammed Saeed Al Raqbani, Geschäftsführer Dubai Investments

Bildungsexport als Motor für die Wirtschaft

Neben der Chance, österreichische Bildungsstandards zu exportieren, sieht Walter Ruck, Präsident der Wirtschaftskammer Wien und Vorsitzender des Universitätsrates der MODUL University Vienna, auch wirtschaftspolitische Vorteile durch den Schritt ins außereuropäische Ausland: „Durch die Etablierung eines eigenen Campus in einer der dynamischsten Wirtschaftsregionen der Welt legen wir auch eine starke Grundlage für nachhaltige wirtschaftliche Beziehungen zwischen Österreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten." Eine Ansicht, die Zaid Maleh, der neben seiner Funktion bei DIID Management auch als Geschäftsführer der MODUL University Dubai agiert, teilt: „Dubai ist ein ideales Umfeld für internationale Bildungsangebote. Als bedeutendster Geschäfts-, Finanz-, Handelsplatz und Bildungsstandort im gesamten Nahen Osten ist Dubai in den letzten beiden Jahrzehnten zu einer Metropole internationalen Formats geworden und setzt mit der Abhaltung der Expo 2020 diese Entwicklung fort. Österreichisches Know-how hat hier einen ausgezeichneten Ruf, weshalb wir als Experten in der Entwicklung und im Betrieb von internationalen Universitäten uns an die MODUL University als höchst renommierten Partner gewandt haben."

Österreichisches Bildungs-Know-how in Dubai

Als akademischer Leiter der MODUL University Dubai konnte Jörg Finsinger, langjähriger Professor für Finanzwissenschaften an der Universität Wien, gewonnen werden. Die Fertigstellung des gemeinsam mit DIID Management errichteten Campus ist bereits erfolgreich abgeschlossen, in bester Lage in Dubai. „Unser Partner DIID, mit dem Mehrheitseigentümer Dubai Investments, errichtet und betreibt den Campus selbständig, wir fungieren als Lizenzgeber mit akademischem Durchgriffsrecht", erklärt Christian Hoffmann, Geschäftsführer der MODUL University Vienna, die ihren Fokus im Kooperationsmodell auf die Durchführung ihrer Studiengänge nach österreichischen Qualitätsstandards legt. Konkret wird die Wiener Privatuniversität die Einhaltung der nach österreichischem Recht erforderlichen Akkreditierungsanforderungen und die Entwicklung des Qualitätsmanagements am Standort Dubai gewährleisten. Alle geplanten Studiengänge wurden bereits nach offiziellen gültigen Standards seitens der zuständigen Behörden des Emirats Dubai lizenziert. Das Verfahren für die offizielle Akkreditierung der österreichischen Akkreditierungsbehörde (AQ Austria – Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria) ist aktuell im Laufen.

Über die MODUL University Vienna

Die MODUL University Vienna, die internationale Privatuniversität der Wirtschaftskammer Wien, bietet englischsprachige Studienprogramme aus den Bereichen Internationale Wirtschaft und Management, Neue Medientechnologie, öffentliche Verwaltung und nachhaltige Entwicklung sowie Tourismus-, Hotel- und Dienstleistungsmanagement an. Seit September 2016 studieren knapp 700 StudentInnen aus 70 Nationen am Kahlenberg. ■

http://www.modul.ac.at

Defiant Requiem: Verdi in Terezín

Österreichpremiere im Wiener Konzerthaus



Foto: Ouriel Morgensztern

Am 20 September fand im Wiener Konzertaus die Österreichpremiere von „Defiant Requiem: Verdi in Terezín“ statt. Und es war keine gewöhnliche Aufführung des bekannten Requiems, sondern ein von Maestro Murry Sidlin inszeniertes Konzert-Drama, das die bemerkenswerte Geschichte eines charismatischen jüdischen Dirigenten Rafael Schächter und seiner Mithäftlinge erzählt. Es kombiniert die ergreifende Musik Verdis mit Zeitzeugenberichten von überlebenden Chormitgliedern und Ausschnitten aus einem in Theresienstadt gedrehten NS-Propagandafilm „Der Führer schenkt den Juden eine Stadt“. Zwischen den Musikpassagen rezitierten SchauspielerInnen Worte von Rafael Schächter und anderen Beteiligten, sodaß ein Zusammenwirken aus Klang, Bild und Text entstand.

Mit „Defiant Requiem“ wollt Murry Sidlin an Schächters Entschlossenheit erinnern, aber auch die übersinnliche Kraft der Kunst ins Bewußtsein rufen „Defiant Requiem“ bringt ein Vermächtnis von Theresienstadt zu Bewußtsein: „Schächter und seine Mithäftlinge haben gezeigt, daß es möglich ist, auf das Schlechteste der Menschheit mit dem Besten der Menschheit zu antworten. Dem Terror des Nazi Regimes setzten die Inhaftierten Musik, Weisheit, Mut und Hoffnung entgegen.“ Mitwirkende waren: Dirigent Murry Sidlin, das Orchester Wiener Akademie, der Tschechische Philharmonische Chor Brno, Aga Mikolaj, Janina Baechle, Bruce Sledge, Jongmin Park, Katharina Stemberger und Erwin Steinhauer.

Die Historie

Mit einem Satz geschmuggelter Noten und einem alten Klavier organisierte Rafael Schächter, Absolvent des Prager Konservatoriums, zwischen 1943 und 1944 im Keller einer Baracke Chorproben. Er wählte das dramatische Werk Verdis wegen der musikalischen Intensität und des Librettos aus. Schon nach kurzer Zeit wuchs das Ensemble auf 150 Personen an. Zunächst fanden die Treffen heimlich statt, denn das Musizieren war ursprünglich von der SS verboten worden. Dies änderte sich als die Nationalsozialisten begannen die kulturellen Aktivitäten in Theresienstadt zu Propagandazwecken zu benützen. Es gab Ausstellungen, Lesungen, und Theatervorstellungen. Verdis „Messa da Requiem“ wurde insgesamt 16 Mal im Lager aufgeführt.

Im Juni 1944 kam eine Delegation des Internationalen Roten Kreuz, begleitet von hochrangigen SS-Offizieren ins Lager. Durch ein unglaubliches Täuschungsmanöver gelang es den Nazis, die Delegation – und damit die Welt – über die wahren Zustände in Theresienstadt irrezuführen. Rafael Schächter und sein Chor wurden gezwungen, die Delegation mit einer Aufführung von Verdis Requiem zu unterhalten“ – dies war ihr letztes Konzert! Im Oktober 1944 wurden auch Schächter und alle verbliebenen Mitwirkenden nach Auschwitz deportiert, die meisten wurden sofort nach ihrer Ankunft in den Gaskammern ermordet. Schächter überlebte Auschwitz, kam aber vermutlich auf einem der Todesmärsche ums Leben.

Die Defiant Requiem Foundation ist eine von Murry Sidlin gegründete Non-Profit-Organisation mit Sitz in Washington D.C. Das Zentrum ihrer Arbeit ist die Erinnerung an Rafael Schächter und an die Gefangenen von Theresienstadt wachzuhalten. ■



Foto: Ouriel Morgensztern

Besucher der Österreichpremiere im Wiener Konzerthaus (v.l.): Oberkantor Shmuel Barzilai, Jonny Dawaraschwili (Verein Georgischer Juden), Herbert Pichler (GF Sigmapharm), Alt-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Dirigent Murry Sidlin, Zweiter Nationalratspräsident Karlheinz Kopf, Ambassador Stuart Eizenstat (ehemaliger Chefverhandler in Restitutionsfragen), und Oskar Deutsch, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien

USA, England und Israel…

50 Personen aus den USA, England und Israel auf Einladung des Jewish Welcome Service in Wien



Foto: PID / Schaub-Walzer

Die Gäste – in unserem Bild auf der Feststiege im Wiener Rathaus – kamen aus den USA, England und Israel.

Der Jewish Welcome Service Vienna war vom 18. bis 25. September Gastgeber einer Gruppe JüdInnen der 1. und 2. Generation aus Wien bzw. mit österreichischen Wurzeln. Die Gruppe bestand aus insgesamt 50 Personen, darunter waren auch viele Kinder und Enkelkinder, diesmal waren auch viele Geschwisterpaare dabei. Die Gäste kamen aus den USA, England und Israel. Im Rahmen des Aufenthalts standen Besuche jüdischer Einrichtungen, eine Stadtrundfahrt, ein Besuch im Rathaus und erstmalig eine Donauschifffahrt auf dem Programm, sowie ein immer beliebter Heurigenbesuch. Bei den Gesprächen mit den Gästen haben alle erzählt, wie gerne sie die Einladung des Jewish Welcome Service angenommen haben und wichtig für sie war, den alten Wohnsitz, die Schule, die Arbeitsstätte ihren Verwandten zu zeigen bzw. zu recherchieren. Auch diesmal war der Besuch der Gruppe ein großer Erfolg und viele möchten Wien auch gerne wieder besuchen.

Es ist wichtig, Holocaust-Überlebenden und ihren Nachfahren das heutige, moderne, weltoffene Wien zu zeigen und damit auch die Entwicklung, die die Stadt in den letzten Jahrzehnten gemacht hat. Die Besuche der JüdInnen sind oftmals der Beginn einer emotionalen Bindung, einer Beziehung zur ursprünglichen Heimatstadt", so Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny im Rahmen eines Empfangs im Wiener Rathaus.

„Mit diesen Einladungen zeigt die Stadt Wien, wie wichtig ihr die öffentliche Wahrnehmung und die Anerkennung des Leides der Holocaust-Überlebenden und ihrer Familien ist, so Susanne Trauneck, Generalsekretärin des Jewish Welcome Service.



Foto: PID / Schaub-Walzer

Generalsekretärin Susanne Trauneck (2.v.l.) mit Gästen und Susanne Bluma (r.), Abgeordnete zum Landtag und Gemeinderat

Seit 2012 unterstützt auch der Wiener Städtische Versicherungsverein, Hauptaktionär der Vienna Insurance Group, die Arbeit des Jewish Welcome Service. Neben der Förderung von kulturellen und sozialen Projekten sieht sich der Wiener Städtische Versicherungsverein vor allem auch als Brückenbauer zwischen Kulturen und Generationen.

Der Jewish Welcome Service

1980 wurde die Organisation auf Initiative des damaligen Bürgermeisters Leopold Gratz und des Stadtrates Heinz Nittel gemeinsam mit dem 2007 verstorbenen Leon Zelman gegründet. Präsident ist der jeweilige Bürgermeister der Stadt Wien. Weitere Aufgaben neben dem Besuchsprogramm sind die Unterstützung von Gedenk- und Erinnerungsinitiativen sowie Information und Service für jüdische Wien-BesucherInnen. Darüber hinaus organisiert der Jewish Welcome Service auch Einladungen für die jüngere Generation. Finanziert wird die Tätigkeit des Jewish Welcome Service von der Stadt Wien, mit Unterstützung der Republik Österreich. ■

http://www.jewish-welcome.at

»Die Gerechten – Courage ist eine Frage der Entscheidung«

Ausstellung im Palais Liechtenstein in Feldkirch

Am 15. September fand die Eröffnung der Ausstellung „Die Gerechten – Courage ist eine Frage der Entscheidung“ im Palais Liechtenstein in Feldkirch statt. Diese Ausstellung der Österreichischen Freunde von Yad Vashem widmet sich den 112 bisher bekannten ÖsterreicherInnen, die während der Nazizeit jüdische Mitmenschen uneigennützig retteten. Sie wurde gemeinsam mit der Stadt Feldkirch organisiert.

Ob Hausfrau, Soldat, Polizist oder Priester, Künstler oder Fabrikant: So unterschiedlich die Herkunft und der soziale Hintergrund der österreichischen Gerechten auch sein mag, zwei Dinge verbinden sie alle: die Entscheidung, jüdische Mitmenschen vor den Nazis zu retten und die Courage, das eigene Leben dafür aufs Spiel zu setzen – ohne Gegenleistung. Nicht wenige der LebensretterInnen gingen für ihre Schützlinge auch tatsächlich in den Tod. Der Mut, die Entschlossenheit und die Zivilcourage dieser ÖsterreicherInnen gewinnen auch heute wieder an Aktualität.

An der Ausstellungseröffnung nahmen rund 100 BesucherInnen teil. Die Begrüßung nahm der Präsident des Kunst-Palais Liechtenstein, Markus Keel, vor. Grußworte sprachen Landesrat Johannes Rauch, Generalvikar der Diözese Feldkirch, Msgr. Rudolf Bischof (in Vertretung von Bischof Benno Elbs) sowie Yad Vashems Europadirektor Arik RavOn. Per Videobotschaft sandte Israels Botschafterin in Österreich, I.E. Talya Lador-Fresher, ihre Grüße.

Der Vorsitzende der Österreichischen Freunde von Yad Vashem, Günther Schuster, stellte nach seinen einführenden Worten die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem und den Freundeskreis in einem Kurzfilm vor.

Kurator Univ.-Prof. Michael John skizzierte den BesucherInnen die Leitgedanken der Ausstellung. Sie wolle nicht die Verbrechen der Nationalsozialisten verharmlosen und die ÖsterreicherInnen insgesamt exkulpieren. So wird man etwa gleich eingangs mit jenen ÖsterreicherInnen konfrontiert, die im Nationalsozialismus bedeutende Funktionen innehatten und mitverantwortlich zeichneten für das schlimmste organisierte Verbrechen der Menschheitsgeschichte.



Landesrat Johannes Rauch (l.) und Kurator Univ.-Prof. Michael John bei der Führung

In diesem Dunkel wirkten die Rettungstaten der Gerechten wie Lichter, was etwa durch beleuchtete Würfel in einem finsteren Raum zum Ausdruck kommt, auf denen ausgewählte Lebensretter und ihre Geschichten dargestellt werden. Die Ausstellung nimmt die BesucherInnen in konkrete Rettungssituationen mit hinein und bietet viele außergewöhnliche Originalgegenstände, die im Zusammenhang mit den erstaunlichen Geschichten der österreichischen Gerechten stehen.

Die Ausstellung wird noch bis zum 11. Dezember im Palais Lichtenstein in Feldkirch gezeigt. Es wird empfohlen, eine Führung in Anspruch zu nehmen. Telefonische Anmeldung unter ++43 / (0)5522 / 3041271.

Yad Vashem ist die nationale Gedenkstätte des Staates Israel für die sechs Millionen Opfer der Shoa. Die Hauptaufgabe Yad Vashems besteht darin, die Namen und Todesumstände jedes einzelnen Holocaustopfers zweifelsfrei aufzuklären. Bis jetzt ist es gelungen, die Schicksale von mehr als viereinhalb Millionen Ermordeten durch Zeugenaussagen und Dokumente zu verifizieren. Yad Vashem ehrt in besonderer Weise auch jene Menschen, die ihr Leben aufs Spiel setzten, um Juden zu retten. Weltweit wurden bisher mehr als 25.000 Menschen als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt. 112 von ihnen sind ÖsterreicherInnen.

Die Österreichischen Freunde von Yad Vashem unterstützen die Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte seit ihrer Gründung 2003. Der Verein mit Hauptsitz in Linz hat derzeit 750 Mitglieder. ■

http://www.austria.yad-vashem.net



Fotos: VLK / W. Micheli

Bei der Eröffnung der Ausstellung (v.l.): Ulrike und Günther Schuster (Yad Vashem Austria), Msgr. Rudolf Bischof (Generalvikar der Diözese Feldkirch), Landesrat Johannes Rauch und Arik RavOn, Europadirektor von Yad Vashem

»Arnold Schönberg – Peindre l'âme«

Das Arnold Schönberg Center ist mit 200 Leihgaben bei der Ausstellung im Musée d'art et d'histoire du Judaïsme in Paris vertreten

Das Musée d'art et d'histoire du Judaïsme in Paris präsentiert in Kooperation mit dem Arnold Schönberg Center, Wien, von 28. September 2016 bis 29. Januar 2017 die Ausstellung „Arnold Schönberg – Peindre l'âme" mit über 350 Exponaten: Gemälde, Zeichnungen, Dokumente, Musikmanuskripte, Briefe und Fotografien.

Der Komponist, Maler, Lehrer, Theoretiker und Erfinder Arnold Schönberg (1874 – 1951) gilt als der große Schöpfergeist des 20. Jahrhunderts. Die Ausstellung beleuchtet im Besonderen die relativ kurze und intensive Schaffensdauer als Maler von 1908 bis 1910.

Neben den Gemälden wird besonders das bewegte Leben Arnold Schönbergs in den Blick genommen: geboren als Jude, 1898 zum protestantischen Glauben konvertiert, kehrt er vor seiner Flucht nach Amerika 1933 in Paris zur jüdischen Glaubensgemeinschaft zurück. Ein Ausstellungsabschnitt widmet sich Schönbergs Verhältnis zum Judentum und seiner Identität als religiöse und politische Persönlichkeit.

Eine eigene Abteilung ist einer Werkauswahl von Schönbergs Weggefährten gewidmet: Wassily Kandinsky, Richard Gerstl, Egon Schiele und Max Oppenheimer.

Das in Wien beheimatete Arnold Schönberg Center ist mit 200 Leihgaben bei der Megaschau im Pariser Marais-Viertel vertreten. Weitere Leihgeber sind: Albertina, Leopold Museum, mumok, Österreichische Galerie Belvedere, Österreichische Nationalbibliothek, Universität für angewandte Kunst Wien, Wien Museum, Centre Pompidou und Jüdisches Museum Berlin.

Zahlreiche Begleitveranstaltungen wie Konzerte, Vorträge, Filme, Vermittlungsprogramme umrahmen die Ausstellung.

http://www.mahj.org



Foto: Arnold Schönberg Center, Wien.

Arnold Schönberg, vor seinem Haus in Brentwood Park, Los Angeles (1947) unten: Plakat zur Ausstellung in Paris

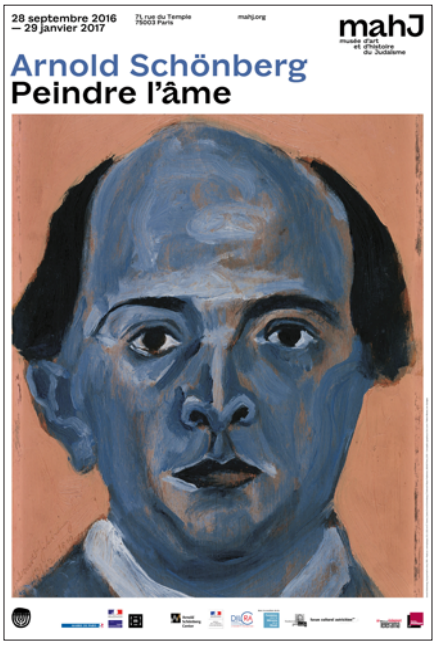


Foto: Musée d'art et d'histoire du Judaïsme Paris

Schönberg im Fokus. Fotografien 1880 – 1950

Von 16. November 2016 – 19. März 2017 zeigt das Arnold Schönberg Center in Wien eine Ausstellung als offenes Archiv: 3500 im Nachlaß von Arnold Schönberg erhaltene historische Fotografien stehen für die Entwicklung des Mediums und vermitteln zugleich ein authentisches wie berührendes Bild des Künstlers, Familienvaters, Freundes und Zeitgenossen.

Eine Kultur- und Alltagsgeschichte in Bildern: Die BesucherInnen begleiten Schönberg auf Reisen, trifft ihn in seinen Privaträumen, nimmt Anteil an einem Leben, das von wechselvoller Geschichte geprägt wurde.

Eine Vielfalt fotografischer Objekte: Abzüge aus dem Fotogeschäft und großformatige Künstlerdrucke stehen neben Familienalben und Fotoapparaten aus Schönbergs Zeit.

Das Arnold Schönberg Center ist seit 1998 zentraler Bewahrungsort von Schönbergs Nachlaß und ein öffentliches Kulturzentrum in Wien. Das Angebot richtet sich an die interessierte Öffentlichkeit wie an Wissenschaftler. ■

http://www.schoenberg.at

XV. Paralympics in RIO 2016

Die Bilanz von insgesamt neun Medaillen kann sich sehen lassen!



Foto: ÖPC / Franz Baldauf

Die ÖPC-Medaillengewinner mit FunktionärInnen und BetreuerInnen kurz nach der Landung am Flughafen Wien-Schwechat (v.l.): Krisztian Gardos, Walter Ablinger, Andreas Onea, Natalija Eder, Pepo Puch, Thomas Frühwirth, Günther Matzinger und Markus Mendy Swoboda

Am 20. September ist das paralympische Team „RIO 2016“ wieder in Österreich angekommen. Nach einem würdigen Empfang direkt am Flughafen Wien folgte für einige AthletInnen noch die ein oder andere feierliche Begrüßung im Heimatort. Aus österreichischer Sicht sehr erfolgreiche Spiele sind damit zu Ende gegangen, die Bilanz von insgesamt neun Medaillen kann sich sehen lassen.

Krisztian Gardos bricht Bann und holt Bronze

Fünf Tage hat die „medaillenlose“ Zeit gedauert, bis der Tiroler Krisztian Gardos am 12. September endlich als erster Österreicher bei den Paralympics in RIO 2016 auf dem Siegerpodest stand. Er schlug im bislang erfolgreichsten Spiel seiner Karriere seinen Konkurrenten aus China – der Tischtennis-Nation schlechthin – klar und deutlich.

Vier Medaillen an einem Tag

Ab nun ging es „Schlag auf Schlag“ mit den Medaillen. Am 14. holten sich die beiden Handbiker Walter Ablinger und Thomas Frühwirth innerhalb von 20 Minuten jeweils die Silbermedaille im Zeitfahren in ihrer Klasse.

Aber damit nicht genug: noch am selben Nachmittag durfte sich Dressurreiter Pepo Puch die Goldmedaille nach dem Individual Championship Test verleihen lassen. Andreas Onea tat im Schwimmen noch eins drauf und holte sich in seiner Paradedisziplin 100 m Brust die Bronzemedaille.

Silber in der Kanu Premiere bei den Paralympics

Der 15. stand erneut im Zeichen der Medaille. Nachdem Markus „Mendy“ Swoboda am Vortag bereits im Vorlauf die zweitbeste Zeit im Kanu erreichte, so wiederholte er selbiges im Finale. Geschlagen geben mußte er sich lediglich seinem stärksten Konkurrenten aus Australien – dieses Duell stand von vorhinein für den Oberösterreicher fest.

Zweite Medaille im Dressurreiten

Am 16. holte sich Pepo Puch seine zweite Medaille. Diesmal hat er mit seinem Konkurrenten aus England den Platz getauscht, für den Steirer war im Individual Freestyle Test zu Walzerklängen die Silbermedaille drin. Die Medaillenfeier nach der Silbernen gestaltete sich fast noch ehrwürdiger als die Goldene zuvor, denn die Prominenz im Österreich-Haus an diesem Abend war groß: Sir Philip Craven, Präsident des Internationalen Paralympischen Committees, und John Petersson, Präsident des Europäischen Paralympischen Committees, gesellten sich zu den Gratulanten.

Kleiner Wehrmutstropfen: Das österreichische Reit-Team verpaßte den Einzug ins Finale knapp und beendete sein Debüt am 8. Platz. Ein Grund dafür war unter anderem der Startverzicht von Thomas Haller, denn mehrere Untersuchungen haben bei seinem Pferd außergewöhnliche Herzgeräusche ergeben – das oberste Ziel war damit letztendlich, den Hengst für den Rückflug gesundheitlich wieder fit genug zu bekommen.

Zweimal Bronze zum Abschluß

Am Abschlußabend im Österreich-Haus, durfte das Leichtathletik-Team noch ordentlich feiern. Mit ihrem bislang besten Wurf gewann die Steirerin Natalija Eder die Bronzemedaille in der Disziplin Speer. In einem äußerst knappen Rennen holte sich Günther Matzinger ebenfalls noch Bronze, nach Bandscheiben und Oberschenkel-Problemen glänzte diese Medaille im 400 m Lauf für den Salzburger wie Gold.

Österreich-Haus als Ort der österreichischen Gastfreundschaft

Gebührend gefeiert wurden die MedaillengewinnerInnen im Österreich-Haus, welches sich wie bei allen Paralympics als der Treffpunkt für Sport, Politik und Wirtschaft entwickelte. Großer Dank gilt daher den SponsorInnen des Österreich-Hauses, die dieses erst möglich gemacht haben.

Für viele AthletInnen, die noch in RIO 2016 um Medaillen gekämpft haben, beginnen nun die Vorbereitungen auf Tokyo 2020.

Für das ÖPC stehen jedoch vorher die Winter-Paralympics in Pyeongchang 2018 am Programm. ■

http://www.oepc.at

Schweizer Bundespräsident bei Bundeskanzler Kern

Der Schweizer Bundespräsident Johann N. Schneider-Ammann ist am 13. Oktober zu einem offiziellen Arbeitstreffen mit dem Bundeskanzler Christian Kern in Wien zusammengekommen. Auf der Agenda standen neben den bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Österreich insbesondere Fragen der Europapolitik. Tags darauf nahm Schneider-Ammann in seiner Eigenschaft als Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung am Treffen der Wirtschaftsminister der deutschsprachigen Staaten teil, vor allem mit Österreichs Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und dem liechtensteinischen Regierungschef-Stv. Thomas Zwiefelhofer.

Beim Treffen mit Bundeskanzler Kern erläuterte er einerseits den Stand der Gespräche zwischen der Schweiz und der Europäischen Union und andererseits den laufenden parlamentarischen Prozeß in Bern zur Revision des Ausländergesetzes im Zusammenhang mit der Umsetzung des Zuwanderungsartikels 121a BV. Kern erklärte, Österreich unterstütze die Suche nach einer Lösung, die sowohl den Interessen der Schweiz wie auch jenen der EU Rechnung trägt.



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundespräsident Johann Schneider-Ammann (l.) und Bundeskanzler Christian Kern

Die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Österreich würdigten die Gesprächspartner als vertrauensvoll und eng in politischer, wirtschaftlicher und kultureller und vor allem auch in menschlicher Hinsicht: 16.000 SchweizerInnen leben in Österreich und 41.500 ÖsterreicherInnen in der Schweiz. Bei den internationalen Themen standen die Lage in der Türkei und die Migration im Vordergrund. ■

Eröffnung der neuen Österreichischen Botschaft in Tiflis

Im Rahmen seiner Südkaukasusreise eröffnete der Generalsekretär des Außenministeriums, Michael Linhart, am 22. September gemeinsam mit dem georgischen Vizeaußenminister Gigi Gigiadze die neue österreichische Botschaft in Tiflis.

Linhart: „Nach Baku eröffnen wir nun die zweite Botschaft im Südkaukasus in Georgien. Georgien ist ein Schwerpunktland der OEZA, die Wirtschaftsbeziehungen, unter anderem auch über die österreichische Entwicklungsbank, sind durch die Diversifizierung der georgischen Wirtschaft stark ausbaufähig. Georgien ist das am stärksten nach Europa orientierte Land der Region, sozusagen der ‚Front-runner' der Östlichen Partnerschaft der EU. Unsere Botschaftseröffnung ist nicht nur ein Zeichen der Unterstützung für Georgien, sondern auch eine Investition in die Zukunft."

Außenminister Sebastian Kurz nahm eine strategische Neuausrichtung des diplomatischen Vertretungsnetzes vor – die Eröffnung der Botschaft ist Teil der Umsetzung dieser Restrukturierung. 2016 wurden drei neue österreichische Botschaften in Mitgliedsländern der Östlichen Partnerschaft der EU eröffnet. Neben Tiflis sind dies auch Chisinau in Moldawien und Minsk in Belarus. Die Östlichen Partnerländer der EU sind von zunehmender wirtschaftlicher Bedeutung für Österreich und wie Georgien auch Schwerpunktländer der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA). Zugleich bedürfen diese Staaten der verstärkten politischen und wirtschaftlichen Unterstützung, auch im EU-Rahmen. Neuer österreichischer Botschafter in Tiflis ist Arad Benkö. ■



Foto: MFA Georgia

Vor dem Gebäude der Österreichischen Botschaft in Tiflis (v.l.): der georgische Vizeaußenminister Gigi Gigiadze, Außenamtsgeneralsekretär Michael Linhart und der Österreichische Botschafter in Georgien, Arad Benkö

Österreichische Botschaft Tiflis
Griboedov Str. 31 / Rustaveli Ave. 42
5. Stock, 0108 Tbilissi
mailto:tiflis-ob@bmeia.gv.at

Gudrun Mosler-Törnström zur Kongreßpräsidentin gewählt

Die zweite Landtagspräsidentin von Salzburg, Gudrun Mosler-Törnström, wurde am 19. Oktober im Rahmen der 31. Plenarsitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen im Europarat zur dessen neuen Präsidentin gewählt.

„Wir gratulieren der Salzburger SPÖ-Abgeordneten und Zweiten Landtagspräsidentin Gudrun Mosler-Törnström ganz herzlich zu ihrer Wahl zur Präsidentin des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas“, betonten SPÖ-Bundesparteivorsitzender, Bundeskanzler Christian Kern und SPÖ-Bundesgeschäftsführer Georg Niedermühlbichler. „Zum ersten Mal in der über 60jährigen Geschichte des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates eine Frau zur Präsidentin gewählt wurde. Das ist nicht nur ein wichtiges frauenpolitisches Signal, sondern auch klarer Beleg für die gute Arbeit von Gudrun Mosler-Törnström, die sie bereits als Präsidentin der Regionalkammer im Europarat eindrucksvoll unter Beweis gestellt hat“, unterstrich Niedermühlbichler.

Gratulation kam auch von Tirols Landtagspräsident Herwig van Staa: „Ich gratuliere Frau Mosler-Törnström zu diesem überwältigenden Vertrauensbeweis der Delegierten aus ganz Europa ganz herzlich und bin überzeugt davon, daß sie dieses Amt mit der nötigen Erfahrung und Umsicht ausüben wird.“ van Staa wurde einstimmig zum neuen Vorsitzenden der EVP-Fraktion, der größten Fraktion im Kongreß, gewählt, der Tiroler Andreas Greiter wurde in seiner Funktion als Generalsekretär der EVP-Fraktion ebenfalls einstimmig bestätigt. ■



Foto: Europarat

Kongreßpräsidentin Gudrun Mosler-Törnström

Schausberger ist Sonderberater für Westbalkan und Ukraine

Der ehemalige Salzburger Landeshauptmann und Vorstandsvorsitzende des Instituts der Regionen Europas (IRE), Franz Schausberger, wurde am 12. Oktober von der Europäischen Kommission zum Sonderberater für die Erweiterungsländer insbesondere des Westbalkans sowie für die Ukraine bestellt.

Er ist bei seiner Tätigkeit, die nicht bezahlt wird, dem aus Österreich stammenden Erweiterungskommissar Johannes Hahn zugeteilt.

Schwerpunktmäßig wird sich Schausberger der Dezentralisierung und der Regionalisierung im Westbalkan und in der Ukraine widmen. Die Einbeziehung der Regionen und Kommunen der Erweiterungsländer in den EU-Beitrittsprozeß, stellt ein besonderes Anliegen der Europäischen Kommission dar.

In der Ukraine ist seit Längerem eine Diskussion um die Stärkung der Regionen im Gange, wird jedoch aufgrund der Auseinandersetzung zwischen Kiew und den ostukrainischen Regionen bislang blockiert. Die Regionalisierung der Ukraine stellt aber eine wichtige Bedingung der Vereinbarung von Minsk dar. Schausberger will versuchen einen Beitrag zu leisten, um die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen.

Schausberger hat seine Tätigkeit unverzüglich aufgenommen und hat bereits eine Woche darauf in der autonomen Provinz Vojvodina Gespräche mit Präsidenten Igor Mirovic geführt. ■

http://www.institut-ire.eu



Foto: IRE / Neumayr

Erweiterungskommissar Johannes Hahn (r.) und der Sonderberater der Europäischen Kommission für Westbalkan und Ukraine, Franz Schausberger

Hohe Auszeichnung für Roland Pirker

Am 22. September überreichte Außenminister Sebastian Kurz anläßlich der 35. Austrian American Day-Feier in New York City dem Präsidenten vom Austrian Canadian Council, Roland Klaus Pirker aus Ottawa, den „Volunteer Community Service Award“, welcher vom Austrian American Council etabliert wurde.

Roland Pirker hat für 35 Jahre seine Heimat Österreich in Canada vertreten. Er sitzt als Vorstandsmitglied im Auslandsösterreicher-Weltbund in Wien, wo er für 22 Österreich Vereine in Canada der Dachverbands-Vertreter ist. Roland Pirker war auch Gründungsmitglied der Austrian Councils of North America, bei welchem sich die USA, Canada und Mexico als Vertreter ihrer Heimat zusammengeschlossen hatten, um nicht nur Austausch und Dialog zu pflegen, aber um auch ihre Arbeit und Österreichische Kultur der nächsten Generation weiterzugeben.

Roland Pirker ist auch Präsident der „Austrian Society Ottawa“, bei welcher er die ältere Generation der österreichischen Einwanderer (1951 bis 1954) mit monatlichen Kulturellen Nachmittagen begeistert.



Foto: The Wall Street Journal, Reporter, Austen Hufford

v.l.: Georg Heindl, Österreichischer Generalkonsul in New York, Juliana Belcsak, Präsidentin des Austrian American Council, Roland Pirker, Präsident Austrian Canadian Council, Außenminister Sebastian Kurz und der Österreichische Botschafter in Washington, Wolfgang Waldner nach der Verleihung

Zu den Feierlichkeiten in der Residenz des Österreichischen Generalkonsuls von New York, Georg Heindl, kamen über 300 geladene Gäste. Auch der Österreichische Botschafter in Washington, Wolfgang Waldner (gebürtig aus Villach) und Juliana Belcsak, Präsidentin des Austrian American Council, nahmen teil. ■

http://www.austrian-canadian-council.ca

Steinkellner besuchte die InnoTrans 2016

Vom 20. bis 23. September 2016 öffnete die InnoTrans in Berlin als größte internationale Leitmesse für Verkehrstechnik ihre Pforten. Das Veranstaltungsmotto lautete in diesem Jahr „Mobilität 4.0“ und stellte die Digitalisierung des Verkehrs in den Fokus. Günther Steinkellner, Oberösterreichs Landesrat für Infrastruktur, verschaffte sich vor Ort Eindrücke über die innovativen Entwicklungsbereiche der Branche. „Wir stehen am Beginn vieler spannender Entwicklungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Die Digitalisierung bringt hier vielfältige und spannende Möglichkeiten mit sich. Deshalb ist es wichtig, sich über Trends, Entwicklungen und Techniken zu informieren, um zukunftsfähige und attraktive Mobilitätslösungen zu forcieren“, betonte der Landesrat.

Die 2761 Aussteller aus über 50 Ländern stellten die neuesten Systeme und Techniken der globalen Bahnindustrie vor. Steinkellner nahm vor Ort die aktuellsten Innovationen im Bereich der Ticketing Systeme, des öffentlichen Personentransports, der Fahrgastinformationssysteme und der Schieneninfrastruktur in Augenschein. Dabei wurden anregende Ideen, Entwicklungspotentiale und



Foto: Land OÖ / Sterk

OÖVG-Geschäftsführer Herbert Kubasta, Landesrat Günther Steinkellner und Walter Kastinger, Bürgermeister von Attersee, auf dem Freigelände der InnoTrans 2016

Trends in Fachgesprächen näher gebracht und diskutiert. Auch hier standen Digitalisierungslösungen im Vordergrund. Interessante Systemansätze wie bspw. eTicketing via Mobiltelefon oder papierlose Haltestellen mit Solardisplays unterstreichen die rasant voranschreitenden Entwicklungen. Steinkellner zeigte sich überzeugt, daß der Fachmessen-Besuch substantiell ist, um wertvolles Wissen und Erfahrungen zu sammeln: „Es ist von großer Wichtigkeit, sich mit Experten und Spezialisten auf verschiedenen Fachgebieten auszutauschen. Das Sammeln an Wissen ist der Grundstein für die Entfaltung des vollen Potentials, welches sich in der oberösterreichischen Infrastruktur entwickeln kann.“ ■

Österreich, Europa und die Welt

LH Niessl begrüßt Botschafter der EU-Mitgliedstaaten



Foto: Landesmedienservice Burgenland

LH Hans Niessl, Landtagspräsident Christian Illedits und Landesamtsdirektor Ronald Reiter hießen die BotschafterInnnen in Rust willkommen.

Im Rahmen eines Arbeitstreffens der EU-Botschafter empfing Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl am 13. Oktober die BotschafterInnen der EU in Rust. Im Mittelpunkt des Gespräches stand die Rolle des Burgenlands in der EU und aktuelle politische Fragen auf Ebene der Europäischen Union.

Eine seiner wichtigsten Grundsätze in seinem Wirken als Landeshauptmann war und sei es, „durch einen umfassenden internationalen Informations- und Erfahrungsaustausch sicherzustellen, daß Gegensätze abgebaut und Gemeinsamkeiten gefördert werden“, so Niessl. Daher freue es ihn besonders, daß die EU-BotschafterInnen das Burgenland als Ort eines Zusammentreffens gewählt haben. Die Slowakei bereitet sich auf ihren historisch ersten Vorsitz im Rat der EU vor. Vor diesem Hintergrund findet das Botschafter-Treffen in Rust statt. Der Bogen an diskutierten Themen spannte sich weit – von der bilateralen Zusammenarbeit über die europaweite Schaffung von Arbeitsplätzen und der Notwendigkeit von Steuergerechtigkeit mit Blick auf die großen supranationalen Konzerne bis hin zur Flüchtlingsfrage.

Das Burgenland verstehe sich als Brückenbauer, hob Niessl das freundschaftliche Verhältnis zwischen dem Burgenland und seinen Nachbarn sowie allen anderen EU-Staaten hervor. Dieses wolle man weiterhin pflegen und verbessern. ■

http://www.burgenland.at

US-Botschafterin Alexa Wesner im Nationalpark Hohe Tauern

Am 7. Oktober konnten Nationalparkdirektor Peter Rupitsch und Vorstandsdirektor Johannes Hörl von der Großglockner Hochalpenstraße AG die Botschafterin der Vereinigten Staaten in Österreich, Alexa Wesner, auf der Kaiser-Franz-Josefs-Höhe begrüßen. Grund des Besuches ist das 100jährige Jubiläum des US Nationalpark Service. Aus diesem Anlaß besuchen weltweit die BotschafterInnen der Vereinigten Staaten Nationalparks, die die weltweite, in Nordamerika entstandene Idee erfolgreich umsetzen.

Die Entstehung des Nationalparks Hohe Tauern wurde von den USA, wo die ersten Nationalparke der Welt entstanden, beeinflußt.

Die Nationalparkpioniere in Österreich, der Salzburger Rechtsanwalt und Politiker August Prinzinger und der Villacher Holzindustrielle Albert Wirth, waren im Zuge ihrer USA-Reisen von den dortigen Nationalparks sehr angetan und hatten die Vision, am „Dachgarten“ Europas, in den Hohen Tauern, ebenso Nationalparkgeschichte zu schreiben. Prinzinger gründete im Jahr 1909 den Verein Naturschutzpark und erwarb 1913 im hintersten Stubachtal 1100 ha Alm. Wirth verhinderte durch seinen Kauf und die anschließende Schenkung eines 4072 ha grossen Gebietes im Glocknergebiet an den Österreichischen Alpenverein, den drohenden Verkauf von Großglockner und Pasterze an einen deutschen Bodenspekulanten. Diese Initiativen waren der Beginn der Nationalparkidee in den Hohen Tauern.



Foto: Nationalparkverwaltung Kärnten / E. Oberdorfer

US Botschafterin Alexa Wesner mit Nationalparkdirektor Peter Rupitsch

Botschafterin Wesner war begeistert von den Steinböcken und der Führung auf der Kaiser-Franz-Josefs-Höhe mit Nationalpark Ranger Georg. ■

http://www.hohetauern.at

Stadtrechnungshof Wien: Erfahrungsaustausch mit Slowakei

Auf Einladung des Hauptkontrolleurs der Region Bratislava, Štefan Marušák fanden sich am 22. und 23. September hochrangige VertreterInnen der Stadt Bratislava, der selbstverwalteten Landkreise der Slowakischen Republik sowie DirektorInnen österreichischer Kontrolleinrichtungen zu einem zweitägigen Arbeitstreffen in der slowakischen Hauptstadt Bratislava zusammen.

Neben einem Treffen mit dem Vorsitzenden der selbstverwalteten Region Bratislava, Pavol Frešo, stand der Erfahrungsaustausch zwischen Kontrollbehörden der Slowakischen Republik, den Landesrechnungshöfen der benachbarten österreichischen Bundesländer Niederösterreich und Burgenland sowie des Stadtrechnungshofes Wien im Mittelpunkt der Arbeitskonferenz.

Als Vertreter der Wiener Kontrolleinrichtung präsentierte Direktor Peter Pollak die Organisationsstruktur der Stadt Wien und bot unter anderem Einblick in die Prüfbefugnisse und -abläufe des Stadtrechnungshofes Wien.

Dazu Pollak: „Internationaler Erfahrungsaustausch schärft den Blick auf die eigene Arbeit“ und weiter „der Blick über den Tellerrand lohnt sich“. Weiterführende Informationen finden Sie hier:
Österreichische Landesrechnungshöfe
http://www.kontrolle.gv.at/landesrechnungshoefe.html



Foto: BSK / Monika Kovácová

v. l.: Franz Berger (LRH Niederösterreich), Peter Pollak (Stadtrechnungshof Wien), Peter Sinaly (Oberkontrolleur Stadt Bratislava); Mitte stehend: Stefan Marusak (Hauptkontrolleur Region Bratislava) mit den HauptkontrolleurInnen der Landkreise der Slowakischen Republik

Informationen zum Stadtrechnungshof Wien
http://www.stadtrechnungshof.wien.at
Region Bratislava
http://www.bratislavskykraj.sk

Graz: Michelangelo Pistoletto trägt sich ins Goldene Buch ein

Wenn jemand Michelangelo heißt und in Italien das Licht der Welt erblickt hat, muß er fast Künstler werden. So auch Michelangelo Pistoletto, der große Maler, Aktions- und Objektkünstler sowie Kunsthistoriker aus dem Piemont. Er gilt als der Begründer der „Arte Povera“ (z. B. „Venus in Lumpen“). In seinem Schaffen befaßt sich der 83jährige mit der Thematik der Reflexion und der Vereinigung von Kunst und Alltag. Es beschäftigte ihn von jeher der Beitrag, den die Kunst zum Erhalt einer lebenswerten Zukunft für nachkommende Generationen leisten kann. In weiser Voraussicht wies Pistoletto bereits in den 1980ern auf gesellschaftliche Phänomene und Zustände hin, die heute Sorgen bereiten.

Besonders geschätzt und bekannt ist sein „Drittes Paradies“, das aus drei Kreisen bestehende Zeichen der Unendlichkeit. Bei Pistoletto formen die Kreise überschneidend das dritte Paradies – als einen Raum des harmonischen Zueinanders der natürlichen und der künstlichen Sphäre.

Daß sich Michelangelo Pistoletto heute im großen Kreise einer kunstaffinen Gesellschaft auf Einladung von Bürgermeister Siegfried Nagl in das Goldene Buch der Stadt eintrug, war kein Zufall. Und es war auch nicht Pistolettos erster Besuch in Graz, wie der ehemalige künstlerische Leiter des Grazer Universalmuseums Joanneum, Peter Pakesch, zwischenrief. Seit der Beteiligung des Künstlers an „trigon 75“ besteht eine enge Verbindung zur Kulturhauptstadt 2003. ■



Foto: Stadt Graz / Foto Fischer

Überreichung eines besonderen Kunstwerkes sowie kleine aus natürlichen Materialien gestaltete Symbole des »Dritten Paradieses« der SchülerInnen der Volksschule Arnfels an Künstler Michelangelo Pistoletto (2. v. l.). Bürgermeister Siegfried Nagl (3. v. l.) lud den großen Künstler zur Eintragung ins Goldenen Buch der Stadt Graz.

Österreich, Europa und die Welt

Städtepartnerschaft Innsbruck – Grenoble

Innsbruck und Grenoble verbindet eine lange Freundschaft, die am 10. Mai 1964 von den damaligen Bürgermeistern Albert Michallon und Alois Lugger offiziell geschlossen wurde. Seither wird die Städtepartnerschaft durch den persönlichen Austausch belebt und gefestigt. Erst vor kurzem war aus diesem Grund eine Delegation rund um den Bürgermeister von Grenoble, Eric Piolle, zu Gast in der Tiroler Landeshauptstadt. Begleitet wurde sie dabei von Christophe De Winter, dem Beauftragten der Französischen Botschaft in Wien.

„Treffen wie diese machen das Interesse der Städte aneinander wie auch den Wunsch einer intensiven Vernetzung sichtbar", begrüßte Innsbrucks Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer die Gäste aus Frankreich im Rathaus: „Gerade Städtepartnerschaften wie jene zwischen Innsbruck und Grenoble schaffen ideale Rahmenbedingungen für den Austausch und um voneinander zu lernen."

Was stand auf dem Programm? Im Zuge ihres Aufenthaltes beschäftigte sich die Delegation unter anderem mit Themen wie „Energieeffizientes Bauen und Mobilität" und „Sportstadt Innsbruck – Großsportveranstaltungen und 50 Jahre Olympiastadt". Speziell das Thema „Sport" verbindet die beiden Partnerstädte. Mit der Austragung der zehnten Olympischen Winterspiele im Jahr 1968 hat sich Grenoble ähnlich wie Innsbruck – das mit den Spielen 1964, 1976 und den Youth Olympic Games 2012 bereits drei Mal Austragungsort Olympischer Spiele war – einen Ruf als beliebte Feriendestination aufgebaut. ■



Foto: IKM / Aistleitner

v. l.: Gemeinderat Olivier Bertrand, Christophe De Winter (Französische Botschaft Wien), Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer, Bürgermeister Eric Piolle, Gemeinderat Pierre Mériaux, Franck Corrihons (Vertreter des Organisationskomitees Olympiajubiläum Grenoble) und Corinne Pinchon Carron de la Carrière (Stadt Grenoble, Büro für Internationale und Europäische Beziehungen)

http://www.innsbruck.gv.at
http://www.grenoble.fr

Städtepartnerschaft Sibiu/Hermannstadt – Klagenfurt

Ein Jahr nach dem Festakt zum 25jährigen Städtepartnerschaftsjubiläum mit Sibiu/Hermannstadt in Klagenfurt besuchte Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz nun erstmals Klagenfurts rumänische Partnerstadt. Astrid Cora Fodor, Bürgermeisterin von Sibiu-Hermannstadt heißt die Delegtion aus Klagenfurt herzlich willkommen. Diese Partnerschaft wurde 1990 – zur Zeit des grossen politischen Umbruchs geschlossen. Klagenfurt hat damals gemeinsam mit Organisationen die in der Nähe von Sibiu lebenden Landler aktiv durch Hilfstransporte, finanzielle und materielle Förderungen unterstützt. Heute werden die guten Beziehungen zwischen den Städten durch zahlreiche Aktivitäten gesellschaftlicher, kultureller, touristischer und wirtschaftlicher Art gepflegt.

„Unsere beiden Städte können nicht nur auf eine dauerhafte, sondern auf eine von Freundschaft geprägte Verbindung stolz sein. Auf eine Partnerschaft, die einerseits gemeinsame Geschichte aufweist, andererseits durch kulturelle Vielfalt geprägt ist", so Mathiaschitz.

Auch Fodor „hat die Zeit bewiesen, daß nur jene Partnerschaften dauerhaft sind, bei denen Beziehungen und Austausch zwischen den Städten lebendig erhalten wurden und wo wir auf eine langjährige Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen zurückblicken können. Hier ist die Verbindung mit Klagenfurt ein besonders positives Beispiel". Im Hinblick auf die Zukunft dieser städtepartnerschaftlichen Verbindung wurde vereinbart, daß die offiziellen Beziehungen zwischen Klagenfurt und Sibiu-Hermannstadt weiter verstärkt und intensiviert werden sollen. ■



Foto: StadtPresse / IW

Sibu's Bürgermeisterin Astrid Cora Fodor (3.v.r.) und Klagenfurts Bürgermeisterin Marieluise Mathiaschitz (2.v.r.) mit RegierungskollegInnen im Rathaus der rumänischen Partnerstadt

http://www.klagenfurt.at
http://www.turism.sibiu.ro/index.php/de

Startschuß: Streckenausbau Wien – Bratislava

Die Hauptstädte Wien und Bratislava wachsen noch näher zusammen: Möglich macht das der abschnittsweise zweigleisige Ausbau und die Elektrifizierung der bestehenden ÖBB-Strecke vom Bahnhof Stadlau bis zur Staatsgrenze nähe Marchegg. Ab 2023 profitieren Reisende sowie PendlerInnen dann von den Vorteilen: kürzere Fahrzeiten im Fernverkehr, mögliche Taktverdichtung im Nahverkehr, barrierefreie Bahnhöfe sowie im Wiener Bereich eine direkte Umsteigemöglichkeit auf die U2.

Am 28. September haben Infrastrukturminister Jörg Leichtfried, Wiens Stadträtin Renate Brauner, Niederösterreichs Landesrat Karl Wilfing und ÖBB-Chef Andreas Matthä am bei einem gemeinsamen Spatenstich den Baustart offiziell eingeläutet. Für die Modernisierung der Strecke investieren die ÖBB im Auftrag des Infrastrukturministeriums 505 Mio. Euro.



Foto: ÖBB / Christian Zenger

Beim Spatenstich (v.l.): ÖBB-Generaldirektor Andreas Matthä, NÖ LH-Stellvertreterin Karin Renner, der slowakische Staatssekretär Viktor Stromček, Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Infrastrukturminister Jörg Leichtfried, NÖ Verkehrslandesrat Karl Wilfing und Kurt Bodewig, der Europäische Koordinator für die Trans Europäische Bahnverbindung

Die bestehende eingleisige, nicht elektrifizierte Strecke, mit 37,5 km Länge ist aktuell voll ausgelastet. Um die Kapazitäten zu erhöhen und den Fahrgästen bessere Verbindungen bieten zu können, wird sie unter Aufrechterhaltung des regulären Zugbetriebs ab Oktober 2016 im Wiener Abschnitt (circa 7,5 km) ausgebaut. Ab 2018 wird der niederösterreichische Abschnitt (circa 30 km) abschnittsweise zweigleisig und elektrifiziert ausgebaut. Sofern es die Kapazität erfordert, ist ein durchgängiger zweigleisiger Ausbau bis 2030 möglich. Auch auf slowakischer Seite soll der Ausbau folgen.

Damit kann die Streckengeschwindigkeit künftig von aktuell 120 km/h auf eine maximale Höchstgeschwindigkeit von 160 km/h angehoben werden. ■

ÖBB weiten Nachtreisezug-Angebot in Deutschland aus

Die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) erweitern ihr Nachtreisezugnetz: Ab 11. Dezember kommen zu den neun bestehenden ÖBB Nachtreisezügen weitere sechs hinzu. Die ÖBB Nachtreisezüge sind künftig unter der Marke ÖBB Nightjet unterwegs. Seit 18. Oktober sind die Tickets auch über die DB Verkaufsstellen und in den Reisezentren aller Bahnhöfe in Mitteleuropa erhältlich. Die DB bietet als Ergänzung zu den ÖBB Nightjets ab Dezember Nacht-ICs an. Damit haben Fahrgäste eine attraktive Auswahl an Nachtverbindungen zwischen Österreich, Deutschland, der Schweiz und Italien sowie innerhalb Deutschlands. Der ÖBB Nightjet verbindet das Beste aus zwei Welten: Das hochwertige ÖBB Servicekonzept mit modernisierten ÖBB Liegewagen wird um qualitativ hochwertige Schlafwagen ergänzt. Das neue Nachtzug-Angebot nutzt Synergien zu den bestehenden ÖBB Nachtreisezügen, die DB unterstützen die ÖBB in Deutschland als erfahrener Dienstleister im Bereich Vertrieb und Zug-Produktion.



Foto: ÖBB / Wegscheider

Mit dem ÖBB Nightjet vervollständigen die ÖBB ihr qualitativ hochwertiges Angebot im Fernverkehr sowie im Nah- und Regionalverkehr nun auch im Nachtreisezugsegment.

Die sechs neuen ÖBB Nightjet-Verbindungen verbinden täglich Hamburg und Düsseldorf mit München und Innsbruck, weiters werden täglich Hamburg und Berlin mit Zürich verbunden sowie München mit Venedig, Rom und Mailand. Ebenfalls neu: Auf der Strecke Hamburg – Innsbruck können täglich sowie zwischen Düsseldorf und Innsbruck dreimal pro Woche Autos und Motorräder in den Nightjets befördert werden. ■

http://www.oebb.at/de/angebote-ermaessigungen/nightjet
buchbar z.B. auch über ***http://www.bahn.de***

Salzburg unter den Top Ten der beliebtesten Städte weltweit

Salzburg wird immer wieder von den Lesern internationaler Reisemagazine hervorragend bewertet. So vergibt das angesehene US-amerikanische Reisemagazin „Condé Nast Traveler“ im Rahmen der „Readers‘ Choice Awards“ jährlich Auszeichnungen an die weltweit besten Reiseziele. Für die Leser dieses Magazins ist die UNESCO-Weltkulturerbe-Stadt Salzburg auf Platz drei der Top Ten Städte Europas (hinter Florenz und Luzern). Unter allen Städten der Welt rangiert Salzburg an hervorragender achter Stelle und läßt damit Städte wie Barcelona (Platz 9), Wien (Platz 10) oder Paris (Platz 11) hinter sich.



Foto: Tourismus Salzburg GmbH

Salzburg zählt zu den beliebtesten Städten Europas. Was erst recht nicht verwundert, wenn man sich dieses beeidruckende Foto betrachtet.

Auszeichnung als weitere Bestätigung

Salzburg war auch schon in den vergangen Jahren erfolgreich: 2015 wurden der neunte Platz europaweit und der zwölfte Platz weltweit erzielt. Diese eindeutige Verbesserung freut auch Bert Brugger, Geschäftsführer der Tourismus Salzburg GmbH: „Die Bewertung kommt nicht von ungefähr: Vor einem Jahr veranstalteten wir die Jubiläumsgala zu ‚The Sound of Music‘, die ein weltweites mediales Echo mit sich brachte. Damit wurde die Wahrnehmung Salzburgs sicher begünstigt.“ Auch für das kommende Jahr werden einige effiziente Inputs erwartet: „Mit den neuen Flugverbindungen durch Eurowings und das geschärfte Bewußtsein für die Identität als UNESCO-Weltkulturstadt erwarten wir auch für 2017 positive Entwicklungen“, sagt Brugger. Die Marke Salzburg war schon im vergangen Jahr ausgezeichnet worden. ■

http://www.salzburg.info

10. Geburtstag der Bairisch-österreichischen Wikipedia

Am zwoatn Oktoba 2016 woa de „Boarische Wikipedia“ zehn Joahr oid. Fimf Jahrl noch da Gründung vo da deitschschprochign Wikipedia is a de in de bairischn Dialekt gschribm´a a am Droht gwest. In iam 15. Juwiläumsjoahr feiad so de Wikipedia mid ihrn eppa 300 Schprochversionan dabei a de schprochlige Vüfoit in da deitschschprochign Gmoaschof.

Mid de umma 14 Müllionan bairisch Redande in Östareich, Bayern, Italien und oanign Schprochinsln ghead da bairisch-östareichische Dialektvabaund za de greßtn in Eiropa. A zweng dem hod de bairische Wikipedia iazt iwa 21.000 Artikl und wead umma 300.000 Moi jed´s Monad aufgruafa. Eppa 33.000 „Nutza“ oda User vo da gaunzn Wöd haum se bei da „Boarischen Wikipedia“ augmöd. Und an de 350 Nuza vo Dene haum a schau mid eanan Wissn wos beitrogn za da frein Enzyklopedie auf „Bairisch“.

Nebm oigmoane enzyklopädische Teman drahd es si in da Boarischn Wikipedia a iwa Bsundaheidn in de regionaln Dialekt und aus em bairischn Schprochgebiat. Nebm Artikln wia Spinnarin am Kreiz auf Weanarisch, de Dirre Waund in Niedaöstareichisch, oda Sauschädelstöhln auf Schteirisch fnd da Lesa aa a umfaungreiche Auswoih vo bairische Schpruch und Redewendungan in da Boarische Sprachsammlung. Intaressiate kinnan in da Boarische Fluachsammlung a wieda learna wia ma auf bairisch oadandlig fuacha kau.



Screenshot: http://www.wikimedia.at

Damid mecht de bairische Wikipedia-Community ned neta nua des freie Wissn farebringa sundan a wos fa den Erhoit vo da bairischn Schproch und a wos fa de östareichisch-bairische Kuitua mocha. ■

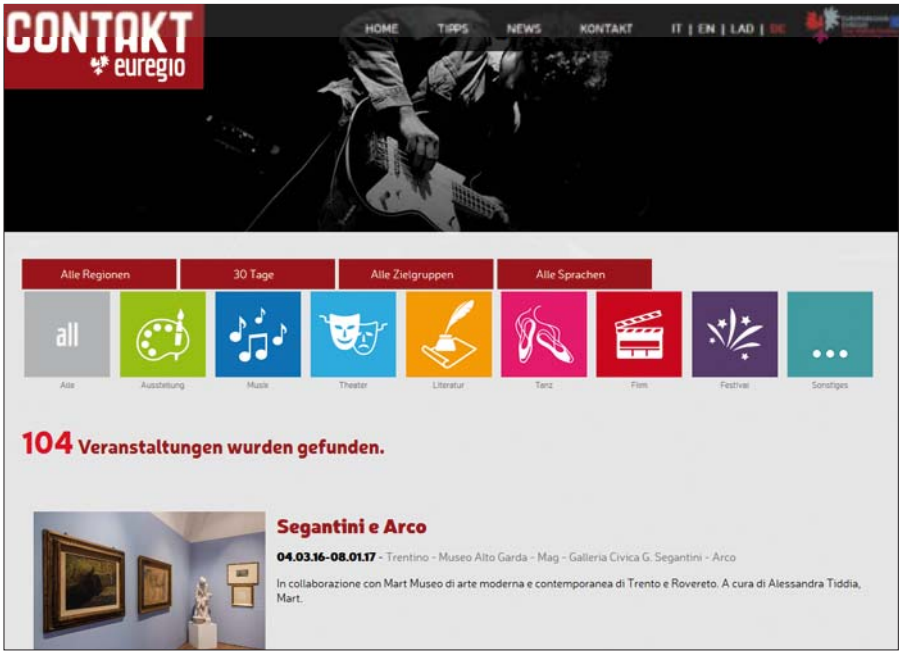
https://bar.wikipedia.org

http://www.wikimedia.at

Euregio-Kulturkalender nimmt Fahrt auf

Ein paar wenige Klicks für eine Übersicht aller kulturellen Highlights der Europaregion Tirol, Südtirol und Trentino: Im Rahmen der Vorstandssitzung des Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), welche Mitte Oktober auf Schloß Toblino im Trentino stattfand, wurde das Online-Portal von Tirols Landeshauptmann Günther Platter gemeinsam mit seinen Amtskollegen Arno Kompatscher (Südtirol) und Ugo Rossi (Trentino) vorgestellt.

„Dieser Kalender stellt einen Mehrwert für alle Tirolerinnen und Tiroler dar und läßt den gemeinsamen Kulturraum der Europaregion noch näher zusammenwachsen und macht ihn dadurch noch besser erlebbar“, betonte Platter. Ob Ausstellungen, Konzerte, Theaterstücke, Lesungen, Tanz- und Filmvorführungen oder Festivals: Mit dem Online-Portal werde noch stärker sichtbar, „wie vielfältig und bunt das Kulturprogramm unserer drei Landesteile ist. Kulturinteressierte haben in der gesamten Europaregion eine große Auswahl an Veranstaltungen, deren Besuch lohnenswert ist“, ist auch Kulturlandesrätin Beate Palfrader überzeugt.



© Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit

Basierend auf der Euregio-Kulturvereinbarung, ein Strategiepapier für eine gemeinsame Kulturpolitik in der Europaregion, ist es das Ziel, den 1,7 Millionen Nord-, Süd- und OsttirolerInnen sowie TrentinerInnen sämtliche kulturelle Events zugänglich zu machen.

Die Eintragung der Termine in den Online-Kalender erfolgt durch die Veranstalter selbst. Daneben stellt eine redaktionelle Betreuung die laufende Aktualisierung sicher. ■

http://contakt.europaregion.info

150 Jahre Wiener Ringstraße in Erdösmecske

Gabriella Pál Schmid und ihr Ehemann, Prof. em. Peter Schmid, gestalten ihre 13. Ausstellung in der Kulturhaus-Galerie im ungarischen Erdösmecske – diesmal gemeinsam mit dem Reise- und ArchitekturAmateurfotografen Herbert Hrachowina – zur Wiener Ringstraße.

Mit der Zustimmung von Kaiser Franz Josef vom 20. Dezember 1857 wurde die Möglichkeit zum Bau der Ringstraße geschaffen. Eine Großbaustelle von 5,3 km Länge für zahlreiche diverse repräsentative Zweckbauten, aber auch für den Geldadel war begonnen.

Eine beispiellose Aufgabe und Herausforderung für alle interessierten Investoren, Künstler, Handwerker, Geschäftsleute.

Die kommunalen Behörden waren vor eine fast nicht zu bewältigende Aufgabe gestellt, dazu hatte auch noch das Militär ein erhebliches Mitspracherecht. Die Finanzierung der geplanten öffentlichen Bauten wurde durch den Verkauf von Grundstücken an diverse Investoren finanziert.

Mit dem Bau der Ringstraße wurde nicht nur eine Prachtstraße (Boulevard der Träume der Schönen und Reichen), sondern auch die Anbindung der Vororte an den Stadtkern geschaffen.



Foto: Herbert Hrachowina

Das Äußere Burgtor – fotografiert von Herbert Hrachowina und zu sehen in Erdösmecske

Die Fertigstellung erfolgte in etwa drei Jahrzehnten, zeitgleich mit dem Beginn der Industrialisierung. Beides bedeutete für Wien eine ungeheuerliche Entwicklung und eine enorme Vermehrung der Bevölkerungszahl. Der Charakter der Ringstraße hat sich bis heute im Wesentlichen erhalten. ■

http://www.gabriella-peterschmid-red.com

»Angel of Oblivion«

Am 14. September 2016 wurde im Österreichischen Kulturforum New York die amerikanische Übersetzung von Maja Haderlaps preisgekröntem Roman „Engel des Vergessens“ präsentiert. Neben der Autorin, die 2011 für ihren Roman den Ingeborg-Bachmann-Preis erhalten hatte, und ihrer amerikanischen Übersetzerin Tess Lewis, die für „Angel of Oblivion“ mit dem ACFNY

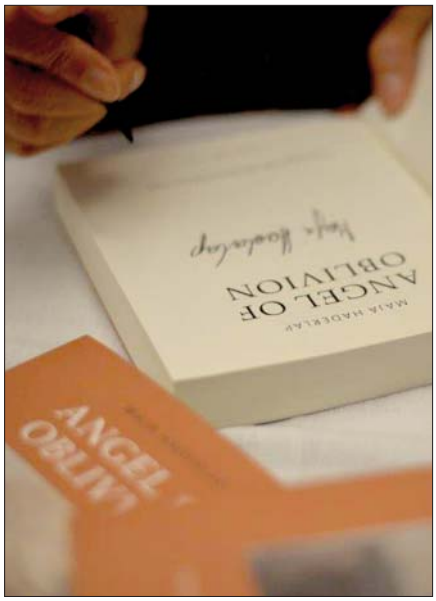


Foto: ACFNY

Translation Prize 2015 ausgezeichnet worden war, nahm an der Veranstaltung auch der Brooklyner Verlag Archipelago Books, bei dem „Angel of Oblivion“ erschienen ist, sowie VertreterInnen der New Yorker Literaturszene teil. Der Abend begann in der Bibliothek des Kulturforums, wo auch Bücher signiert wurden, und klang schließlich mit einem Empfang im Dachgeschoß – mit Blick auf Manhattan – aus. Haderlap und Lewis haben sind im Rahmen ihrer Ostküsten-Lesereise im September und Oktober u.a. auch im Österreichischen Kulturforum Washington, in der Library of Congress sowie an der Harvard University aufgetreten.

Der ACFNY Translation Prize für besonders herausragende Übersetzungen österreichischer Gegenwartsliteratur ins Englische ist mit 5.000 US-Dollar dotiert und wird jährlich verliehen. ■

http://www.acfny.org

austria kultur int

Duo Aliada in Bethlehem



Foto: Österreichisches Kulturforum Tel Aviv

Nach fast zehnjähriger Unterbrechung fand vom 21. bis 24. Oktober wieder eine Österreichische Kulturwoche in Bethlehem statt. Diese wurde von der Bethlehem Academy of Music in Kooperation mit dem Österreichischen Kulturforum Tel Aviv durchgeführt. Mit Saxophon und Akkordeon im Gepäck reiste das „Duo Aliada“, das für das Biennium 2016/2017 von einer Fachjury für das Musikförderprogramm des BMEIA, „The New Austrian Sound of Music – NASOM“ ausgewählt worden war, an. Mit ihren modern interpretierten klassischen Stücken begeisterten sie das Publikum bei der Eröffnung der Österreichischen Kulturwoche in Bethlehem.

Das vielfältige Programm der Österreichischen Kulturwoche beinhaltete des Weiteren eine Fotoausstellung, Musik-Workshops mit dem „Duo Aliada“ sowie Filmvorführungen. Beim Taybeh Oktoberfest im Westjordanland präsentierten die beiden Musiker ihr Programm ein weiteres Mal - sehr zur Freude des zahlreich erschienenen Publikums. ■

http://www.bmeia.gv.at/telavivkf

»Digital Design Weekend«



Foto: Österreichisches Kulturforum London

Das Österreichische Kulturforum London präsentierte am 24. und 25. September das Resultat einer spannenden Kooperation mit dem Victoria and Albert Museum London und der Ars Electronica Linz. Unter dem Motto „Engineering the Future“ waren an diesem „Digital Design Weekend“, dem sechsten seiner Art, im V&A und ÖKF Kunst, Design und Technik in Form von Live-Performances, digitalen Projekten und interaktiven Installationen aus allen Teilen der Welt zu sehen. Sechs aktuelle künstlerische Positionen aus Österreich, ausgewählt von Manuela Naveau von der Ars Electronica Linz und Irini Papadimitriou vom Victoria & Albert Museum London, wurden gezeigt, zwei im ÖKF und vier im V&A.

Das Kulturform war Gastgeber der Auftaktveranstaltung am 23. September 2016, bei der drei KünstlerInnen live auftraten: Während die in Linz lebende Taiwanesin Yen Tzu Chang einen umgebauten Staubsauger zum Erklingen brachte, stellte der indonesische Künstler Andreas Siagian sein 8-bit Mixtape vor, eine zum Synthesizer umgebaute Musikkassette. Den Abschluß bildete der österreichische Künstler Stefan Tiefengraber mit seiner Performance „WM_EX10 WM_A28 TCM_200DV BK26“. Mittels Eingriffen mit nassen Fingern in einen Stromkreis sowie offenen Devices wie einem alten Walkman oder einem Bontempi Keyboard, erzeugte Tiefengraber Klänge und Visualisierungen. ■

http://www.acflondon.org

»KIDS N CATS«



Foto: Österreichisches Kulturforum Peking

Am 11. Oktober fand im DDC-Dusk Dawn Club in Peking das vom Österreichischen Kulturforum Peking organisierte Konzert des Wiener Pop Quartetts „KIDS N CATS“ statt. Es war dies der Auftakt der ersten China-Tour dieser für das Biennium 2016/2017 von einer Fachjury für das Musikförderprogramm des BMEIA, „The New Austrian Sound of Music – NASOM“, ausgewählten Formation, deren bunte und intensive Bühnenshow das Publikum in Peking total begeisterte. Das Ensemble mischte bei seinem Auftritt unterschiedliche musikalische Genres und präsentierte auch Lieder aus dem neuen Album „Juicy Worlds“. „KIDS N CATS“ gibt es seit 2014 und ihr Debutsong „Tip Tip“ wurde gleich zum „FM4 Soundpark Act des Monats“ gewählt. Jeanne Nickels, Peter Paul Aufreiter und Marten Kaffke starteten die Band, Maximilian Atteneder kam später dazu. Die vier MusikerInnen bauen ihre Lieder auf ganz besondere Art und Weise auf; sie sind eine stete Gratwanderung zwischen laut und leise, zwischen einer spacigen Atmosphäre und einer vollkommen cleanen Produktion. Seit 31. Mai 2016 sind „KIDS N CATS“ im Rahmen ihres Projekts „11 Songs 11 Countries“ auf einer einjährigen Konzertreise rund um den Globus unterwegs. ■

http://www.bmeia.gv.at/kultur/Peking

Tehran Annual Digital Art Exhibition



Foto: Österreichisches Kulturforum Teheran

Mit Unterstützung des Österreichischen Kulturforums Teheran nahmen die beiden KünstlerInnen Monica Vlads und Gregor Woschitz an der von 23. bis 30. September stattgefundenen Tehran Annual Digital Art Exhibition, TADAEX teil. Vlad präsentierte bei dieser größten Ausstellung digitaler Kunst im Mittleren Osten ihre Performance „scan.0“, mit der sie den Grund der Ozeane mit all ihren tiefen Tönen, lunaren Landschaften und wallenden Pflanzenwelten darstellte. Woschitz präsentierte mit seiner interaktiven Installation „mirror 0.2“ eine moderne Interpretation des „Spiegelbilds“. gespiegelten Personen imitiert. Die Teilnahme war auch die weitere Vertiefung der Kooperation mit der Ars Electronica Linz. ■

http://www.aussenministerium.at/teherankf

Christian Kössler

Anläßlich der Aktion „Österreich liest. Treffpunkt Bibliothek 2016“ lud die Österreichische Botschaft Tallinn in Kooperation mit der Österreich-Bibliothek Tallinn am 7. Oktober 2016 den Innsbrucker Autor Christian Kössler zu einer Lesung nach Tallinn ein. Der Autor präsentierte Auszüge aus seinen Kurzgeschichtenbänden „Unheimliches Tirol“ und „Bestialisches Innsbruck“. Darin setzt sich Kössler mit Geister- und Teufelssagen auseinander, erzählt traditionelle Sagen neu und schreibt diese in die Gegenwart herauf. Zur Einleitung des Abends sprachen die Österreichische Botschafterin in Estland und die Generaldirektorin der Estnischen Nationalbibliothek. Die von schwarzem Humor durchwobenen Texte von Christian Kössler stießen beim Publikum auf überaus positive Resonanz. Nach der Lesung beantwortet der Autor die zahlreichen Fragen des begeistert erschauerten Publikums. Die Österreich-Bibliothek Tallinn nützte den Abend auch für eine Präsentation der bisherigen Werke des Tiroler Autors. Christian Kössler wurde 1975 in Innsbruck geboren und ist an der Universitäts- und Landesbibliothek Tirol als Bibliothekar tätig. Er wird regelmäßig zu Lesungen im In- und Ausland eingeladen. ■

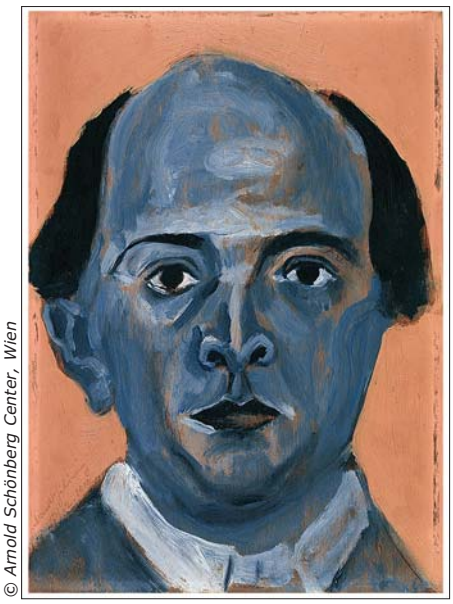


Foto: Österreichische Botschaft Tallinn

http://www.aussenministerium.at/tallinn/

Arnold Schönberg – Peindre l'âme

Am 28. September wurde im Pariser Musée d'art et d'histoire du Judaïsme – mahJ die Ausstellung „Arnold Schönberg – Peindre l'âme" mit über 350 Exponaten eröffnet. Noch bis 29. Jänner 2017 zu sehen



© Arnold Schönberg Center, Wien

Arnold Schönberg, Blauer Blick, etwa März 1910

sind in dieser vom Österreichischen Kulturforum Paris unterstützten Ausstellung unter anderem Gemälde, Zeichnungen, Dokumente, Musikmanuskripte, Briefe und Fotografien. Wichtigster Kooperationspartner der Ausstellung ist – mit insgesamt 200 Leihgaben – das Arnold Schönberg Center in Wien. Weitere Exponate stammen u.a. aus den Sammlungen der Albertina, des Wien Museums, der Österreichischen Nationalbibliothek, des Leopold Museums, aus dem mumok, der Österreichischen Galerie Belvedere sowie der Universität für angewandte Kunst Wien. Der Komponist, Maler, Lehrer, Theoretiker und Erfinder Arnold Schönberg (1874-1951) gilt als einer der großen Schöpfergestalten des 20. Jahrhunderts. Die Ausstellung beleuchtet insbesondere die relativ kurze und intensive Schaffenszeit als Maler von 1908 bis 1910. Neben den Gemälden wird auch sein bewegtes Leben gezeigt. ■

http://www.austrocult.fr

austria kultur int

»Go and Talk to Your Government«



Foto: Österreichisches Kulturforum Mexik

Am 27. August wurde – mit Unterstützung des Österreichischen Kulturforums Mexiko – im Rahmen des Kunst-, Kultur- und Wissenschaftssalons T.E.A in Mexiko-Stadt der Kurzfilm „Go and Talk to Your Government" der beiden in Wien lebenden KünstlerInnen Amanda Piña und Daniel Zimmermann gezeigt. Die mexikanisch-chilenische Choreografin und der Schweizer Visual Artist waren in entlegene Gebiete des Amazonas-Regenwaldes gereist und hatten dort Menschen, die weder Geld als Zahlungsmittel noch einen Nationalstaat im herkömmlichen Sinn kennen, nach Lösungen für die Umwelt-, sozio-politischen und wirtschaftlichen Probleme westlicher Staaten gefragt. Bei der Präsentation standen körpersprachliche Elemente, die ein bestimmtes Bild erzeugen, im Fokus. Übernimmt ein/e DarstellerIn eine etablierte soziale Rolle, wird er/sie rasch erkennen, daß es schon ein standardisiertes Ausdrucksrepertoire für die Rolle, etwa einer Politikerin/eines Politikers, gibt. ■

http://www.bmeia.gv.at/es/foro-cultural-en-mexico/

»Con-temporary Urbanity«



Foto: Österreichische Botschaft Nikosia

Im Rahmen des Projekts „Con-temporary Urbanity" der ARTos Foundation wurden – über Initiative der Österreichischen Botschaft Nikosia die beiden in Wien lebenden KünstlerInnen Gerald Zahn und Nika Kupyrova zu einem zehntägigen Atelieraufenthalt eingeladen. Am 29. September sprachen sie bei einem „artist's talk & presentation" bei der ARTos Foundation in Nikosia über ihre Werke sowie künstlerischen Erlebnisse, Erfahrungen und Eindrücke von Zypern. Gerald Zahn stellte seine Kunstprojekte und Filme vor, die sich mit dem öffentlichen Raum und versteckten Normen im Stadtleben auseinandersetzen. Nika Kupyrova konzentrierte sich in ihrer Präsentation auf die Korrelation zwischen Text und Bildsprache. ■

http://www.aussenministerium.at/nikosia

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

Weltbund-Tagung 2016

vom 1. bis 4. September 2016 in Feldkirch



Foto: Klaus Dellamaria

Der Auslandsösterreicher-Weltbund mit Sitz in Wien (AÖWB) veranstaltet jedes Jahr für seine Mitglieder und deren Freunde ein großes, internationales Treffen in Österreich, anläßlich dessen auch die Generalversammlung abgehalten wird. Es ist Tradition, daß diese Weltbund-Tagung im Wechsel immer in einem anderen Bundesland abgehalten wird. Neben den Arbeitssitzungen umfaßt das Programm ein reiches kulturelles Angebot und wird durch repräsentative Empfänge der offiziellen Stellen abgerundet. In diesem Jahr wurde die Tagung in der Vorarlberger Stadt Feldkirch abgehalten.

Die Geschichte des AÖWB

Der Weltbund wurde im Jahre 1952 mit dem Ziel gegründet, den weltweit bestehenden Österreicher-Vereinen und den im Ausland lebenden Österreichern Hilfestellung bei der Verbindung mit der Heimat zu bieten und ihnen darüber hinaus vielfältige Unterstützung zukommen zu lassen. Er war und ist vor allem aber auch ihre Interessensvertretung in politischer, kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht, sowohl im Inland als auch im Ausland.

Die jahrzehntelange abwechslungsreiche Geschichte des Weltbundes wurde vor allem durch jene Persönlichkeiten geprägt, die durch ihre idealistische und ehrenamtliche Tätigkeit dafür sorgten, daß die Organisation – trotz manchmal schwieriger Umstände – weiterarbeiten konnte und somit im Laufe der Jahre die Anzahl der Mitgliedsvereine ständig stieg. Über 170 Vereinigungen in aller Welt geben als aktive Mitglieder dem AÖWB heute die Basis dafür, daß er als Interessenvertretung der AuslandsösterreicherInnen (AÖ) bei der Bundesregierung, den verantwortlichen Behörden, den im Nationalrat vertretenen Parteien aber auch bei allen anderen zuständigen Stellen von Wirtschaft, Kultur und Politik in Österreich in seiner Funktion voll anerkannt ist.

Einige Jahre nach dem Entstehen des damaligen „Weltbundes der Österreicher im Ausland“, wurde in Wien die Gründung des „Auslandsösterreicherwerkes“ eingeleitet. Dessen Aufgaben waren vor allem diverse Service-Leistungen für AÖ, die Herausgabe des Auslandsösterreicher-Journals „ROT-WEISS-ROT“, die Unterstützung bei Kontakten mit österreichischen Behörden und



Foto: Michael Mössmer

Ein Blick auf Feldkirch von der Schattenburg aus – die Gastgeberstadt der Auslandsösterreicher-Weltbundtagung 2016

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

schließlich fallweise auch soziale Hilfe für in Not befindliche Österreicher im Ausland.

Im Laufe vieler Jahre gab es immer wieder Fusionsgespräche zwischen den beiden Verbänden. Es hat jedoch viele Jahre gedauert, bis ein Fusions-Beschluß im Jahr 2002 mit überwältigender Mehrheit von 82 Prozent bei der Generalversammlung des Weltbundes zustande kam. Die Generalversammlung des Auslandsösterreicherwerkes hatte bereits im Juni desselben Jahres einstimmig die Fusion genehmigt. Ein neuer Name wurde für die aus zwei getrennten Verbänden zusammengeführte Vertretungsorganisation gewählt, die in der Zukunft beide früheren Aufgabenbereiche gemeinsam abdecken sollte: Auslandsösterreicher-Weltbund.

So sind nunmehr die AÖ in aller Welt in einem einzigen Verband zusammengefaßt und können die sich aus diesem Zusammenschluß ergebenden Synergieeffekte voll nutzen.

Als einziger Interessenvertreter von heute fast 10.000 direkten Mitgliedern sowie auch aller anderen in der Welt lebenden österreichischen Staatsbürgern wird der AÖWB auch in Zukunft seine verantwortungsvolle Rolle erfüllen.

Der Auslandsösterreicher-Weltbund

Der AÖWB versteht sich als Interessensvertretung in politischer, kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht für die im Ausland lebenden Staatsbürger und „Herzensösterreicher".

Er ist der Dachverband und die Service-Organisation der ihm angeschlossenen im Ausland bestehenden Österreicher-Vereinigungen (Vereine, Gesellschaften, Clubs, Roundtables, Gemeinschaften, Verbände, Councils u.a.) und von im Ausland lebenden Österreichern.

Er setzt sich sowohl in den Gastländern für die aus Österreich „Ausgewanderten" ein, als auch gegenüber den Behörden im Inland.

Die Tätigkeit des AÖWB erstreckt sich auf alle Staaten der Erde. Sie ist gemeinnützig, überparteilich und nicht auf Gewinn ausgerichtet.

Dieses Selbstverständnis entspricht den Zielen des AÖWB:

- Festigung des Gemeinschaftsgefühls aller im Ausland lebenden ÖsterreicherInnen, ehemaliger ÖsterreicherInnen („HerzensösterreicherInnen") und Freunde Österreichs.
- Erhaltung der Bindung an die österreichische Heimat.
- Pflege österreichischen Bewußtseins und österreichischen Kulturguts.



© AÖWB

- Wahrnehmung der Interessen von im Ausland lebenden ÖsterreicherInnen in bezug auf Österreich und das Ausland.
- Förderung von Beziehungen zwischen Österreich und dem Ausland.
- Förderung von Zusammenschlüssen von ÖsterreicherInnen im Ausland.
- Förderung von Kontakten von Vereinigungen von ÖsterreicherInnen im Ausland.
- Zusammenarbeit mit den Behörden in Österreich und im Ausland, den österreichischen Bundesländern und der Burgenländischen Gemeinschaft.
- Erweiterung des Bewußtseins im Inland über Zahl, weltweite Verteilung und Erfahrungspotential der im Ausland lebenden Staatsbürger.
- Informationstätigkeit für AÖ über Österreich durch Publikationen, einschließlich Herausgabe des Auslandsösterreicher-Journals „ROT-WEISS-ROT".
- Angebot einer breiten Palette von Serviceleistungen für die in aller Welt lebenden AÖ.
- Informationstätigkeit über die Anliegen der AÖ im In- und Ausland. Eintreten für die Interessen Österreichs auf überparteilicher Grundlage.
- Eintreten für ein freies, unabhängiges und demokratisches Österreich im Sinne der Österreichischen Bundesverfassung.

Nahezu 500.000 PaßösterreicherInnen und rund eine Million Menschen österreichischer Abstammung leben über die ganze Welt verstreut; in diesem Zusammenhang wird daher zu Recht vom „Zehnten Bundesland" gesprochen. Um die Verbindung mit der alten Heimat nicht abreißen zu lassen, wird vom AÖWB alljährlich ein Treffen organisiert, jeweils in einem anderen Bundesland.

Hauptzweck des Treffens ist der Kontakt mit Österreich im allgemeinen und den Bundesländern im besonderen, die Veranstaltung dient auch der Abstimmung politischer, kultureller und strategischer Ziele des AÖWB sowie der Definition von Serviceleistungen für die im AÖ.

Das Auslandsösterreicher-Journal „ROT-WEISS-ROT" wird Mitgliedern, Botschaften, Außenhandelsstellen und auch wichtigen Organisationen im Inland zugesandt. Es informiert über Politik, Kultur und Wirtschaft in Österreich sowie über Aktivitäten der Auslandsösterreicher in der ganzen Welt.

Alle AÖWB-Mitglieder erhalten kostenlos eine „Vorteilskarte". Diese bringt u. a. auch Begünstigungen bei der Reise und während des Aufenthaltes in Österreich.

Wahlrecht für AÖ

Nach dem 1989 durch Gerichtsurteil erkämpften Wahlrecht für AÖ hat der AÖWB durch seine jahrelange Arbeit 2007 endlich auch die Vereinfachung des komplizierten Wahlverfahrens durch Einführung einer echten Briefwahl mit automatischer Zusendung der Wahlkarten erreicht. Bei Begutachterverfahren von Gesetzesvorlagen, die die Interessen der AÖ berühren, bemüht sich der AÖWB mit entsprechenden Stellungnahmen um die Berücksichtigung wichtiger Anliegen und Forderungen und strebt mittelfristig außerdem eine institutionalisierte Vertretung der AÖ im Parlament an.

In diesen Bemühungen fühlt sich der AÖWB ebenfalls dadurch bestärkt, als u. a. sein jahrelanges Eintreten für eine Erleichterung der Beibehaltung und Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft in der Staatsbürgerschaftsrechts-Novelle 2005 erfolgreich verwirklicht wurde.

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

austrians.org

Der AÖWB versteht sich letztlich auch als Netzwerk und bietet zahlreiche Leistungen. Social-Networks wie Facebook, Google+ oder LinkedIn erobern die Welt, es gibt aber auch eines für die ganz speziellen Interessen der ÖsterreicherInnen und Freunde Österreichs, die in der Welt verstreut leben: Auf der Web 2.0 Community-Plattform des AÖWB ***http://www.austrians.org*** können sich AÖ oder Freunde Österreichs weltweit rund um die Uhr informieren und austauschen, sowie mit anderen in Kontakt treten. Registrierte Personen können ein Profil erstellen und andere Benutzer nach Ländern oder im Umkreis ihres Wohnortes finden. Einer Vernetzung steht nichts im Weg, die Benutzung ist kostenfrei!

Täglich, rund um die Uhr, gibt es Nachrichten von der Austria Presse Agentur APA und dem Österreichischen Rundfunk ORF. Neben den „Insider-Informationen" der User im öffentlichen Forum, kann auch der Bedarf an journalistischen Informationen über das Heimatland gedeckt werden.

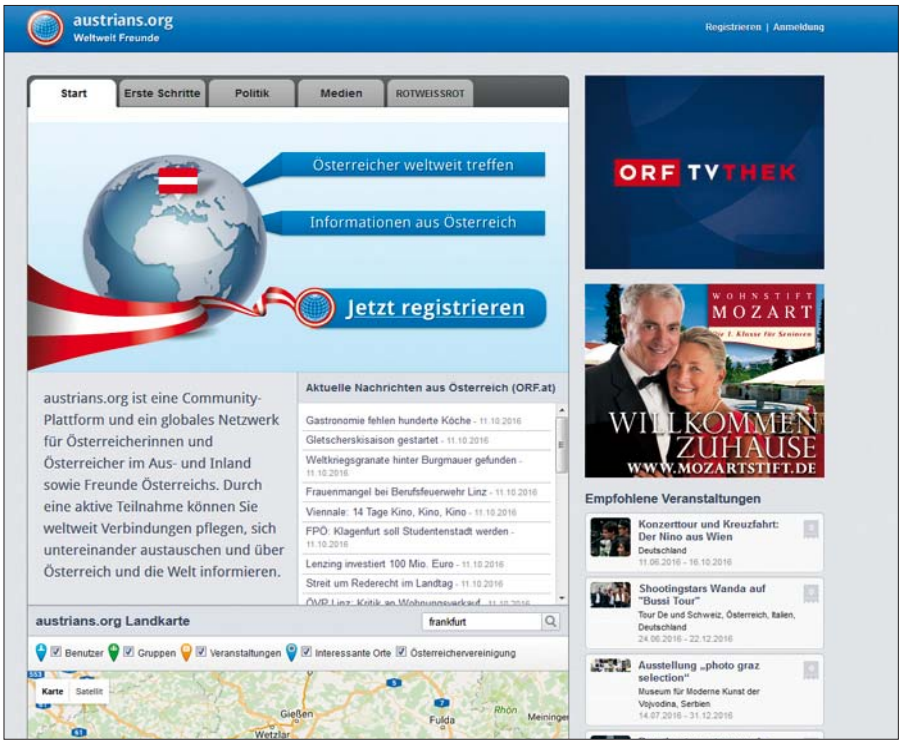
Jede Userin, jeder User kann zur Vernetzung mit Gleichgesinnten eine Gruppe gründen oder sich den zahlreichen schon bestehenden Ländergruppen und AÖ-Vereinen anschließen. Es gibt auch viele thematische Gruppen, in denen sich UserInnen nach Interessen zusammenfinden. Alle Gruppen haben ein eigenes Gruppen-Forum, in dem die Mitglieder sich austauschen können.

Veranstaltungen in aller Welt können auf austrians.org gepostet werden und diese werden den UserInnen in ihren Wahlheimaten angezeigt und finden so die richtige Zielgruppe.

Für Facebook und Twitter-Nutzer gibt es auch die Möglichkeit, sich über den bei einer Registrierung auf austrians.org geöffneten Facebook-Account zu registrieren und dann vom AÖ-Netzwerk die Veranstaltungen zum Facebook-Profil schicken zu lassen. So brauchen die Veranstaltungen nur einmal eingegeben werden.

Auf austrians.org finden Sie auch Informationen und Links für Ansprechpersonen aus Politik, Bundesländern, Ministerien und der im Parlament vertretenen Parteien.

Jede zweite Woche wird ein Newsletter an alle registrierten Personen verschickt. Er enthält aktuelle Neuigkeiten aus Österreich und wichtige Informationen AÖ betreffend. Das wären beispielsweise Wahlinformationen, Neuigkeiten vom AÖWB und dem Forum für Österreicher in aller Welt. Hier können Fragen über das Leben im Ausland ausgetauscht, Hilfestellungen und Tipps weitergegeben werden.

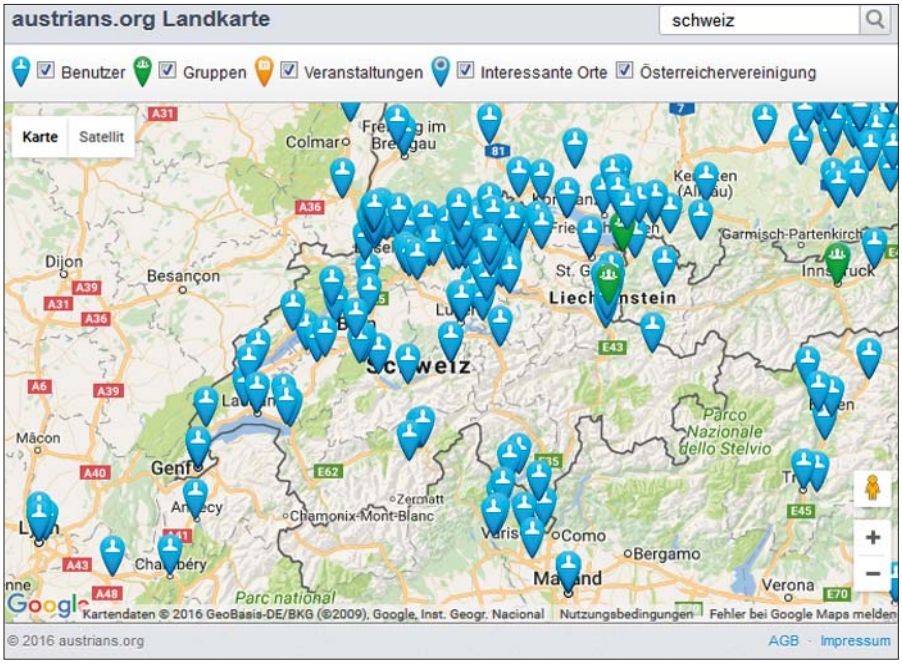


© AÖWB

Kennzahlen zu austrians.org

- Aktuell sind 3.906 Benutzer aktiv.
- 170 Gruppen wurden angelegt.
- Von den UserInnen wurden 904 Veranstaltungen angelegt und 3.250 Forenbeiträge geschrieben.
- 3.454 Personen haben den regelmäßigen Newsletter abonniert. Die Öffnungsrate liegt zwischen 40 und 45 Prozent.
- Das Alter 65+ ist noch die stärkste Gruppe unter den UserInnen, jedoch gibt es einen starken Zulauf von UserInnen in der Altersgruppe von 25 – 34 Jahren.
- Die Plattform-Nutzer rufen hauptsächlich Seiten des Forums, des Magazins und der Medien auf.

Über ***http://www.weltbund.at*** sowie über die Zentrale in 1010 Wien, Postgasse 6, können die AÖ das ganze Jahr auf die Leistungen des AÖWB zugreifen.



© AÖWB

Ein willkürlicher Blick auf die Landkarte auf austrians.org mit Mitglieder-Eintragungen

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016



Foto: Michael Mössmer

Nach der Pressekonferenz im Ratssaal des Feldkircher Rathauses (v.l.): „ROT-WEISS-ROT"-Chefredakteur HR Günther Düriegl, AÖWB-Präsident Gustav Chlestil, Vizebürgermeisterin Barbara Schöbi-Fink und die beiden AÖWB-Vizepräsidenten Jürgen Em und Werner Götz

Der erste Tag

Traditionsgemäß beginnt der erste Tag des AÖWB-Treffens mit einer Pressekonferenz unter Teilnahme des Präsidiums und einer Verteterin/einem Vertreter der gastgebenden Stadt. Da Feldkirchs Bürgermeister Wilfried Berchtold anderweitig verpflichtet war, konnten AÖWB-Präsident Gustav Chlestil und seine beiden Stellvertreter Jürgen Em und Werner Götz in dessen Vertretung Vizebürgermeisterin und Stadträtin Barbara Schöbi-Fink begrüßen. Die Stadt hatte zu diesem Zweck – und auch für eine Sitzung am darauffolgenden Nachmittag – den 300 Jahre alten Ratsaal zur Verfügung gestellt, wo JournalistInnen von regionalen und überregionalen Medien willkommen geheißen wurden.

Nach einer kurzen Begrüßung durch Präsident Chlestil wandte sich die Vizebürgermeisterin an die Anwesenden: „Ich freue mich sehr, daß ich Sie heute hier begrüßen darf – es ist für die Stadt Feldkirch tatsächlich eine Ehre, daß die Jahrestagung des Weltbundes der Auslandsösterreicher dieses Jahr in Feldkirch stattfindet." Das sei keine Selbstverständlichkeit, „aber in aller Bescheidenheit fühlen wir uns gerne für vier Tage als Nabel der Welt. Und wir begrüßen alle Gäste von nah und fern aus dem Ausland natürlich auf das Herzlichste. Ich hoffe, daß Sie sich hier wohl fühlen."

Das Feldkircher Rathaus steht seit 500 Jahren im Besitz des Bürgermeisters. Als ein Brand vor rund 300 Jahren die halbe Stadt verwüstet hatte, entstand im Wiederaufbau der historische Ratssaal, der „schon sehr viele Sitzungen und Pressekonferenzen erlebt und auch gut überstanden hat", so Schöbi-Fink, die „erfolgreiche Tage" wünschte und sich schon auf „interessante Gespräche morgen Abend und übermorgen beim Festakt" freute.

„Frau Bürgermeisterin, herzlichen Dank für Ihre sehr netten, persönlichen Worte, die Sie an uns gerichtet haben. Ich darf im Namen des gesamten Präsidiums und des gesamten Vorstandes sprechen und uns gleich zu Beginn herzlich bei Ihnen für ihre Gastfreundschaft bedanken", so Chlestil, der davon ausging, daß diesmal an die 300 TeilnehmerInnen aus der gesamten Welt nach Feldkirch gekommen waren. Vorwiegend aus den angrenzenden Ländern wie Deutschland oder der Schweiz, wie er betonte, jedenfalls aber von allen Kontinenten.

Chlestil: Stellenwert der AÖ

Dann ging Chlestil auf den Stellenwert unserer Landsleute im Ausland ein: „Daß die wenigsten – auch die Spitzenpolitiker – in Österreich wissen, welch riesiges Potential die AÖ sowohl quantitativ als auch qualitativ für Österreich darstellen. Wir gehen davon aus, daß ungefähr 540.000 Österreicher in aller Welt leben, die selbstverständlich damit noch ihre Nationalität und ihre Pässe haben, also echte Österreicher sind. Dazu kommt noch ungefähr eine Million sogenannter ‚Herzensösterreicher', die durch bestimmte Umstände ihre Staatsbürgerschaft abgeben mußten." Es sei, so Chlestil, heute nicht zuletzt aufgrund auch des Einsatzes des AÖWB möglich, daß jemand, der im Ausland lebe und eine andere Staatsbürgerschaft annehmen wollte oder mußte, die durch Antrag in seinem Heimatbundesland die österreichische wieder zurückzuerlangen. Bis zum Jahr 1999 sei dies im Staatsbürgerschaftsgesetz nur dann möglich gewesen, wenn es im Interesse der Republik Österreich gewesen sei. Die wurde durch einen Zusatz im Staatsbürgerschaftsgesetz dann möglich gemacht.

Warum man nicht genau wisse, wieviele ÖsterreicherInnen im Ausland leben, liege daran, daß es – im Gegensatz zu vielen anderen Ländern – keinerlei gesetzliche Verpflichtung für unsere Landsleute gebe. SchweizerInnen etwa hätten die Verpflichtung, sich überall dort anzumelden, wo sie sich niederlassen. In unseren Reisepässen wird nur empfohlen, sich bei der entsprechenden diploma-

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

tischen Vertretung zu melden. „Natürlich wären auch das Außenministerium und die Botschaften interessiert“, so Chlestil, die Adressen – beispielsweise im Falle einer Krise – wichtige Informationen weitergeben zu können. Man versuche zwar, aufgrund von Meldungen auf freiwilliger Basis Adreßdateien anzulegen, die aber nicht entsprechend gepflegt, nicht genau, vor allem aber nicht vollständig seien.

Vizepräsident Em zum Wahlrecht

„Wir Auslandsösterreicher durften, bis wir 1989 das Wahlrecht mit einem Verfassungsgerichtsurteil erkämpften, nicht wählen. Anfänglich sahen wir uns aber mit Bedingungen konfrontiert, die nicht eben sehr günstig gewesen sind. So waren etwa zwei Zeugen vor Ort für die Stimmabgabe mittels Wahlkuvert notwendig gewesen. Wir haben über Jahre hinweg für eine Erleichterung gekämpft, wodurch es schließlich auch dazu gekommen ist, daß nicht nur die AÖ, sondern auch die InlandsösterreicherInnen ihr Wahlrecht per Briefwahl ausüben können, leitete Jürgen Em, AÖWB-Vizepräsident für Äußere Angelegenheiten, seine Worte ein.

„Nun haben wir die Bundespräsidentenwahl und die Stichwahl, die wegen der Aufhebung durch den Verfassungsgerichtshof (VfGH) wiederholt wird. Wir sind nicht sehr glücklich über dieses Urteil, aber der Verfassungsgerichtshof hat entschieden. Das bedeutet, für uns, daß wir weiter werbend auf unsere Landsleute hinwirken müssen, daß sie wieder zur Wahl gehen. Es ist ganz wichtig, daß sich sehr, sehr viele AÖ in die Wählerevidenz eintragen und daß viele von ihnen auch an der Wahl teilnehmen“, so Em. Am letzten Wahlergebnis könne man sehen, wie entscheidend auch eine kleine Zahl von Stimmen sein kann.

„Wir sind auch deswegen ein bißchen unglücklich über diese Wahlwiederholung, denn wir erleben im Ausland, daß sich ein wenig Spott über Österreich ergießt: ‚Ihr Österreicher könnt ja nicht einmal gescheit wählen!‘. Das habe ich des öfteren gehört. Nebenbei bemerkt haben wir ein bißchen Glück gehabt, daß der Brexit gekommen ist. Der ist dann interessanter gewesen als die österreichische Bundespräsidentenwahl“, berichtete Em.

„Unglücklich sind wir auch deshalb, weil dadurch plötzlich die Briefwahl insgesamt wieder ins Gespräch gekommen ist und es in der Politik etliche Stimmen gibt, die Briefwahl insgesamt abschaffen möchten – wenn auch nicht oder vielleicht nicht ganz für die AÖ. Wir aber legen ganz großen Wert darauf, daß so etwas nicht zustandekommt und werden dafür kämpfen, daß Briefwahl so bleibt, wie sie ist“, kündigte Em an und sprach mit den kurzen Fristen ein Problem an, mit dem sich vor allem AÖ konfrontiert sehen, die in weit entfernten Ländern leben. „Sie müssen sich vorstellen, die Briefwahlkuverts werden ja nicht nur nach Deutschland, nach Frankreich oder nach Italien geschickt, sondern auch nach Australien, Kanada oder in die Vereinigten Staaten – und das erfordert natürlich lange Postwege. Da sind dann diese wenigen Tage, die derzeit für die Rücksendung zur Verfügung stehen, eigentlich zu kurz. Deshalb hätten wir daher gerne, daß die Fristen im Vorlauf zumindest um eine Woche verlängert werden“, so Em.

„Wir wollen auch weiter in die Zukunft denken und wir wollen e-Voting, wie es ja in manchen Ländern schon verwendet wird. Das würde sehr viel erleichtern“, schloß Em, der noch einmal feststellte, daß der AÖWB weiterhin versuchen werde, möglichst viele AÖ zur Teilnahme an Wahlen zu motivieren.





Präsident Gustav Chlestil (oben) und Vizepräsident Jürgen EM (unten) Interview mit einem Redakteur des ORF Vorarlberg



Fotos: Michael Mössmer

Vizepräsident Werner Götz bei der Präsentation der AÖ-Umfrage 2016

Ergebnis der akutellen AÖWB-Umfrage

Der AÖWB führt jährlich eine Umfrage über interessante und AÖ-relevante Themen durch, deren Auswertung dann der Bundesregierung, den Bundesländern und interessanten Stellen zur Verfügung stellt.

Werner Götz, AÖWB-Vizepräsident für Inneres, ging, bevor er die Umfrage präsentierte, mit einem Lösungsvorschlag zum e-Voting ein: „Ich möchte meinen Kollegen Jürgen Em insofern ergänzen, als ich mir vorstellen könnte, daß eine Wahl zumindest teilweise übers Internet erfolgen könnte. Es wäre aber auch kein Problem, die Wahlunterlagen über den Postweg zuzusenden. Wir wissen alle, daß es bei Bankgeschäften Pins und Tan-Codes gibt. Warum sollte man also sich nicht über einen Pin identifiziert und einen Tan-Code zur eigentlichen Stimmabgabe nutzen?“ so Götz. Damit wäre die Zeitspanne des gesamten Postwegs halbiert und wäre so ausreichend, daß die Stimme von jedem AÖ – auch vom entferntesten Gebiet der Welt – garantiert fristgerecht bei der Wahlbehörde einlangen würde.

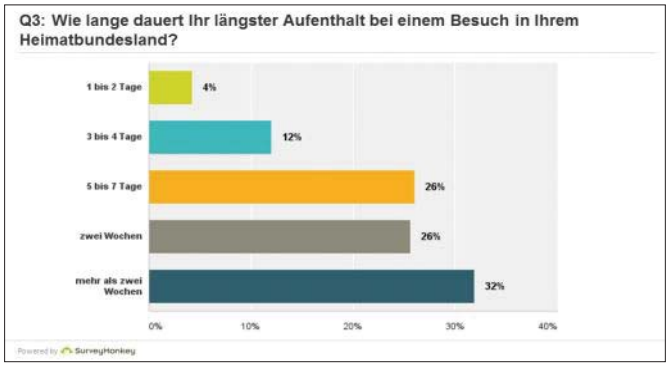
Zur aktuellen Umfrage zurückkehrend sagte Götz, der AÖWB sehe es als Bringschuld, die ÖsterreicherInnen die zur Zeit im Ausland leben – ob für gewisse Zeit oder ständig – in die österreichische Innenpolitik einzubinden bzw. sie zumindest dafür zu gewinnen, zur Politik und anderen Fragen Stellung zu nehmen.

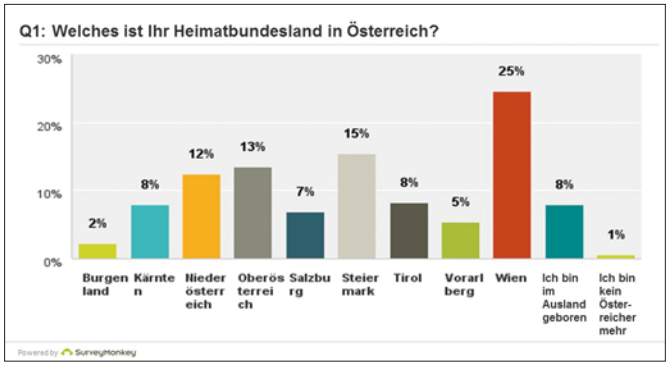
Umfrage: Auslandsösterreicher und ihr Heimatbundesland

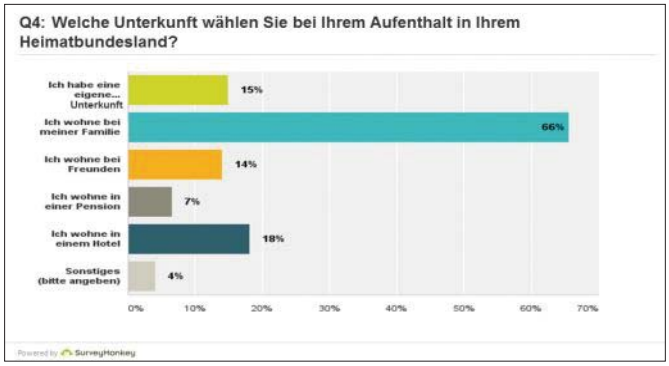
20 Fragen wurden in der Zeit vom 17. Mai bis zum 21. Juli 2016 vom Auslandsösterreicher-Weltbund an 15.000 AuslandsösterreicherInnen (AÖ) gerichtet. 9.134 Rückantworten trafen ein!

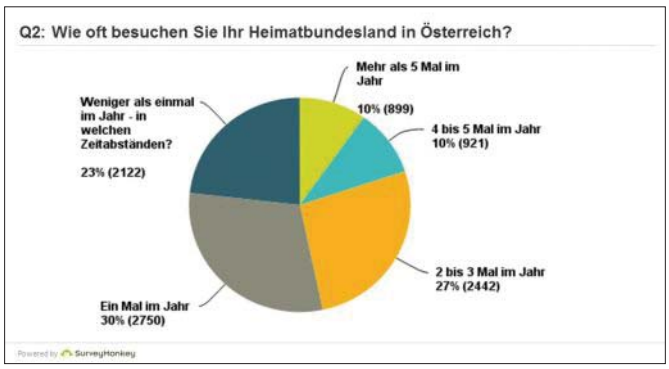
Etwa zwei Drittel derer, die die Fragen beantworteten, waren jünger als 54 Jahre. Diese, aber auch das andere Drittel der Antwortenden, setzten das klare Zeichen, daß den AÖ das Heimatbundesland, dessen Politik, Entwicklung und Image sehr wichtig sind. Sehr wichtig ist den AÖ aber auch die Bundespolitik, an deren Entscheidungen sie mit ihrer Stimme bei Wahlen beitragen wollen. Die Umfrage ist ein überzeugender Beleg dafür, welch unbestritten positiven Stellenwert das Heimatland für AÖ hat.



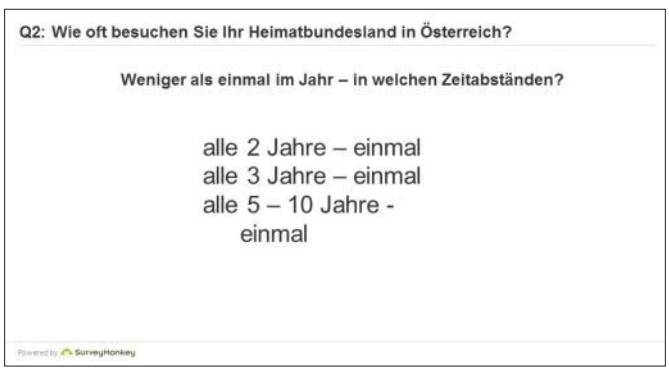


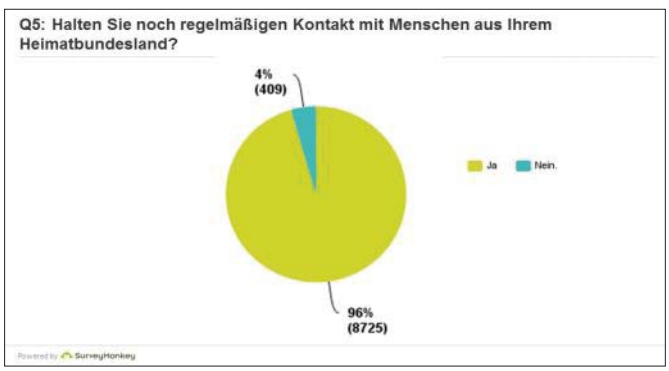






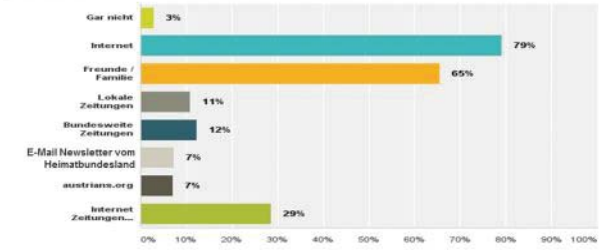




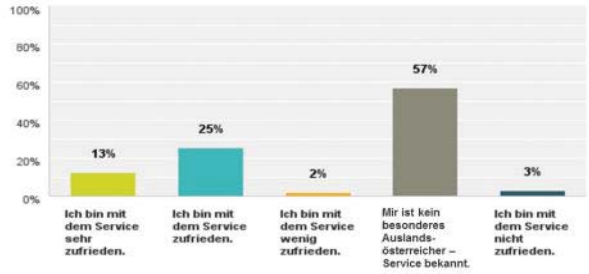


Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

Q6: Wie informieren Sie sich über die Geschehnisse in Ihrem Heimatbundesland?



Q9: Sind Sie mit dem Service, den Sie als Auslandsösterreicher von Ihrer Heimatgemeinde erhalten, zufrieden?



Q6: Wie informieren Sie sich über die Geschehnisse in Ihrem Heimatbundesland?

Welche On-Line Zeitungen lesen die Auslandsösterreicher?

1. Der Standard
2. Die Presse
3. TV - ORF
4. Kurier
5. Kleine Zeitung
6. Krone
7. Salzburger Nachrichten
8. Tiroler Tageszeitung

Q9: Sind Sie mit dem Service, den Sie als Auslandsösterreicher von Ihrer Heimatgemeinde erhalten, zufrieden?

Ich bin mit den Service nicht zufrieden – Bitte begründen Sie?

Habe leider keinen Kontakt

Wahlkarten werden immer zu spät geschickt

Erhalte nichts von meiner Heimatgemeinde

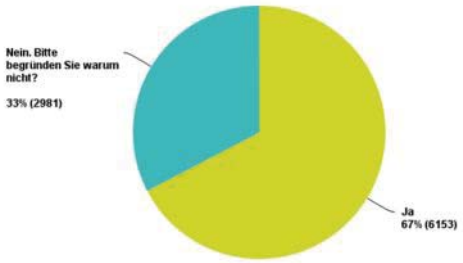
Habe mich selber noch nicht erkundigt

Gute Information zum Wahlrecht, sonst kein Kontakt

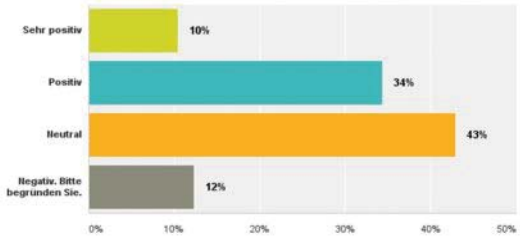
Q7: Welche Gemeinde ist Ihre Heimatgemeinde?

1. Wien
2. Graz
3. Salzburg
4. Linz
5. Innsbruck
6. Klagenfurt
7. Villach
8. Dornbirn
9. Steyr
10. Wels
11. Baden
12. Bregenz
13. Feldkirch
14. Leoben
15. St. Pölten
16. Mödling

Q10: Sind Sie in die Wählerevidenz Ihrer Heimatgemeinde eingetragen?



Q8: Wie beurteilen Sie die Entwicklung Ihrer Heimatgemeinde in Österreich?



Q10: Sind Sie in die Wählerevidenz Ihrer Heimatgemeinde eingetragen?

Warum nicht?

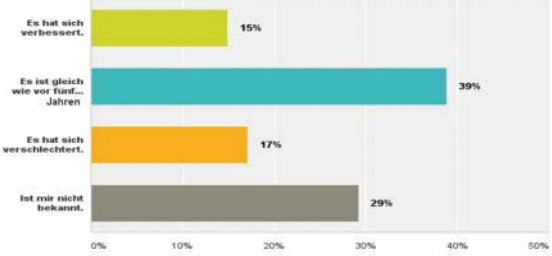
Weil ich nicht weiß was zu tun
Es erschien mir als aufwändig
Nie registriert
Habe früher Wahlunterlagen bekommen, jetzt nicht mehr
Kein Politisches Interesse
Ich bin nicht darueber informiert
Kein Wohnsitz in Österreich
Habe nie dran gedacht
Nicht genug Einsicht über die politischen Parteien
Ich bin vor Eintrag in die Wählerevidenz ausgewandert

Q8: Wie beurteilen Sie die Entwicklung Ihrer Heimatgemeinde in Österreich?

Negative. Bitte begründen Sie?

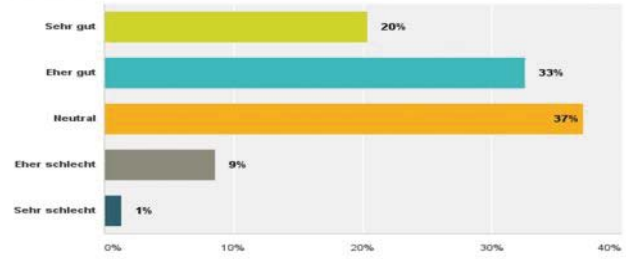
Politisches Klima
Flüchtlingsprobleme – Immigration
Fehlende Infrastruktur und Jobs

Q11: Hat sich das Image Ihres Heimatbundeslandes in Ihrem Aufenthaltsland in den vergangenen fünf Jahren verändert?

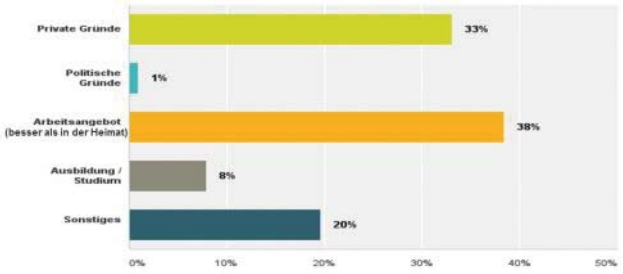


Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

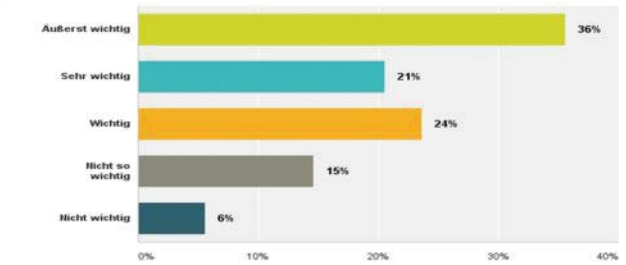
Q12: Wie nehmen Sie ganz grundsätzlich das aktuelle Image Ihres Heimatbundeslandes in Ihrem Aufenthaltsland wahr?



Q17: Warum haben Sie Ihr Heimatbundesland verlassen?



Q13: Ist es für Auslandsösterreicher wichtig, den Bundespräsidenten wählen zu können?

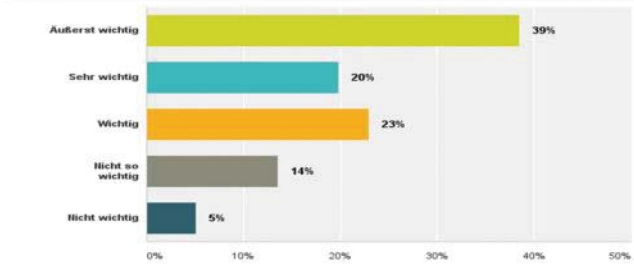


Q17: Warum haben Sie Ihr Heimatbundesland verlassen?

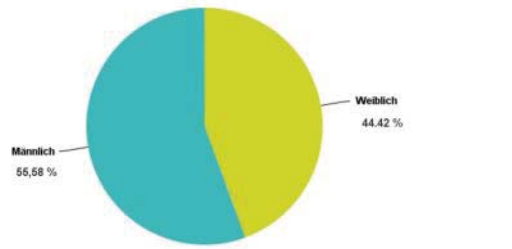
Sonstiges u.A.:

- Heirat
- mit den Eltern ausgewandert
- Arbeitsangebot
- Abenteuer

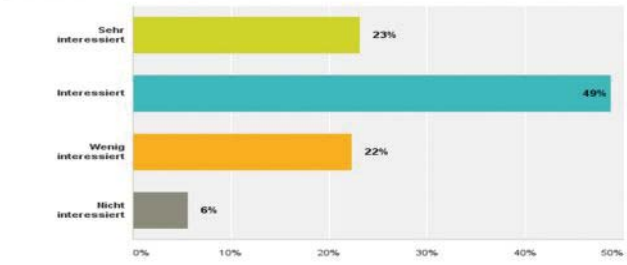
Q14: Ist es für Auslandsösterreicher wichtig, bei den Nationalratswahlen wählen zu können?



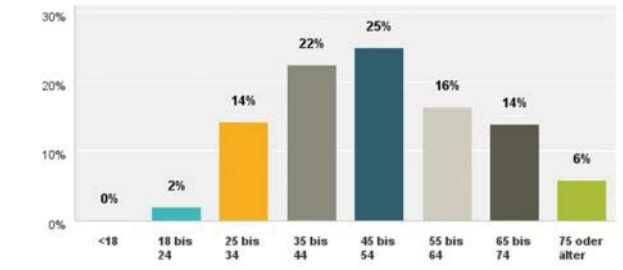
Q18: Was ist Ihr Geschlecht?



Q15: Sind Sie an der Landespolitik Ihres Heimatbundeslandes interessiert?



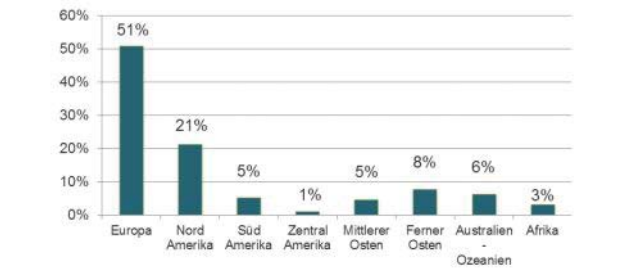
Q19: Wie alt sind Sie?



Q16: Welche Produkte aus Österreich nehmen Sie mit?

1. Wein, (Stroh)Rum, Schnapps
2. Wurst- und Fleischwaren
3. Kürbiskernöl
4. Schokolade
5. Mannerschnitten
6. Brot
7. Käse
8. Senf
9. Mozartkugeln
10. Kleidung

Q20: In welcher Region leben Sie momentan?



Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

Rahmenprogramm

Bereits für den ersten Nachmittag hatte der AÖWB ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm zusammengestellt: eine Führung durch das mittelalterliche Zentrum Feldkirchs, eine Führung durch das Museum der Schattenburg und die Besichtigung der Firma Rauch Fruchtsäfte in Rankweil (wovon wir leider keine Fotos haben).

Auf der Schattenburg, auch Wahrzeichen von Feldkirch, fand dann auch das gemeinsame Abendessen statt, wo die AÖ die Möglichkeit hatten, sich eines der größten Schitzel zu Gemüte zu führen: das berühmte Schattenburg-Schnitzel, das auch auf einen großen Teller nicht ganz daraufpaßt.

















Fotos: Klaus Dellamaria, Roland Pirker, Michael Mössmer

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016












Fotos: Klaus Dellamaria, Roland Pirker, Michael Mössmer

Der zweite Tag

Traditionsgemäß begann der offizielle Teil der Tagung am Nachmittag mit dem ersten Teil der Generalversammlund des AÖWB, zu deren Präsident, Gustav Chlestil, herzlich begrüßte: „Wir freuen uns, daß sie zu uns hierhergekommen sind und an unserer Generalversammlung teilnehmen. Ich begrüße Frau Mag. Neuhold von der steiermärkischen Landesregierung sehr herzlich, den Vertreter des Außenministeriums, der in Vertretung von Herrn Gesandten Strohmayer zu uns gekommen ist, der sich leider entschuldigen mußte mit großen Bedauern mitgeteilt hat, daß er heute nicht bei uns sein kann, herzlich willkommen Herr Gesandter Dr. Woutsas. Und last, but not least, begrüße ich meinen Freund, Herrn Professor Helmut Mödlhamer, den Präsidenten des österreichischen Gemeindebundes, der dann einen Vortrag halten wird und ich begrüße auch Herrn Hofrat Dr. Ludwig Staudiegel von der Vorarlberger Landesregierung."

Danach rief Chlestil zu einer Gedenkminute für all jene auf, „die im vergangenen Jahr verstorben sind und nicht bei uns sein können".



Foto: Michael Mössmer

AÖWB-Präsident Gustav Chlestil (Mitte) und seine beiden Stellvertreter Jürgen EM (l.) und Werner Götz (r.) eröffneten den Nachmittag mit einem Überblick über die Tagesordnung.

Gesandter Georg Woutsas

Dann ergriff Gesander Georg Woutsas von der Auslandsöstereicher-Abteilung im Außenministerium das Wort: „Ich spreche in Vertretung meines Abteilungsleiters und möchte Sie sehr herzlich von ihm grüßen. Ich möchte das auch gleichzeitig als eine Gelegenheit benutzen, Abschied von Ihnen zu nehmen, denn ich gehe noch New York. Nach Graz, meiner Heimatstadt, nach Linz, Baden und Klagenfurt nehme ich jetzt bereits zum fünften Mal als Vertreter des Außenministeriums an einer Generalversammlung des Weltbundes teil. Ich werde, wie angekündigt, nach New York gehen und damit die Seiten wechseln – sprich Auslandsösterreicher werden, aber natürlich stehe ich am Generalkonsulat in New York den Anliegen der Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher sehr gerne weiter zur Verfügung."

„Ich möchte auch diese Gelegenheit benützen", so Gesandter Woutsas, „ein wenig Bilanz zu ziehen nach fünf Jahren." Zu diesem Zweck habe er das „sehr wertvolle Journal" des AÖWB, „Rot-Weiss-Rot", der letzten fünf Jahre durchgeblättert und es würden sich zwei beherrschende Themen wie ein roter Faden durch die Ausgaben ziehen, nämlich die Partizipation an der demokratischen



Foto: Roland Pirker

Gesandter Georg Woutsas bei seinem vorerst letzten Besuch einer AÖWB-Tagung – er hat kurz darauf seinen Dienst als Generalkonsul in New York angetreten.

Willensbildung in Österreich und die Frage der Staatsbürgerschaft.

Auch im Außenministerium und in der Abteilung für AÖ würden diese beiden Aspekte als zentrale Anliegen und als sichtbares Band der AÖ zur alten Heimat sehen. „Allerdings stellen wir fest, daß die gelebte Realität eine andere zu sein scheint. Die Zahl der Auslandsösterreicher, die in den Wählerevidenzen eingetragen sind – was eine Voraussetzung für die Teilnahme an bundesweiten Wahlen für Volksabstimmungen und Volksbefragungen ist –, war schon immer bescheiden. Sie ist aber trotz aller Bemühungen auf Seiten des Weltbundes und auf Seite des Aussenministeriums eher rückläufig, bestenfalls kann man sagen, stagnierend. Und der Verlust der Staatsbürgerschaft wird, wie es scheint, vielfach leichtfertig in Kauf genommen. Ich möchte das auf den Punkt bringen: rund eine halbe Million AuslandsösterreicherInnen hätten politisches Gewicht und wären tatsächlich ein zehntes Bundesland. Mit rund 40.000 Eintragungen in die Wählerevidenz und nur etwas mehr als 20.000, vielleicht 25.000 Stimmen beim Urnengang bei österreichischen bundesweiten Wahlen Berücksichtigung finden, reduziert sich diese Größe", stellte Woutsas fest und, daß dadurch das Gewicht des AÖWB und das Gewicht der AÖ geschwächt würden.

Nicht anders stelle sich das Bild in bezug auf die Staatsbürgerschaft dar: „Immer wieder stellen wir an den Vertretungsbehörden

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

im Ausland fest, daß AuslandsösterreicherInnen aus allen Wolken fallen, wenn sich die im Zuge einer Paßausstellung herausstellt, daß die Staatsbürgerschaft verloren ist. Zumeist durch Annahme einer anderen Staatsangehörigkeit. Dann ist die Schuldzuweisung in der einen wie in der anderen Frage von den AuslandsösterreicherInnenn oft sehr rasch getroffen, nämlich die komplizierte und restriktive Gesetzeslage über Pragmatismus, Behörden und fehlende Informationen. Natürlich sind in diesen drei Bereichen Verbesserungen möglich, und wir im Außenministerium und dem Innenministerium arbeiten gleichermaßen daran. Insofern liegt es also in dieser Schuldzuweisung durchaus ein Körnchen Wahrheit. Aber seien wir doch ehrlich zueinander: Es liegt doch auch zu einem beträchtlichen Teil am mangelnden Engagement und am mangelnden Interesse auf Seiten dieser betroffenen AuslandsösterreicherInnen“, so der Gesandte, der „diese nicht sehr schmeichelhafte Aussage“ mit Beispielen untermauerte.

Bundespräsidentenwahl

Zur Wiederholung der Bundespräsidentenwahl sei mehrfach Kritik geäußtert worden, daß die Teilnahme daran voraussetze, auch schon zum ersten Wahlgang das Wahlrecht gehabt zu haben. Wer sich allerdings nicht für den ersten Wahlgang gekümmert habe, hätte aber ein „gewisses notwendiges Engagement und Interesse vermissen lassen“. Die selbe Kritik habe es gegeben, daß die Informationen über die Eintragung in die Wählerevidenz viel zu spät bei den AÖ angekommen sei. „Natürlich bedauern wir das, denn unser Ziel war es, möglichst viele AuslandsösterreicherInnen mit unseren Informationen zu erreichen. Aber die stagnierenden Zahlen bei der Eintragung in die Wählerevidenz lassen jetzt nicht gerade den Schluß zu, daß die Beschwerdeführer sich zumindest für die nächste Wahl haben eintragen lassen. Es bleibt also alles beim alten, und beim nächsten Urnengang kommt dieselbe Beschwerde möglicherweise von derselben Person“, so Woutsas. Es bedürfe Engagements, es bedürfe Interesses an der demokratischen Willensbildung in Österreich teilnehmen zu können.

Staatsbürgerschaft

„Und so ähnlich ist es auch bei der Staatsbürgerschaft: sicherlich gehört Österreich zu einer Minderheit von Ländern, die bei Doppelstaatsbürgerschaften restriktiv sind. Doch ist es so ungewöhnlich, daß der Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit Einfluß auf die bisherige Staatsbürgerschaft haben könnte? Da wäre doch zu erwarten, daß die betroffenen Personen so viel Engagement und Interesse zeigen, sich bei der eigenen Botschaft zu erkundigen, was denn dieser Schritt bedeutet. Dasselbe gilt, wenn Kinder von Auslandsösterreichern mit Geburt die Staatsangehörigkeit eines anderen Landes erhalten, sei es nach dem Ort der Geburt, wie in den USA und auch in Deutschland, sei es, daß die Eltern verschiedene Staatsangehörigkeiten besitzen und dann passiert es, daß wir die Anfragen oft viele Jahre oder gar Jahrzehnte nach der Geburt erhalten. Und auch das zeigt kein besonderes Interesse an der österreichischen Staatsbürgerschaft, weil man sich, wenn man sich mit einer fremden Staatsangehörigkeit, die vielleicht zugegebenermassen im Ausland der wichtigere und der grössere Anknüpfungspunkt war, zufriedengegeben hat. Da kann ich auch nur an die Eltern dieser Kinder appellieren, mehr Sorgfalt an den Tag zu legen. Denn ihre Versäumnisse, verzeihen Sie dieses harte Wort, die gereichen ihren Kindern zu Nachteilen. Denn bei Kenntnis der Rechtslage hätte sich vieles vermeiden lassen können, trotzdem sich Österreich zur Vermeidung von Doppelstaatsbürgerschaften bekennt“, stellte der Gesandte fest.



Foto: Klaus Dellamaria

Gesandter Georg Woutsas

Handysignatur

In bezug auf die Handysignatur ist es für Woutsas „eigentlich unverständlich, daß nur wenige AuslandsösterreicherInnen dieses kostenlose Service nutzen. Obwohl gerade sie als Zielgruppe wohl am meisten davon profitieren könnten. Sie haben damit Zugang zu vielen Behörden, können sich identifizieren und sind, wenn sie behördliche Unterstützung aus Österreich benötigen, weitaus besser gestellt, als wenn sie sich nicht identifizieren können und mühsam per Fax oder per E-Mail mit einer Kopie des Reisepasses ihre Identität erst nachweisen müssen.“

Briefwahl

Den Weltbund während fünf Jahren mit seiner Arbeit im Außenministerium begleiten zu dürfen, sei „eine große Ehre“ für ihn gewesen und griff einige Themen als „wesentliche Errungenschaften“ heraus. Dazu gehöre die Briefwahl, die aufgrund des Fristengefüges im Ausland doch unter Kritik stehe, allerdings „kann das wohl mit einem Hauptwohnsitz in Deutschland und der Schweiz – und das sind schon zwei Drittel der AuslandsösterreicherInnen – nicht das Thema sein. Und auch bei anderen AuslandsösterreicherInnen in anderen Ländern ist vielfach der Postversand vom zeitlichen Moment ausreichend. Wo das aber nicht klappt, der stehen Ihnen 400 Vertretungsbehörden, Berufsvertretungsbehörden und Honorarkonsulate zur Verfügung“, wo man Stimmkuverts persönlich entgegennehmen und die Stimme abgeben – und das Rückkuvert wieder zurücksenden lassen kann. Natürlich seien 400 Orte nicht die ganze Welt, aber bundesweite Wahlen fänden in der Regel im Schnitt alle eineinhalb Jahre statt. Wem es wichtig sei, seine Stimme abzugeben, der könne „es bei einem bißchen Organisationstalent so einrichten, rechtzeitig zu einer Vertretungsbehörde zu reisen“. Das könne garantieren, daß die Stimme auch berücksichtigt werde, was auch gesetzlich verankert sei.

Beherrschende Themen

Schließlich ging der Gesandte auf aktuelle Fragen in Österreich ein: „Beherrschende Themen sind natürlich Migration und die damit auch im Zusammenhang entstehende Terrorgefahr, die Bundespräsidentenwahl, die Frage des Brexit, oder, auf Österreich übertragen, des Öxit. In gewisser Weise stehen diese Themen in einem Konnex, zumal Meinungsforscher den Ausgang der Wiederholung der Wahl zum Bundespräsidenten damit in Verbindung bringen, nämlich welches Schreckgespenst für die Österreicher schlimmer ist. Doch ich würde sagen, Angst und Furcht sind kein guter Ratgeber“, so Woutsas. „Und genauso wenig sollen Entscheidungen mit Themen vermengt werden, um die es gar nicht geht. Das künftige Staatsoberhaupt wird in diesen Fragen nicht wirklich Entscheidungen treffen können. Hierzu

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

sind die Bundesregierung, das Parlament aufgerufen, allenfalls auch das Staatsvolk im Falle einer Volksabstimmung. Viel entscheidender ist da schon die Frage des Bildes von Österreich in der Welt. Und wenn sich ein Parlamentarier über die ausländische Medienhetze beschwert und dem Außenminister Untätigkeit vorwirft, dann erscheint dieser Umstand wohl weitaus relevanter, worum es bei dieser Wiederholungswahl wirklich geht."

Österreich habe bereits zweimal die Erfahrung machen müssen, was es heiße, in den außenpolitischen Möglichkeiten eingeschränkt zu sein. Bei allem Respekt vor der souveränen Entscheidung des Wahlvolks – die Wiederholung eines derartigen Szenarios sei als nicht besonders erstrebenswert anzusehen. „Wir vom Außenministerium und den Vertretungsbehörden werden auf jeden Fall alle Ressourcen mobilisieren, damit, soweit es in unserer Verantwortung steht, diese Wiederholungswahl vollkommen korrekt erfolgt und es aus unserem Bereich zumindest keinen Grund für Wahlanfechtungen gibt. Und wenn es, wie wir es mir gestern zugetragen wurde, sich Österreich angeblich mit dieser Wiederholungswahl zur Lachnummer gemacht hätte, dann kann und will ich nur darauf antworten: auf die hohen Standards bei Wahlen und den Österreichischen Verfassungsgerichtshof stolz zu sein. Auch wenn man vielleicht nicht mit dieser Entscheidung einverstanden ist: Es steht mir, übrigens auch nicht den Kritikern der Wahlwiederholung im Ausland, nicht zu, über andere Länder und deren Wahlsysteme zu urteilen. Aber ich würde nicht wollen, daß in Österreich jemand zum Präsidenten gewählt wird, nur weil in einem Bundesland die Stimmzettel offenkundig am Wählerwillen vorbei ausgezählt worden sind. Das Wahlergebnis, wie immer es ausfällt, wird zu respektieren sein. Es ist aufgrund der gesetzlichen Vorgaben, die auch die Anfechtung und die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs mit einschließt, zustandegekommen und daher wie in jedem anderen Land das Ergebnis einer demokratischen Wahlentscheidung", stellte Woutsas fest.

Flüchtlingswelle

„Die Flüchtlingswelle hatte Europa und Österreich im Vorjahr unvorbereitet getroffen. Inzwischen sind hier viele Maßnahmen setzt worden und die drastisch zurückgegangenen Zahlen zeigen deren Wirksamkeit. In diesem Kreis kann und muß ich doch darauf hinweisen, daß es ohne Migration von ÖsterreicherInnen keine AuslandsösterreichInnen und keinen Weltbund geben kann. Jetzt mögen manche einwenden, daß diese Migration nicht mit dem Massenexodus aus der Türkei, aus Syrien und aus Afrika über das Mittelmeer vergleichbar wären. Das stimmt. Aber nicht jede Migration aus Österreich hat unserem Ideal einer geordneten Auswanderung entsprochen. Ich hoffe, daß sie alle an einer solchen geordneten Auswanderung teilhaben konnten. Aber denken wir an den Exodus der BurgenländerInnen aus ihrer Not und Verzweiflung, denken wir an die politisch drastisch verfolgten ÖsterreicherInnen in der Zeit 1934 bis 1945. Europa hat zum Glück die Kapazität, diese Flüchtlingskrise zu bewältigen."

Brexit und Öxit

Umso verwunderlicher sei es, so der Gesandte, wenn manche den BritInnen zum Austritt aus der Europäischen Union gratulierten. Großbritannien mag Souveränität zurückerlangt haben, aber ob diese den Anliegen der BritInnen dienlich werde, müsse doch stark bezweifelt werden. Vorläufig habe das Pfund an Wert verloren und Unternehmen würden mit Investitionen zögern und sich zu einem Standortwechsel entschließen. Viele Ressourcen würden in die Austrittsverhandlungen fließen müssen, die in anderen Bereichen weitaus besser hätten angelegt werden könnten.

„Für Österreich wäre ein solcher Austritt desaströs. Denken wir doch einfach zurück in die Jahre vor dem Beitritt: Exporte an denen viele Arbeitsplätze im Inland hängen und vor allem Auslandsinvestitionen unserer östlichen Nachbarländer sind eine direkte Konsequenz des Beitritts bzw. der Osterweiterung der Europäischen Union. Das Preisniveau ist in Österreich durch den Beitritt deutlich gesunken. Wollen wir das alles aufs Spiel setzen, ganz abgesehen von ganzen anderen Annehmlichkeiten?", so Woutsas, der sich für die Gelegenheit, diese Worte an die AÖ zu richten, bedankte: „Vielen herzlichen Dank, ich wünsche Ihnen alles Gute und ich hoffe, daß ich viele von Ihnen im Ausland – da oder dort – wiedersehen werde."

AÖWB-Präsident nimmt Stellung

Präsident Chlestil meinte im Anschluß an die Rede des Gesandten, „ersten kann es nicht allein die Eintragung in der Wählerevidenz sein, daß wir mit einer Gemeinde von 40.000 verglichen werden. Wir sind über 500.000 BürgerInnen mit der Nationalität, mit einem Paß etc. Leider sind wir zur Zeit, damit komme ich auf den zweiten Punkt, was die Eintragung die Wähler Evidenz betrifft, in einer Situation, die nicht erfreulich ist. Aber wir sind einfach das zehnte Bundesland und wir sind bevölkerungsmäßig größer als zwei andere Bundesländer. Und bitte schauen Sie erst einmal in anderen Bundesländern, wie viele dort zur Wahl gehen und wie viele nicht zur Wahl gehen", so Chlestil, der betonte, wie sehr er Woutsas' Engagement im Außenministerium und noch mehr die gute Zusammenarbeit diesbezüglich schätze. Aber zurück zur Wählerevidenz: „Wir haben uns das gesetzlich schon einmal selbst ein bißchen zuzuschreiben, warum wir so wenig in der Wählerevidenz eingetragen sind. Vergessen Sie nicht, nachdem wir im Jahr 1989 durch ein Verfassungsgerichtshofs-Urteil erst überhaupt die ihre Berechtigung erkämpft hatten, im Ausland wählen zu können, hat man der-



Foto: Roland Pirker

Ein Blick über die Generalversammlung auf das Präsidium im Großen Saal des Montforthauses

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016



Foto: Michael Mössmer

AÖWB-Präsident Gustav Chlestil

art restriktive Durchführungsbestimmungen erlassen – erinnern Sie sich bitte, wir mußten bei jeder relevanten Wahl die Wahlkarte schriftlich anfordern. Inzwischen haben wir durch jahrelange Verhandlungen erreicht, daß es ein sogenanntes Abonnement gibt, in dem Sie automatisch für zehn Jahre die Wahlkarten zugesandt bekommen. Das war eine ganz wesentliche Erleichterung", so Chlestil.

Damals mußte man als WählerIn zwei Zeugen unterschreiben lassen, die sich durch ihre Paßnummer legitimieren mußten. „Das muß man sich einmal vorstellen – das war prohibitiv! Wir hatten damals bereits 80.000 in der Wählerevidenz. Das ist zurückgefallen auf, leider, wie sie sagen, knappe 50.000. Aber, wie gesagt, das haben wir uns irgendwo selbst zuzuschreiben und es ist umso mühsamer, wenn jemand einmal abgehakt hat, der früher wollte, wiederzugewinnen, sich neuerlich eintragen zu lassen. In dem Zusammenhang nur ein Hinweis: dankenswerterweise durch ihre Bemühungen im Außenministerium und auch im Innenministerium hat man sich jetzt dazu entschlossen, bei Paßerneuerungen automatisch ein Formular beizulegen, das zur Eintragung in die Wählerevidenz auffordert. Wir erwarten uns davon eine ganz wesentliche Erhöhung, allerdings wird es dauern, bis das Wirkung zeigt. Unbenommen davon machen wir alles, was in unserer Macht steht, um die Leute zu animieren, sich eintragen zu lassen", so der AÖWB-Präsident zum Thema Wahlkarten.

Zum Thema Staatsbürgerschaft ließ Chlestil den Gesandten wissen, daß er „ihre restriktive Haltung der österreichischen Behörden auf diesem Sektor überhaupt nicht" verstehe. Die Schweiz habe ein vollkommen anderes Verfahren. Schweizer sein heiße immer Schweizer zu sein, er könne fünf Staatsbürgerschaften annehmen, würde aber nach wie vor Schweizer bleiben. „Warum sind wir so restriktiv und sagen, wenn einer aus irgendwelchen Gründen, die bestimmt fundiert sind, eine andere Staatsbürgerschaft annehmen muß, daß man dem sagt, dann mußt du natürlich die österreichische Staatsbürgerschaft aufgeben. Jetzt haben wir endlich im Jahr 2001 erkämpft, daß im Staatsbürgerschaftsgesetz dieser eine Satz dazu kam, daß nicht nur aus Interesse der Republik Österreich eine Beibehaltung gewährt werden kann, sondern daß dies auch aus privaten Gründen dies möglich ist. Wenn man jetzt womöglich wieder anfängt, das in die Richtung von einschränkender Behandlung zurückzunehmen, dann werden wir auch unverblümt unsere Meinung darüber sagen. Das sind offensichtlich in den Landesregierungen – es handelt sich hier ja um ein Bundesgesetz mit Durchführung durch die Länder –, einige, die hier päpstlicher als der Papst sein wollen. Also das sind die Dinge, die man deutlich und offen ansprechen muß. Und wir werden alles tun, um diesen Tendenzen entgegenzutreten", hielt Chlestil fest.

„Lassen Sie sich, sehr geehrter Herr Dr. Woutsas – und die in anderen Stellen Verantwortlichen – nicht frustrieren darüber, daß die Auslandsösterreicher die Gesetze überhaupt nicht kennen und träge oder nicht danach handeln. Die Gesetze sind zum Teil so komplex, daß nicht einmal wir, die eigentlich jeden Tag damit zu tun haben, Details wissen", so Chlestil. Es sei nun mal leider so, daß der Mensch doch nicht alle Gesetze studieren könne, habe er doch zum Teil ganz andere Probleme, als sich genau zu erkundigen. Wenn zum Beispiel jemand nicht weiß, daß er vor Annahme einer neuen, weiteren Staatsbürgerschaft in seinem Herkunfts- Bundesland die Beibehaltung der österreichischen beantragt, ist es vorbei. Dann verliert er die österreichische Staatsbürgerschaft auf jeden Fall. „Das ist doch eine recht relativ einfache Regel, aber ich muß ehrlich sagen, ich hab's aufgegeben, darüber zu wettern, daß jemand Gesetze nicht kennt und sich nicht danach verhält. Weil wenn man dann etwas findet, was einen selbst betrifft, stellt man fest, es es ginge einem selbst auch nicht viel besser. Das ist menschlich, aber sicher auch keine Absicht – und keine Trägheit der Auslandsösterreicher", so der AÖWB-Präsident.

Es sei nicht so ganz einfach draußen, fuhr er fort, das zu organisieren, zu seiner Vertretung zu gehen und eine Wahlkarte, geschweige denn die biometrischen Daten für den Reisepaß abzugeben: „Wir denken hier in Mitteleuropa in ganz anderen Dimensionen, als es vielleicht in den USA, Südamerika oder Australien der Fall ist. Nur weil zwei Drittel der Auslandsösterreicher in Mitteleuropa ansässig sind, dürfen wir diejenigen nicht vergessen, die draußen wählen und für eine Paßerneuerung biometrische Daten abgeben, eine Wahlkarte abgeben müssen. Das kann eine Reise von je 5000 km in keiner Weise rechtfertigen. Es ist aber notwendig, und, wie gesagt, wir sind uns der Probleme bewußt. Aber ganz so einfach ist das nicht draußen. Wir kennen viele Fälle, die verzweifeln daran, wenn Sie einen neuen Paß brauchen. Sie haben gesagt, es seien keine Mittel vorhanden, um die ‚fliegenden Kommissionen' auszudehnen. Und ich kenne Fälle, wo nur einmal im Jahr überhaupt jemand in die Gegend kommt", sprach Chlestil den Service des BMEIA an.

Gesandter Georg Woutsas erwiderte, es würde natürlich zum Problem werden, „wenn jemand bis zum letzten Tag der Gültigkeit des Reisepasses zuwartet". Man könne doch nach acht oder neun Jahren der Gültigkeit des Passes im Rahmen einer Auslandsreise oder eines Besuchs in Österreich und bei jeder österreichischen Vertretungsbehörde – einen neuen ausstellen lassen und auch die biometrischen Daten dort abgeben.

Chlestil gab Woutsas prinzipiell recht, schränkte aber ein, daß es sehr viele gebe, die diese Reisen nicht mehr machen würden, etwa ältere Leute. Aber das Entscheidende sei wohl, daß viele glauben würden, sie müßten mit dem Antrag auf einen neuen Paß warten, bis der alte ablaufe – was nicht der Fall sei: „Sie können nach sieben Jahren, wenn sie wollen, bereits einen neuen Paß beantragen und bekommen diesen dann für die nächsten zehn Jahre.

Chlestil merkte auch an, daß durch die Aufhebung der Bundespräsidenten-Stichwahl durch den Verfassungsgerichtshof eine Diskussion um das Wahlgesetz an sich begonnen habe. „Das hat mit uns eigentlich nichts zu tun. Eines muß ich allerdings sagen, was immer zu wenig gesehen wird: Die Briefwahl haben wir in erster Linie für die AuslandsösterreicherInnen erreicht. Natürlich gilt es dann für alle. Aber niemand hat damals daran gedacht, daß plötzlich an die 700.000 ÖsterreicherInnen, die in Österreich leben, davon Gebrauch machen. Das muß man einmal deutlich sagen. Daß dann mehrere 100.000 sagen, ‚ich bin 330 km weit weg, oder gar nicht weit weg, aber es ist für

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

mich praktischer, deshalb fordere ich eine Briefwahlkarte an', hat meiner Meinung nach mit dazu beigetragen, daß ungewollterweise einfach die Situation entstanden ist. Es wird darüber diskutiert, was kann man allenfalls ändern. Und wir haben gesagt, wir müssen unbedingt sofort einen Riegel vorschieben, daß nicht noch mehr an unseren Fristen geknabbert wird", so Chlestil. Um zu verhindern, daß sich die Briefwahl-Situation für AÖ noch weiter verschlechtere, habe das Präsidium des AÖWB beschlossen, gemeinsam mit dem Generalsekretariat einen offenen Brief an alle 183 Abgeordneten zum Nationalrat, an Innenministerium, Außenministerium und Gemeindebund zu senden. Und bis zum Zeitpunkt der AÖWB-Tagung waren auch schon Antworten einiger hochrangiger PolitikerInnen eingelangt.

„Eines sollte man vielleicht noch erwähnen", so Chlestil, „daß um 14,8 Prozent mehr Wahlkarten für Auslandsösterreicher ausgestellt wurden als bei der letzten relevanten Wahl." Daß der AÖWB schon ein absolutes Gewicht in diesen Themen habe, zeige, daß man zu einer Sitzung im Innenministerium eingeladen wurde, in der über diese Wahl mit ihren ganzen Facetten der Verwaltungsfragen diskutiert wurde.

„Wir werden hier heute mit den Interessen von immerhin 500.000 AuslandösterreicherInnen ernstgenommen", stellte Chlestil zufrieden fest.

Der AÖWB sei weiterhin massiv damit beschäftigt, die AÖ-Eintragungen in die Wählerevidenz laufend zu erhöhen. „Dazu ist es natürlich notwendig, AuslandsösterreicherInnen direkt anzusprechen. Da aber keine gesetzliche Pflicht besteht, daß sich ein Auslandsösterreicher bei der zuständigen Vertretungsbehörde im Ausland meldet, wenn er sich dort niederläßt, verfügen wir – im Gegensatz zur Schweiz, wo dies gesetzlich vorgeschrieben ist –, über keine entsprechenden Adressen. Nun haben wir im Vorstand diskutiert, wir sollten uns vielleicht von Fachleuten von außen beraten lassen. Kurz gesagt: Wir haben die größte Werbeagentur in Österreich, Demner, Merlicek und Bergmann, angesprochen. Natürlich haben wir nicht die finanziellen Mittel, dafür so zu zahlen, wie sie es gewohnt ist. Aber es ist uns gelungen, sie wirklich dazu zu gewinnen, daß Herr Demner selbst gesagt hat, das interessiere ihn. Am Ende eines langen Gesprächs hat er dann zu mir gesagt: ‚Sie haben mir schon dreimal gesagt, daß sie eigentlich kein Geld haben, uns entsprechend zu bezahlen. Ich hab das schon begriffen'. Dann habe ich noch eine Frage an Sie: ‚Warum wollen sie dann mit uns arbeiten, wenn wir das nicht bezahlen können?' Worauf Demner sagte: ‚Weil 500.000 Österreicher im Ausland eine Zielgruppe darstellen, die mich unheimlich fasziniert. Und was die Finanzierung anbelangt, werden wir sehen müssen, ob wir Sponsoren finden, die uns unterstützen'. Und so kommt es, daß wir seit Dezember 2015 mit der größten Werbeagentur Österreichs im Sinne der Frage der Einzelmitgliedschaften für Auslandsösterreicher zusammenarbeiten. Verbunden damit ist auch Imagewerbung für den AÖWB im Inland. Und es wird auch vor der Wiederholung der Bundespräsidenten-Stichwahl im Internet eine Werbekampagne geben. Natürlich machen wir keine Werbung für Parteien, wir rufen nur dazu auf, wählen zu gehen. Sie sehen also, wir tun alles, um die Wahlbeteiligung zu pushen", schloß Chlestil und stellte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer kurz vor, ehe er ihn zu dessen Vortrag über Österreichs Gemeinden auf die Bühne bat.



Foto: Michael Mössmer

AÖWB-Präsident Gustav Chlestil (Mitte) und seine beiden Stellvertreter Jürgen EM (l.) und Werner Götz (r.) eröffneten den Nachmittag mit einem Überblick über die Tagesordnung.

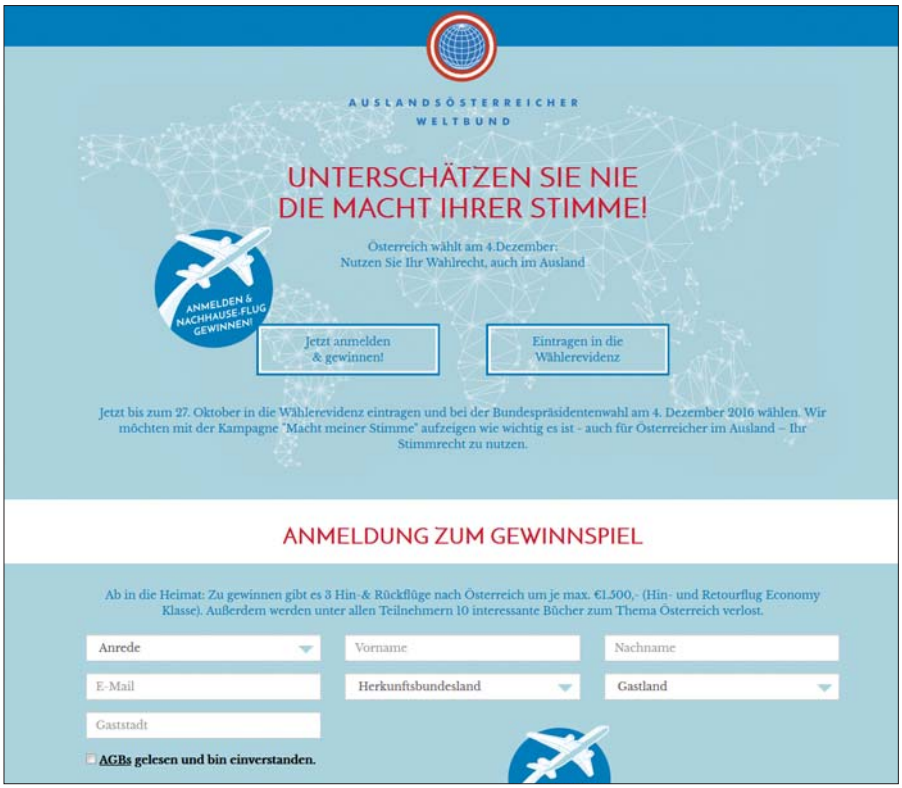


Foto: Roland Pirker

AÖWB-Aufruf zur Teilnahme an der Wiederholung der Bundespräsidentenwahl
https://www.macht-meiner-stimme.at/

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

„Wer ist das eigentlich, der nun sprechen wird und der maßgeblich die Geschicke in der Politik mitbestimmt? Und ich lese auch immer mit großem Interesse „Kommunal“, die Zeitschrift des Gemeindebundes. Man muß sich klar sein, daß 2100 Gemeinden in Österreich eine entsprechende demokratische Rolle spielen. Und nicht nur eine demokratische: sie sind die Basiskultur der österreichischen Struktur“, leitete Chlestil den Vortrag des Gemeindebund-Präsidenten ein: „Prof. Helmut Mödlhammer ist in Salzburg aufgewachsen, hat seinen Präsenzdienst mit Reserveoffiziersausbildung absolviert, Studium der Publizistik und der Politikwissenschaften, hat dann als Redakteur bei der ‚Salzburger Volkszeitung‘ gearbeitet, war 1975 Lokalchef, wechselte 1978 als Chefredakteur zum ‚Salzburger Volksblatt‘. Nach der Rückkehr zur ‚Salzburger Volkszeitung‘ 1980 war er dort bis 1994 stellvertretender Chefredakteur und Chefredakteur bis zu deren Verkauf 2005.

Er ist verheiratet und hat zwei Töchter und einen Sohn. Prof. Mödlhammer wurde 1984 Mitglied des Gemeinderates von Hallwang und 1986 zum Bürgermeister gewählt. Er ist seit 1992 Präsident des Salzburger Gemeindeverbandes und seit 1999 Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.

Darüber hinaus war er ÖVP Politiker von 1995-1999, Abgeordneter zum Salzburger Landtag, 1997-2002 Mitglied des ORF- Kuratoriums und von 2003-2005 Mitglied des Österreich-Konvents.

Er erhielt Auszeichnungen wie 2002 das „Große silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich“, 2007 das „Große goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich“ und 2012 das „Große Ehrenzeichen des Landes Salzburg“, schloß Chlestil und bat Mödlhammer auf die Bühne.



Foto: Klaus Dellamaria

Gemeindebund-Präsident Prof. Helmut Mödlhammer

Prof. Helmut Mödlhammer

„Zunächst einmal Dankeschön, zu viel der Ehre, zu viel der Vorstellung. Kleiner Land-Bürgermeister ist meine Bezeichnung. Oder Diener von 2100 Gemeinden, so viele gibt es nämlich in Österreich“, leitete Mödlhammer seinen Vortrag ein. „Der österreichische Gemeindebund ist eine kleine, sehr straff geführte Organisation mit Sitz in Wien. Wir haben insgesamt als Vertretungseinrichtung dieser österreichischen Gemeinden zwölf MitarbeiterInnen und wir sind auch in Brüssel vertreten, wo wir ein kleines Büro betreiben. Aber auch hier sehr schlank mit eineinhalb MitarbeiterInnen. Wir bewegen, glaube ich, sehr viel in Österreich, weil wir die Interessensvertretung der 2100 Gemeinden sind. Sie sind freiwillig bei uns, mit Ausnahme von zehn Gemeinden, nämlich die Landeshauptstädte mit Wien und Villach in Kärnten. Sie sind durch den Städtebund vertreten, eine Schwesterorganisation“, erklärte der Präsident die Struktur seiner Organisation.

Er sei gerne hierhergekommen, weil er bei solchen Veranstaltungen immer wieder seinen Horizont erweitere, indem er sich frage, wo die Probleme der Menschen hier lägen, welche Anliegen sie hätten. Und ebenso wie der AÖWB gebe es das Interesse, erstens einmal die Mitglieder entsprechend zu vertreten, zweitens die Interessen der Menschen zu vertreten und drittens die Liebe zu Österreich zu stärken. „500.000 Auslandsösterreicher: die sind nicht nur das Zehnte Bundesland, das sind die wichtigsten Botschafterinnen und Botschafter Österreichs. Sie sind ganz, ganz wichtig. Und was noch dazukommt: sie sehen auch unser Land mit einer anderen Sicht. Eines erlebe ich auch immer wieder: daß Sie zurückkommen und sagen, ‚so schlecht ist es in Österreich nicht‘. Dieses Österreich funktioniert in vielen Dingen ganz hervorragend, wenngleich es natürlich einen Reformstau gibt und einiges zu ändern wäre. Auch das sollte gesagt werden“, so Mödlhammer.

Es sei ganz notwendig, daß auf kommunaler Ebene ein anderer Grundsatz herrsche wie auf Landes- oder Bundesebene. Nämlich dermaßen, daß zunächst einmal auf kommunaler Ebene die BürgerInnen kämen, dann komme die Sache, erst dann könne eine Ideologie kommen. Die ideologsichen Grenzen sollten vergessen werden, der Mensch müsse im Mittelpunkt stehen. „Das passiert in den Gemeinden zu einem großen Teil, deshalb genießen die Gemeinden auch mit Abstand das höchste politische Vertrauen – weil dort sich die Menschen wohl fühlen. Wie unsere Umfragen zeigen, genießt die Kommunalpolitik mit Abstand das beste Vertrauen. Die Menschen fühlen sich noch verstanden, sie werden noch gehört mit ihren Sorgen und mit ihren Anliegen. Je weiter man in diesen Ebenen hinaufkommt, desto schwieriger wird es. Die europäische Union ist ganz weit weg. Und das Spannendste ist, daß bei der Gruppe der 19- bis 20jährigen das Vertrauen in die Gemeindestruktur am allerhöchsten ist. Das war für mich deshalb überraschend, daß die jungen Menschen trotz der Globalisierung und trotzdem die Welt zum Dorf geworden ist, wieder eine gewisse Sehnsucht nach der kleinen, geborgenen Einheit haben. Und trotz Internet mit Facebook und anderem ist es wichtig für einen Menschen, daß es jemanden gibt, dem man sich von Angesicht zu Angesicht anvertrauen kann, sich verstanden fühlt, auch mit dem Herzen dabeisein kann. Und das ist die Kommune.“

Kommunen im Europa-Vergleich

„Und wie sieht es in Europa mit diesen Kommunen aus? Als mich Gustav Chlestil fragte, ob es stimme, daß Österreichs Gemeinden Vorbild sind in Europa, habe ich geantwortet, in vielerlei Hinsicht ja. Warum ich das sagen kann? Wir fahren mit einer Bürgermeister-Delegation jährlich in Hauptstädte Europas, wenn das Land gerade den EU Vorsitz innehat. Wir haben auf diese Art bereits

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

18 Städte besucht und wir kommen dann meistens wieder ziemlich geläutert zurück. Und wenn es immer wieder heißt, dort sei es besser, können wir sagen, wir sind in Österreich sehr gut aufgestellt", so Mödlhammer, der erklärte, daß unsere Gemeinden einen „unglaublichen Rucksack an Aufgaben" zu erfüllen haben. Es gebe kein Land in Europa, wo diese Aufgaben so breit gefächert seien und es gebe auch kein Land, wo die Kommunalpolitik insgesamt so viel Spielraum „zum Machen" habe. „Und ob es die kleinste Gemeinde ist oder die Stadt Wien: sie haben insgesamt die gleichen Kompetenzen. Von der Wiege bis zur Bahre ist alles Gemeindeaufgabe. Es beginnt bei der Geburt und beim Meldewesen, geht weiter über die Kinderbetreuung – zu 95 Prozent kommunale Aufgabe –, geht weiter über die Erhaltung der Pflichtschulen, über die gesamte Infrastruktur (Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung). Die österreichischen Gemeinden haben mit 70.000 km das mit Abstand größte Wegesystem zu erhalten, mehr als Bund und Länder gemeinsam. Sie haben insgesamt 70.000 Gebäude zu erhalten – nicht nur die Amtsgebäude, sondern auch die der Feuerwehren, der Sicherheit, Freizeit, Kultur und Sport, bis zum Friedhof. „Und trotzdem bekommen die Gemeinden aus dem gesamten österreichischen Steuertopf, über den wir derzeit in den Finanzausgleichsverhandlungen trefflich streiten, nur 11,8, die Länder bekommen etwa 21 Prozent und den Rest erhält der Bund."

Gemeinden erwirtschaften Überschüsse

Die österreichischen Gemeinden schaffen es seit Einführung der Maastricht-Kriterien – mit Ausnahme von den Krisenjahren 2009 und 2010 – einen Überschuß zu erwirtschaften. Und auch deshalb schauen so viele europäische Gemeinden auf die österreichischen. Und sie haben es auch geschafft, in den letzten drei Jahren nicht nur einen kleinen Überschuß zu schaffen, sondern auch Schulden abzubauen. Wenn alle Gebietskörperschaften Österreichs so wirtschaften würden, wie es die Gemeinden tun, hätten wir überhaupt keine Probleme. Die Gemeinden halten insgesamt in etwa das dreifache von dem an Vermögen, als sie Schulden haben. Von diesen Staatsschulden, die derzeit bei 300 Milliarden Euro liegen, fallen auf diese Gemeinden Österreichs ungefähr 11,4. Und diese Schulden werden kontinuierlich weniger."

Eines von einigen Beispielen, die Mödlhammer nannte, betraf die Feuerwehren: „In Dänemark zum Beispiel gibt es keine Freiwillige Feuerwehr, das Feuerwehrwesen kostet dort pro Bürger das dreifache von Österreich und ich sage Ihnen ganz offen, wenn es darauf ankommt, funktioniert das österreichische Feuerwehrwesen so hervorragend, daß es weltweit kein vergleichbares Beispiel gibt. Junge Menschen tragen hier Verantwortung. Sie lernen, in einer Gemeinschaft zu leben, sie lernen, daß helfen keine Last ist, sondern eine Freude sein kann. Und daß sie auch den Solidaritätsgedanken, der weithin verloren geht, wieder anerkennen. Und daß sie auch in einer Gemeinschaft gegenseitig Rücksicht nehmen müssen. Wenn ein Mitglied der Feuerwehr nicht funktioniert, funktioniert der Einsatz nicht. Das sind die Dinge, die uns unwahrscheinlich helfen – vor allem auf kommunaler Ebene – die heutigen Probleme zu lösen. Wir werden ständig mit neuen Aufgaben belastet. Das Freiwilligenwesen in Österreich ist ein unendlicher Schatz. Das ist Gemeinde – und das gibt es auch in ganz Europa nicht –, daß derartig viel an Bürgerengagement da ist, das dann, wenn man gegen die Bürger entscheidet, weitgehend verloren geht. Es war meine größte Befürchtung, wenn man Gemeinden zum Beispiel zwangsweise fusioniert, daß sich die Menschen zurückziehen, sich nicht mehr mit ihrer Heimat identifizieren. Und daß die Menschen dann nicht mehr als aktives Rädchen in der Gemeinschaft sind, sondern sich zurückziehen. Dann schaut die Geschichte schon ganz anders aus. Eine derartige Gemeinde zu verwalten, bedeutet dann immens mehr Aufwand", so Mödlhammer.



Foto: Michael Mössmer

Prof. Mödlhammer: »…wir sind in Österreich sehr gut aufgestellt.«

„Wir wissen genau, daß unter den ersten 250 Topgemeinden, die von WirtschaftsjournalistInnen ausgewählt werden, keine einzige Gemeinde über 20.000 Einwohnern liegt – es sind alles Kleingemeinden. Wir wissen auch genau, daß bei Gemeinden unter 5000 Einwohnern der Beschäftigten-Schlüssel ein anderer ist als darüber. Über 20.000 Einwohner habe ich pro Kopf ungefähr den dreifachen Beschäftigten-Anteil, weil in diesen kleinen Gemeinden ein unwahrscheinliches Bürgerengagement vorhanden ist. Und das wollen wir halten. Darum kämpfen wir. Und das wollen wir auf europäischer Ebene immer mehr unter die Menschen bringen. Es kommen fast täglich Delegationen zu uns, und schauen, wie es bei uns funktioniert. Und es funktioniert zu einem ganz hohen Prozentsatz, weil es kerngesunde Gemeinden gibt, weil es Gemeinden gibt, die wirtschaftlich gut dastehen. Weil es Gemeinden gibt, die unwahrscheinlich gut geführt sind und weil es Gemeinden gibt, die den BürgerInnen Verantwortung übertragen und somit hohes Vertrauen genießen", zeigte sich der Gemeindebundpräsident begeistert.

Gemeinden sind besonderes Konstrukt

Als letzten Punkt hielt er dann fest, daß die Gemeinden ein besonderes Konstrukt seien, weil sie viele Möglichkeiten des Gestaltens hätten. „Wenn wir heute über gewisse Abläufe gesprochen haben, dann fragen wir uns manches Mal, warum dauert das so lange. Es gibt zwei Punkte, die ich von der Politik einfordere: erstens in der Politik insofern mehr den Hausverstand einzusetzen, als ich sage: muß alles immer wieder klar gesetzlich geregelt werden? Brauchen wir ständig neue Normen und Regulierungen? Können wir nicht den Menschen ein gewisses Maß an Freiheit und Selbstverantwortung zurückgeben? Das geht in der Gemeinde noch. Egal, ob das jetzt in der Flüchtlingsfrage ist – ohne Gemeinden, ohne das Engagement der Bürger, die sich hingestellt haben, und gesagt haben, ja, da wollen wir helfen, wir schauen, daß es in unserer Gemeinschaft funktioniert, wäre das alles nicht möglich gewesen. Hausverstand und Eigenverantwortung. Ich sage ganz offen, natürlich wird gestritten, wenn etwas passiert – brauchen wir ein neues Gesetz? Wenn wir aber damit weitertun, nehmen wir den Menschen viel an Freiheit weg. Und es wird für die Mentschen immer schwieriger, sich entwickeln können."

„Das zweite, was in der Gemeinde funktioniert, ist der Anstand. Wir rufen in Österreich und in anderen Ländern der Europäischen Union nach noch mehr Kontrolle, nach noch mehr Durchschaubarkeit. Und wir brauchen noch eine Kontrolleinrichtung. Und die Gesetze bewirken natürlich, daß immer

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

wieder neue Kontrolleinrichtungen eingeführt werden. Anstand ist etwas, wo ich sagen muß, ich kann einem Menschen in die Augen schauen – und in der Gemeinde kennt man die Verantwortlichen. Man weiß, wie sie agieren. Und man steht Tag und Nacht unter dem Blickwinkel der betroffenen Menschen. In einer Großstadt schaut die Geschichte ganz anders aus. Deshalb haben auch diese kleinen Einheiten bei den Menschen, wie bereits eingangs erwähnt, das höchste Vertrauen", weiß Mödlhammer. „Je kleiner die Einheit, desto mehr politisches Vertrauen haben die Menschen zu den Einrichtungen. Weil sie sehen, wie dort agiert wird. Und auch in Österreich hat es eine heftige Diskussion über Gemeinde-Zusammenlegungen gegeben. Die Steiermark hat sie durchgeführt. Und ich sage immer, natürlich brauchen wir auch Reformen und Veränderungen, auch auf der kommunalen Ebene. Ich würde diese Maßnahmen aber nie *gegen* die BürgerInnen setzen, sondern immer *mit* den BürgerInnen. Wenn es Vorteile gibt, dann muß man sie den Menschen erklären. Und wenn sie der Mensch versteht, dann ist er auch dabei. Und darum funktioniert es in Österreich immer noch so gut", schloß der Gemeindebund-Präsident unter anhaltendem Beifall.

„Ich glaube, daß wir alle heute wieder sehr, sehr stolz geworden sind auf unsere Gemeinden in Österreich, wenn wir es nicht schon bisher waren, ist es heute bestätigt worden", so Chlestil. Und zu Prof. Mödlhammer gewandt: „Nur wer selbst brennt, kann andere entzünden."

Anschließend hatten die Anwesenden die Möglichkeit, noch Fragen an den Gemeindebundpräsidenten zu richten, die in erster Linie auf die Administration der Wahlkarten im Bereich der Gemeinden abzielten, die, so war zu hören, vielleicht doch zügiger vorangehen sollten. Mödlhammer sagte zu, daß er sich dafür einsetzen werde. Es sei allerdings, so meinte er, nicht immer ganz einfach, wenn zum Beispiel in einer kleineren Gemeinde nur eine Person mit der Abwicklung des Wahlkartenversands befaßt ist und die würde krank werden, dann könne es schon passieren, daß es dann zu einer Verzögerung komme. „Alles in allem sorgen die Gemeinden aber schon dafür, daß alle Fristen eingehalten werden."



Foto: Michael Mössmer

*AÖWB-Präsident Gustav Chlestil und Gemeindebund-Präsident Prof. Helmut Mödlhammer mit dem soeben erschienenen Buch »Mein Lebensweg für die Gemeinden« *)*



Foto: Roland Pirker

Generalsekretärin Irmgard Helperstorfer



Foto: Michael Mössmer

Rechnungsprüfer Reinhard Kuster

Als nächster Punkt stand ein Bericht von AÖWB-Generalsekretärin Irmgard Helperstorfer auf der Tagesordnung, die über die vielen mit ihren Mitarbeiterinnen geleisteten Arbeiten im abgelaufenen Jahr ebenso berichtete wie über ihre Teilnahme an Sitzungen und Besprechungen, wie zum Beispiel im Parlament und im Innenministerium. Auch gab sie einen Überblick über neu hinzugekommene Vereine und Clubs auf der ganzen Welt. Präsident Chlestil sagte danach, der Applaus habe gezeigt, daß „Ihre Tätigkeit in der Vorbereitung dieser Tagung ebenfalls sehr geschätzt wird – und daß es ohne diese gar nicht ginge. Noch einmal vielen herzlichen Dank."

Darauf folgte, wie es das Vereinsgesetz vorsieht, der Bericht des Rechnungsprüfers Reinhard Kuster *(Präsident des Clubs der Österreicher St. Gallen, Anm.)*: „Bei der Überprüfung konnten keine Abweichungen festgestellt werden. Die die vorgelegten Geldbewegungen konnten durch die Rechnungsprüfer bestens nachvollzogen werden. Die Gebarung ist genau und übersichtlich geführt. Den Verantwortlichen vom AÖWB wird für die Tätigkeit Dank und Anerkennung ausgesprochen." Daraufhin schlug er die Entlastung des Vorstandes vor, die mit nur einer einzigen Stimmenthaltung vorgenommen wurde.

**) Helmut Mödlhammer*
Mein Lebensweg für die Gemeinden
240 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag
€ 24,99, Styria Premium 2016
ISBN 978-3-222-13425-8

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016



Foto: Michael Mössmer

»Rot-Weiss-Rot«-Chefredakteur Hofrat Günther Düriegl (l.) nimmt aus den Händen von AÖWB-Präsident Gustav Chlestil die Verleihungsurkunde zum »Goldenen Ehrenzeichen«

Ehrung für »Rot-Weiss-Rot«-Chefredakteur HR Günther Düriegl

Zum Abschluß dieses interessanten Nachmittags nahm Präsident Gustav Chlestil noch die Ehrung von Hofrat Günther Düriegl vor, dem Chefredakteur des vom AÖWB herausgegebenen Auslandsösterreicher-Journals „Rot-Weiss-Rot", der davon sichtlich sehr überrascht war: „Hofrat Günther Düriegl ist geborener Wiener. Sie sind nach dem Studium in den Dienst der Stadt Wien getreten und von 1974-1981 beaufsichtigten sie die Wiener Bezirksmuseen und wurden 1987 zum Direktor der Museen der Stadt Wien ernannt. 2002 wurden sie von Bürgermeister Dr. Michael Häupl zum Sonderbeauftragten für das Weltkulturerbe bestellt. In Ihre Aera fällt auch der Umbau des jetzigen Wien Museums am Karlsplatz. Neben der umfangreichen Ausstellungstätigkeiten in den Museen der Stadt Wien publizierten Sie zahlreiche Bücher sowie Fachbeiträge in Katalogen und Zeitschriften und waren wissenschaftlicher Leiter der bekannten Ausstellung ‚Das neue Österreich' im Belvedere. 2003 wurden Sie von Bürgermeister Häupl mit dem ‚Großen silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien' ausgezeichnet. Was hatte ich für ein Glück, daß ich damals auf Sie gestoßen bin und wir einen neuen Chefredakteur bekommen haben.

Seit dem 1. Dezember 2005, also vor mehr als zehn Jahren, sind Sie nun für den AÖWB tätig. Sie haben die Ausstellung ‚Das zehnte Bundesland' für uns erarbeitet, die dann viel mehr Erfolg gebracht hat, als wir erwartet hatten. Sie haben als Chefredakteur dem ‚Rot-Weiss-Rot' einen neuen grafischen Auftritt verpaßt, ein neues Layout gegeben und die Seitenzahl aufgestockt. Sie haben durch die Auswahl von attraktiven und aktuellen Beiträgen das ‚Rot-Weiß-Rot' zu einem viel beachteten Sprachrohr und zu einer Visitenkarte des AÖWB gemacht – auch über die Kreise der Auslandsösterreicher hinaus. Wir haben damit wirklich einen echten Platz in den Journalen erworben und, wie ich hörte, sind Sie schon wieder damit beschäftigt, das Layout zu erneuern.

Herr Düriegl, der Vorstand des Weltbunds hat beschlossen, Ihnen in Anerkennung ihrer Verdienste das Goldene Ehrenzeichen zu verleihen. Das tue ich nun mit einem herzlichen Dankeschön von uns allen", schloß Chlestil.

„Lieber Präsident Chlestil, sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren vom Vorstand und meine Damen und Herren, die sie zu dieser Tagung nach Feldkirch gekommen sind: Sie sehen mich aufrichtig bewegt", antwortete HR Düriegl auf die Worte des Präsidenten und fuhr nach einer kurzen Pause fort: „Man soll als vor einigen Jahrzehnten Geborener das Wort nicht ergreifen, wenn man dann nicht damit umgehen kann. Vielen herzlichen Dank für diese Ehrung. Es ist für mich eine absolute Auszeichnung, die sie mich erfahren lassen. Eines möchte ich sagen: Ich habe das von Anfang an, als sie mir gemeinsam mit Herrn Dr. Em und dem Herrn Dr. Dujmovits angetragen haben, die Chefredaktion des ‚Rot-Weiss-Rot' zu übernehmen, sehr gerne gemacht und ich mache es nach wie vor sehr, sehr gerne. Ich möchte aber eines dazu sagen: Ich habe mich von Anfang an verpflichtet gefühlt, die Qualität des ‚Rot-Weiss-Rot' fortzusetzen. Es ist immer schon eine ganz hervorragende Zeitschrift gewesen. Mir oblag es dann, und obliegt es nach wie vor, dieses ‚Rot-Weiss-Rot' in die jeweilige Zeit hineinzuführen und anzupassen. Auch in diesen nun schon mehr als zehn Jahren änderte sich sehr vieles – ich denke, diesen Änderungen muß man Rechnung tragen. Das fällt mir deswegen auch sehr, sehr leicht, weil Sie alle uns bei dieser Arbeit unterstützen. Wir sehen es ja an den Meldungen aus den Vereinen, aus den Vereinigungen, wir sehen es bei den diversen persönlichen Kontakten, sei es die Präsidentenkonferenz, sei es dann die jeweilige Tagung: sie tragen sehr viel dazu bei, daß die Arbeit am ‚Rot-Weiss-Rot' in dieser Weise in der wir von Ihnen Zustimmung erfahren. Sie sind es, die letzten Endes dazu beitragen!"

Es sei für ihn ganz besonders schön gewesen, dazu eingeladen worden zu sein, „denn, meine Damen und Herren, mir ist dabei folgendes widerfahren: Ich habe am letzten Tag meiner aktiven Tätigkeit als Beamter bei der Stadt Wien mein dortiges Büro verlassen, am nächsten Tag bin ich ins Büro in der Postgasse gegangen – bin also nahtlos von einer Funktion in die andere hinübergewechselt."

Langanhaltender, stehender Applaus und viele Gratulationen beendeten den ersten Teil der Generalversammlung.



»Rot-Weiss-Rot«-Titelseite

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

Besuch bei Doppelmayr Seilbahnen in Wolfurt





















Fotos: Roland Pirker

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016



Foto: Roland Pirker

AÖWB-Präsident Gustav Chlestil bei seiner Begrüßungsrede zum Festakt im Montforthaus

Der dritte Tag

Am dritten Tag des AÖWB-Treffens stand – als wichtigster Punkt – die Ehrung des Auslandsösterreichers des Jahres auf dem Programm. Sie wird traditionsgemäß mit einer Rede von AÖWB-Präsident Gustav Chestil eingeleitet:

„Eigentlich verstehe ich nicht, warum Sie überhaupt hierher gekommen sind. In der Welt von heute, wo wir unter dem Einfluß der Globalisierung, Internationalisierung und Digitalisierung stehen, wären es nur einige Klicks im Internet, um sich alle relevanten Informationen über Österreich, Vorarlberg, Feldkirch, ja selbst das Montforthaus, in wenigen Minuten zu beschaffen.

Und da nehmen Sie die Strapazen auf sich, teilweise Tausende Kilometer anzureisen, um hier im Ländle einige Tage zu verbringen? Aber wie gesagt: Ich verstehe das nicht..!

Oder gibt es dafür Gründe, die Ihnen ein Computer allein nicht vermitteln kann?

Sind es nicht die ganz besonderen Werte, die für uns Heimat bedeuten? Gefühle, die durch einen Klang, durch wenige Worte, durch lang vergessene Bilder, ja durch einen Duft entstehen, die Sie an jene Dinge erinnern, die in Ihrem Herzen Heimat bedeuten? Die Geborgenheit einer ganz besonderen Art. Erinnerungen an lustige Streiche aus der Schulzeit, Ihre erste Liebe oder unvergessliche Stunden mit lieben Freunden?

Sie sind mit mir bestimmt einer Meinung, daß, je globaler, schnellebiger und digitalisierter unsere Welt wird, die Rückbesinnung auf diese wahren Werte des Lebens immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Ist es Ihnen nun erneut bewußt geworden, warum Sie heute hierher gekommen sind?

Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Sinne von all dem darf ich Sie ganz besonders herzlich bei diesem Auslandsösterreicher-Treffen begrüßen. Um Ihnen zu zeigen, wie viele Ehrengäste sich heute die Zeit genommen haben, bei uns zu sein, werde ich sie nennen und auch ihnen ein herzliches Willkommen wünschen.

Zur Einhaltung unseres Zeitplanes darf ich Sie bitten, den Applaus am Ende der Begrüßung für alle gemeinsam zu spenden“, so Chlestil, der dann die Ehrengäste begrüßte

… den 2. Nationalratspräsidenten Karlheinz Kopf in Vertretung des Bundesministers für Europa, Integration und Äußeres, Sebastian Kurz,

… Landtagsvizepräsidentin Gabriele Nußbaumer in Vertretung des Landeshauptmannes von Vorarlberg, Markus Wallner,

… den Bürgermeister der Stadt Feldkirch, Wilfried Berchtold,

… die Nationalräte Gerald Loacker und Bernhard Themessl,

… Landesrat Johannes Rauch,

… Stadträtin Ingrid Schaf

… die Ortsvorsteher Gabriele Graf, Josef Mähr und Dieter Preschle

… den Direktor des ORF Landesstudios Vorarlberg, Markus Klement, in Vertretung von Generaldirektor Alexander Wrabetz,

… Sektionsleiterin Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger in Vertretung des Generalsekretärs des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres, Botschafter Michael Linhart,

… die Vertreter der Bundesministerien: Gesandten Georg Woutsas vom Außenministerium sowie Robert Stein, Leiter der Abteilung für Wahlangelegenheiten des Innenministeriums,

… die VertreterInnen der österreichischen Landesregierungen, Kathrin Neuhold und Hofrat Fritz Staudigl,

… die Direktorin der Auslandsschweizer-Organisation, Sarah Mastantuoni,

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

… den Geschäftsführer des Montforthauses Edgar Eller sowie die Büroleiterin des Convention Partner Vorarlberg Sabine Künz,
… die Vertreter der Glaubensgemeinschaften,
… die Auslandsösterreicherin des Jahres 2003, Juliana Belcsak
… und den Auslandsösterreicher des Jahres 2016, Stefan Sagmeister.

„Zwei ganz große Themen beherrschen heute Europa: Die Flüchtlingskrise und die Zukunft der EU", fuhr Chlestil fort: „Zu ersterem hat ausgerechnet Barack Obama gesagt: ‚Wir müssen leider davon ausgehen, daß das Thema Flüchtlinge uns für Jahrzehnte beschäftigen wird'. Leider wird er recht behalten.

Bis zu 7000 Menschen kommen pro Tag von Nordafrika nach Italien und Millionen stehen dahinter und warten auf den nächsten Schlepper. Eine neue Art der Völkerwanderung. Seit 1. Januar dieses Jahres sind bereits 3200 Menschen im Mittelmeer ertrunken.

Wir sehen nur einen kleinen Ausschnitt der Welt; Gott muß viel verzweifelter sein…

Wenn man versucht Lösungen von dem inzwischen geflügelten Wort ‚Wir schaffen das' bis zu den riesigen Problemen einer echten Integration auszudenken, kommt einem der sarkastische Ausspruch in den Kopf: Wir haben keine Chance – also nutzen wir sie. Man kann hier auch sagen, daß viele Probleme nicht durch falsche Entscheidungen, sondern durch die Unfähigkeit, sie rasch zu korrigieren entstehen.

Es ist heute nicht einzuschätzen, wie unsere Situation in den nächsten Jahren aussehen wird: Sie wird irgendwo zwischen Willkommenskultur und Festung Europa angesiedelt sein…

Soweit es die Zukunft der EU betrifft, stehen wir vor einer der schwierigsten Perioden in der gesamten Geschichte dieser – nach meiner Meinung – für uns Europäer alternativlosen Institution. Ob es zu einer Spaltung in eine Gruppe der Kernländer und den Rest kommt, ob man den Brexit anstelle einer Katastrophe als Chance ansieht, ob man die Kraft hat, notwendige neue Strukturen zu schaffen, wird die Zukunft weisen. Wahrscheinlich müssen noch einige schwere Einbrüche geschehen, die Schmerzgrenze hoch genug steigen, bis man den Mut und die Energie aufbringen wird die unvermeidlichen Erneuerungen durchzuführen. Eines ist sicher, fühlbar weniger Beamte in Brüssel wären in jedem Fall ein konstruktiver Anfang.

Sie wissen doch bestimmt, daß Beamte ein wunderbares Beispiel für die Vermehrung des Menschen auf ungeschlechtliche Weise sind?

Nun darf ich einmal mehr einige Punkte nennen, die uns Auslandsösterreichern wirklich am Herzen liegen und alle dafür Verantwortlichen bitten, dafür Lösungen zu schaffen:

- Bitte überlegen Sie dreimal, bevor Sie eine Botschaft oder ein Konsulat im Ausland schließen. Es könnte weitergehende Folgen haben, als man zunächst annimmt.
- Versuchen Sie weiterhin alles, um die Beschaffung von neuen Pässen hinsichtlich der biometrischen Daten zu erleichtern.
- Verschärfen Sie keinesfalls die Bestimmungen und das Genehmigungsverfahren für Ansuchen um Beibehaltung der Österreichischen Staatsbürgerschaft bei Annahme einer Staatsbürgerschaft des Gastlandes.
- Sehen Sie in der Zukunft beim Staatsbürgerschaftsrecht eine erleichterte Wiedererlangung für jene vor, die ihre Staatsbürgerschaft abgeben mußten, bevor die Möglichkeit einer erleichterten Beibehaltung gegeben war.
- Sehen Sie für ausländische Ehegatten bei der Erlangung der Staatsbürgerschaft die gleichen Rechte vor, wie sie Diplomaten und Angehörige von ins Ausland entsandten österreichischen Institutionen haben
- Sorgen Sie bitte dafür, daß in Zukunft Österreicher mit einem ausländischen Reifezeugnis beim Studium in unserer Heimat gleich behandelt werden, wie im Inland lebende Absolventen von Mittelschulen und nicht wie Ausländer.

Nun zu einem anderen wichtigen Thema.

Wir sehen die Zeit vor uns, wo Auslandsösterreicher ihren Platz im österreichischen Parlament, also im Nationalrat haben werden. Wir glauben fest daran und werden nicht aufhören, dafür zu kämpfen. Wir wissen, daß es schwierig und langwierig ist, aber das ist kein Grund, es aufzugeben. Wir werden in der Zukunft auch sehr genau registrieren, welche Parteien unser Anliegen entsprechend unterstützen!

Und man sollte auch nicht vergessen, daß sich unter den über 500.000 Auslandsbürgern mindestens 380.000 Wahlberechtigte befinden. Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um die Eintragungen in die Wählerevidenz in den nächsten Jahren maßgeblich zu erhöhen. Aber wenn die Verantwortlichen bei den Wahlbestimmungen weiterhin immer wieder Sand ins Getriebe streuen, ist in Europa bald die größte Partei die Partei der Nichtwähler! Wer heute aber nicht zur Wahlurne geht überläßt die Gestaltung der Zukunft anderen.

Wir werden heute einen Auslandsösterreicher auszeichnen, der als Beispiel dafür dienen kann, was wir – die wir in aller Welt leben – uns aufgrund unserer Erfahrungen unter anderem für Österreich wünschen würden:

Wir brauchen mehr innovative Kraft. Mehr Mutkultur. Auch die Akzeptanz von Eliten, die fallweise dauerhaft ins Ausland wandern, weil sie durch die Angst von Zweitklassigen nahezu dazu gezwungen werden. So bilden wir erstklassige Forscher aus und verlieren sie dann durch ‚Brain-Drain' an andere Länder.

Dies geht aber auch einher mit einer heute in Österreich fehlenden Fehlerkultur. Das bedeutet, nicht jeden der einen Misserfolg aufzuweisen hat, grundsätzlich als Versager einzustufen. Fehler sollten in vielen Fällen Situationen und nicht ausschließlich Personen zugeschrieben werden. Denn wer aus Fehlern nichts lernt, wird sie wiederholen.

Daß außerdem die Ausgaben für Bildung als Schlüsselfaktor für die Zukunft nicht hoch genug sein können, müßte allen dafür Verantwortlichen permanent bewußt sein. Es darf nicht nach dem Spruch gehen: Wissen ist Macht – nicht wissen macht auch nichts…

Das alles ist nicht neu, aber sollte – auch aus Sicht der im Ausland lebenden Bürger – immer wieder betont werden.

Liebe Freundinnen und Freunde.

Schön, daß Sie hier sind – in dieser wunderschönen und traditionsreichen Stadt Feldkirch.

Fühlen Sie sich einige Stunden wieder daheim. Tauchen Sie ein in die Klänge österreichischer Musik. Genießen Sie die Aussicht auf unsere Berge, die Wälder und das glasklare Wasser der Flüsse und Bäche. Sie selbst, die Sie aus aller Welt hierher kommen, wissen am besten, daß dies nicht selbstverständlich ist.

Werden Sie ruhig etwas wehmütig – lassen Sie es gewähren, denn das Herz hat Gründe, von denen der Verstand nichts weiß! Fahren Sie gestärkt nachhause, wo immer Sie in der Welt leben mögen in dem Bewußtsein, Heimat lebt in uns und deshalb kann sie uns auch niemand nehmen. Ich danke Ihnen!", schloß Chlestil seine Rede und bat Feldkirchs Vizebürgermeisterin zum Rednerpult.

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

Feldkirchs Vizebürgermeisterin und Stadträtin Barbara Schöbi-Fink

„Ich freue mich sehr, daß ich Sie als Vizebürgermeisterin heute noch einmal im Montforthaus begrüßen darf. Herr Präsident, ich weiß es auch nicht, warum sie alle da sind – im Kopf. Aber im Herzen weiß ich, daß sie die richtige Entscheidung getroffen haben, ihre Tagung in Feldkirch abzuhalten und sie machen uns sehr stolz und glücklich, daß sie uns für kurze Zeit zum Nabel der Welt machen. Auch small kann beautiful sein, glaube ich, und Sie erlauben mir, daß ich die großen Themen dem Herrn Präsidenten überlasse und auf die sogenannten kleinen Themen eingehen möchte, die ein Leben in einer Stadt oder in einer Region wie sie jetzt hier kennengelernt haben, ausmacht."

Die Perspektive eines Feldkirchers oder des Vorarlbergers an sich sei eine andere, wie die eines übrigen Österreichers, sagte sie. Man sei hier überzeugt davon, im Zentrum Europas zu leben und nicht am Rande, obwohl man am Rande Österreichs sei. Feldkirch sei die westlichste Stadt Österreichs, die einzige Stadt an einer EU-Außengrenze, an der Grenze zu Liechtenstein und der Schweiz, die gleichzeitig verbinde und trenne. „Verbinden tut sie uns deshalb, weil tagtäglich viele tausend Vorarlberger, 7500 von Montag bis Freitag, die Grenze von Feldkirch nach in die Schweiz bzw. nach Liechtenstein überqueren. Die 7500 Menschen wohnen natürlich nicht alle in Feldkirch, aber sie müssen alle durch Feldkirch durch. Und am Wochenende kehrt sich diese Richtung um, denn dann kommt man aus Liechtenstein zum Einkaufen in ihr ‚Städtle', wie sie Feldkirch nennen", so Schöbi-Fink.

„Die FeldkircherInnen meinen natürlich auch, daß wir innerhalb von Vorarlberg etwas Besonderes sind. Denn praktisch alle wichtigen Behörden des Landes sind in Feldkirch angesiedelt: das Finanzamt, das Landesgericht, die Vorarlberger Arbeiterkammer, die Vorarlberger Wirtschaftskammer, Feldkirch ist Diözesanstadt und Bischofssitz, hier werden alle Volks- und Mittelschullehrer ausgebildet, auch die Musikschullehrer und Kindergarten-Pädagoginnen erhalten hier ihre Ausbildung. In Feldkirch steht das Vorarlberger Landeskonservatorium und wir sind soeben begleitet worden – und werden noch länger den Genuß haben, die jungen Damen vom Landeskonservatorium in Feldkirch zu hören."

Das ‚Trio Con Pressione' wurde übrigens beim österreichweiten Jugendmusikwettbewerb „Prima la Musica" ausgezeichnet.



Foto: Roland Pirker

Feldkirchs Vizebürgermeisterin und Stadträtin Barbara Schöbi-Fink

Es sei natürlich kein Zufall, daß so viele landesweite Bildungseinrichtungen in Feldkirch seien, fuhr sie fort, denn es habe mit der humanistischen Tradition der mittelalterlichen Stadt zu tun. Denn Feldkirch sei schon vor 500 Jahren eine Bildungstadt gewesen. „Der Lindauer Priester Kaspar Brusch meinte einmal Mitte des 16. Jahrhunderts, Feldkirch habe mehr Gelehrte hervorgebracht als Rom. Das scheint uns heute natürlich etwas übertrieben formuliert zu sein, aber der Satz zeigt die Wahrnehmung im Mittelalter. Und mit Zahlen läßt sich diese Wahrnehmung auch hinterlegen, denn in den 100 Jahren zwischen 1450 und 1550 haben gezählte 470 Studenten aus Feldkirch an verschiedenen europäischen Universitäten studiert. Das ist eine enorme Zahl, wenn man bedenkt, daß sie damals nur 1500 Einwohner zählte."

Ganz besonders stolz sei man auf einen Sohn der Stadt, einen Studenten aus den angesprochenen 470, und zwar auf Georg Joachim Rheticus. Er hat als junger Student mit 22 Jahren den weiten Weg von Feldkirch ins ferne Polen auf sich genommen, um sein Idol, sein Ideal zu besuchen: den alten Nikolaus Kopernikus. Er hat diesen großen Gelehrten dazu überredet, daß er seine Erkenntnisse über das heliozentrische Weltbild veröffentlicht. Dieser hatte nämlich ein Manuskript in der Schublade liegen und traute sich nicht, diese revolutionären Erkenntnisse an die Öffentlichkeit zu bringen. Ohne Rheticus gäbe es also keinen Kopernikus, so lautet deshalb der Tenor der weltweiten Astronomengemeinde.

„Nun aber zum heutigen Tagungsort, dem Montforthaus, das ist nämlich auch ein besonderer Ort – nicht nur deshalb, weil das Haus erst vor eineinhalb Jahren eröffnet wurde. Ich habe es Ihnen gestern schon ein bißchen genauer erklärt, es wurde an einem wirklich sehr sensiblen Ort in der Altstadt errichtet und hat sich auch gut bis sehr gut in diese Altstadt einfügt. Nein, er ist auch ein Vorzeigeprojekt im Sinne der Nachhaltigkeit und Energieeffizienz. Ein sogenannter ‚Green Meeting Place'. Was ist das? Bemerken wir das als Besucher? Zum Beispiel sollten Sie heute mit dem Lift nach unten fahren, dann werden sie Strom erzeugen. Nach oben laufen sie bitte, das verbraucht nur ihre eigene Energie. Sollten Sie mit den Elektromobil gekommen sein, dann können Sie während der Veranstaltung in der Tiefgarage ihr Auto aufladen. Sind Sie mit einem e-Bike gekommen, können Sie das direkt vor dem Eingang wieder aufladen. Und in der Tiefgarage steht seit kurzem ein Lasten-Fahrrad, mit dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rathauses, der Stadt Feldkirch und des Montforthauses die schweren Dinge innerhalb der Stadt transportieren", erklärte die Vizebürgermeisterin, die auch darauf hinwies, daß das Haus mittels Grundwasser gekühlt wird und daß es durchwegs mit ökologischen Baustoffen errichtet wurde. „Dieses Projekt zeigt, für die Stadt Feldkirch aber auch für das Land Vorarlberg, wie wichtig uns ein schonender Umgang mit unseren Ressourcen ist. Nicht von ungefähr wurde Feldkirch mit dem ‚European Energy Award in Gold' ausgezeichnet und darf sich ‚energieeffizienteste Stadt Österreichs' nennen", schloß Schöbi-Fink ihre Rede und dankte den AÖ für ihren Besuch in ihrer Heimatstadt.

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016



Foto: Roland Pirker

Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger, Sektionsleiterin der Abteilung IV des Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres

Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger

„Es ist mir eine besondere Ehre, bei der diesjährigen Tagung des Auslandsösterreicher-Weltbunds, der ja Vielfalt und Reichweite Österreichs und seiner Menschen wie wenig andere Veranstaltungen widerspiegelt, im Namen des Außenministeriums ein paar Worte sagen zu dürfen“, begann die Sektionsleiterin der Abteilung IV des BMEIA ihren Vortrag. „Noch dazu an einem so strahlenden schönen Tag im weltoffenen Vorarlberg, das schon immer einen überproportional großen Anteil erfolgreicher AuslandsösterreicherInnen gestellt hat.“

„Sie wissen, daß Außenminister Kurz sehr großen Wert darauf legt, daß das Aussenministerium seinen Beitrag zur Pflege der Kontakte zwischen den AuslandsösterreicherInnen und ihrer Heimat leistet, und die AuslandsösterreicherInnen auch, so gut es im Außenministerium nur möglich ist, im Ausland betreut. Er hätte ihnen das sehr gerne selbst gesagt, wie sie wissen, ist Feldkirch leider ein ein Wegstück von ihm entfernt, es ist sich mit seinem Zeitplan leider nicht ausgegangen.“

Dann ging die Botschafterin auf Themen ein, die das BMEIA heuer beschäftigt haben. Das Jahr, das hinter uns liegt, sei kein Jahr wie jedes andere gewesen. Und unsere geopolitische Umgebung sei schon einmal gemütlicher gewesen. Vor den Toren der EU entstünden ständig neue Krisen und Unruheherde, deren politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konsequenzen auch nach Europa hereinschwappen würden. In unserer europäischen Nachbarschaft seien die Grenzen nicht unverrückbar, wie wir es eine zeitlang angenommen hätten. Die verschiedenen Konflikte im Nahen Osten, insbesondere in Syrien, hätten dazu geführt, daß die Auswirkungen von Krieg, Zerstörung, Elend und Flucht direkt auch vor die europäische Haustür gebracht worden seien. Die Folge sei eine Migrations- und Flüchtlingskrise, wie sie Europa seit der unmittelbaren Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erlebt habe.

Auf dem afrikanischen Kontinent gebe es leider nicht viele Länder, die die Stabilität hätten, die man sich wünschen würde und im übrigen gebe es nicht allzu weit von Österreich eine zunehmende Anzahl von „Failed States“ *(gescheiterte Staaten, Anm.)*.

„Manches klingt nach Zeitreise. Begriffe, die man lange nicht gehört hat, hört man wieder, Anklänge an den Kalten Krieg, Dinge wie Piraterie, Menschenhandel, Sklaverei, Enthauptung, alles nicht weit von hier, und viele dieser Bedrohungsszenarien haben mit nicht- staatlichen Akteuren zu tun, kriminellen Organisationen, was sie nur noch schwieriger macht. Die Flüchtlingswelle hat jedenfalls die Europäische Union an die Nähe ihrer Belastungsgrenze gebracht, wobei man nicht vergessen darf, daß sich die Europäische Union ja noch nicht wirklich von der größten Wirtschaftskrise ihre Geschichte erholt hat“, so Botschafterin Tichy-Fisslberger.

„Und in Großbritannien hat man aus alledem mit dem Brexit-Votum eine möglicherweise mißgeleitete, jedenfalls aber dramatische Konsequenz gezogen, die zeigt, daß auch der Zusammenhalt innerhalb der EU nicht mehr wirklich eine Selbstverständlichkeit ist. Warum ich erzähle das alles? Erstens, weil ich ein bißchen veranschaulichen möchte, daß diese Entwicklungen für ein kleines Außenministerium eine tagtägliche Belastungsprobe sind, und zweitens, weil ich auch klarmachen möchte, daß jedenfalls im Namen des Außenministeriums, da es für ein relativ kleines Land in dieser Gemengelage eigentlich gar keine Chance für eine sinnvolle, nachhaltige, und zukunftsgerichtete Aussenpolitik gibt als ein Gleichklang mit den gleichgesinnten Staaten, die wir nun einmal im Verbund der Europäischen Union haben.“

In diesem Verbund sei Österreich bemüht, eine Rolle als Brückenbauer zu spielen, „was immer so ein bißchen auch unsere historische Rolle gewesen“ sei. Es sei immerhin ein Verbund, der uns die Möglichkeit gebe, trotz all der Widrigkeiten immer noch ein Leben in einer der friedlichsten und lebenswertesten Gesellschaften Europas zu führen. Das Brückenbauen bringe zum Beispiel mit sich, daß es Außenminister Kurz gelungen sei, im letzten Jahr die Iran-Gespräche nach Wien zu bringen, die dann auch erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Es sei gelungen, die Syrien-Gespräche nach Wien zu bringen, von denen man natürlich hoffe, daß sie ebenfalls zu einem erfolgreichen Ergebnis führen werden. Und Österreich werde im nächsten Jahr den Vorsitz in der OSZE übernehmen, eine internationale Organisation mit Sitz in Wien, in der sich all die Probleme, die schon erwähnt worden seien, von den politischen Konflikten in der ehemaligen Sowjetunion bis zu der Migrations- und Sicherheitsfrage im Mittelmeer, in ganz besonderer Weise kristallisierten. Und im Jahr darauf, 2018, wird Österreich den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernehmen – zum dritten und vielleicht schwierigsten Mal – und das alles ein halbes Jahr früher als geplant. Das verdanken wir dem Brexit.

„Lassen Sie mich vielleicht noch ganz wenige Worte zu dem Thema der Migrationskrise sagen, die schon mehrfach erwähnt worden ist, aber ich glaube es ist wichtig, wenn sie hinausgehen in alle Welt, und dort vielleicht in Diskussionen verwickelt werden, zu hören, daß Österreich der einen außergewöhnlichen Beitrag leistet, weil manchmal ist es ja dann auch noch so, daß die, die die größten Beiträge leisten, am meisten kritisiert werden – weil man sich von ihnen am meisten erhofft, daß sie noch weitere Beiträge leisten. Also es gab in Jahr 2015 eine nie dagewesene Anzahl von 1,5 Millionen ille-

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

galen Überschreitungen der EU-Außengrenzen. Für Österreich hat das bedeutet, daß 700.000 Menschen durch Österreich durchgezogen sind, von denen 90.000 auch in Österreich um Asyl angesucht haben. Der allergrößte Ansturm hat ein halbes Jahr gedauert, bis es dann gelungen ist, so im Februar und März, zusammen mit anderen Ländern der Region die sogenannte Balkanroute zu schließen und kurz danach kam es zu einem Abkommen zwischen der EU und der Türkei, das zum Inhalt hatte, daß die Türkei gegen finanzielle und andere Vergünstigungen bereit ist, Flüchtlinge, die aus ihrem Hoheitsgebiet illegal nach Griechenland eingereist sind, wieder zurückzunehmen. Und sie wissen, daß dieses Abkommen spätestens seit dem gescheiterten Militärputsch in der Türkei auch Gegenstand intensiver Diskussionen ist", so die Botschafterin.



Foto: Roland Pirker

Ein Blick in den Großen Saal des Montforthauses

„Zur Zeit kommt die große Flüchtlingsroute über Italien. Es sind in der EU heuer bereits 740.000 Asylanträge gestellt worden, 480.000 davon in Deutschland, aber immerhin noch 32.000 in Österreich. Viel mehr im Vergleich, als in deutlich größeren Ländern. Und es sind etwa 80.000 Personen zur Zeit in Österreich in der sogenannten Grundversorgung. das heißt, sie bekommen vom Staat ein Dach über dem Kopf, etwas zu Essen, medizinische Versorgung, Zugang für ihre Kinder zum Arbeitsmarkt, Weiterbildungsmaßnahmen und anderes. Diese Zahlen sollen zeigen, daß Österreich einen überproportionalen Beitrag leistet. Und das erklärt auch, warum der Gesetzgeber die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, daß gewisse Obergrenzen eingezogen werden können, wenn das notwendig sein sollte. Um das ein bißchen verständlich zu machen: die Berechnung ist die, daß Österreich bereit wäre, in den nächsten drei Jahren das Äquivalent von fünf Prozent seiner Bevölkerung zu übernehmen. Das ist im EU Durchschnitt eine sehr hohe Zahl, die nichtsdestoweniger von allen Seiten diskutiert wird. Sie soll aber jedenfalls auch ein Signal sein an MigrantenInnen, denen Schlepper vielleicht eingeredet haben, daß Europa nur auf sie wartet. Auch diese Fälle gibt es", so Tichy-Fisslberger.

Es sei ein bißchen „eine Quadratur des Kreises" bei diesem Thema, alle völkerrechtlichen, menschenrechtlichen, europarechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, zuzuschauen, wie andere das nicht täten und sich trotzdem an die Solidarität zu halten. Aber Österreich versuche das, so gut es eben gehe. Großbritannien habe aus alldem mit dem Votum die Schlußfolgerung gezogen. „Weil ich weiß, daß manche von ihnen in verschiedenen Ländern sich da auch Sorgen machen: Es kam zu dramatischen Konsequenzen in Großbritannien, das Pfund ist gefallen, Triple-A ist verloren gegangen, die Börsenkurse sind gefallen. In rechtlicher Hinsicht ist noch nichts passiert, denn noch streitet die politische Klasse in Großbritannien darüber, ob es dann notwendig ist, daß das britische Parlament jetzt bestätigt, daß Großbritannien austreten möchte. Es gibt nämlich durchaus eine Mehrheit von ParlamentarierInnen, die keine Freude haben mit dem Brexit-Votum. Für Sie als AuslandsösterreicherInnen bedeutet das, daß in rechtlicher Hinsicht noch nichts passiert ist. Es gibt nichts desto weniger viele ÖsterreicherInnen, die darüber nachdenken, ob sie irgendwelche Vorkehrungen treffen sollen. Es gibt erstaunlich viele Leute, die versuchen, jetzt die österreichische Staatsbürgerschaft zu bekommen oder sich in irgendeiner Form eine zweite Staatsbürgerschaft zuzulegen. Ich wollte Ihnen sagen, daß das konsularische Motto des Außenministeriums ‚Weltweit für Sie da', auch in stürmischen Zeiten weiterhin gilt." Es gebe zwar nicht überall österreichische Botschaften, aber es gebe zusätzlich zu den nicht ganz 100 Botschaften, 330 Konsulaten – das sei eine Rekordzahl – „sehr viele Kontakte zu EU-Kollegen in aller Welt und wir holen eigentlich jeden heraus, der irgendwo auf der Welt Probleme hat. Manchmal ist es schwierig, manchmal dauert es länger. Wir können jedes Jahr viele mögliche Filmscripts für Hollywood produzieren, wir erleben unglaubliche Geschichten – aber es gelingt uns eigentlich doch sehr oft, den ÖsterreicherInnen zu helfen."

Dann ging die Botschafterin noch auf bereits angesprochene Serviceleistungen ein, wie den Expreß-Paß und die Bekanntgabe von Kontaktdaten ein, um im Notfall vom BMEIA benachrichtigt werden zu können.

Neu im BMEIA ist das Unternehmensservice, das auch in der von Botschafterin Tichy-Fisslberger geleiteten Sektion angeboten wird. „Das ist das sozusagen das Angebot eines konsularischen Service für österreichische Unternehmen, die im Ausland Probleme haben – nicht um die Wirtschaftskammer zu ersetzen, natürlich nicht, das könnten wir nicht –, aber um sie zum Beispiel durch besseren Zugang zu politischen Entscheidungsträgern oder ähnlichem zu unterstützen."

„Es ist mir eine besondere Ehre, wenn ich schon an diesem Rednerpult stehen darf, mich auch im Namen des Außenministeriums den Gratulanten für den Auslandsösterreicher des Jahres anzuschließen: Das Außenministerium schätzt den wirklich unersetzlichen Beitrag, den die AuslandsösterreicherInnen als spezielle BotschafterInnen auch eines zukunftsorientierten Österreich-Bilds leisten – und diesem Zweck dient ja auch der Preis, der alljährlich an eine besondere Protagonistin, einen besonderen Protagonisten unter den AuslandsösterreichInnen vergeben wird. Ich darf im Namen von Bundesminister Kurz sehr herzlich gratulieren. Mein eigener Claim to Fame ist, daß ich mir letztes Jahr – bevor ich etwas von diesem Preis wußte – die wunderbare ‚Happy Show' im MAK angeschaut und sehr genossen habe. Ich gratuliere herzlich!", schloß die Botschafterin ihre Festrede.

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016



Foto: Roland Pirker

Gabriele Nußbaumer, Vorarlbergs Landtagsvizepräsidentin

Gabriele Nußbaumer, Vorarlbergs Landtagsvizepräsidentin

„Ich darf Sie alle im Namen der Vorarlberger Landesregierung recht herzlich hier im Montforthaus begrüßen. Es ist eine große Freude, daß Vorarlberg nach neun Jahren wieder Austragungsort für das traditionelle Treffen des Auslandsösterreicher-Weltbunds ist. Ich begrüße den Weltbund als zehntes Bundesland ganz herzlich im Ländle. Wie schon im Jahr 2007, wollen wir uns auch diesmal als gute Gastgeber präsentieren und ihnen allen den Aufenthalt hier in Vorarlberg so angenehm wie möglich machen. Vorarlberg legt großen Wert darauf, mit den Landsleuten in Kontakt zu bleiben. Es ist für einen stark exportorientierten Wirtschaftsstandort wie Vorarlberg von großer Bedeutung, Verbündete und verläßliche Ansprechpartner zu haben, die ihren Lebensmittelpunkt im Ausland haben und dennoch mit ihrer Heimat verbunden sind“, so Nußbaumer.

Rund um den Globus würden ÖsterreicherInnen und natürlich VorarlbergerInnen in verschiedenen Bereichen sehr erfolgreich bemerkenswerte Karrieren und Berufslaufbahnen aufweisen und mit ihrer Arbeit zum guten Ruf unseres Landes beitragen.

Mit diesen erfolgreich tätigen Landsleuten in Verbindung zu bleiben, hält die Landtagsvizepräsidentin gerade in der heutigen Zeit für unverzichtbar. Der Blick, die Per–spektive von außen, könne in vielen Belangen äußerst wertvoll sein. Von diesen konstruktiven Feedbacks könne das Land Vorarlberg nur profitieren.

„In den Kontakten in der Vielfalt an Kompetenz und Erfahrung sehe ich große Chancen auch hinsichtlich der langfristigen weiteren Entwicklung gerade in den Bereichen Tourismus und Bildung. Verbündete sind entscheidend, um Zukunft erfolgreich gestalten zu können. Mit den Landsleuten im Ausland, denen Österreich am Herzen liegt, verfügen wir über ExpertInnen, die in der ganzen Welt präsent sind. Mit ihren Verbindungen in ihre Heimat tragen Sie, liebe Damen und Herren, die bei bekannten und innovativen Unternehmen tätig sind, auch maßgeblich zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Vorarlberg bei“, so Nußbaumer.

Wichtig sei dabei auch, daß möglichst vielen der AÖ die Möglichkeit gegeben wird, die Entwicklung hier vor Ort aktiv mit zu gestalten. Vorarlberg gewähre neben Niederösterreich und Tirol seinen Landsleuten im Ausland ein Wahlrecht auf Landesebene. Nußbaumer hält es für sehr wichtig, daß die demokratischen Rechte auch im Ausland wahrgenommen werden können.

„Stefan Sagmeister gratuliere ich zu seiner Auszeichnung ganz herzlich. Er steht stellvertretend für viele schillernde Vorarlberger Persönlichkeiten, die in der Welt erfolgreich sind. Er stammt ja auch aus typischen – zumindest nach damaligen Verhältnissen typischen – Vorarlberger Großfamilie. Als jüngstes Kind mußte er sich damals wahrscheinlich auch gegenüber seinen Geschwistern sehr behaupten und das hat ihm sicher nicht geschadet, sondern in den USA sehr genützt, daß er sich mit seinen innovativen Ideen durchsetzen konnte. Ich gratuliere ganz herzlich!“, schloß die Landtagsvizepräsidentin.



Foto: Roland Pirker

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

Auszeichnung des Auslandsösterreichers des Jahres 2016

„Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zunächst noch zwei kurze Anmerkungen machen“, wandte sich AÖWB-Präsident Gustav Chlestil an die Festgemeinde, dankte dem „so wunderbaren Trio Con Passion“ für dessen wunderbare musikalische Untermalung der Veranstaltung. „Der Auslandsösterreicher-Weltbund zeichnet seit dem Jahre 1994 jedes Jahr eine markante Persönlichkeit als ‚Auslandsösterreicher des Jahres‘ aus, der Österreich durch seine Leistungen im Ausland nicht nur vertritt, sondern wesentlich zum Eindruck und zum Image unseres Landes beiträgt. Wir haben uns nicht auf Wirtschaft, Politik, Wissenschaft oder Kunst festgelegt. Wir haben keine Prioritäten und wir versuchen natürlich schon ein wenig, allgemein verschiedene Disziplinen und verschiedene Persönlichkeiten auszusuchen. Es ist nicht immer ganz einfach, dann alle Abstimmungen zu machen, weil diese Persönlichkeiten in der ganzen Welt leben – da muß man erst einmal einen Termin finden“, so Chlestil. Und er sagte, er freue sich ganz besonders, „daß es hier, in Feldkirch, ein Vorarlberger ist, den wir auszeichnen können“.

„Und jetzt sollten wir uns noch einmal kurz vor Augen führen, was das bedeutet: Wenn Sie rund acht Milliarden Menschen weltweit ins Verhältnis setzen, ist Österreich mit rund acht Millionen damit rund ein Tausendstel der Weltbevölkerung. Und wir finden es umso eindrucksvoller, wenn wir als ÖsterreicherInnen, als Land Österreich, dann Persönlichkeiten in diese Welt senden, die praktisch weltweit Geltung haben. Und daß wir uns nicht mißverstehen: ich spreche hier nicht von den Skiläufern. Nein, ich spreche vom Gebiet der Kunst, in diesem Fall der Grafik, des Designs, ich spreche vom Auslandsösterreicher des Jahres 2016, von einem Mann namens Stefan Sagmeister. Lassen Sie uns einmal kurz sein bisheriges Leben durchlaufen:

Der Grafikdesigner und Typograph Stefan Sagmeister wurde 1962 in Bregenz geboren. Er lebt und arbeitet in New York City.

Stefan Sagmeister besuchte in Wien die ‚Höhere Graphische Bundes-Lehr-und Versuchsanstalt‘ und studierte anschließend Grafik und Design an der ‚Universität für angewandte Kunst‘. Mit einem Fulbright-Stipendium setzte er seine Studien am ‚Pratt Institute‘ in New York fort.



Foto: Roland Pirker

Der Auslandsösterreicher des Jahres 2016, Stefan Sagmeister (l.) und AÖWB-Präsident Gustav Chlestil nach der Verleihung. Auf dem Pult ist die »Flamme« zu sehen, eine Porzellanskulptur, deren Gestaltung vom AÖWB alleine für diesen Zweck in Auftrag gegeben wurde.

Im Alter von 29 Jahren ging Sagmeister nach Hongkong, um bei der Werbeagentur Leo Burnett zu arbeiten. 1993 kehrte er nach New York zurück und gründete mit Sagmeister Inc. seine eigene Agentur.

Seine Passion für die Musik hat er mit CD-Cover-Designs und Packaging für zahlreiche Interpreten unter Beweis gestellt, darunter Lou Reed, die Rolling Stones, David Byrne, Aerosmith und Pat Metheny.

1997 und 1999 gestaltete er Poster für das American Institute of Graphic Arts, die Titelseite März/April 1996 für das Designmagazin ‚Print‘ sowie die New York-Ausgabe des japanischen Design-Magazins ‚Idea‘.

Seit Juni 2012 führt Sagmeister die Agentur zusammen mit der Designerin Jessica Walsh unter dem Namen ‚Sagmeister & Walsh‘. Seine Bücher werden in großen Auflagen auf der Welt verkauft und seine Ausstellung ‚The happy Show‘ zog Hunderttausende BesucherInnen auf der ganzen Welt an und ist die meist besuchte Graphic Design Show der Geschichte.

Sagmeister spricht über die großen Dinge des Lebens wie Glück und Schönheit, wie sie mit Design verbunden sind und was das für unser tägliches Leben bedeutet.

Sagmeister erhielt zweimal den Grammy: sowohl für das Albumdesign von ‚Once in a Lifetime‘ der Talking Heads als auch für ‚Everything That Happens Will Happen Today‘.

2008 erhielt Sagmeister den von Studierenden der Köln International School of Design vergebenen Designpreis Klopfer.

2009 erhielt Sagmeister den Lucky Strike Designer Award.

2013 wurde Sagmeister das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen.

2014 war Sagmeister Praxisstipendiat der Villa Massimo in Rom.

Sehr geehrter Herr Sagmeister. Aufgrund Ihrer persönlichen Leistungen und Erfolge, die durch ihre Herkunft letztlich auch dem Ansehen und dem Image ihres Heimatlandes Österreich dienen, hat der Vorstand des Auslandsösterreicher-Weltbunds beschlossen, sie zum Auslandsösterreicher des Jahres 2016 zu wählen“, so Chlestil, der Sagmeister Urkunde und die „Flamme“ überreichte, eine Porzellanskulptur, deren Gestaltung eigens für diesen Zweck vom AÖWB in Auftrag gegeben wurde.

„Ich bedanke mich sehr herzlich“, sagte Sagmeister, „es freut mich natürlich. Ich fühle mich auch nach 25 Jahren in New York wirklich als Österreicher. Es gibt bei vielen Interviews immer die erste Frage: Stellen Sie sich kurz vor‘. Meine Standardantwort ist: ‚I am an Austrian designer who lives in New York‘. Und so fühle ich mich auch, nach so langer Zeit ist New York auch zu meiner Heimatstadt geworden.“ Er sei jetzt seit drei Tagen in Vorarlberg und wohne in Bregenz bei seinem Bruder – zu seiner Auszeichnug ist seine Schwester mitgekommen. „Meine Wurzeln sind absolut hier – und da freut es mich natürlich sehr, daß die Leute, die den Baum pflegen, von dem meine Wurzeln kommen, mir ‚flammende‘ Preise überreichen.“

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016












Fotos: Roland Pirker, Klaus Dellamaria

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016



Foto: Roland Pirker

Karlheinz Kopf, Zweiter Nationalratspräsident

Karlheinz Kopf, Zweiter Nationalratspräsident

„Auch von meiner Seite ein herzliches grüß Gott und willkommen. Ich gehöre im Parlament zu jenen, denen internationale Kontakte ein besonderes Anliegen ist. Ich versuche auch tatsächlich einen nicht unbeträchtlichen Teil meiner Zeit für diese Aufgabe zu verwenden“, so Karlheinz Kopf, Zweiter Nationalratspräsident. Ich denke, es ist auch wichtig, daß auch auf der parlamentarischen Ebene internationale Kontakte gepflegt werden. Aber weil ich das tue, ist es wahrscheinlich auch nicht überraschend – es passiert auch nicht zum ersten Mal –, daß der Herr Außenminister mich gebeten hat, eine Aufgabe für ihn oder an seiner Stelle zu übernehmen. Das kommt zur Zeit etwas häufiger vor, da er, wie schon von der Frau Botschafterin geschildert, eine Fülle an Aktivitäten entwickelt, Konferenzen nach Wien bringt, selber an Konferenzen, an Entscheidungsfindungen mitwirkt. Da kommt es dann ab und zu mir zu, ihn bei solchen Dingen zu vertreten.“

Er freue sich aber in diesem Falle ganz besonders, weil Vorarlberg sein Heimatbundesland, Feldkirch seine Bezirkshauptstadt sei, so Kopf.

„Zunächst darf ich auch Ihnen, Herr Sagmeister, ganz herzlich gratulieren. Ich hatte auch schon das Vergnügen, die schon angesprochene Ausstellung im MAK, leider noch nicht die Gelegenheit, sie in New York zu besuchen und ihre Werke dort zu besichtigen. Meinen ganz herzlichen Glückwunsch. Wir sind hier in Vorarlberg, in Österreich, sehr sehr stolz auf Ihre Arbeit, so wie wir insgesamt alle miteinander sehr stolz darauf sein können, daß wir weltweit – es ist schon mehrfach angesprochen worden – immer wieder in den verschiedensten Disziplinen mit Menschen aufwarten können, aufzeigen können, was dieses kleine Land zu leisten imstande ist, was die Menschen in diesem Land zu leisten imstande sind, und zwar auf der ganzen Welt. Wir sind stolz auf sie.“

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, wo immer ich auf meinen Reisen hinkomme, ob das jetzt west- oder nordeuropäische Städte sind, ob das Länder in einer meiner Schwerpunkt-Regionen in Zentral-, Süd- oder Osteuropa sind, am Schwarzen Meer, Kaspischen Meer, Zentralasien, oder eben auch Haupt- und Weltstädte auf anderen Kontinenten: ich treffe eigentlich jedes Mal Menschen mit österreichischem Migrationshintergrund zusammen, die sich auf mehr oder weniger lange Zeit – viele auf Dauer – am jeweiligen Ort im jeweiligen Land niedergelassen haben. Und überall begegnen wir nicht nur diesen Menschen, sondern es begegnet mir ein beeindruckendes Interesse am politischen, am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Geschehen in Österreich. Ich spüre eine enorme Verbundenheit mit der alten Heimat. In der Regel ist natürlich der neue Ort eine neue zweite Heimat geworden, keine Frage, aber ich spüre eine tiefe Verbundenheit und ein großes Interesse“, so der Zweite Nationalratspräsident, der dann auf den Begriff „Heimat“ näher einging.

Es werde vielfach diskutiert, was Heimat bedeute. Es sei auch eigentlich nicht notwendig, es umfassend und erschöpfend beschreiben zu wollen, aber manche würden sie einfach mit dem Geburtsort definieren, andere wieder würden vom Lebensmittelpunkt sprechen, eine andere Möglichkeit, Heimat zu definieren, sei die Einordnung als der Ort, wo man seine Freunde habe. „Und ich finde, das ist eigentlich eine schöne Formulierung, sie läßt die Möglichkeit zu, mehr als einen Ort als Heimat zu definieren und vor allem beschreibt sie Heimat eben nicht als einen Ort, sondern rückt den Menschen in den Mittelpunkt. Das ist das schöne daran, und in diesem Sinne hoffe ich auch, daß sie hier in Vorarlberg, in Österreich, viele, viele Freunde haben und sich daher bei uns auch weiterhin beheimatet fühlen.“

Bei diesen Gesprächen mit ÖsterreicherInnen im Ausland seien neben dem Interesse für das Geschehen in Österreich überall natürlich auch mehr oder weniger die weltweiten Ereignisse ein Thema, wie die vielen Kriegs- und Krisengebiete, die damit zusammenhängende Flüchtlings- und Migrationsbewegung, die Terroranschläge an so vielen Orten wie noch selten zuvor, aber auch demokratiegefährdende Entwicklungen in gar nicht allzufernen Ländern. Und das alles irgendwo im Lichte auch – und das verschärfe das ganze noch – eines ganz offensichtlichen Autoritätsverlustes, den ehemals anerkannte, respektierte Organisationen, Institutionen des Staates, aber auch in der Zivilgesellschaft oder religiöser Art verspüren würden. Aber das alles beherrschende Thema im Augenblick sei natürlich die aktuelle Flucht- und Migrationsbewegung. „Es ist uns in Österreich gelungen, den Zustrom nach Österreich durch verschiedene Maßnahmen zu begrenzen, aber machen wir uns nichts vor: das Problem bzw. die Erscheinung als Ganzes ist bei weitem noch nicht gelöst. Weder in Österreich, noch in Europa, und schon gar nicht dort, wo aufgrund ganz besonderer Umstände diese Entwicklungen entstehen. Das heißt, wir müssen uns darauf einstellen, daß der Migrationsdruck bleiben wird. Ich denke auch, wir dürfen ohne weiteres in Österreich von uns behaupten, daß wir unserer humanitären Verpflichtung in sehr großem Maße nachgekommen sind – vollkommen ist niemand – aber im Vergleich zu vielen anderen Ländern haben die Menschen in diesem Land Großartiges zustande gebracht. Aber wir müssen natürlich bei aller Solidarität und bei aller Humanität auch danach trachten, daß wir die österreichischen Strukturen und Systeme und vor allem die hier lebenden Menschen nicht überfordern. Auch das ist eine humanitäre Verpflichtung“, so Kopf. Also brauche es geeignete Maßnahmen, um auch auf der anderen Seite diese Überforderung zu verhin-

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

dern. Und da seien natürlich Nationalstaaten überfordert damit. Sie könnten viel leisten, aber sie würden an ihre Grenzen stoßen. Das Stichwort für die Lösung könne daher nur lauten: internationale Solidarität und Zusammenarbeit, denn eines sei schon spürbar: diese Thematik habe zu einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft geführt. „Ich würde es ja mal so nennen: zweifelhafte Gruppierungen versprechen vermeintlich einfache Lösungen für diese gar nicht einfachen, nämlich sehr komplexen Herausforderungen. Und diese Gruppierungen gewinnen an Stärke. Helmut Schmidt hat einmal über die Politik und die Demokratie gesagt, das Schneckentempo sei das normale Tempo jeder Demokratie. Im Augenblick, bei dieser aktuellen Thematik, kommt mir ein bißchen vor, daß sich die EU im Augenblick bemüht, die einzelnen Mitgliedsstaaten mit ihrer sehr unterschiedlichen Bereitschaft, hier mitzuwirken, den Wahrheitsgehalt der Schmidt'schen Feststellung am Beispiel der Flüchtlingsfrage beweisen zu wollen."

Eines komme aber dazu, so Kopf: Viele Menschen wollten dieses von Schmidt so bezeichnete normale Tempo nicht mehr akzeptieren, sie wollten schnelle Entscheidungen, konsequente Entscheidungen, manchmal höre man den Begriff der starken Hand. „Und mehr als das: in einem Nachbarland von uns östlicherseits wird schon ganz offen das Modell der illiberalen Demokratie propagiert. Und es gewinnt laufend an Anhängern. Und es ist nicht das einzige Land innerhalb der EU, das solche Diskussionen führt, sondern auch durchaus politische Maßnahmen in diese Richtung gesetzt werden."

Dann komme noch ein Weiteres – neben der Flüchtlingsthematik – dazu, daß wir heute auch feststellen müßten, daß die Komplexität, die Vielfalt der Themen dazu führe, daß sich viele Menschen nicht mehr zurechtfänden. Migrationsdruck da, technologische Entwicklung dort, auch das Stichwort Digitalisierung sei bereits erwähnt worden, stagnierende Einkommen im Mittelstand, Zukunfts- und Existenzängste. Und das führe dazu, daß eine gar nicht so kleine Bevölkerungsgruppe im Augenblick leichte Beute für vereinfachende Reaktionäre werde. „Das ist eine gefährliche Entwicklung", so Kopf. „Da wird dann nicht hinterfragt, ob diese Kräfte es ernst damit meinen, ihren Überschriften und Ankündigungen letztenendes auch dann Taten folgen zu lassen. Ob ihre Ankündigungen das langfristig Notwendige, Nachhaltige im Auge haben oder doch vielleicht nur die nächste Wahl oder die nächste Abstimmung.



Foto: Klaus Dellamaria

NR-Präsident Karlheinz Kopf: »Ich kann daher meine Damen und Herren versichern, daß wir eisern an dieser Briefwahlmöglichkeit festhalten werden – im In- und im Ausland.«

Brexit ist ein anschauliches Beispiel dafür, was möglich ist abseits des Wahrheitsgehalts, abseits des sachlichen Gehalts von Themen, was mit dieser Agitation möglich ist."

„Ich möchte nicht allzu pessimistisch in den letzten Teil meiner Ausführungen hinübergehen, meine Damen und Herren, Österreich ist im weltweiten Vergleich eines der Länder, in denen leben zu dürfen ein ganz besonderes Privileg darstellt. Wohlstand, Sicherheit, Weltoffenheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, eine intakte Natur – all diese Dinge sind bei uns zu Hause. Und wenn man außerhalb des Landes lebt, so wie Sie, ist man wahrscheinlich auch besser in der Lage, diese Vorteile, diese Errungenschaften, auf die wir verweisen können, besser zu erkennen, als wenn man sie tagtäglich genießt, sie für selbstverständlich nimmt und auch gar nicht mehr registriert, welche Schätze das eigentlich sind."

Er sehe dies immer wieder selbst ganz deutlich, wenn er aus dem Ausland zurückkomme. „Und dieses Zuhause zu pflegen, es zu verteidigen, weiterzuentwickeln – in einem größeren gemeinschaftlichen Sinn –, aber es muß zu Hause auch die Welt funktionieren, sonst kann man sich auch nicht größeren Einheiten zuwenden. Dazu brauchen wir aber, um das weiterhin pflegen, verteidigen, gestalten, auch solidarisch sein zu können mit anderen, Partizipation der Zivilgesellschaft, und zwar Partizipation an den Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen im Land. Herr Präsident, Sie haben vor ein paar Tagen bei einem Pressegespräch in ihren Ausführungen nicht nur ihr Interesse an der uneingeschränkten Teilnahmemöglichkeit an Wahlen zum Ausdruck gebracht, auch einige Forderungen artikuliert, über die wir gerne noch näher reden können. Sie haben auch Ihre Besorgnis über die Medien ausgedrückt, über die vor kurzem wieder etwas aufgeflammte Diskussion über die Briefwahl.

Wir wissen, daß es Kräfte gibt, die diese nicht so gerne sehen oder sogar gerne abschaffen wollen. Es sind derzeit an die 50.000 im Ausland lebende Personen bei österreichischen Wahlen wahlberechtigt oder registriert für Wahlen und damit formal wahlberechtigt. Sie haben gesagt, daß eine viel größere Zahl eigentlich dürfte, wenn sie registriert wäre, aber es beschäftigt mich schon diese in Relation vielleicht geringe Zahl. Denn wir stellen fest, daß maximal 50 Prozent dieser Personen bei der letzten Wahl ihr Wahlrecht über Wahlkarten auch tatsächlich ausgeübt haben. Und letztlich ist die Briefwahl für die meisten die einzige Möglichkeit, an der Gestaltung ihrer Heimat mitzuwirken und so auch die Verbundenheit mit dem Heimatland zum Ausdruck zu bringen. Ich kann daher meine Damen und Herren versichern, daß wir eisern an dieser Briefwahlmöglichkeit festhalten werden – im In- und im Ausland –, und daß wir diese Briefwahl auch mit allen Mitteln verteidigen werden, sie da oder dort werden verbessern müssen, keine Frage. Aber es besteht kein Grund zur Sorge, es gibt genügend politische Kräfte in diesem Land, die imstande sind, eine Mehrheit dafür zu bilden, daß eben jedem Menschen die Möglichkeit gegeben wird, eines der höchsten Güter in einer Demokratie auch tatsächlich wahrnehmen und ausüben zu können, nämlich das Wahlrecht." Letzten Endes

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

würde jede Stimme entscheiden, auch die, die nicht an einer Wahl teilnehme. Es entscheide jede Stimme darüber, wie mit den vorher geschilderten Herausforderungen, wie mit der Gestaltung unserer Heimat umgegangen werde. Die, die sich nicht an Wahlen beteiligen würden, die überließen die Entscheidung anderen. Es sei daher wichtig, „die gebotene Möglichkeit zu nützen und ich kann Sie nur animieren, auch auf andere einzuwirken, das zu tun“, so Kopf, der in Richtung AÖWB-Präsident Chlestil ergänzte, die offenen Fragen könnten gerne besprochen werden.

„Meine Damen und Herren, Sie sind in diesen Tagen hierher zu uns nach Vorarlberg gekommen, um Freunde zu treffen, um sich auszutauschen. Die Frage nach dem warum ist schon mehrfach gestellt und letztenendes auch beantwortet worden. Sie wollen die Verbindung vom Herzen ausgehend, die Verbindung zur Heimat und den Menschen in ihrer Heimat pflegen. Ich hoffe, Sie konnten diese Tage hier bei uns genießen, ich hoffe, Sie nehmen viele positive Eindrücke mit nach Hause. Bitte bleiben Sie Österreich weiterhin verbunden und kommen Sie bald wieder“, schloß der Zweite Nationalratspräsident seine Rede, womit auch der Festakt beendet war.

Dann wurde – auf Einladung von Aussenminister Sebastian Kurz – zu einem gemeinsamen Mittagessen geladen.





Fotos: Klaus Dellamaria

Der Vortrag von Stefan Sagmeister



Foto: Roland Pirker

Der Auslandsösterreicher des Jahres 2016, Stefan Sagmeister

„Wir freuen uns auf einen bestimmt ganz interessanten Vortrag, dessen Titel da lautet ‚über die Schönheit'. Ich habe vor drei Tagen einen Artikel in die Hand bekommen, aus dem ich einiges zitieren möchte", leitete AÖWB-Präsident Gustav Chlestil den letzten offiziellen Teil der Tagung ein, den Vortrag von Stefan Sagmeister. „Warum wirkt Schönheit anziehend auf uns? Ein Forschungsteam rund um den Psychologen Helmut Leder vom Institut für psychologische Grundlagenforschung und Forschungsmethoden der Universität Wien hat herausgefunden, daß im direkten Vergleich bereits kleine Unterschiede bei Gesichtern ausreichen, um unsere Aufmerksamkeit unbewußt auf das schönere zu lenken. Jetzt gibt es da einige ganz interessante Feststellungen: Die Annahme liegt nahe, daß sich der Sinn für Schöne deshalb entwickelte, weil er einen evolutionären Vorteil bot. Entsprechend dieser Annahme steht Schönheit nicht nur mit vorteilhaften Genen in Verbindung, sondern wirkt gleichzeitig lohnend und anziehend auf uns. Ein Mechanismus, der schließlich die Fortpflanzung der Spezies sichert. Und jetzt hören wir, was Herr Sagmeister dazu zu sagen hat", übergab Chlestil das Wort an den Auslandsösterreicher des Jahres 2016.

„Es wird bei mir natürlich ausschließlich um die Fortpflanzung der Spezies gehen", leitete Sagmeister seinen Vortrag ein. Besagten Helmut Leder kenne ich sehr gut, er ist inzwischen zu einem Freund geworden. Er ist einer der wenigen Wissenschafter weltweit, die wirklich ordentlich Forschung zum Thema Schönheit betreiben, weil eigenartigerweise die Schönheit nicht im 20. Jahrhundert, nicht nur in der Kunst, auch in der Wissenschaft nicht mehr sehr ernst genommen würde. Das Thema ist für mich selbst im Prinzip interessant geworden, weil ich in Lissabon an einem schönen Platz einen Vortrag gehalten habe, und zwar in der St. Georg Burg, die über Lissabon thront. Wenn ich mir die Burg so ansehe als Gebäude, ist sie ein reines Zweckgebäude – der Zweck der Burg ist in dem Fall natürlich, daß man möglichst viele Kanonenkugeln dem Feind auf den Kopf schießen kann. Und obwohl das so ein Zweckgebäude ist, gebaut im 11. Jhdt., also im tiefen Mittelalter, schaut das Ding eigentlich relativ schön aus. Der Eingang ist sehr symmetrisch gemacht, jeder Türknopf ist irgendwie mit Ornamenten verziert, selbst die Kanonen sind irgendwie ansprechend gestaltet", so Sagmeister.

Von Lissabon sei er dann direkt nach Memphis, Tennessee, geflogen, und hat dort im Cook Convention Center einen Vortrag gehalten. Wenn man sich dort umsehe, könne man sagen, da sei nichts gestaltet worden, was auch nur in geringster Art und Weise eine Rolle spiele. Es sei ein absoluter, ein funktionaler Zweckbau. Wenn man hineingehe, dann sehe man nichts von der relativ reichhaltigen Musikkultur, die es in Memphis gegeben und daß der Elvis Presley dieses Gebäude wohl schon vor längerer Zeit verlassen habe.

„Jetzt war natürlich die Frage: wie ist es dazu gekommen? Wie haben wir das als Menschheit geschafft, von der doch angeblich sehr dunklen Kultur des Mittelalters auf die offensichtlich noch viel dunklere Kultur des amerikanischen mittleren Westens ca. 1970 zu kommen? Und ich schiebe da die ganze Schuld auf eine Person, auf einen Mann, noch dazu einen Österreicher, und zwar auf den Herrn Loos. Wie viele hier wissen, ist Adolf Loos mitten in der Blütezeit des 19. Jahrhunderts aufgewachsen, zu einer Zeit, wo in Wien und seiner Umgebung der reinste Historismus herrschte. Das heißt, man hat die Staatsoper aufgebaut in einem falschen Renaissancestil, man hat daneben das Rathaus gebaut in gefälschtem gotischen Stil, gleich daneben, ein paar 100 Meter weiter, der falsche griechische Stil des Parlaments. In der Zwischenzeit glauben die Touristen natürlich, das ist alles original Griechisch, original Gotisch und original Renaissance", so

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016



Foto: Roland Pirker

Stefan Sagmeister: Einige Ideen der originalen Modernisten waren nicht immer die schlauesten…

Sagmeister. Und Loos habe das natürlich überhaupt nicht gepaßt, er habe eine Architektur haben wollen, die nach damaligen Vorstellungen zeitgemäß war, die nicht nur, je nachdem, was gerade gepaßt habe, aus der Geschichte klaut und nichts Neues entwikkelt. Loos hatte einen sehr wichtigen Vortrag gehalten, aus dem das Buch „Ornament und Verbrechen“ entstanden ist. „Es ist ein Verbrechen, daß die Designer und Architekten die Handwerker dazu zwingen, Dinge parlamentarisch zu machen. Es ist erstens Zeitverschwendung, zweitens wird es modisch, wird sehr schnell verbraucht, außerdem muß man nur schauen, wer denn tätowiert ist. Und wenn einer, der tätowiert ist, mit so ornamentalen Tätowierungen noch keine Verbrechen begangen hat, dann ist es nur deshalb, weil er noch keine Zeit hatte, das Verbrechen zu begehen. Aber ein Verbrecher wird er 100prozentig.“

„Selber gebaut hat Loos eigentlich – zumindest aus heutiger Sicht gesehen – sehr schön, das Haus am Michaelaplatz wurde damals von den Wienern als das ‚Haus ohne Augenbrauen‘ bezeichnet weil es so ungewöhnlich war, daß über den Fenstern keine Verzierungen angebracht wurden. Angeblich hat Kaiser Franz Joseph, der gegenüber in der Hofburg gewohnt hat, alle Fenster, die über diesen Platz gesehen haben, zunageln lassen, weil ihn das Ding so geärgert hat. Und wer je in der ‚Loos-Bar‘ war oder in der ‚Amerikanischen Bar‘ in Wien gewesen ist und viele andere Sachen gesehen hat, weiß, daß Loos sehr wohl schöne Dinge gemacht hat. Es war natürlich ein großer Einfluß auf das zehn Jahre später kommende Bauhaus in Deutschland und auch die haben natürlich einige sehr ordentliche Dinge gemacht. Das Problem lag dann in der Generation nach den Bauhäusern, die deren Thesen oft mißverstanden hat und das in eine Art ökonomischen Funktionalismus umgewandelt hat, der die komplette Welt mit so einer psychotischen Gleichheit überzogen hat, unter der wir auch heute noch ordentlich leiden. Wurscht, ob wir im Osten, im Norden und im Süden wohnen“, so Sagmeister.

Es seien aber auch damals einige der Ideen der originalen Modernisten nicht immer die schlauesten gewesen. „Etwa Corboursier, berühmterweise, wollte Paris, als alles was nördlich von der Seine zu sehen ist, abreißen und es mit seinem eigenen Design auswechseln. Da gab es dann auch Pläne von ihm, daß alles auf der Südseite liegt, Arbeit ist, alles auf der Nordseite Wohnen. Der Flughafen wird mitten in die Stadt verlegt. Also lauter Maßnahmen, von denen man heute im Städtebau weiß, es ist die absolute, 100prozentige, vollkommene Destruktion einer Stadt. Also Flächenumbauten würden vielleicht noch besser helfen, aber ansonsten ist es wahrscheinlich eine Idee von derartiger Dummheit, wie sie nur eine intelligente Person wirklich haben kann.“

„Es kommen natürlich, weiß ich, wissen auch viele hier, sehr schöne Dinge auch aus dem Modernismus. Wenn ich heute das Seagram House von Mies van der Rohe auf der Park Avenue in New York sehe, es ist ein gutes Gebäude. Aber für jedes von diesen guten Gebäuden kriegen wir Hunderte und Hunderte von diesen Dingern, die dann über der Brücke in Queens als Pubic Housing aus dem gleichen Movement zu uns kommen. Es gab eine Zeit in den späten 50er- bzw. frühen 60er-Jahren, wo in der Sowjetunion diese Fabriken zum Hausbau gebaut wurden. Auch die Fertigteilfabriken waren Fertigteilbauten, in denen Fertigteilhäuser gebaut wurden, von wo sie nach ganz Südamerika, natürlich nach Osteuropa und auch in Rußland verbreitet wurden. Und es gab eine Zeit, wo 250 Millionen von diesen Appartements, von diesen Wohnungen existiert haben. Wenn man das mal vier rechnet, heißt das: eine Milliarde Leute hat in dieser Art von Wohnungen gewohnt. 1960 hat es ungefähr vier Milliarden Menschen gegeben, d.h., ein Viertel der Weltbevölkerung hat in diesen Dingern gewohnt. Ein unglaublicher Einfluß. Das Hauptziel dieser Art von Architektur war natürlich die Funktionalität. Und eigenartigerweise das eine, was es nicht gemacht hat, war funktionieren. Darum mußte man viele davon nach zehn oder 20 Jahren schon wieder abreißen, weil sie nicht funktionierten, sie haben sich als menschliche Behausung nicht geeignet.“

„Wenn wir einen Schritt zurück gehen und sagen: wie ist es überhaupt möglich, daß ein Österreicher, ein Schweizer und ein Deutscher der Welt erzählen konnten, wie sie zu leben hat, wie sie zu wohnen hat, und die Welt dies auch annimmt? Der Terminus, mit dem sie das geschafft haben, war der International Style. D.h., was früher ausgeschaut hat in China, schaut jetzt so aus in Peking, was früher so ausgeschaut hat wie in Südafrika, schaut es so aus wie in Johannesburg, was so ausgeschaut hat in Indonesien ist jetzt so in Jakarta, was in der Türkei einmal so war, ist jetzt so in Istanbul und am allerbesten hat es natürlich in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg funktioniert. So viel ist kaputt gegangen, so viel mußte wieder aufgebaut werden, das weiß jeder, der durch Deutschland fährt. Gebaut wurden natürlich überall Schachteln. Ich war gerade in Mannheim, eine Schachtel nach der anderen in Schachtel, alle gebaut nach 1945. Und ich habe natürlich gedacht, klar, das war natürlich die linke Avantgarde, die sind an die Macht gekommen nachdem der Hitler besiegt worden ist, es ist eh klar, da war dann natürlich das Gegenteil der Fall. War aber nicht so: Corboursier war bei der Vichy-Regierung offizieller Stadtplaner in Frankreich. Er hat Entwürfe für Hitler gemacht mit Hakenkreuzfahnen – ich glaube nicht, daß es unbedingt so ist, daß dann, wenn sich jemand politisch verfehlt, dessen Arbeit automatisch schlecht ist. Aber ich glaube, dieser moralische Pluspunkt, den das Bauhaus oder die Moderne oft gerade in Amerika bekommt, ist einfach zumindest zu großen Teilen nicht so.“

Die Folgen davon seien klar für alle von uns, stellte Sagmeister fest. Wer heute von Athen nach Bangkok fliege, und dann über Sapporo nach Sofia zurückkehre, habe keine Chance, von der Architektur darüber irgend einen Aufschluß zu bekommen, wo man denn jetzt gerade wäre. Da müsse man also schon entweder den Boarding-Paß bei sich haben, vielleicht sei es dann noch einfacher, sich an den Steckdosen zu orientieren, weil als Einziges wirklich komplett verschieden sei in dieser Welt, weil – leidergottes – die Elektriker sich nicht dem International Style unterworfen hätten.

„Das gleiche war bei den U-Bahn-Systemen. In München fährt man vom Haupt-

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016



Foto: Sagmeister & Walsh

Exqusiter Firmensitz von Sagmeister & Walsh am New Yorker Broadway

bahnhof zum Messeplatz Fraunhofer Straße usw. und kommt in Kissing an, wo jede Station ausschaut wie die andere. Dann gibt es die blaue, die orange und die schwarze Linie. Und ich habe mir mal gedacht, es ist sicher so, weil so funktioniert es halt am besten. Bis ich in Moskau war und gesehen habe, da schaut eine Station so aus, die nächstes so und die nächste so. Rein von der Funktionalität her heißt es natürlich, ich kann in Moskau in der U-Bahn sitzen, ich kann meine Zeitung lesen und ich spüre automatisch, wenn meine Station daherkommt. Ich muß nicht mühsam irgendwie schauen, ob da irgendein Zeichen hinter einer Säule auftaucht, das besagt, wo ich angekommen bin. Ob man den Stil mag oder nicht, sei dahingestellt – aber man sieht in den Stationen in Moskau Touristen, die in den Stationen Selfies machen, fotografieren und schnell wieder in den Waggon einsteigen, um bei der nächsten Station das gleiche zu machen. In München, muß ich sagen, war ich der einzige, der in der U-Bahn-Station fotografiert hat."

Das 19. Jahrhundert sei natürlich sehr bestrebt gewesen, die Schönheit zu verfolgen, die Leute – auch Philosophen – hätten gedacht, die Schönheit sei irgendwie gleichbleibend oder auf der gleichen Höhe moralisch mit dem Guten. Eigenartigerweise sei es aber so, daß viele Künstler im 19. Jahrhundert diese – zumindest nach dem Verständnis Sagmeisters – nicht erreicht hätten, eigentlich beim Kitsch gelandet seien. „Also so, wie die Funktionalisten, die der Funktion nachgerannt sind, die Funktionalität nicht erreicht haben, ging das auch bei dieser eindimensionalen Schönheitsverfolgung nicht gut. Nach dem 19. Jahrhundert gab es natürlich diesen unglaublich brutalen Ersten Weltkrieg, wo viele Künstler von davor wieder zurückgekommen sind und man eigentlich gesagt hat, die Werte unserer Zivilisation stimmen nicht. Wir müssen da etwas ändern, wir müssen eigentlich die Schönheit aus unserem Sprachgut rauswerfen. Marcel Duchamp hatte 1917 eine Toilette ausgestellt – eben als Zeichen der Verwerfung der Schönheit. Es gab Sammler von ihm, die gesagt haben, aber schaut doch irgendwie ganz gut aus – wie von Constantin Brâncuși. Und Duchamp mußte dann zurückkommen und sagen, nein, es ist nicht wie der Brâncuși, da geht es jetzt wirklich darum, die Schönheit loszuwerden."

In den Staaten habe es verschiedene Stile gegeben, wie den Abstrakten Expressionismus, wo die Form und die Schönheit wieder eine Rolle gespielt hätten, bis dann Pop-Art und Andy Warhol gekommen sind und es geheißen habe, nur das Kommerzielle sei schön. Das sei anfangs auch ironisch gemeint gewesen, wo der Warhol seine jetzt berühmte Brillo-Box zum ersten Mal ausgestellt hat. Und nicht nur die, sondern es habe ja noch viele andere Marken gegeben wie Heinz Ketchup, Mott's Apple Juice, Campell usw. „Nur die Brillo-Box ist irgendwie zu einer höheren Ikone der Popart geworden", so Sagmeister. „Wenn man da ein wenig recherchiert, kommt man drauf, daß die ursprüngliche, originale Brillo-Box von einem abstrakten expressionistischen Maler namens James Harvey gestaltet worden war – an einem Wochenende, um ein wenig Geld dazuzuverdienen. Das heißt also, daß sich die Schönheit über die Hintertür wieder in die Kunstgeschichte hineingeschlichen hat, gegen den Willen von Warhol, der diese eigentlich draußen haben wollte – und ist jetzt wieder Teil der Kunstgeschichte."

Als er das mitbekommen habe, daß das ernster genommen werden sollte, habe er auch in seinem New Yorker Grafik-Studio darauf gesetzt, mehr mit der Schönheit zu arbeiten.

Und Sagmeister nannte auch beispielhaft ein Projekt: „Die Stadt Amsterdam hat einen Platz und ein relativ geringes Budget von 6000 Euro zur Verfügung gestellt. Wir haben die genommen, sind zur Zentralbank gegangen und haben die 6000 Euro in 600.000 Eurocent-Münzen umgewechselt: ein Drittel neue, ein Drittel mittelmäßige und ein Drittel ganz alte. So hatten wir also drei verschiedene Farben, und mithilfe des Rasters, der auf dem Platz vorhanden war, konnten wir einen ganzen Spruch auflegen. Er hieß, ‚Die Obsessionen vermiesen mir mein Leben, aber steigern die Qualität der Arbeit.' Wir wollten das auf jeden Fall hübsch machen, damit es eben einen Betrachter vor die Wahl stellt, Münzen wegzunehmen oder das Ding intaktzuhalten wie es ist. Und was war passiert? Wir haben dann mit 100 Volontären das sehr vorsichtig aufgelegt, den Anrainer



Foto: Sagmeister & Walsh

Durchdesigntes Office von Sagmeister & Walsh

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

dieses Platzes hat das sehr gut gefallen. Als wir fertig waren, kam auch schon einer mit zwei großen Plastiksäcken und hat so viele Münzen reingeschaufel, wie er konnte. Das hatte dann eine Nachbarin sehr geärgert, die dann die Polizei angerufen hat. Die Amsterdamer Polizei in all ihrer Weisheit ist dann gekommen und hat gesagt, das sei ein Kunstwerk, das müsse irgendwie beschützt werden. Dann kehrten sie die ganzen Münzen zusammen und übergaben sie der Sicherheit im Hauptquartier von der Polizei in Holland. Wir konnten sie dann dort wieder abholen, das brauchte dann einen Kleinlaster, um die Dinge dort überhaupt hinzufahren, nach ein paar Stunden waren dann also nur noch ein paar Münzen von der ganzen Arbeit übrig."

Als zweites Beispiel erzählte der Designer von einem „leicht erfolgreicheren" Projekt. Es ging um eine Unterführung in einer Industrie-Gegend, wo viele Leute arbeiten. Es gab viele Fußgänger Radfahrer und Autos. Und in dieser Unterführung hat es immer sehr nach Urin gestunken und der Auftraggeber wollte, daß die Männer davon abgehalten werden, diese Unterführung als Toilette zu verwenden. Das Budget sei wieder gering gewesen. Die Lösung sei dann eine kurze, positive Nachricht gewesen: „Yes". Auf die eine Seite wurde das mit sehr viel Details, gemalt, damit Fußgänger auch etwas zu sehen hatten, auf die andere Seite wurde es mehr graphisch gestaltet, aber in der gleichen Typografie. Somit hatte auch der etwas davon, der mit dem Auto durchfuhr. Was ist passiert? „Das ganze Ding ist zu einer Heiratskapelle geworden, weil ganz riesengroß ‚Ja' stand." Mit einem einmaligen Anmalen war die Transformation vom Pissoir zur Kapelle gelungen.

Sagmeister nannte auch „gute Gründe", warum er glaubt, was die Schönheit wirklich ausmacht: „Ich glaube, daß es eben nicht nur um die Oberflächlichkeit geht, sondern daß



Foto: MAK / Aslan Kudrnofsky

Stefan Sagmeister: »The Happy Show – Wie glücklich sind Sie?«. Rechts: Everybody Always Thinks They Are Right [Jeder denkt immer, er hat recht], 2007. In Zusammenarbeit mit Monika Aichele, Matthias Ernstberger und Sportogo in der MAK-Säulenhalle.



Foto: MAK / Aslan Kudrnofsky

Bilder oben und unten: MAK-Ausstellungsansicht, 2015, Stefan Sagmeister: »The Happy Show – Wie glücklich sind Sie?«, MAK DESIGN LABOR

es wirklich Teil von dem ist, was uns zum Menschen macht. Wenn ich mal das älteste Werkzeug anschaue, das wir Menschen vor einer Million Jahre verwendet haben – bis vor 40.000 Jahren – das Steinbeil: es ist multifunktional und man hat hunderttausende davon in Asien bzw. von Asien bis Afrika gefunden. Und alle sind wunderbar symmetrisch, obwohl die Funktion die Symmetrie nicht vorschreiben würde. Ich kann einen



Foto: MAK / Aslan Kudrnofsky

Österreich, Europa und die Welt – AÖWB-Tagung Feldkirch 2016

Mammut oder einem Säbelzahntiger ganz genau so gut die Haut abziehen mit einem Werkzeug, das nicht symmetrisch ist. Und es wurden Steinbeile gefunden, die groß und schwer sind und überhaupt keine Funktion haben. Die Funktionalität ist null, trotzdem wurden sie aus Freude gemacht, daß man so etwas überhaupt herstellen kann."

Dann nahm Sagmeister noch Bezug auf die von AÖWB-Präsident Chlestil eingangs zitierte Studie: „Prof. Helmut Leder macht auch Umfragen unter Alzheimer-Patienten in sehr fortgeschrittenem Stadium. Er zeigt ihnen verschiedene Bilder und bittet sie, das schönste, das zweit-, dritt- und viertschönste davon herauszusuchen. Und die hatten kein Problem, diese in eine Reihe zu legen. Dann verabschiedete er sich und kam zwei Wochen später wieder. Die Patienten hatten keine Ahnung mehr, wer er war, er mußte sich neu vorstellen, machte den Test wieder, zeigte ihnen die Bilder und – obwohl ihre anderen Gehirnfunktionen schon zu weiten Teilen nicht mehr funktionierten –, der Sinn für die Schönheit war immer noch da. D.h. also, es ist wirklich Teil von uns, es ist Teil von dem, was es heißt, daß wir Menschen sind."

Und natürlich sei es dem Adolf Loos selbst um die Schönheit gegangen, wenn man zum Beispiel ein Glas anschaue, das er 1930 für die Firma Lobmeyr in Wien gestaltet hatte. Sie stellt dieses Glas übrigens auch heute noch her. „Man muß sagen, es ist ein sehr sehr schönes Glas", so der Designer.

„Jetzt hat der Enkel von der Firma Lobmeyr einen Brief gefunden, wo der Adolf Loos an seinen Großvater schreibt, während er diese Gläser geliefert hat, er könne sich auch vorstellen, in späteren Zeiten könne ein Muster mit kleinen Motiven wie Schmetterlingen, menschliche, nackte Figuren, kleine Tiere usw. eingeschliffen werden. Und dann hat der Enkel der Firma Lobmeyer mein Studio in New York angerufen und uns damit beauftragt, die Ornamente Adolf Loos zu gestalten, die auf die Gläser kommen sollen. Das haben wir sehr gerne angenommen und haben dann 14 Gläser gestaltet, sieben von denen zu den sieben Todsünden und sieben zu den Himmlischen Tugenden."

Für Sagmeister ist es „natürlich" so, daß er nicht glaube, daß es um einen Krieg zwischen dem Einfachen und dem Komplizierten gehe, es gehe auch nicht um Minimalismus gegen Barock: „Es geht darum, ob etwas mit Liebe gestaltet worden ist, oder ob etwas im Prinzip einfach so ohne viel Nachdenken hingeworfen ist. 99 Prozent der häßlichen Dinge, die in Österreich, aber auch



Foto: J. & L. Lobmeyr

Lobmeyr Trinkservice No.248 »Sagmeister on Loos« – Die Motive sind handgemalt und mit einer schwarzen oder weißen Emailschicht überzogen.

weltweit existieren, sind nicht gestaltet, damit sie häßlich sind, sondern sie sind so, weil sie jemandem im Prinzip egal waren. Ich glaube, daß sich in zehn Jahren der Rückblick auf das 20. Jahrhundert eher kopfschüttelnd auswirken wird, wenn wir sagen, wie konnten wir das über ein Jahrhundert lang im Prinzip fast ignorieren. Und ich sehe jetzt schon Zeichen dafür, daß das wirklich besser wird."

Dann ging Sagmeister noch auf das Projekt „High Line" in New York ein. Ein Gleisbau für Lastzüge, die Güter nach New York brachten, wurde in den 30er-Jahren gebaut und 1980 wieder aufgelassen. Die Stadt New York stimmte dannn 2004 einer Initiative zu, auf dem Rest der High Line von der 12. bis zur 36. Straße einen ländlichen Park zu gestalten und stellte dafür 50 Mio. US-$ zur Verfügung. „Ich gehe dort jeden Tag um 7 Uhr früh laufen, es ist ein unglaublicher Erfolg: es sind Millionen von Leuten jährlich auf der High Line. Eine ihrer interessantesten Funktionalitäten ist, obwohl sie so erfolgreich ist, daß bis heute – sechseinhalb Jahre nach der Eröffnung – noch kein Verbrechen gemeldet worden, das dort stattgefunden hätte. Nicht eine gestohlene Handtasche, obwohl Millionen Leute dort verkehren. Und das ist natürlich auch eine Funktionalität von der Liebe, die von den Architekten und Designern in das Ding hineingesteckt worden ist. Es ist Teil der Funktionen", zeigte sich Sagmeister begeistert.

Als letztes Beispiel nannte er ein Projekt in Tirol: Den Skyspace von James Turell, der in Lech in Vorarlberg realisiert wird und „der eine unglaubliche Schönheit besitzt, eine andere Gestaltung, eine ähnliche Idee". Sagmeister glaubt, „daß wir schon oft auf dem richtigen Weg sind. Auch wenn ich mir die Elb-Philharmonie von Pierre de Meuron in Hamburg anschaue – ich war dort auf der Baustelle und weiß, man ist viel zu spät und sie kommt viel zu teuer. Aber sie wird sich, wenn sie fertig ist, glaube ich, als absolutes Juwel herausstellen. Und auch das Monument am Ground Zero in Manhattan von Michael Arad funktioniert durch die Schönheit, es funktioniert auch durch den unglaublichen Lärm, den diese Wasserfälle machen, weil es Besinnung erlaubt, weil der komplette Verkehrslärm von Manhattan ausgeschaltet wird – auch das ist Teil der Funktionalität der Schönheit", schloß der Auslandsösterreicher des Jahres 2016 unter langanhaltendem Beifall seinen Vortrag und stand noch für die Beantwortung von einigen Fragen zur Verfügung. ■

Fotos

Fotos von der AÖWB-Tagung finden Sie hier:
https://flic.kr/s/aHskDdhAbo

Links zu diesem Beitrag

http://www.weltbund.at
http://www.austrians.org
http://www.bmeia.gv.at
http://www.feldkirch.at
http://www.montforthausfeldkirch.com
http://www.schattenburg.at
http://www.rauch.cc/at
http://www.gemeindebund.at
http://www.doppelmayr.com
http://www.vorarlberg.at
http://www.parlament.gv.at
http://sagmeisterwalsh.com
http://www.MAK.at
http://www.lobmeyr.at

Innenpolitik

Nationalfeiertag 2016

Erstmals fanden die Feierlichkeiten auf dem Wiener Heldenplatz ohne Bundespräsidenten statt. Die Festrede hielt heuer Nationalratspräsidentin Doris Bures.



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Am Wiener Heldenplatz (v.r.): Bundeskanzler Christian Kern, Nationalratspräsidentin Doris Bures, Wiens Landtagspräsident Prof. Harry Kopietz, Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil und Generalstabschef Othmar Commenda beim Abschreiten der angetretenen Rekruten

Mit den traditionellen Kranzniederlegungen beim äußeren Burgtor begann der Nationalfeiertag 2016. Die Bundesregierung, angeführt durch Bundeskanzler Christian Kern und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner, sowie die Opferverbände gedachten der Angehörigen des Österreichischen Bundesheeres, die im Dienst und Einsatz verunglückt oder verstorben sind bzw. der Opfer im Kampf für Österreichs Freiheit.

„Ich gelobe…“ hallte es am Heldenplatz. Am Vormittag leisteten dann in Anwesenheit der Bundesregierung rund 1200 Rekruten, darunter 37 Soldatinnen, aus allen Bundesländern am Wiener Heldenplatz ihr Treugelöbnis auf die Republik Österreich.

Bures: Mögen viele Frauen die Männerbastion Bundesheer erobern

Das Österreichische Bundesheer stellt sich nicht nur den neuen Bedrohungen, es reagiert auch auf Veränderungen in unserer Gesellschaft, betonte Nationalratspräsidentin Doris Bures am 26. Oktober anläßlich der Angelobung von RekrutInnen des Österreichischen Bundesheeres am Wiener Heldenplatz. Dieser traditionelle Termin des Bundespräsidenten am Nationalfeiertag wurde heuer ihr wahrgenommen, da Österreich ja frühestens im Jänner 2017 ein Staatsoberhaupt haben wird.

In ihrer Ansprache sagte die Nationalratspräsidentin: „Heute spiegelt das Bundesheer die Diversität unseres Landes in weiten Teilen wider: Menschen unterschiedlichster Herkunft dienen der Republik im österreichischen Bundesheer.“ Die RekrutInnen, die am Nationalfeiertag ihr Gelöbnis als SoldatInnen der Republik Österreich ablegten, könnten das in der Gewissheit tun, in einem Heer zu dienen, das sich Werten wie Verantwortung, Schutz der Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Frieden und Solidarität, verschrieben hat. „Ich wünsche Ihnen, daß Sie ihre Zeit beim österreichischen Bundesheer als Bereicherung empfinden und viele wertvolle Eindrücke und Erfahrungen für Ihr weiteres Leben mitnehmen können“, so die Nationalratspräsidentin.

Das Bundesheer werde zudem – wenn auch langsam – weiblicher, sagte Bures, die ausdrücklich die klare Zielsetzung des Bundesministers für Landesverteidigung und des Generalstabes begrüßte, in den nächsten Jahren mehr Frauen ins Bundesheer zu bringen. „Seit wenigen Monaten gibt es auch im höchsten Dienst des Militärs, dem Generalstabsdienst, erstmals eine Frau. Das ist ein ermutigendes Zeichen. Weitere mögen folgen, denn das Bundesheer soll Frauen eine gute Ausbildung, untypische Arbeitsplätze und neue Karrierechancen bieten. In diesem Sinne wünsche ich der neuen Beraterin für



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Christian Kern (r.) und Vizekanzler und Bundesminister Reinhold Mitterlehner bei der traditionellen Kranzniederlegung am Grabmal des unbekannten Soldaten zum Gedenken an die Gefallenen und Vermißten der beiden Weltkriege vor der Krypta am Heldenplatz

Frauenfragen im Österreichischen Bundesheer von Herzen alles Gute. Mögen viele Frauen mit ihrer Hilfe die Männerbastion Bundesheer erobern!“

Kern: Österreichs Erfolgsgeschichte ist das Ergebnis der Leistung von vielen

„Der Nationalfeiertag erinnert uns an die Wiedererlangung der vollen staatlichen Souveränität unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg. Es ist der Tag, an dem die große Erfolgsgeschichte des neuen Österreich so richtig begann. Und der Nationalfeiertag ist auch immer ein Tag, der uns daran erinnert, was uns ausmacht, was uns stark macht, wer wir sind“, sagte Bundeskanzler Christian Kern. Seine Rede und der traditionelle Sonderministerrat fanden im Rahmen der Angelobung der 1198 RekrutInnen statt.

Österreichs Erfolgsgeschichte werde in der Gemeinschaft geschrieben: „Sie ist das Ergebnis der Leistung von vielen“, so Kern. „Zwei Millionen Menschen sind in Österreich als Freiwillige in Vereinen und Organisationen tätig. Der wichtigste Grund, den Freiwillige für ihr unentgeltliches Engagement angeben, ist: Ich möchte anderen helfen. Gemeinsam mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und all jenen, die sich in den über 2000 Gemeinden Österreichs für ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzen, tragen sie unsere Gemeinschaft. Dieses Engagement ist der schönste Beweis für ein zukunftsorientiertes Österreich-Bewußtsein. Wir wissen: Weiterbringen werden wir Österreich nur, wenn wir zusammenhalten, wenn wir miteinander anpacken. In Österreich sind Patrioten die, die ihr Land gemeinsam vorwärts bringen“, sagte der Kanzler. Polarisierung und Spaltung in der Gesellschaft würden dagegen den Zusammenhalt gefährden.



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsidentin Doris Bures und Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil im Gespräch mit soeben angelobten Rekrutinnen des Bundesheeres

„Der Nationalfeiertag gibt uns die Gelegenheit, kurz inne zu halten und zu erkennen, worum es wirklich geht: Wir müssen alle gemeinsam an einem rotweißroten Strang ziehen. Durch ein kluges Miteinander mehr erreichen, das ist auch der Grundgedanke der europäischen Integration“, so der Bundeskanzler. Unsere Zukunft liege darin, vor allem jungen Menschen eine Perspektive zu geben: „Wir müssen unseren Kindern die Chance geben, daß sie ihre Talente und Fähigkeiten voll entfalten können. Mit der Sicherheit eines starken sozialen Netzes, das da ist, wenn sie es brauchen, und mit der Gewißheit, daß sich Arbeit und Leistung lohnen. Das muß die Botschaft des österreichischen Weges sein und das ist auch ein guter Grundsatz für die Zukunft Europas.“

„Das Bundesheer unseres erfolgreichen demokratischen Staates wurde auf der Grundlage des vor 61 Jahren beschlossenen Neutralitätsgesetzes eingerichtet. Unsere Soldatinnen und Soldaten verteidigen und schützen unser Land“, so Kern. Das Bundesheer sei vor allem ein Modell für Solidarität innerhalb und außerhalb Österreichs: „Es ist ein Kristallisationspunkt der Gemeinschaft. Wer mit dem Abzeichen des österreichischen Bundesheeres auf der Uniform seinen Dienst tut, der bringt sein Land weiter – beim Katastrophenschutz, bei der Sicherung unserer Grenzen, beim Einsatz im Ausland oder im Rahmen eines Mandats der Vereinten Nationen. Diese Leistung verdient jeden Respekt und sie ist ein Grund für Stolz. Österreich sagt seinen Soldatinnen und Soldaten danke für ihren Einsatz“, so der Bundeskanzler abschließend.

»Auf unser Heer kommt's an. Mit Sicherheit.«

Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil war in seiner Funktion zum ersten Mal am Heldenplatz dabei. Er war nicht nur auf die Leistungsschau des Bundesheeres, sondern auch auf die feierliche Angelobung stolz. „Das Bundesheer ist ein Garant für die Souveränität und Neutralität Österreichs“, so Doskozil. Und er begrüßte die Unterstützung der Bundesregierung bei der Errichtung eines Denkmals für die Soldaten des Bundesheeres der 2. Republik. ■

Innenpolitik

Bundespräsidenten-Stichwahl

Nationalrat fixierte 4. Dezember als Wahltermin – FPÖ und Team Stronach stimmten gegen Gesetzesantrag

Es ist fix: Die Wiederholung der Bundespräsidenten-Stichwahl wird am 4. Dezember, und nicht, wie ursprünglich geplant, am 2. Oktober, stattfinden. Ein entsprechender Beschluß wurde am 21. September vom Nationalrat gefaßt. Neben den Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP stimmten auch die Grünen und die NEOS für den neuen Wahltermin und stellten damit die erforderliche Zweidrittelmehrheit sicher. Für den Abschluß des parlamentarischen Verfahrens brauche es dann nun noch den Sanktus des Bundesrats, der am 23. September mit breiter Mehrheit dafür aussprach, keinen Einspruch gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrats zu erheben.

Basis für den Beschluß des Nationalrats bildete ein in der vorhergehenden Woche eingebrachter Gesetzesantrag, der neben der Wahlverschiebung auch die Festlegung eines neuen Stichtags und damit verbunden die Aktualisierung der Wählerverzeichnisse zum Inhalt hatte. Durch diese Bestimmungen wird auch jenen ÖsterreicherInnen die Teilnahme an der Wahl am 4. Dezember ermöglicht, die nach dem ersten Wahlgang am 24. April das 16. Lebensjahr vollendet haben. Den WählerInnen wird außerdem ausdrücklich gestattet sein, das Kuvert mit dem Stimmzettel selbst in die Wahlurne zu werfen, ein entsprechender Zusatzantrag wurde bei der Abstimmung mit angenommen.

Der Grund für die neuerliche Verschiebung der Wahl

Grund für die Verschiebung der Stichwahl sind schadhafte Briefwahl-Kuverts. Aufgrund gehäufter Meldungen über sich auflösende Klebestellen wäre es nach Meinung von SPÖ, ÖVP, Grünen und NEOS nicht möglich gewesen, am 2. Oktober eine ordnungsgemäße und faire Wahl durchzuführen. Damit sich die Panne nicht wiederholen kann, werden bei der Wahl am 4. Dezember auch andere Wahlkuverts zum Einsatz kommen, nämlich solche, die schon zwischen 1990 bis 2009 in Verwendung standen. Gegen die Wahlverschiebung stimmten die FPÖ und das Team Stronach, wobei FPÖ-Chef Heinz Christian Strache von einer der größten Peinlichlichkeiten der Zweiten Republik sprach.



Foto: http://www.bilderbox.biz

Durch die Verschiebung des Wahltermins verzögert sich auch die Angelobung des neuen Bundespräsidenten ein weiteres Mal. Als Termin für die Sitzung der Bundesversammlung ist nun der 26. Jänner 2017 in Aussicht genommen. Darüber wurde am 26. September in der Präsidiale des Nationalrats Einvernehmen erzielt.

Zentrales Wählerregister könnte schon im November beschlossen werden

In der Debatte verteidigten neben den Klubobleuten Andreas Schieder (SPÖ), Eva Glawischnig-Piesczek (Grüne) und Matthias Strolz (NEOS) unter anderem auch die Abgeordneten Wolfgang Gerstl (ÖVP), Albert Steinhauser (Grüne) und Nikolaus Scherak (NEOS) die Wahlverschiebung. Angesichts der aufgetretenen Probleme bleibe dem Parlament gar nichts anderes übrig, als einen entsprechenden Beschluß zu fassen, unabhängig von der Frage der Schuld und der Verantwortung, hielt etwa Schieder fest. Auch für NEOS-Chef Strolz ist eine Verschiebung der Wahl angesichts der Dimension der Probleme die einzige mögliche Antwort, auch wenn die BürgerInnen schon genervt seien, wie er meinte.

Jede Stimme zähle, hoben sowohl ÖVP-Verfassungssprecher Gerstl als auch Grünen-Klubobfrau Glawischnig-Piesczek hervor. Anders als die FPÖ seien die Grünen nicht bereit, den Verlust von tausenden Wählerstimmen bei der Wahl in Kauf zu nehmen, hielt Glawischnig fest. Ihrer Meinung nach wäre es verantwortungslos, WählerInnen, die schuldlos ein schadhaftes Briefwahl-Kuvert bekommen haben, ihres Wahlrechts zu berauben. Die FPÖ führe in dieser Frage einen „argumentativen Eiertanz“ auf, kritisierte NEOS-Abgeordneter Scherak, man könne nicht auf der einen Seite die demokratiepolitische Bedeutung des Wahlrechts für jeden Einzelnen hervorheben, gleichzeitig aber gegen die Wahlverschiebung stimmen. Für Gerstl ist besonders erfreulich, daß am 4. Dezember auch 76.000 Jugendliche wählen werden können, die im ersten Wahlgang noch nicht wahlberechtigt waren.

Kritik an der FPÖ gab es auch in anderen Punkten. So warfen Glawischnig und ihr Fraktionskollege Dieter Brosz der FPÖ vor, mit der Hinterfragung des Wahlrechts für besachwaltete Personen und der Forderung nach einer weitgehenden Abschaffung der Briefwahl, Menschen sukzessive von der Wahl ausschließen zu wollen. Für Grünen-Justizsprecher Steinhauser ist es zudem demokratiepolitisch äußerst bedenklich, daß jene Partei, die die vom Verfassungsgerichtshof aufgehobene Bundespräsidenten-Stichwahl verloren hat, „den Mythos von Manipulationen pflegt“. Schließlich sei der eigentliche Skandal, daß Alexander Van der Bellen „durch unglaubliche Schlampereien der Wahlbehörden um sein Amt gebracht wurde“.

Gegen Verschwörungstheorien wandte sich auch SPÖ-Klubchef Schieder. Das Vertrauen in die Demokratie habe ohnehin schon genug Schaden genommen, erklärte er und appellierte an beide Seiten, einen fairen Wahlkampf zu führen. Das Zentrale Wählerregister könnte laut Schieder schon im November vom Nationalrat beschlossen werden.

WählerInnen sollen Wahlkuvert selbst in Urne werfen

Der gemeinsame Abänderungsantrag von SPÖ, ÖVP, Grünen und NEOS zur Frage des

Einwerfens des Wahlkuverts in die Wahlurne wurde von Abgeordnetem Nikolaus Prinz eingebracht. Demnach obliegt es künftig primär den WählerInnen selbst, das Kuvert mit dem Stimmzettel in die Urne zu legen. Will das jemand nicht machen, kann er das Kuvert auch weiterhin dem Wahlleiter zum Einwerfen übergeben.

Angesichts der zusätzlichen finanziellen Belastung der Gemeinden durch die Wiederholung und Verschiebung der Stichwahl sprach sich Prinz für einen Kostenersatz für die Gemeinden aus.

Strache: Wahlverschiebung ist »echtes Armutszeugnis«

Zu scharfen Worten griff FPÖ-Chef Heinz Christian Strache. Die Wahlverschiebung sei ein echtes Armutszeugnis, eine Blamage für Österreich, hielt er fest und sprach von einer der größten Peinlichkeiten der Zweiten Republik. Zudem machte er geltend, daß es nachweisbar schon bei der Nationalratswahl 2013 erste Problemfälle mit Briefwahl-Kuverts gegeben haben. Mit einiger Umsicht hätte man seiner Meinung nach die Wahlverschiebung verhindern können. Diese Ansicht vertrat auch FPÖ-Abgeordneter Günther Kumpitsch.

Als Konsequenz aus den Vorkommnissen forderte Strache nicht nur einen Rücktritt des für Wahlangelegenheiten zuständigen Abteilungsleiters im Innenministerium, sondern auch eine generelle Reform der Briefwahl. Ein Zentrales Wählerregister, die Möglichkeit der Stimmabgabe in allen Wahllokalen und ein Vor-Wahl-Tag könnten seiner Meinung nach dazu beitragen, Mißbrauchsmöglichkeiten gravierend einzudämmen. Strache plädierte außerdem dafür, sich die für die schadhaften Briefwahl-Kuverts verantwortliche Druckerei „etwas näher anzusehen“, die veröffentlichten Bilanzen seien nicht sehr vertrauenserweckend.

Auf eine Reform der Briefwahl drängten auch Straches FraktionskollegInnen Harald Stefan und Petra Steger. Man wisse bei einer Briefwahlstimme nicht, wer tatsächlich „das Kreuzerl“ gemacht habe und ob die Stimmabgabe unbeeinflußt erfolgt sei, meinte etwa Stefan. Er sprach sich daher dafür aus, die Briefwahl künftig nur noch auf AuslandsösterreicherInnen und auf ÖsterreicherInnen, die sich im Ausland aufhalten, einzuschränken. Den Vorwurf, die FPÖ wolle damit Menschen das Wahlrecht nehmen, wies er vehement zurück.

Die FPÖ verbreite auch keine Verschwörungstheorien, bekräftigte Steger. Vielmehr sei es wichtig und notwendig, daß jemand bei Wahlen genau hinschaue. Daß von vielen Seiten nun die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs angezweifelt wird, die Stichwahl aufzuheben, ist für Steger demokratiepolitisch bedenklich.

Zwei Punkte der vorliegenden Gesetzesinitiative trug die FPÖ allerdings mit: Sie stimmte in Zweiter Lesung sowohl für das persönliche Einwerfen des Wahlkuverts in die Urne durch die WählerInnen als auch für die Aktualisierung der Wählerverzeichnisse. Die FPÖ wolle jungen Menschen die Chance geben, an der Wahl teilzunehmen, erklärte Stefan, wiewohl man es als nicht ganz unproblematisch sehe, daß es damit zu keiner echten Wahlwiederholung komme.

Team Stronach hält Neuauflage der Wählverzeichnisse für problematisch

Zur Gänze abgelehnt wurde der Gesetzesantrag vom Team Stronach, allerdings nicht wegen der Wahlverschiebung, wie Klubobmann Robert Lugar erklärte. Ihm und seinem Fraktionskollegen Christoph Hagen bereitet vielmehr die Aktualisierung des Wählerverzeichnisses „großes Bauchweh“. Durch die Neufestsetzung des Stichtags werde die Vorgabe des Verfassungsgerichtshofs, die Wiederholung der Stichwahl zu denselben Bedingungen abzuhalten wie den ursprünglichen Urnengang, nicht erfüllt. Hagen hält es außerdem für demokratiepolitisch äußert bedenklich, daß nunmehr WählerInnen bei der Stichwahl wahlberechtigt sein werden, die im ersten Wahlgang nicht mitwählen durften.

Abgeordneter Marcus Franz (ohne Fraktion) sprach sich schließlich dafür aus, sich mit der Frage des Wahlrechts für Demenzkranke intensiv auseinanderzusetzen. Es gebe schon derzeit rund 100.000 Demenzkranke in Österreich, diese Zahl werde künftig deutlich steigen, prognostizierte er. Viele der Betroffenen würden per Briefwahl wählen, was Mißbrauchsmöglichkeiten eröffne.

Auswirkungen auf den Bundesrat

Daß die Angelobung des neu gewählten Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung erst 2017 stattfinden wird, hat auch Folgen auf anderer Ebene. Nicht der derzeitige Bundesratspräsident Mario Lindner wird Alexander Van der Bellen oder Norbert Hofer angeloben, sondern seine Nachfolgerin Sonja Ledl-Rossmann. Grund dafür ist, daß das Land Tirol mit Jahresbeginn den Vorsitz in der Länderkammer von der Steiermark übernimmt.

Die ÖVP legte Vorschläge für ein neues Wahlrecht vor

Im Zuge der aktuellen Diskussion rund um ein neues Wahlrecht hat der ÖVP-Parlamentsklub am 23. September seine „Vorschläge für ein neues Wahlrecht“ bei einer gemeinsamen Pressekonferenz von ÖVP-Klubobmann Reinhold Lopatka und -Verfassungssprecher Wolfgang Gerstl präsentiert. „Es ist uns ein großes Anliegen, so viele Menschen wie möglich zur Wahl zu bringen und Wählen sicherer zu machen. Dafür ist ein neues Wahlrecht die wichtigste Grundvoraussetzung“, betonte Lopatka.

Ziel sei es, die Gültigkeit abgegebener Stimmen sicherzustellen und Befürchtungen, eine Wahl könnte aufgrund von technischen Pannen oder fehlerhaftem Vorgehen wiederholt werden müssen, auszuräumen. Gerstl: „Wählen muß wieder ernst genommen und das Wahlrecht muß praxisgerechter werden. In einer Demokratie geht es darum, daß alle Bürgerinnen und Bürger mitbestimmen und wählen können. Gleichzeitig geht es um die größtmögliche Sicherheit für die Wählerinnen und Wähler.“ Daher habe man einen Sieben-Punkte-Plan erarbeitet, der ein erster Schritt in diese Richtung sei.

Den zweiten der Punkte bildet die Einführung von E-Voting zuerst für AuslandsösterreicherInnen, von denen es derzeit rund 400.000 gebe, aber nur knapp 25.000 mittels Briefwahl teilnehmen. Ziel sei es, daß mehr AuslandsösterreicherInnen an der Wahl teilnehmen können. Es geht um eine Weiterentwicklung der Distanzwahl – also der Stimmabgabe in einem fremden Wahllokal oder per Briefwahl. Länder wie Estland oder die Schweiz nutzen E-Voting bereits erfolgreich, mehr als 30 Prozent der Stimmen würden in Estland mittels dieses Systems abgegeben. Mehr als 60 Prozent der AuslandsschweizerInnen haben in Bern zuletzt so gewählt. „Der Vorteil von E-Voting liegt darin, daß im Gegensatz zur Briefwahl bis zum Schluß abgestimmt und die Wahlentscheidung überdacht werden kann“, erklärte der ÖVP-Klubobmann. Klar sei, daß absolute technische Sicherheit sowie die Datensicherheit dabei Priorität haben müßten. Zwar seien die technischen Möglichkeiten bereits heute verfügbar, dennoch werde die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen Zeit in Anspruch nehmen.

Die Einführung des E-Votings für die nächsten Nationalratswahlen werde wohl nicht möglich sein. ■

http://www.parlament.gv.at

Quelle: Parlamentskorrespondenz, ÖVP-Parlamentsklub

Innenpolitik

PolitikerInnen brauchen Mut, das Notwendige zu tun

Symposium über Reformpolitik und Reformhindernisse im Parlament



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

v.l.: Dieter Halper, Politologe Peter Filzmaier, Franz Schellhorn (Agenda Austria), 2. NR-Präsident Karlheinz Kopf, Moderator Michael Fleischhacker, Chefredakteurin Alexandra Föderl-Schmid, Thomas Hofer (Public Affairs) und 2. NR-Präsident a.D., BM a.D. Heinrich Neisser

Vor 50 Jahren, im Jahre 1966, begann für die Zweite Republik ein neues Kapitel ihrer Geschichte. Bundeskanzler Josef Klaus bildete aufgrund einer absoluten Mandatsmehrheit der ÖVP erstmals eine Alleinregierung in Österreich und startete mit einer reformorientierten Politik in eine neue Ära. Vier Jahre später verlor die ÖVP die Nationalratswahlen. Diese historische Erfahrung nahm der Zweite Nationalratspräsident Karlheinz Kopf zum Anlaß, seine parlamentarische Veranstaltungsreihe „Demokratie – Quo Vadis?“ am 11. Oktober mit einem prominent besetzten Symposium zum Thema „Himmelfahrtskommando ‚Reformregierung‘ – vom Risiko, Mut in der Politik zu haben“, fortzusetzen.

„Warum laufen Regierungen mit Reformwillen und Mut zur Entscheidung Gefahr, abgewählt zu werden?“ Diese Frage stand im Mittelpunkt der gemeinsam mit der Politischen Akademie und NZZ.at (dem Internet-Ableger der „Neuen Zürcher Zeitung“, Anm.) organisierten Veranstaltung. Antworten suchte der Politikwissenschaftler Peter Filzmaier in einem Impulsreferat. Danach nahmen der ehemalige Staatssekretär, Bundesminister, ÖVP-Klubobmann und Zweiter Nationalratspräsident Heinrich Neisser, die Chefredakteurin des „Standard“, Alexandra Föderl-Schmid, der Geschäftsführer von „Public Affairs“ Thomas Hofer, der Managing Director von „Agenda Austria“, Franz Schellhorn, am Podium des Abgeordnetensprechzimmers Platz. Für die Moderation der Diskussion sorgte der Chefredakteur von NZZ.at, Michael Fleischhacker.

Kopf: PolitikerInnen brauchen Mut, das Notwendige zu tun

In seiner Einleitung erinnerte Kopf an die zwiespältigen Reaktionen, die Reformpolitik auslösen kann, vor allem, wenn es um Veränderungen im Sozialstaat geht. Was manche als nicht ausreichend kritisieren, lehnen andere ab, sei es aus Sehnsucht nach Geborgenheit oder aus Angst vor sozialem Abstieg. Kopf forderte mit Nachdruck Mut zu Reformen und appellierte an die PolitikerInnen, angesichts des nächsten Wahltags nicht in Starre zu verfallen. „Es gibt nichts Gefährlicheres als eine Politik, die den Menschen sagt, sie hätten schon alles getan und können sich zurücklehnen“, warnte Kopf und nannte als positive Beispiele drei Reformpolitiker – den ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson, Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel –, die den Mut hatten, den Menschen nicht nur Angenehmes zu versprechen, sondern auch das Notwendige zu tun.

Filzmaier: Tabus erschweren den politischen Diskurs über Reformen

Peter Filzmaier versteht Reform als nicht revolutionäre, nicht gewaltsame, aber doch einschneidende Umgestaltung im Rahmen des gesellschaftlichen Wandels. In Österreich drängen manche mit Nachdruck auf Reformen, andere wollen zwar alles ändern, aber nicht bei sich selbst. Es gäbe aber auch Menschen, die Reformen ablehnen und meinen, „früher war alles besser“. Den politischen Diskurs über Reformen sieht Filzmaier in Österreich durch die starke Tabuisierung bestimmter Themen wie Pensionen und Einkommen erschwert. Für bedenklich hält der Politologe die aktuell schlechten Werte für die Politik und die PolitikerInnen im aktuellen Vertrauensindex sowie Umfrageergebnisse, die eine wachsende Politik-, Demokratie- und Parteienverdrossenheit sowie eine zunehmende Bereitschaft zur Radikalisierung anzeigen.

Eine alternde, sich urbanisierende, digitalisierende und internationalisierende postindustrielle Gesellschaft braucht politische Reformen, betont Filzmaier.

Verhindert würden Reformen durch Polarisierungen, die auf Klüfte zwischen Alters- und Geschlechtergruppen, zwischen In- und Ausländern, Bildungsunterschiede und Verlustängste zurückzuführen seien. Die Menschen nehmen die Politik oft als institutionell, abstrakt und die PolitikerInnen als Menschen wahr, die nichts vom Leben verstehen. Den Parteien werde immer weniger zugetraut, gute Reformen zu machen. Bevölkerung, Politik und Medien sieht Filzmaier in einer Spirale, in der Politikenttäuschung und Desinteresse zu Populismus führen. Dazu kommen mediale Dramatisierungen statt seriösem Journalismus und damit noch mehr Enttäuschung und noch weniger Sachbezug. Wichtig sei beim Thema Reformpolitik die Frage der Interessen, die mit jeder Reform verbunden sind – das ist Sache der Politik, schloß der Politikwissenschaftler. ■

http://www.parlament.gv.at

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Innenpolitik

Bundesregierung beschließt neues Sicherheitsmanagement

Die Rolle des Bundesheeres wird gestärkt



Foto: BKA / Regina Aigner

Beim Medienbriefing über die Regierungssitzung am 27. September (v.l.): Innenminister Wolfgang Sobotka, Staatssekretär Harald Mahrer, Kanzleramtsminister Thomas Drozda und Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil

Angesichts der Erfahrungen während der Migrationskrise und aufgrund der neuen Herausforderungen für die Sicherheit wie Terrorismus und Cyberbedrohungen wird das Krisenmanagement der Republik Österreich neu organisiert.

Nach der Ministerratssitzung vom 27. September berichteten Kanzleramtsminister Thomas Drozda, Staatssekretär Harald Mahrer, Verteidigungsminister Peter Doskozil und Innenminister Wolfgang Sobotka über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Sicherheit. Um in Krisensituationen in Zukunft effizienter handeln zu können, soll ein neues Sicherheitsmanagement eingerichtet werden.

Sicherheitskabinett im Krisenfall

Bei entsprechender Krisenlage kann von der Bundesregierung ein Sicherheitskabinett einberufen werden. Dieses Kabinett soll aus dem Bundeskanzler, dem Vizekanzler, dem Verteidigungsminister, dem Innen-, dem Außen- und dem Finanzminister bestehen und kann bei Bedarf auch erweitert werden. Das Sicherheitskabinett soll keine dauernde Einrichtung sein, seine Notwendigkeit wird laufend überprüft und kann gegebenenfalls beendet oder verlängert werden. Zur Bewältigung ziviler Krisenlagen sollen auch die organisatorischen Rahmenbedingungen im Sicherheits- und Krisenmanagement-Gesetz festgeschrieben werden.

Schutz der EU-Außengrenzen und Auslandsengagement

Um eine erhöhte Sicherheit zu gewährleisten soll zum Schutz der Außengrenze der Europäischen Union stärker mit EU-Partnern kooperiert werden, beispielsweise im Rahmen von FRONTEX.

Zur Schaffung von Registrierzentren und Anlaufstellen für Flüchtlinge außerhalb Europas soll zudem verstärkt mit relevanten Drittstaaten zusammengearbeitet werden. Bei der Luftraumüberwachung sollen bilaterale Verträge zu einer besseren Zusammenarbeit führen. Das Engagement zur Fluchtursachenbekämpfung soll ebenso ausgeweitet werden. Dafür wird auch die Schaffung eines Stabilisierungsfonds für internationale Krisen angedacht.

Bundesheer wird gestärkt

Die Rolle des Bundesheeres wird dabei gestärkt. Der Mehrwert: Klare Zuständigkeiten, schnelle Abläufe bei wichtigen Entscheidungen und eine klare Verteilung der Aufgaben zwischen dem Bundesheer und zivilen Einsatzorganisationen.

Das Bundesheer ist ein unverzichtbares Element der Sicherheitsvorsorge mit neuen, gesetzlich festgeschriebenen Aufgaben. Der verfassungsgesetzliche Rahmen wird an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts angepaßt und die gesamtstaatliche Koordinierung gestärkt. Die zentralen Beschlüsse sind:

Neue Kompentenzen für das Bundesheer

Diese umfassen:

- Das Bewachen von ausländischen Botschaften,
- Beiträge zur erweiterten Katastrophenvorsorge,
- die Abwehr von Gefahren aus der Luft (z.B. Abwehr von Drohnen),
- den Schutz kritischer Infrastruktur als neue Hauptaufgabe der Miliz – und dadurch auch eine nachhaltige Absicherung der allgemeinen Wehrpflicht und der Miliz.

Cyber-Verteidigung, Abwehramt und Heeresnachrichtenamt

Die Fähigkeiten des Militärs zur Cyber-Verteidigung werden ausgebaut. Auch das Abwehramt und das Heeresnachrichtenamt als strategischer Auslandsdienst werden verstärkt, insbesondere für Zwecke der Vorbeugung von Terrorismus.

EU-Außengrenzen

Zu einer wichtigen Aufgabe in Auslandseinsätzen des Heeres wird das Sichern der EU-Außengrenzen. Die dafür nötigen gesetzlichen Entsende-Bestimmungen werden angepaßt.

Luftraumüberwachung

In der Luftraumüberwachung wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im gesamten Spektrum ausgebaut. Dies beinhaltet unter anderem den Austausch von Luftlagedaten, die Materialerhaltung und die Nachteile über Staatsgrenzen hinweg bis hin zu gemeinsamen Beschaffungsvorhaben mit Partnerstaaten. ■

http://www.bundesheer.at

Wirtschaftlich-touristischer Gedankenaustausch

Landeshauptmann Niessl, Landtagspräsident Illedits, Wirtschaftskammerpräsident Nemeth und VerteterInnen von Wirtschaft und Tourismus des Burgenlands reisten in Süden Polens in der Woiwodschaft Schlesien.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Landtagspräsident Christian Illedits, Bürgermeister Dariusz Skrobol, Landeshauptmann Hans Niessl, der Vizemarschall von Schlesien, Kazimierz Karolczak und der stellvertretende Wojewode Jan Chrzaszcz bei ihrem Zusammentreffen im Rathaus in Pszczyna

Bereits kurz nach ihrer Ankunft in Polen trafen Landeshauptmann Hans Niessl, Landtagspräsident Christian Illedits, Wirtschaftskammerpräsident Honorarkonsul Peter Nemeth und die weiteren Teilnehmer der burgenländischen Wirtschafts- und Tourismusdelegation bei einem Aufenthalt in Pszczyna, zu Deutsch Pless, einer Stadt im Süden Polens in der Woiwodschaft Schlesien, mit Bürgermeister Dariusz Skrobol, Kazimierz Karolczak, Vizemarschall von Schlesien, und dem stellvertretenden Wojewoden Jan Chrzaszcz am 5. Oktober im Rathaus zusammen. Im Mittelpunkt des regen wirtschaftlichen Gedankenaustausches standen die äußerst positive Entwicklung im burgenländischen Tourismus und die damit verbundene Erfolgsgeschichte der burgenländischen Thermenstandorte.

Die 50.000 Einwohner-Stadt Pszczyna mit einem Einzugsgebiet von 10 Millionen Menschen, der Nähe zu drei Flughäfen und wichtigen Straßenverbindungen, setzt unter dem Motto „Tradition mit Modernität verbinden“ ganz auf den Tourismus und auf Projekte nach burgenländischem Vorbild.

Am Abend führte Niessl dann Gespräche mit hochrangigen polnischen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung. „Persönliche Beziehungen sind die Basis für eine gute Zusammenarbeit. Die bisherigen freundschaftlichen Kontakte und erfolgreichen wirtschaftlichen Kooperationen sind ein Beleg für eine gute Partnerschaft. Durch unseren Besuch hoffen wir, daß wir diese Kooperation weiter vertiefen, weiter ausbauen und nachhaltig gestalten können. Daher bauen wir heute bereits ein breites Fundament einer gelebten Partnerschaft und somit einer erfolgreichen Zukunft unserer beiden Länder“, betonte der Landeshauptmann.

Polen zählt seit Jahren zu den wachstumsstärksten EU-Mitgliedsstaaten. Das polnische reale BIP ist 2015 durchschnittlich um 3,6 Prozent gewachsen. 2017 soll sich das Wachstum ebenfalls in dieser Höhe bewegen. Eine Prognose der EU-Kommission zeigt, daß sich die polnische Wirtschaft 2016/17 stärker als die der direkten Nachbarn entwickeln wird. Die polnische Binnennachfrage, sowie die Konsumausgaben sollen sich 2016/17 ebenfalls bei etwa 3,8 Prozent bewegen und wären damit fast doppelt so hoch, wie im EU-Durschnitt. Die realen Löhne sollen 2016 um 3 und 2017 um 2,5 Prozent steigen und wären damit fast dreimal so hoch wie im EU-Durchschnitt.

Niessl dazu: „Auch die wirtschaftliche Entwicklung des Burgenlandes ist beachtlich. Das Burgenland zählt in den letzten Jahren mit dem höchsten Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum, mit Rekordzahlen im Tourismus und seiner Vorreiterrolle im Natur- und Umweltschutz zu den wachstumsstärksten Regionen Österreichs. Gestalten wir deshalb gemeinsam die Zukunft unserer beider Länder, denn eine verstärkte Zusammenarbeit wäre für beide Länder eine Win-Win-Situation!“

Im Zeichen der burgenländisch-polnischen Freundschaft

Anläßlich des Besuches wurden bei einem Empfang der Wirtschaftskammer und des Landes Burgenland Thomas Buchsbaum, Botschafter der Republik Österreich in Polen, und Karl Schmidt, Wirtschaftsdelegierter der Wirtschaftskammer Österreich in Warschau, von Landeshauptmann Hans Niessl, Landtagspräsident Christian Illedits und Wirtschaftskammerpräsident Honorarkonsul Peter Nemeth mit dem Großen Ehrenzeichen des Landes Burgenland gewürdigt.

„Bei der heutigen Veranstaltung stehen zwei wichtige Persönlichkeiten und Wegbegleiter des Burgenlandes im Mittelpunkt. Botschafter Dr. Thomas Buchsbaum und DI Dr. Karl Schmidt haben sich durch harte Arbeit und herausragenden Leistungen große Verdienste für unser Heimatland Burgenland erworben. Sie haben ihre Arbeit stets mit grossem Engagement, Fleiß und Einsatz geleistet. Ich möchte Ihnen heute für Ihre besonderen und herausragenden Leistungen Dank, Respekt und Anerkennung aussprechen“, so der Landeshauptmann bei seiner Laudatio.

Ob beispielsweise in den Abteilungen für Westeuropa, Nahost und Afrika im Außenministerium oder als Attaché an der Österreichischen Botschaft in Damaskus bzw. vielfältigen diplomatischen Aufgaben in den Botschaften von Budapest, Algier, New Delhi, Tokio, Iran und nunmehr Polen, überall hat Botschafter Buchsbaum maßgebliche Initiativen für Österreich gesetzt. Besondere Verdienste hat er sich als Botschafter in Polen im Zusammenhang mit dem Burgenland vor allem durch die Förderung des Gedenkens an die Ermordung tausender burgenländischer Roma in Auschwitz bzw. Kulmhof erworben.

Der gebürtige Donnerskirchner Karl Schmidt begann seinen beruflichen Werdegang 1980 im Außenhandelsministerium. Bereits ein Jahr später wurde er als Gesandtschaftsrat in die Österreichische Botschaft nach Warschau berufen, wo er bis 1984 tätig war. Von Warschau führte ihn sein Weg in die ganze Welt. Was die Verbindung von Karl Schmidt mit dem Burgenland betrifft, so ist es ihm zu einem sehr hohen Maße zu verdanken, daß die wirtschaftlichen Beziehungen im Ausland besonders gefördert und intensiviert werden. Bei diversen Auslandsbesuchen burgenländischer Delegationen hat Schmidt stets maßgeblich dazu beigetragen, diese in entsprechender Form zu gestalten und die geeigneten Ansprechpartner für die burgenländischen Wirtschaftsbetriebe zu finden.

Begleitet wurde dieser Empfang der Wirtschaftskammer Burgenland mit burgenländischen Weinen vom „Seewinkelhof“ Salzl und den Vereinten Winzern Horitschon. „Im Burgenland ist es gute Sitte, als Gastgeschenk Wein mitzubringen, denn wir sind stolz auf unsere Weinkultur und – wie hier in Krakau – auf unseren Wein als Botschafter der Freundschaft, als Begleiter von Partnerschaften. Durch eine intensive Kontaktnahme mit relevanten polnischen Firmenvertretern sowie mehreren Treffen bzw. Arbeitsgesprächen mit hochrangigen politischen Persönlichkeiten, sind wir hier vor Ort diesem Ziel einer nachhaltigen wirtschaftlichen und touristischen Partnerschaft, einer daraus resultierenden Erweiterung des Marktpotenzials und gesteigerten Internationalisierung für das Burgenland wieder einen großen Schritt näher gerückt“, betonte Wirtschaftskammerpräsident Honorarkonsul Peter Nemeth.



Thomas Buchsbaum (2.v.l.) mit (v.l.) Landtagspräsident Christian Illedits, Landeshauptmann Hans Niessl und Wirtschaftskammerpräsident Honorarkonsul Peter Nemeth



Karl Schmidt (2.v.r.) mit (v.l.) Landeshauptmann Hans Niessl, Wirtschaftskammerpräsident Honorarkonsul Peter Nemeth und Landtagspräsident Christian Illedits

Fotos: Bgld. Landesmedienservice

Burgenland in Krakau auf dem Weg zu noch mehr Internationalisierung

Am zweiten Tag ihrer Polen-Reise trafen Landeshauptmann und Landtagspräsident in Krakau mit Jacek Krupa, Marschall der Wojewodschaft Kleinpolen, Prof. Jacek Majchrowskin, Stadtpräsident von Krakau, sowie mit dem Wojewoden der Wojewodschaft Kleinpolen, Józef Pilch, zu informellen Gesprächen zusammen.

Weiteres standen an diesem Tag unter der Federführung des Wirtschaftskammerpräsidenten eine Präsentation von burgenländischen Unternehmen in der Handels- und Industriekammer sowie ein gemeinsamer Besuch bei der Firma Leier Baustoffe auf dem Programm. Leier, der als einer der ersten Unternehmer nach Osteuropa ging, produziert mit 250 Mitarbeitern am Standort 280 Millionen Ziegel pro Jahr. Heute hat die Leier-Gruppe 40 Standorte in sieben Ländern und insgesamt knapp 2.500 Mitarbeiter. Trotz dieser Größe ist Leier immer noch ein Familienbetrieb.

„Das Burgenland exportiert pro Jahr Waren im Wert von 2 Milliarden Euro ins Ausland. Hier gibt es noch Potential nach oben. Wir haben uns deshalb zum Ziel gesetzt, die burgenländische Wirtschaft und den Tourismus einmal jährlich im Ausland zu präsentieren, um uns in diesen Bereichen international noch besser positionieren zu können, denn nur durch eine gute Vernetzung wird es möglich sein, hier in Krakau und in der Region, einem Markt, der praktisch ‚vor der Haustür' liegt, den Export des Burgenlandes, der in den vergangenen Jahren bereits stark zugenommen hat, noch weiter anzuheben", betonte Niessl.

Polen ist insgesamt gesehen – mit seinem starken Wirtschaftswachstum – für die österreichische Wirtschaft ein wichtiger Exportmarkt. Bisher gibt es in diesem Land 550 österreichische Niederlassungen. Dazu Landtagspräsident Christian Illedits, der das Burgenland im EU-Ausschuß der Regionen vertritt: „Auch in der Weinwirtschaft ist Polen ein interessanter Partner für das Burgenland. Wir sind deshalb bemüht, die Weiterentwicklung dieser bereits bestehenden regionalen Verbindungen mit der Wojewodschaft Kleinpolen weiter zu forcieren und wollen mit Unterstützung der Europäischen Union eine gemeinsame Plattform im Bereich der Weinwirtschaft ins Leben rufen."



Landeshauptmann Hans Niessl mit Jacek Krupa, Marschall der Wojewodschaft Kleinpolen



Landeshauptmann Hans Niessl und Landtagspräsident Christian Illedits mit Prof. Jacek Majchrowskin, Stadtpräsident von Krakau



Fotos: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl, Landtagspräsident Illedits und Wirtschaftskammerpräsident Honorarkonsul Ing. Peter Nemeth beim Zusammentreffen mit Kommerzialrat Michael Leier in der Firma Leier Baustoffe in Wola Rzêdziñska

Besuch am Ort von Stille und Trauer

Mit einer Kranzniederlegung gedachte die Delegation des Burgenlandes am 8. Ok-

tober, dem letzten Tag ihrer Polen-Reise, im ehemaligen deutschen Vernichtungslager Auschwitz der mehr als einer Million Opfer. Das Konzentrationslager, das, beginnend mit 1940, fünf Jahre lang den grausamsten Vernichtungsmechanismus der Welt beherbergte, ist heute eine Gedenkstätte.

Auschwitz war ein nationalsozialistischer Lagerkomplex, der eine Doppelfunktion als Konzentrationslager und Vernichtungslager hatte. Er bestand aus dem Konzentrationslager Auschwitz, dem Vernichtungslager Birkenau – Konzentrationslager Auschwitz II, dem Konzentrationslager Monowitz und etwa 50 weiteren Außenlagern. Der Lagerkomplex befand sich im vom Deutschen Reich annektierten Teil von Polen. Die SS betrieb den Lagerkomplex von 1940 bis 1945 am Westrand der polnischen Stadt Oœwiêcim, zu Deutsch Auschwitz. Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee den Lagerkomplex.

In der Nachkriegszeit ist der Name „Auschwitz“ zu einem Symbol für den Holocaust geworden. Der Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz ist seit 1996 in Deutschland, seit 2005 international der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. ■



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Mit einer Kranzniederlegung gedachte die Delegation im ehemaligen deutschen Vernichtungslager Auschwitz der mehr als einer Million Opfer – im Bild: Landeshauptmann Hans Niessl (r.) und Landtagspräsident Christian Illedits

http://www.burgenland.at
http://www.aussenministerium.at/warschau
http://www.leier.eu
http://auschwitz.org/en/

Ägyptens Energieminister auf Arbeitsbesuch im Burgenland

Mohamed Shaker El-Markabi, Ägyptens Minister für Elektrizität und Erneuerbare Energie, war am 26. September im Burgenland. Wie bereits beim Besuch einer Delegation aus der Region Süd Sinai in der Arabischen Republik Ägypten Ende August, stand Burgenlands Know-how bei der Erzeugung von Windenergie im Mittelpunkt der Gespräche, so Landesrat Norbert Darabos, der in Vertretung von Landeshauptmann Hans Niessl die Gäste im Windenergie-Informationszentrum Weiden am See empfing. Dem Treffen wohnten seitens des Burgenlandes auch Wirtschaftslandesrat Alexander Petschnig und Landtagspräsidentin Ilse Benkö sowie Vertreter der Energie Burgenland Windkraft und des Windkraftanlagenbauers Enercon bei sowie auf ägyptischer Seite der neue Botschafter Ägyptens in Wien, S.E. Omar Amer Youssef, und Hassan Mahmoud Hassanin Taha, Staatssekretär im Ministerium für Elektrizität und Erneuerbare Energie.

Ägypten unternimmt derzeit große Anstrengungen, seine Energieerzeugung verstärkt in Richtung erneuerbarer Energie auszurichten. Bis vor einigen Jahren sei der Energiebedarf noch zu über 90 Prozent mit Gas abgedeckt worden, so Minister Shaker El-Markabi beim Treffen in Weiden am See. Dabei sei es immer wieder zu Stromengpässen gekommen – mit der Konsequenz, daß in einigen Regionen Ägyptens immer wieder stundenweise die Stromversorgung abgeschaltet werden mußte. Deshalb lege man nun den Fokus auf erneuerbare Energien, wobei man neben der Solartechnik auch auf Erzeugung aus Windkraft setze. Die Ziele, die man verfolge, seien ambitioniert, so der Minister. Bis 2020 wolle man den Anteil an erneuerbarer Energie auf 20 Prozent steigern, 2050 soll dieser bei 50 Prozent liegen.

Darabos hob das sehr freundschaftliche Gesprächsklima hervor und betonte, daß seitens Ägyptens großes Interesse an der Umsetzung dieser Projekte bestehe. Erfreulich sei, daß das Burgenland mit seiner Energiepolitik international Beachtung finde und immer wieder als positives Beispiel genannt werde. ■



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Klaus Maras (Energie Burgenland Windkraft Geschäftsführer), Hassan Mahmoud Hassanin Taha (Staatssekretär im Ministerium für Elektrizität und Erneuerbare Energie), Hassan Baroud (Botschaft der Arabischen Republik Ägypten in Wien, Presse und Öffentlichkeitsarbeit), S.E. Omar Amer Joussef (Botschafter der Arabischen Republik Ägypten in Wien), Landesrat Norbert Darabos, Mohamed Shaker El-Markabi (Minister für Elektrizität und Erneuerbare Energie), Landtagspräsidentin Ilse Benkö und Landesrat Alexander Petschnig

Regierungsklausur in Oslip

Förderung der frühkindliche Bildung, Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung gepaart mit Investitionsspielräumen, ein ausgeglichenes Budget 2017 und neue Schwerpunkte im Bereich Sicherheit waren die wichtigsten Themen.

Die Arbeitsschwerpunkte für die nächsten Monate standen am 29. September im Mittelpunkt einer Klausur der Regierungsparteien in der Storchenmühle in Oslip. Gemeinsam präsentierten Landeshauptmann Hans Niessl, Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz und Finanzlandesrat Helmut Bieler im Anschluß die Ziele der Regierungsarbeit. Mit neuen Maßnahmen und Umstrukturierungen bewährter Einrichtungen soll die Bildung weiter in Richtung wissensbasierte Bildung vorangetrieben werden, mit Effizienzsteigerung im Zuge der Bündelung der 150 Beteiligungen des Landes in der Burgenländischen Landesholding sollen mittelfristig eine halbe Million Euro und bis 2020 insgesamt 10 Millionen Euro eingespart werden. Im Sicherheitsbereich wird es Schwerpunkte unter anderem zum Schutz kritischer Infrastruktur geben. Für 2017 plant die Regierung einen ausgeglichenen Haushalt.

Niessl verwies auf die gute Stimmung im Regierungsteam und darauf, daß die Landesregierung nun bereits zum vierten Mal in Klausur gegangen war. „Wir legen gemeinsam die Themenschwerpunkte fest und sprechen uns ab, was zu tun ist, um unsere Ziele zu erreichen." Man ziehe an einem Strang und arbeite für das Land und seine Menschen, so die drei Regierungsmitglieder. Die Stimmung sei nicht nur in der Regierung gut, sondern auch im Land, ergänzte Niessl. Dies würden auch Neuansiedelungen von Betrieben zeigen. Niessl: „Die Wirtschaft läuft gut und der Tourismus boomt mit einem Plus von zuletzt 5,9 Prozent."



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Die Regierungsmannschaft bei der Klausur in der Storchenmühle Oslip (v.l.): LR Alexander Petschnig, LRin Astrid Eisenkopf, LRin Verena Dunst, LH-Stv. Johann Tschürtz, LH Hans Niessl und LR Norbert Darabos

Niessl: Hebel bei der Bildung ansetzen

Um die Bildung weiter in Richtung wissensbasierte Bildung voranzutreiben, seinen Neuerungen geplant, kündigt Niessl an. So werde man den „Tag der Lehre" auf neue Beine stellen und SchulerInnen, PädagogInnen sowie VertreterInnen von Wirtschaft und ArbeitnehmerInnen mit einbinden – mit dem Ziel, „das Image der Lehre aufzuwerten. Wir brauchen eine Renaissance der Lehre". Im Bereich der Erwachsenenbildung erwartet sich Niessl vom „Tag der Weiterbildung" kräftige Impulse. Dies gilt auch für das geplante Kindergartensymposium rund um das „Digitale Schulbuch".

Um die frühkindliche Bildung zu forcieren, wird im Amt der Burgenländischen Landesregierung mit Oktober eine Expertin auf diesem Gebiet ihr Know-how einbringen. Diese solle unterstützend tätig sein und an der Erarbeitung moderner Konzepte mitarbeiten, so der Landeshauptmann. „Der Kindergarten ist die wichtigste Bildungseinrichtung. Hier wollen wir noch einmal den Hebel ansetzen."

Schwerpunkt Wirtschaftlichkeit und Effizienz

Weiter vorangetrieben werden soll auch die Neustrukturierung der rund 150 Landesbeteiligungen unter dem Dach der Burgenländischen Landesholding. Durch die Bündelung sowie durch klare Vorgaben wolle man mittelfristig „eine halbe Million Euro einsparen. Bis 2020 wollen wir ein Einsparungspotential von 20 Millionen Euro heben", so Niessl. Er denke hier vor allem an Share-Services, den EDV-Bereich sowie gemeinsamen Einkauf.

Mehr Sicherheit, Erleichterungen für Betriebe

Auch im Bereich Sicherheit will die Landesregierung die nächsten Schritte setzen. Geplant seien unter anderem Maßnahmen zum Schutz kritischer Infrastruktur und bei den Freiwilligen Feuerwehren.

Erleichterungen und verstärkte Unterstützung soll es laut Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz für Klein- und Mittelbetriebe geben. Hier sei noch einiges zu tun: „Verordnungen und Auflagen gehören entrümpelt. Wir müssen schneller und effizienter werden."

Ausgeglichener Haushalt 2017, Spielraum für Investitionen

2017 plane man einen ausgeglichen Haushalt, darüber herrsche in der Regierung Einigkeit, sagte Bieler. Der Schuldenstand soll um 2 Millionen abgebaut werden. „Wir werden aber trotzdem investieren, um wirtschaftliche Impulse zu setzen. Das investierte Geld kommt durch Mehreinnahmen wieder zurück."

Noch im Oktober sollen die Budgetver handlungen für den Haushalt 2017 abgeschlossen sein, so Bieler. Derzeit sei man „um 40 Millionen Euro auseinander." Fix sei eine Budgetobergrenze von 1,1 Milliarden Euro. Diese gelte auch für die ressortbezogenen Globalbudgets: „Innerhalb der Globalbudgets kann jedes Regierungsmitglied in seinem Zuständigkeitsbereich flexibel agieren", erklärt der Finanzlandesrat. Weiter gültig bleibt die 15prozentige Kreditsperre bei den Ermessensausgaben. ■

NÖ:Höchstes Ehrenzeichen des Landes für LH Niessl

Pröll: »Ein Partner, Mitstreiter und Freund Niederösterreichs« – Niessl: »Eine schöne Auszeichnung und eine große Ehre«

Landeshauptmann Erwin Pröll verlieh am 26. September das „Goldene Komturkreuz mit dem Stern des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich“ und damit das höchste Ehrenzeichen des Landes Niederösterreich an den burgenländischen Landeshauptmann Hans Niessl.

„Du bist eine Persönlichkeit mit einem ganz besonders ausgeprägten Profil, das sich durch Werteorientiertheit, tiefe Überzeugung in all dem, was du tust, sowie durch Klarheit in der Entscheidung auszeichnet“, sagte Pröll in seiner Laudatio. „Du weißt mit harter, ehrlicher Arbeit zu überzeugen, du bist mit Bodenhaftung und Hausverstand ausgestattet“, so Pröll zu Niessl. Niessl habe das Burgenland „spezifisch positioniert in der Republik und in Europa“, so Pröll. Das Burgenland sei heute ein Land mit einer prosperierenden Wirtschaft, breiter kultureller Perspektive und politischer Stabilität.

Die Feierstunde sei aber auch ein „Zeichen der Dankbarkeit im Namen des gesamten Bundeslandes Niederösterreich für einen Partner, Mitstreiter und Freund Niederösterreichs“, betonte Pröll. Die Ostregion, die Niederösterreich gemeinsam mit dem Burgenland und Wien bilde, habe „eine besondere Bedeutung“ an der Nahtstelle zwischen dem alten und dem neuen Europa sowie auch „eine besondere Bedeutung als Schrittmacher für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Republik“.

In der Zusammenarbeit von Niederösterreich und Burgenland habe es in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten eine Reihe von Aufgaben gegeben, erinnerte Pröll etwa an die Entwicklung der Infrastruktur, die Frage der Sicherheit, das Verkehrswesen und die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung. Er bedanke sich herzlich „für die ehrliche Freundschaft“ und die „exzellente Zusammenarbeit“, so Pröll.

Auch Niessl sprach in seinen Dankesworten von einer „sehr guten Zusammenarbeit“ zwischen den Bundesländern Niederösterreich und dem Burgenland. Diese Zusammenarbeit stünde „auf breiter Basis“, erfolge über Parteigrenzen hinweg und sei vor allem durch Vertrauen und Handschlagqualität gekennzeichnet, betonte Niessl, der vor allem auch die enge Zusammenarbeit und Abstimmung im Bildungsbereich hervorhob.



Foto: NÖ Landespressedienst / Reinberger

LH Erwin Pröll (r.) überreichte Burgenlands LH Hans Niessl das »Goldene Komturkreuz mit dem Stern des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich«.

„Die Zukunft heißt Kooperation“, so Niessl, der sich für die hohe Auszeichnung bedankte. Diese sei für ihn „eine große Ehre und Freude“, so Niessl.

Hans Niessl wurde am 12. Juni 1951 geboren und ist seit 28. Dezember 2000 Landeshauptmann des Burgenlandes. In den Jahren 1996 bis 2000 war er Abgeordneter zum Burgenländischen Landtag, von 1999 bis 2000 Klubobmann. Von 1987 bis 2000 bekleidete er das Amt des Bürgermeisters von Frauenkirchen. ■

Apothekerkammer-Präsident bei LH Niessl

Der Pharmazeut Dieter Schmid, der Ende Juli dieses Jahres zum Präsidenten der Apothekerkammer Burgenland gewählt wurde, traf am 19. September in Begleitung von Vizepräsidentin Maria Böcskör im Landhaus in Eisenstadt mit Landeshauptmann Hans Niessl zusammen. Schmid folgt in dieser Funktion Hans Tesar bis 30. Juni 2017 nach. Tesar war am 5. Juni 2016 bei einem tragischen Autounfall ums Leben gekommen. Schmid, seit 2012 in der Standespolitik aktiv, ist Inhaber der Apotheke „Zum heiligen Geist“ in Deutschkreutz im Bezirk Oberpullendorf und arbeitet seit 1993 als selbständiger Apotheker.

Neben seiner neuen Funktion als Präsident der Apothekerkammer im Burgenland ist Schmid auch Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Apothekerkammer. Seine Schwerpunkte liegen auf den Bereichen Lobbying und Landversorgung. Tatkräftige Unterstützung erhält Schmid dabei von der langjährigen Vizepräsidentin der Apothekerkammer Burgenland, Maria Böcskör. Schmid und Böcskör vertreten die Anliegen der 166 burgenländischen ApothekerInnen nach aussen. Das Burgenland wird von 42 Apotheken und zwei Krankenhausapotheken professionell mit Arzneimitteln versorgt. ■

http://www.apotheker.or.at/burgenland

Burgenländischer Tourismus weiter auf Rekordkurs!

Landeshauptmann Hans Niessl und der für Tourismus zuständige Landesrat Alexander Petschnig sehen den positiven Trend für das Burgenland durch die aktuellen Tourismuszahlen bestätigt. „Das Burgenland wird als Tourismusregion immer beliebter. Diesen Erfolgskurs werden wir konsequent weitergehen“, so Niessl und Petschnig unisono.

Ansprechende Angebote, beste Qualität und engagierte Touristiker sorgen auch im August für ein Plus sowohl bei Ankünften als auch bei den Nächtigungen. 7,0 % mehr Ankünfte konnten im August 2016 im Vergleich zum August des Vorjahres verzeichnet werden. Das ist die höchste Steigerungsrate im Bundesländervergleich.

Bei den Nächtigungen wurde eine Steigerung um 5,7 % erzielt, womit man auch hier im Bundesländervergleich im Spitzenfeld liegt.

In den Sommermonaten Mai bis August stiegen die Ankunftszahlen um 9,4 % zum Vergleichszeitraum des Vorjahres. Im selben Zeitraum betrug die Steigerung bei den Nächtigungen 5,2 %. Damit liegt das Burgenland lediglich hinter Salzburg auf dem 2. Platz in Österreich. Im Jahresvergleich Jänner bis August betrug die Steigerung bei den Übernachtungen 5,9 %. „Die Gesamtentwicklung Jänner bis August ist“, so Tourismuslandesrat Petschnig, „sehr beeindruckend; die Steigerungen konnten sowohl beim Inlandsgast, als auch bei Gästen aus dem Ausland, erzielt werden. Das ist der deutliche Beweis dafür, daß das touristische Angebot im Burgenland stimmt und die Touristiker im Burgenland eine sehr gute Arbeit leisten. Wir müssen es nun schaffen, diese neuen Gäste nachhaltig an das Burgenland zu binden. Mit der guten Arbeit, die die Verantwortlichen im Tourismus täglich am Gast erbringen, bin ich mir sicher, daß dies auch gelingen wird.“ ■



Foto: Bgld. Landesmedienservice

LH Hans Niessl (l.) und der für Tourismus zuständige LR Alexander Petschnig

http://www.burgenland.info

300 neue Arbeitsplätze im Militärkommando Burgenland

Nachdem Verteidigungsminister Hans-Peter Doskozil Budgeterhöhungen für das Bundesheer durchgesetzt hat, werden nun zusätzliche Soldaten eingestellt, 300 davon im Burgenland – das gab das Militärkommando Burgenland am 3. Oktober bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in der Martin-Kaserne in Eisenstadt mit Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz, SP-Sicherheitssprecher Ewald Schnecker, Militärkommandant Oberst des Generalstabes Gernot Gasser, HTS-Kommandant Brigadier Jürgen Baranyai und Oberst Thomas Erkinger, Kommandant des Jägerbataillons 19 in Güssing, bekannt. Das Bundesheer bekommt bis 2020 mehr Geld, weil Österreich zunehmend bedroht wird. Internationale Konflikte, Terrorismus, Naturkatastrophen und die Migration würden das Land unsicherer machen, so Gasser. Tschürtz begrüßt das Vorhaben und unterstreicht: „Die sicherheitspolitische Bedrohungslage hat sich in den vergangen Jahren massiv geändert. Diesen Bedrohungen gilt es zu begegnen. Das ist wichtig und richtig.“ In den nächsten vier Jahren stehen dem Bundesheer zusätzlich 1,7 Milliarden Euro zur Verfügung. Über 10.000 neue Arbeitsplätze werden geschaffen. ■



Foto: Landesmedienservice Burgenland

v.l. Oberst Thomas Erkinger, LH-Stv. Johann Tschürtz, ObersdG Gernot Gasser, SP-Sicherheitssprecher LAbg. Ewald Schnecker und Brigadier Jürgen Baranyai

http://www.bundesheer.at/organisation/regional/bgld/index.php

»Green Care«-Zertifizierung für Köglhof & Bauerngartl

Green Care als weit gefächerter Bereich einer sozialen Landwirtschaft reicht von der Einbindung therapiebedürftiger und sozial benachteiligter Menschen in Arbeitsprozesse bis hin zu Schulbauernhöfen, die junge Menschen bei der Erzeugung von Lebensmitteln einbeziehen. Auch Personen mit psychischen oder körperlichen Behinderungen, Langzeitarbeitslose und alte Menschen werden von Green Care angesprochen. Die Tätigkeit des Vereines Green Care ist sehr zu begrüßen, weil er eine Brückenbauerfunktion in unserer Gesellschaft einnimmt", sagte der Vizepräsident der Burgenländischen Landwirtschaftskammer, Ök.-Rat Adalbert Resetar, anläßlich der Verleihung der ersten Green Care-Zertifizierungstafel im Burgenland am 29. September an den Betrieb von Gerlinde und Gregor Kögl in Langau/Bernstein.



Foto: LK-Burgenland / Pressefoto Weber

Vizepräsident Ök.-Rat Adalbert Resetar mit der Familie Kögl, Landesrätin Verena Dunst und der Bürgermeisterin von Bernstein, Renate Habetler

„Das Angebot des Köglhofs paßt hervorragend in die Philosophie von Green Care. Der Betrieb Kögl bietet mit seinem mannigfaltigen Angebot den Bauernhof als ganzheitlichen Erlebnis- und Wohlfühlort an. Durch das aktive Erleben der Arbeit am Bauernhof und den engen Kontakt zu den Tieren und der Natur wird der Bauernhof zum Bildungsort, an dem Kinder, Jugendliche und Erwachsene, ihr Wissen über den Umgang mit unterschiedlichen Tierarten, die Produktion hochwertiger naturnaher Lebensmittel und das Thema Nachhaltigkeit vertiefen können. Ich gratuliere dem Ehepaar Kögl zur Green Care-Zertifizierung im Burgenland und wünsche für die Zukunft alles Gute", so Resetar abschließend. ■

http://www.bauerngartl.at
https://bgld.lko.at
https://www.greencare-oe.at

Ehrenring für Generalvikar Martin Korpitsch

Generalvikar Martin Korpitsch wurde im Rahmen einer Festsitzung der Ehrenring der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt verliehen. Bürgermeister Thomas Steiner sowie die Vizebürgermeister Josef Mayer und Günter Kovacs würdigten Korpitsch für dessen langjähriges, unermüdliches Engagement als Pfarrer und Seelsorger in Eisenstadt.

Generalvikar Korpitsch sei „einer der wenigen Priester unserer Diözese, der bereits in allen Pfarren der Stadt gewirkt hat. Er hat sich in seinen vielen Jahren als Pfarrer in unseren Pfarrkirchen hohes Ansehen und allgemeine Anerkennung erworben. Er kennt die Stadt und seine Menschen, er kennt ihre Sorgen und Anliegen. Sein Wirken reicht tief in alle Bereiche des Zusammenlebens unserer Stadt hinein. Er hat sich im pfarrlichen Alltag, sowie auch im täglichen Leben, immer sehr engagiert und beste Beziehungen zur Stadtverwaltung gepflegt", würdigte Steiner den Generalvikar.



Foto: Magistrat der Stadt Eisenstadt

v.l.: Bürgermeister Thomas Steiner, Generalvikar Martin Korpitsch, Vizebürgermeister Josef Mayer und der zweite Vizebürgermeister, Landtagsabgeordneter Günter Kovacs

Der am 1956 in Graz geborene Martin Korpitsch studierte nach dem Besuch des Gymnasiums in Mattersburg an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien. Am 29. Juni 1979 empfing er die Weihe zum Diakon durch den damaligen Diözesanbischof Stefan László, ein Jahr später, genauer am 29. Juni 1980, folgte zum Hochfest Peter und Paul im Martinsdom die Priesterweihe. „Die längste Zeit als Stadtpfarrer verbindet Mag. Martin Korpitsch mit der Haydnkirche in Eisenstadt-Oberberg. In seiner Zeit wurde 2007 dem Jubiläum ‚300 Jahre Kalvarienberg' gedacht, der für jeden Propstpfarrer durch seine Einzigartigkeit im Mittelpunkt seiner spirituellen wie auch wirtschaftlichen und kulturellen Arbeit liegt", heißt es in der Würdigung des Generalvikars seitens der Landeshauptstadt. ■

GEMEINSAM.SICHER

Eisenstadts Bürgermeister Thomas Steiner und Innenminister Wolfgang Sobotka trafen einander zu einem gemeinsamen Gespräch zur Initiative »GEMEINSAM.SICHER in Österreich« im Innenministerium.

Die Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ fördert und koordiniert den Sicherheitsdialog zwischen den Menschen, den Gemeinden und der Polizei, mit dem Ziel, gemeinsam als „Gesellschaft des Hinsehens und aktiven Handelns“ die Sicherheit zu erhöhen“, sagte Innenminister Wolfgang Sobotka am 23. September anläßlich des Treffens mit Eisenstadts Bürgermeister Thomas Steiner im Innenministerium in Wien.

„GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ startete im April 2016 mit Pilotprojekten in vier Bezirken bzw. Städten mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen: Im Bezirk Schärding in Oberösterreich, im Bezirk Mödling in Niederösterreich, in Eisenstadt als Landeshauptstadt und in den Bezirken Eggenberg, Lend und Innere Stadt in Graz als der zweitgrößten Stadt Österreichs mit etwas mehr als 280.100 Einwohnern. Seit August 2016 läuft der Probebetrieb auch in acht Wiener Bezirken.

Das Projekt „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ ist ein Bürgerbeteiligungsmodell, welches darauf abzielt, Netzwerke zu fördern, in denen Polizei und Bevölkerung kooperieren, um gemeinsam die Sicherheit in ihrem Umfeld zu gestalten.

„Mir war es von Anfang an wichtig, daß sich die beteiligten Bürgerinnen und Bürger freiwillig engagieren und aus dem Projekt keine organisierte ‚Bürgerwehr‘ entsteht. Das besondere Verantwortungsbewußtsein des einzelnen Sicherheitsbürgers soll im Vordergrund stehen“, so Bürgermeister Thomas Steiner.

Derzeit sind fünf Polizisten und 16 SicherheitsbürgerInnen in Eisenstadt aktiv. Sie alle wurden im Rahmen eines Bewerbungsverfahrens ausgewählt und engagieren sich unentgeltlich. In regelmäßigen Vernetzungstreffen zwischen Stadtgemeinde, Polizei und Sicherheitsbürgern tauscht man sich über aktuelle Projektthemen aus.

Bürgermeister Thomas Steiner führt im Detail fort: „Seit dem Projektstart sind bereits neben der Durchführung von Bürgerinformationsveranstaltungen, einem Sicherheitstag zum Thema Fahrradverkehr und dem Tag der Polizei in Eisenstadt, auch Aufklärungserfolge bei Strafdelikten durch Hinweise von Sicherheitsbürgern in Eisenstadt vorzuweisen. Die Einbindung von engagierten Bürgern in die Arbeit der Polizei zeigt sich als sehr fruchtend.“



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

Bürgermeister Thomas Steiner (l.) und Innenminister Wolfgang Sobotka nach dem Gespräch

„Dieses Bürgerbeteiligungsmodell soll den Menschen in Österreich die Möglichkeit bieten, auf Basis einer transparenten Information, freiwillig in präventive Aktivitäten eingebunden zu sein“, so der Innenminister.

Zeitgleich mit dem Projekt GEMEINSAM.SICHER in Österreich startete im Burgenland das gleichnamige Projekt SICHERHEITSPARTNER, das von der Europäischen Union und dem Land Burgenland gefördert wird.

Die Unterschiede der beiden Projekte Sicherheitspartnerschaft und Sicherheitspartner sind:

- Das burgenländische Projekt SICHERHEITSPARTNER ist nur auf ein Jahr ausgelegt.
- Die SICHERHEITSPARTNER arbeiten entgeltlich, Akteure der Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ ehrenamtlich.
- Die Leistungen der SICHERHEITSPARTNER sind kostenpflichtig.
- Das Projekt SICHERHEITSPARTNER wird nicht flächendeckend durchgeführt.

http://www.eisenstadt.at

407 Kilometer ohne Auto zurückgelegt

Bürgermeister Thomas Steiner machte im September die Probe aufs Exempel: Unter dem Motto „Eisenstadt liegt dir zu Füßen“ verzichtete er vier Wochen lang auf das Auto, um die Alltagswege innerhalb der Stadt zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückzulegen.

„Insgesamt habe ich im gesamten letzten Monat 407 Kilometer zu Fuß bzw. mit dem Fahrrad zurückgelegt. Gerade in einer Stadt wie Eisenstadt fällt es leicht seine beruflichen und privaten Alltagswege ohne Auto zurück zu legen. In vielen Fällen ist man zu Fuß und mit dem Rad sogar schneller als mit Auto“, zieht Bürgermeister Thomas Steiner eine durchwegs positive Bilanz.

Seine Erfahrungen veröffentlichte er Steiner täglich. Gleichzeitig war auch die Bevölkerung aufgerufen, sich an der Aktion zu beteiligen. Für alle Interessierten gab es ein Notizbuch, in dem die persönlichen Erfahrungen dokumentiert werden konnten. ■

http://www.facebook.com/bgmthomassteiner

Wieder Ausgrabungsfunde in Mattersburg

Die Archäologin Dorothea Talaa hat in Mattersburg weitere spektakuläre Funde gemacht.



Foto: Stadtgemeinde Mattersburg

Die Grabungsleiter Ingomar Herrmann und Dorothea Talaa mit Mattersburgs Bürgermeisterin Ingrid Salamon bei den Grabungen

Es handelt sich um vor allem um Waffen und Schmuckgegenstände aus dem 7. und 8. Jahrhundert", berichtet Grabungsleiterin Dorothea Talaa. Gefunden wurden die wertvollen Stücke auf dem Gebiet des sogenannten „Mattersburger Friedhofs" beim Ried Stückl, der 2010 entdeckt und seither systematisch archäologisch untersucht wurde.

Auf engstem Raum konnten hier Gräber des ausgehenden 7., 8. und beginnenden 9. Jahrhunderts n. Chr., das heißt aus der Zeit der Erstnennung von Mattersburg, ausgegraben werden. „Hier gibt es noch viel zu entdecken. Die Funde sind ob ihrer historischen Aussagekraft wirklich sensationell", meint Talaa.

Das awarische Gräberfeld von Mattersburg

Neben Waffen, Kampfbeil, Pfeilspitzen und dem seinerzeit gefürchteten awarischen Bogen, sind es silberne Gürtelbeschläge in den Kriegergräbern, Silberschmuck und Perlenketten, aber auch zum Teil geschmackvoll verzierte Gefäße in den Frauen- und Kindergräbern, die Einblick in das awarische Totenritual geben. Spuren von teilweise angekohlten Särgen bzw. Holzkohle in den Gräbern lassen ein schamanistisches Feuerritual vermuten. Der Teil des Friedhofes, der zurzeit gegraben wird, dürfte bereits im 7. und beginnenden 8. Jahrhundert n. Chr. belegt worden sein. Die mit Edelmetall ausgestatteten Gräber dieser Zeit sind im Unterschied zu anderen zeitgleichen Gräberfeldern in Mattersburg weitgehend unberaubt, sodaß die wertvollen Beigaben erhalten sind und nach Abschluß der Restauration und wissenschaftlichen Bearbeitung wieder im Rathaus ausgestellt werden können.

Ried Stückl

Auf engstem Raum (etwa 300 m²) konnten rund 40 Gräber lokalisiert werden, darunter überraschend viele Waffengräber. Bei den zahlreichen Bestattungen awarischer Bogenschützen und Schwertkämpfer fanden sich die entsprechenden Waffen: ansonsten äußerst seltene Hieb- und Stichschwerter, Kampfmesser- und beile, Pfeilspitzen unterschiedlicher Typen, aber auch aus Bein geschnitzte, mit Raubvogeldarstellungen verzierte und teilweise rot bemalte Bogenverstärkungen und Köcherbestandteile. Teilweise wurden diesen Kriegern auch ihre Waffengürtel mit vergoldeten, verzierten Beschlägen und Riemenzungen mitgegeben.

Ausstellung im Rathaus

Im Rathaus in Mattersburg sind seit Juni 2016 Funde früherer Grabung zu besichtigen. „Ausgestellt sind die Beigaben der awarischen Gräber und die Funde aus der Siedlung. Die Ausstellung kann jederzeit während der Amtsstunden besichtigt werden," so Bürgermeisterin Ingrid Salamon.

Seitens der Stadtgemeinde werden pro Jahr 10.000 Euro in die archäologische Arbeit investiert. Begonnen wurde mit den Grabungen 2008. ■

http://www.mattersburg.at

Güssinger Werner Unger wird Südburgenland-Manager

Der gebürtige Güssinger Werner Unger hat am 15. Oktober die Arbeit als Südburgenland-Manager aufgenommen. Der zweifache Familienvater ist ein ausgewiesener Wirtschaftsexperte und war über 35 Jahre für die Österreichtochter des internationalen Getränkeriesen Coca-Cola in verschiedenen leitenden Funktionen tätig. Von 2003 bis 2011 trug der Absolvent der Höheren technischen Bundeslehr- und Versuchsanstalt Graz als Prokurist bei Coca-Cola HBC Österreich und in Folge bis 2015 als regionaler Geschäftsleiter für die Region Ost – 2014 kamen Oberösterreich und das Waldviertel dazu – wesentlich zu den Erfolgen des Konzerns bei. „Mit Kommerzialrat Werner Unger ist es uns gelungen, einen hervorragenden Experten als Südburgenland-Manager zu gewinnen. Er ist in Güssing geboren, lebt mit seiner Familie in Oberwart und kennt das Südburgenland wie seine Westentasche. Ich bin davon überzeugt, daß Werner Unger dazu beitragen wird, die Region fit für die Zukunft zu machen“, Landeshauptmann Hans Niessl bei Ungers gemeinsamer Vorstellung mit Wirtschaftslandesrat Alexander Petschnig.

Vom Technologiezentrum Güssing aus wird sich Unger einem breiten Aufgabenfeld widmen. Neben Betriebsansiedlungen wird er unter anderem auch für die Technologiezentren Güssing, Pinkafeld und Jennersdorf sowie der Leitung von INTERREG-Projekten für das Regionalmanagement Burgenland zuständig sein.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Bild mit Symbolkraft – Vitamine für den Süden: Landeshauptmann Hans Niessl (2.v.r.), Wirtschaftslandesrat Alexander Petschnig (r.) und Hans Peter Rucker, Leiter der burgenländischen Landesholding (l.), stellten KR Werner Unger als neuen Südburgenland-Manager vor.

„Werner Unger ist ein Südburgenland-Kenner und -versteher. Er wird als Ansprechpartner vor Ort dazu beitragen, für die großen Herausforderungen, die sich vor allem im Südburgenland stellen, Lösungen zu finden – gemeinsam mit der Bevölkerung, mit den Gemeinden, mit der Wirtschaft“, so Niessl.

Wirtschaftslandesrat Alexander Petschnig sieht Ungers Kernaufgabe in der Vernetzung. „Die wirtschaftsgeografischen Nachteile, die es im Südburgenland nun einmal gibt, müssen wir wettmachen, indem wir schneller sind, als andere und die Chancen beim Schopf packen. Eine Vernetzung mit den Bundesdiensten und anderen Partnern, auch grenzüberschreitend, ist ganz wichtig.“ Der Informationsfluß müsse optimiert und koordiniert werden. Einen weiteren Aufgabenschwerpunkt sieht Petschnig als Ansprechpartner vor Ort „ bei dem alles zusammenläuft und der für Wünsche, Anliegen oder Beschwerden eine offenes Ohr hat.“ ■

http://www.rmb.at
http://www.suedburgenland.info

100. Geburtstag Elisabeth Tögelhofer in Weiden/See

Theresia Schmiedl feiert am 21. September ihren 100. Geburtstag. Landeshauptmann Hans Niessl ließ es sich nicht nehmen, der rüstigen Weidnerin zu diesem Jubiläum persönlich zu gratulieren. „Es ist etwas ganz Besonderes, den 100. Geburtstag zu feiern. Ich möchte aber nicht nur herzlich gratulieren und für die kommende Zeit alles nur erdenklich Gute – vor allem viel Gesundheit – wünschen, sondern mich auch recht herzlich bedanken, denn es waren unsere Vorgängergenerationen die mit Fleiß und Tüchtigkeit ein Fundament gebaut haben, auf dem heute dieses erfolgreiche und lebenswerte Burgenland steht“, so der Landeshauptmann. ■



Fotos: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl, Gemeindevorstand Heinrich Hareter und Gemeindevorstand Hansi Hareter – und Familie – gratulierten Elisabeth Tögelhofer zum 100. Geburtstag.

»Tag der Vereine« im Zeichen der Musik und des Gesangs

RepräsentantInnen von rund 100 burgenländischen Chören, Blasmusik-, Tamburizza- und Volkstanzgruppen, die sich freiwillig, ehrenamtlich und unentgeltlich für das breite Spektrum der Musik und des Gesangs im Burgenland engagieren, wurden am 1. Oktober beim „Tag der Vereine“ für ihre herausragenden Leistungen geehrt.

„Die vielen Vereine des Burgenlandes mit ihren tausenden ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern liegen mir besonders am Herzen. Daher ist es mir ganz wichtig, auch heuer wieder diesem für unsere Gesellschaft so wichtigen Personenkreis offiziell die Wertschätzung des Landes entgegenzubringen. All jene, die sich freiwillig und ehrenamtlich im Musik- und Gesangsbereich betätigen, erbringen herausragende Leistungen für das Kulturland Burgenland. Der ‚Tag der Vereine‘ gibt Anlaß, dafür auch offiziell Dank, Respekt und Anerkennung auszusprechen“, betonte Landeshauptmann Hans Niessl in seiner Laudatio vor rund 350 Fest- und Ehrengästen im Kultur- und Kongreßzentrum in Eisenstadt.

Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz ist von der Wichtigkeit eines funktionierenden Vereinslebens im Burgenland überzeugt, was, wie er sagte, hervorragend funktioniere, ja, daß „das Burgenland in Sachen Freiwilligkeit Europameister“. Und die Vereine sollten, so Tschürtz, an einem solchen Tag auch dafür geehrt werden.

Im Anschluß an den „Tag der Vereine“ startete der „Tag der offenen Tür“ im Eisenstädter Landhaus, wo man einmal auch einen Blick „hinter die Kulissen“ und in den Landtagssitzungssaal werfen konnte. ■

http://www.burgenland.at



Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz, Prof. Alois Loidl, Obmann des Burgenländischen Blasmusikverbandes, und Landeshauptmann Hans Niessl



Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz, Sepp Gmasz, renommierter österreichischer Balladenforscher und Volkskundler, und Landeshauptmann Hans Niessl



Alle Fotos: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz und Landeshauptmann Hans Niessl mit »Haydn Brass«

Mattersburg: Haus der Musik in bereits in Betrieb

Im neu adaptierten Haus der Musik in der Wedekindgasse in Mattersburg hat die Zentralmusikschule bereits den Betrieb aufgenommen. „Die neuen Räumlichkeiten sind wunderbar. Die SchülerInnen und die PädagogInnen fühlen sich sehr wohl“, berichtet Leiterin Katrin Gstöttenbauer.

Das Haus ist zentral gelegen und wird sowohl von der Musikschule als auch von der Stadtkapelle verwendet. Die Stadtkapelle wird bis Ende des Jahres ihre Räume in dem Haus bezogen haben.

Entstanden sind ein Konzertsaal für ca. 200 Personen, mehrere Proberäume auf zwei Etagen sowie Küche, Sanitäranlagen und Garderoben. ■

http://zms-mattersburg.msw-bgld.at/



Foto: Stadtgemeinde Mattersburg

Katrin Gstöttenbauer (Direktorin ZMS) mit SchülerInnen vor dem Haus der Musik

Oberwart: Geschenke für Volksschulkinder zum Autofreien Tag

500 österreichische Städte und Gemeinden sowie weltweit 2000 Städte organisieren im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche und des Autofreien Tages am 22. September verschiedene Aktionen und Veranstaltungen. In Oberwart gab es bereits am 17. September eine gemeinsame Rad-Sternfahrt mit der Partnerstadt Szombathely, die die TeilnehmerInnen nach Narda geführt hat.

Aber auch in der Volksschule haben sich Kinder und PädagogInnen mit dem Thema „Autofrei“ beschäftigt. Bürgermeister LAbg. Georg Rosner hat an alle SchülerInnen reflektierende Buttons verteilt. Diese können an der Schultasche oder direkt an der Kleidung der Kinder angebracht werden. ■

http://www.oberwart.at



Foto: Stadtgemeinde Oberwart

Bgm. LAbg. Georg Rosner und Schuldirektorin Roswitha Imre mit den Kindern

Eisenstadt: Jagenbrein feiert Firmenjubiläum in St. Georgen

Seit 25 Jahren steht Josef Jagenbrein schon dann im Geschäft, wenn bei vielen Menschen noch nicht mal der Wecker geläutet hat. In seinem Nah & Frisch-Geschäft in St. Georgen bekommt man alles, was man zum Leben braucht – und vieles davon kommt aus der Region.

„Josef Jagenbrein hat sich mit seinem reichhaltigen Angebot und dem guten Service auch außerhalb St. Georgens einen Namen gemacht. Besonders beliebt ist die Hauszustellung sowie der Catering-Service für die verschiedensten Anlässe. Ich wünsche ihm und seiner Familie alles Gute zum Firmenjubiläum und viel Erfolg für die nächsten Jahre“, so Bürgermeister Thomas Steiner. ■

http://www.nahundfrisch.at/de/kaufmann/jagenbrein



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

Bürgermeister Thomas Steiner, Michael Bieber, GR Josef Wagner, 1. Vizebürgermeister Josef Mayer, StR Walter Laciny, Klubobmann Christian Schmall, GR Werner Klikovits, Magistratsdirektorin Gerda Török und Stadtbezirksvorsteherin Heidi Hahnekamp wünschen Josef Jagenbrein und seiner Familie Vater Josef, Mutter Elfriede und Gattin Christine alles Gute.

Weihnachten mit den Hochzeitsbäckerinnen

Ein alter Brauch neu entdeckt – Buchpräsentation im MuseumsQuartier Wien

Im Burgenland ist der Brauch der Hochzeitsbäckerei fest verankert. Die burgenländischen Hochzeitsbäckerinnen tragen dazu bei, daß eine der schönsten Traditionen des Landes weiterlebt. Am 22. September wurde das Buch „Weihnachten mit den burgenländischen Hochzeitsbäckerinnen“ von Bernhard Wieser und Michael Rathmayer im Rahmen der Veranstaltung „Das Südburgenland zu Gast in Wien – Erleben. Schmecken. Geniessen“ im MuseumsQuartier Wien der Öffentlichkeit präsentiert.

Weihnachten – das Fest der Stille? Nicht für zehn Bäckerinnen aus dem Burgenland! Nach dem großen Erfolg ihres Buches „Burgenländische Hochzeitsbäckerinnen“ hat sich das Erfolgsduo Bernhard Wieser und Michael Rathmayer auf eine neue süße Entdeckungsreise durch das Burgenland begeben. Die beiden haben zehn Hochzeitsbäckerinnen besucht, ihnen beim Backen über die Schulter geschaut, köstliche Bäckereien verkostet und die besten weihnachtlichen Rezepte entlockt.



Foto: Burgenland Tourismus

Bei der Buchpräsentation im Wiener MuseumsQuartier (v.l.): Michael Rathmayer (Autor), Johannes Sachslehner (Styria Verlag), Bernhard Wieser (Autor), Andrea Plohovits (Hochzeitsbäckerin), Michael Haas (Tourismusreferent und Aufsichtsratvorsitzender Burgenland Tourismus), Heike Hergovich (Burgenland Tourismus),

Internetplattform »Hochzeit im Burgenland« in Planung

Die Hochzeitsbäckerinnen sind nicht nur die Hauptfiguren in dem neuen Buch, sie spielen auch künftig bei Burgenland Tourismus eine wichtige Rolle. Diese seit mehr als 100 Jahren gelebte Tradition soll die Basis einer neu geplanten Internetplattform zum Thema „Hochzeit im Burgenland“ bilden. „Auf dem neuen Onlineportal soll das Brautpaar seinen schönsten Tag im Leben von der Location über das Hochzeitsmahl und den Mehlspeisen bis zu den Nächtigungen für sich und deren Gäste planen können. Schließlich bietet das Burgenland mit seinen romantischen Burgen und Schlössern sowie der hervorragenden Gastronomie viele tolle Plätze zum Heiraten“, so Michael Haas, Aufsichtsratsvorsitzender von Burgenland Tourismus, bei der Buchpräsentation.

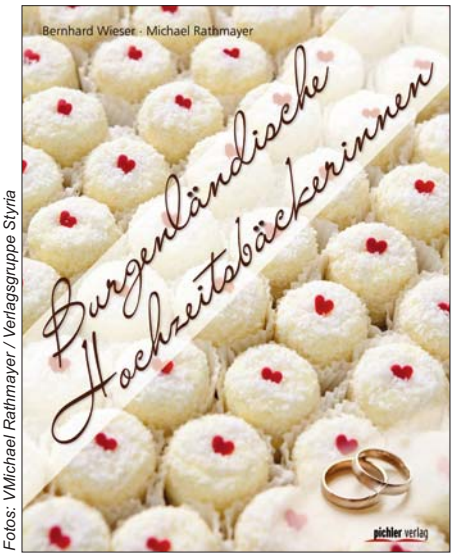
Die Autoren

Bernhard Wieser ist seit über 20 Jahren als Texter und Konzeptionist für Agenturen und Verlage tätig, seit 15 Jahren selbständig. Unterricht an der Werbeakademie (Konzeption) und der Deutschen Pop Wien (Journalismus). Zuletzt bei Pichler: „Moos. Fisch. Rinde. Blatt“ (2014), „Burgenländische Hochzeitsbäckerinnen“ (2015).

Michael Rathmayer ist seit 1990 in den Bereichen Fotokunst, Food & Still-Life für zahlreiche Auftraggeber im ganzen EU-Raum tätig. Für den Pichler Verlag fotografierte er u. a. „Gemüse“, „Die Steirische Küche“, „Burgenländische Hochzeitsbäckerinnen“ (2015) und „Oberösterreichische Küche“ (2016).

Aus dem Inhalt: Alte Backtraditionen und neue Kreationen wie Kokos-Kipferl, Winterpralinen, Lebkuchensterne, Nußhalbmonde, Punschringerl, Feigenkrapferl, Zwickerlbusserl, Kürbis-Schnitten, Brabanterkekse, Agnesschnitten u.v.m. ■

http://pichlerverlag.styriabooks.at/article/5329
http://www.burgenland.info





Fotos: VMichael Rathmayer / Verlagsgruppe Styria

Bühne Burgenland: gemeinsam erfolgreich!

Landesrat Bieler zog zum Abschluß des Kultursommers großteils positive Bilanz.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Kulturlandesrat Helmut Bieler lud die IntendantInnen und GeschäftsführerInnen der burgenländischen Festspiele und Festivals nach Raiding

Kulturlandesrat Helmut Bieler zog zum anläßlich der Abschlußfeier der größten burgenländischen Kulturfestivals des diesjährigen Kultursommers im Lisztzentrum in Raiding eine großteils positive Bilanz: „Die burgenländischen Festivals konnten heuer mit Vielfalt, Qualität, Kreativität und Professionalität bei einem internationalen Publikum punkten“, sagte Bieler, der in den heurigen Produktionen bereits die beste Werbung für die nächste Festivalsaison sieht.

Bieler: „Es sind heuer rund 564.000 Besucher, die das Angebot des burgenländischen Kultursommers angenommen haben.“ Und er betonte, daß Quoten und Zuschauerfrequenz nicht im Vordergrund stünden. Dennoch ist es durch die höchst professionelle Arbeit der Festivals, sowohl auf künstlerischer wie auch organisatorischer Seite, möglich gewesen, trotz anhaltender Besuchereinbrüche in einigen Bereichen, die Besucherzahlen des verhergegangenen Sommers um 2000 Gäste zu übertreffen. „Hier zeigt sich die Stärke der Burgenländischen Festivals und insbesondere des Zusammenschlusses in der Bühne Burgenland.“, so Bieler. Defizite und Besucherrückgänge bei einzelnen Festivals, die aus verschiedensten Gründen zustandekommen, werden bei anderen Festivals ausgeglichen. So konnte auch heuer wieder die Besucherzahl und somit auch die wirtschaftliche Bedeutung für das Burgenland in Summe erreicht werden. „Auch wenn wir noch die sensationellen Besucherzahlen der Festivalsommer 2008 bis 2011 nicht erreichen können, haben wir die Talsohle bereits im Jahr 2013 hinter uns gelassen. Die diesjährige Besucherzahl liegt mit rund 62.000 Gästen über den Sommerfestivalgästezahlen aus dem Jahr 2013.

Auch die einzelnen Festivals zogen mehrheitlich positive Bilanz. Dieses beachtlich hohe Niveau an Publikumszuspruch zeigt, daß Programme und Qualität stimmen – und das sei das Entscheidende, so der Landesrat.

„Die Wirtschaft und der Tourismus profitieren von den Festivals. Sie holen Gäste ins Land, bieten jenen, die schon da sind ein abwechslungsreiches Programm und schaffen ein Kulturangebot vom Feinsten natürlich auch für die Burgenländer und Burgenländerinnen. Viele Wirtschaftsbranchen profitieren vom burgenländischen Kultursommer, sie reichen von den Zulieferfirmen für die Ausstattung bis hin zur Gastronomie und Hotelerie“, betonte Bieler.

Sein Dank gilt in erster Linie den Intendanten und Festspielleitern: „Sie haben mit ihren Teams auch heuer wieder Großartiges über die Bühne gehen lassen und damit das Burgenland als Kulturland bestätigt.“ Der Landesrat hob auch die Rolle der Medien als Vermittler zwischen Kultur und Publikum hervor. ■

http://kultur-burgenland.at

Aus Südtirol

Alemagna, Flüchtlinge, Master

Der Euregio-Vorstand hat getagt – dabei legten die Landeshauptleute Rossi, Kompatscher und Platter die Weichen für die Zusammenarbeit.



Foto: LPA / Armin Gluderer

Der Euregio-Vorstand hat im Castel Toblino getagt (v.l.): Günther Platter (LH Tirol), Ugo Rossi (LH Trentino) und Arno Kompatscher (LH Südtirol)

Der Vorstand des Europäischen Verbunds territorialer Zusammenarbeit EVTZ „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino" ist am 19. Oktober unter Trentiner Vorsitz in Castel Toblino in Sarche zu seiner 13. Sitzung zusammengekommen. Getagt hat auch die Versammlung des EVTZ, die zu ihrer zehnten Sitzung zusammengekommen war. Die Führungsgremien der Europaregion zogen Bilanz über die bisherige Zusammenarbeit und entschieden über künftige gemeinsame Projekte. Im Anschluß an die beiden Sitzungen informierten der derzeitige EVTZ-Vorsitzende Ugo Rossi (LH Trentino) und die Vorstandsmitglieder Arno Kompatscher (LH Südtirol) und Günther Platter (LH Tirol) über die wichtigsten gemeinsamen Vorhaben.

Zum Auftakt der Pressekonferenz haben sich die Landeshauptleute klar gegen neue Alpentransversalen ausgesprochen. Kompatscher hatte den EVTZ-Vorstand mit dem Thema befaßt, nachdem der Verkehrsausschuß des Europaparlaments einem Antrag zur Verlängerung der Alemagna-Autobahn ins Pustertal zugestimmt hatte und in den vergangenen Monaten die Forderung nach einer Verlängerung der Alemagna-Autobahn von Belluno über das Pustertal und Österreich bis nach München vor allem von Wirtschaftstreibenden aus Venetien immer wieder vorgebracht worden waren. „Eine neue alpenquerende Straßenverbindung steht im Widerspruch zu Alpenkonvention", bekräftigte Kompatscher, der zudem auf das gemeinsame Abkommen mit dem Präsidenten des Veneto für eine Bahnverbindung hinwies. Stattdessen sei eine Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf eine leistungsfähige Schieneninfrastruktur anzustreben, sind sich die drei Landeshauptleute einig.

Auch über das Problem der Flüchtlinge beziehungsweise der Asylbewerber haben die drei Landeshauptleute wiederum gesprochen. Trotz nicht deckungsgleicher Standpunkte wurde auf die offene Brennergrenze als Zeichen des Erfolgs der gemeinsamen Bemühungen hingewiesen.

Weiter vorantreiben will die Euregio ihr Engagement im Rahmen der makroregionalen Alpenstrategie EUSALP, wobei die Euregio nach wie vor die Einrichtung eines Service Points in ihrem gemeinsamen Bürogebäude in Brüssel anstrebt.

Befürwortet wurde auch die Fortsetzung dutzender Projekte in den Bereichen Bildung, Jugend, Sport, Sozial- und Gesundheitswesen, Arbeit und Innovation, über die zuvor Generalsekretärin Valentina Piffer berichtet hatte. Hinzu kommen mehrere neue Projekte, darunter ein zweijähriger, postgradualer Masterlehrgang zum Studium politischer und sozialer Systeme Europas. Der Lehrgang soll in Zusammenarbeit mit den Universitäten der drei Länder, der EURAC und der Stiftung „Bruno Kessler" ab 2017 unter der Federführung der Uni Bozen angeboten werden, um dreisprachiges, euregionales Führungspersonal heranzubilden. Koordiniert wird das Projekt, in das in den kommenden drei Jahren 450.000 Euro fließen sollen, von Präsident Konrad Bergmeister.

Während sich der Vorstand aus den drei Landeshauptleuten der Europaregion zusammensetzt, zählt die Versammlung zwölf Mitglieder, jeweils vier pro Land: die Landtagspräsidenten Bruno Dorigatti, Roberto Bizzo und Herwig van Staa, die Landesräte Richard Theiner, Tiziano Mellarini und Bernhard Tilg sowie die Landtagsabgeordneten Gabriele Fischer (Tirol, Grüne), Sven Knoll (Südtirol, Süd-Tiroler Freiheit) und Giacomo Bezzi (Trentino, Forza Italia). ■

http://www.provinz.bz.it
http://www.europaregion.info

Südtiroler Forschungsinitiative bei Ministern in Rom vorgestellt

Die Rektoren der Universitäten und die Leiter von Forschungszentren des Nord-Ostens Italiens haben sich 19. Oktober gemeinsam mit politischen Vertretern der Regionen Friaul, Venezien und Trentino-Südtirol in Rom eingefunden. Es wurden die Südtiroler Vorschläge zur Anwerbung nationaler und europäischer Finanzierungen für eine umfassende gemeinsame Forschungsinitiative definiert.

Ministerin Stefania Giannini (Bildung, Universität und Forschung) und Minister Carlo Calenda (Wirtschaftsentwicklung) begrüßten das konzertierte Vorgehen, das dem Konzept eines „Diffusen Kompetenzzentrums" entspreche. Die Universitäten wurden eingeladen, einen gemeinsamen Aktionsplan zu entwerfen, den die Minister der Regierung im Rahmen der Budgetverhandlungen unterbreiten werden. ■

Wirtschaft

Turbo für heimische Wirtschaft

Umwelt- und Energietechnikunternehmen verzeichnen starkes Plus bei Umsatz, Export und Beschäftigung.

Die Ökotechnikbranche wächst weiterhin. Das geht aus der von Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, Umweltminister Andrä Rupprechter, Technologieminister Jörg Leichtfried und Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl in Auftrag gegebenen Studie des Industriewissenschaftlichen Instituts (IWI) über die österreichische Umwelttechnikindustrie hervor. Die Untersuchung bescheinigt der Umwelttechnik-Branche ein überdurchschnittlich dynamisches Wachstum sowie positive Effekte auf die heimische Wirtschaft. Zur Erreichung der umwelt- und wirtschaftspolitischen Ziele wird die Ankurbelung der heimischen Nachfrage, die professionelle Vermarktung österreichischer Umwelttechnologien auf dem gesamten Globus, und die Förderung von Innovation, Forschung und Entwicklung auch künftig ein wesentlicher Bestandteil der Politik der drei Ministerien und der Wirtschaftskammer sein.

Wirtschafts- und Energieminister Reinhold Mitterlehner sieht die Branche auf der Überholspur. „Öko-Innovationen Made in Austria werden weltweit immer stärker nachgefragt. Unsere Unternehmen halten international hervorragend mit und sichern damit zehntausende Arbeitsplätze im Land“, so Mitterlehner. „Vor allem auf den Weltmärkten gibt es noch viel Potential. Daher unterstützen wir die Branche gezielt bei der Entwicklung ihrer Innovationen und beim Export.“

„Mit 4. November 2016 werden die Weichen für eine fossilfreie Zukunft gestellt, der Pariser Weltklimavertrag tritt in Kraft. Damit ist klar, Österreich muß seine Vorreiterrolle im Umwelttechnikbereich weiter ausbauen und die wirtschaftlichen Chancen nützen. Die Studie zeigt eindrucksvoll, in welche Richtung es gehen muß“, so Rupprechter.

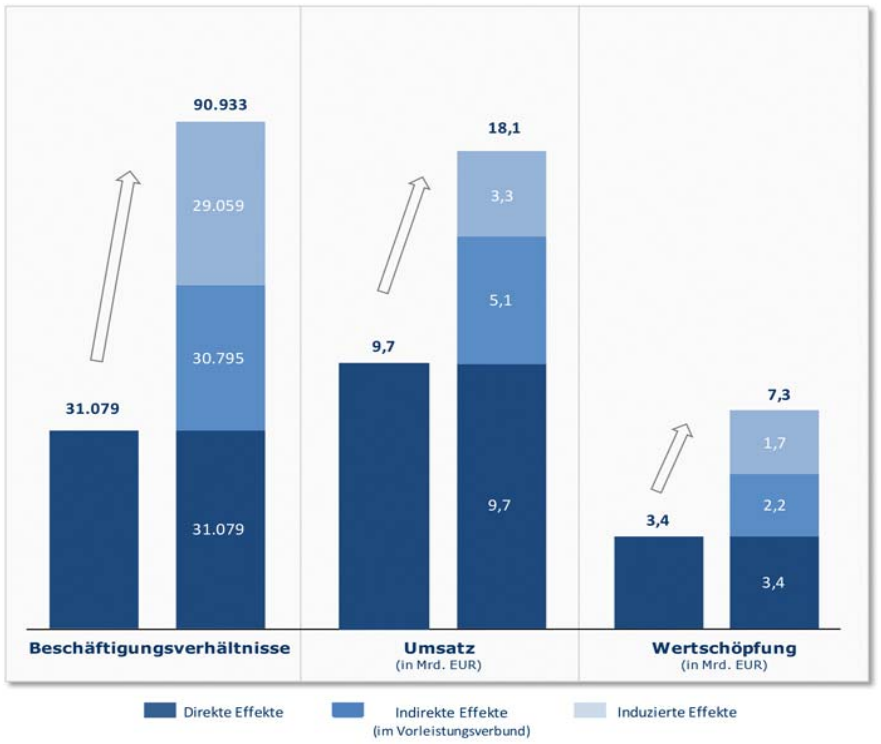
„Bei umweltfreundlichen Energietechnologien ist Österreich schon heute internationaler Top-Player. Diesen Innovationsstandort gilt es weiter auszubauen. Daher fördern wir Österreichs Unternehmen mit rund 70 Millionen Euro pro Jahr in der Energieforschung, sichern und schaffen Arbeitsplätze und unterstützen ressourcenschonendes Wachstum“, erklärt Infrastrukturminister Jörg Leichtfried.

„Der Wachstumsgarant ‚Export von Umwelttechnik Made in Austria‘ hat auch in den vergangenen wirtschaftlich herausfordernden Jahren gut ‚gehalten‘. Die go-international-Initiative des Wirtschaftsministeriums und die Exportinitiative des Umweltministeriums geben uns den notwendigen Rückenwind. Mit den umfassenden Aktivitäten unserer Aussenwirtschaft Austria werden wir das verstärken, wo immer dies möglich ist“, so Leitl.

Die österreichische Umwelttechnikindustrie (produzierender Bereich) erwirtschaftete im Jahr 2015 mit rund 31.000 Beschäftigten einen Umsatz von 9,7 Milliarden Euro. Gegenüber dem Jahr 2011 beträgt das Plus beim Umsatz rund 18,3 %, beim Export rund 16,7 % und bei den Beschäftigten rund 8,6 %. Das Umsatzwachstum in der Sachgüterindustrie betrug im Vergleichszeitraum 2 %, wodurch die Bedeutung der Umwelttechnikindustrie als Wachstumsmotor der heimischen Wirtschaft nachhaltig unterstrichen wird. Seit 1997 hat sich der Umsatz annähernd vervierfacht, so daß Österreichs Firmen im Jahre 2015 Umwelttechnik im Wert von 9,7 Milliarden Euro verkaufen konnten. Davon gehen rund 72 % in den Export.

Erstmals wurden in dieser Studie auch die Effekte dieses innovativen Industriezweiges auf andere Volkswirtschaftsbereiche bemessen. Indirekt und induziert bringt die Branche weitere 59.854 Beschäftigungsverhältnisse hervor. Insgesamt sichert der produzierende Bereich der Umwelttechnologiebranche somit annähernd 91.000 Arbeitsplätze in Österreich. Dies bedeutet: Jeder neue Beschäftigte in einem produzierenden Unternehmen der Umwelttechnikindustrie schafft annähernd zwei zusätzliche Arbeitsplätze in anderen Bereichen der österreichischen Volkswirtschaft (insbesondere Dienstleistungs- und Handelssektor). Zusätzlich zum direkten Umsatz von 9,7 Milliarden Euro wurde ein indirekter und induzierter Umsatz von 8,4 Milliarden Euro und eine indirekte und induzierte Wertschöpfung von 3,9 Milliarden Euro durch diese Branche bewirkt. Dies bedeutet: Ein Euro direkte Bruttowert-

Hohe volkswirtschaftliche Effekte (2015)



Anm.: Berechnungen gemäß Güterzuteilung des jeweiligen Umwelttechnik-Hauptproduktes.
Quelle: IWI (2016) auf Basis der Input-Output-Tabellen 2012 der Statistik Austria

Grafik: Industriewissenschaftliches Institut / Pöchhacker Innovation Consulting

schöpfung der Umwelttechnikindustrie (produzierender Bereich) bewirkt 0,65 Euro an indirekter und 0,5 Euro an induzierter Bruttowertschöpfung. Umgekehrt hängt das Wachstum der Umweltbranche auch mit der Entwicklung der übrigen Industrie zusammen, die einen großen Teil der inländischen Nachfrage abdeckt.

Themenfouks Forschung, Technologie und Innovation

- Forschung und Innovation spielen eine Schlüsselrolle für die Umwelttechnikindustrie. Die F&E-Intensitäten bewegen sich zwischen 4 % und 8 % der Wirtschaftsleistung der Unternehmen.
- Förderlich sind eine Vielzahl an Forschungsförderprogrammen für innovative Energie- und Umwelttechnologien. Knapp die Hälfte der befragten Unternehmen (48 %) nutzen Förderungen bei Innovationsaktivitäten.
- Die Innovationsaktivitäten der befragten Umwelttechnikunternehmen betreffen schwerpunktmäßig die Steigerung der Energieeffizienz (bei 77 % der innovationsaktiven Unternehmen), den Ersatz von fossilen durch erneuerbare Energiequellen (66 %) sowie die Verringerung von Boden-, Wasser- oder Luftverschmutzung bzw. der Lärmbelästigung (64 %).
- Zwei Drittel der befragten Unternehmen der Umwelttechnikindustrie (66 %) konnten ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Innovationsaktivitäten steigern, bei einem guten Drittel ist dadurch die Zahl der Beschäftigten gestiegen.
- Innovationsaktivitäten werden von den befragten Unternehmen vorrangig deswegen betrieben, um die Produktpalette auszuweiten (63 %) bzw. Marktanteile abzusichern oder neue zu gewinnen (59 %).

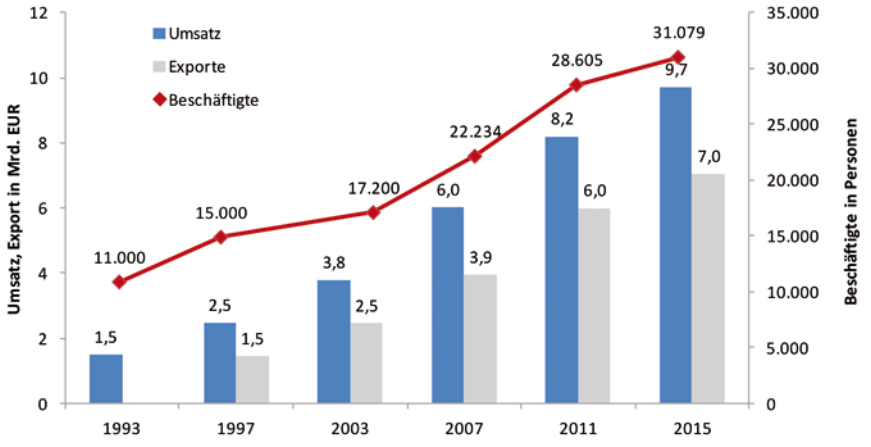
Themenfokus Exportperformance

- Die österreichischen Umwelttechnikunternehmen exportieren ihre Produkte und Dienstleistungen in die ganze Welt, der Schwerpunkt liegt aber deutlich im europäischen Raum (94 % der exportaktiven sind in den EU-Staaten aktiv).
- Hohe Relevanz hat derzeit insbesondere der asiatische Markt: rund 43 % der befragten, exportaktiven Unternehmen sind in Asien tätig. Jedes zweite in Asien aktive Unternehmen (50 %) konnte seinen Marktanteil in diesem Raum in den vergangenen drei Jahren vergrößern.
- In den letzten Jahren haben sich die Marktanteile der österreichischen Unternehmen in den USA und Kanada (bei 34 % der in diesen Märkten aktiven Unternehmen) sowie im Nahen Osten (32 %) und in Afrika (35 %) vergrößert.
- Negativ auf die Exportaktivitäten wirken sich vor allem die rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen in den Zielmärkten (40 % der Unternehmen) sowie mangelnder Marken- und Patentschutz (36 %) und die große Konkurrenz (35 %) im Ausland aus.
- Drei Viertel (75 %) der befragten Unternehmen arbeiten bei den Auslandsaktivitäten mit Kooperationspartnern (Kunden, verbundene Unternehmen, Zulieferer usw.) zusammen.

Themenfokus Junge Unternehmen (Startups)

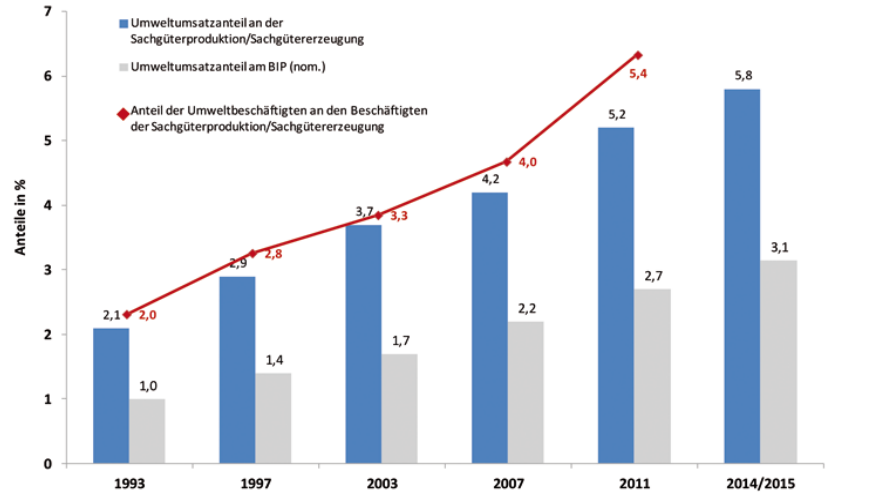
- Unternehmensgründungen im Umwelttechnikbereich unterscheiden sich im Vergleich zu Gründungen in anderen Wirtschaftsbereichen durch eine Abhängigkeit von der Energiepreisentwicklung und den rechtlichen Rahmenbedingungen sowie relevanten Förderkulissen aus. Häufig ist auch ein überdurchschnittlich hoher Kapitalbedarf gegeben.
- Die Finanzierung von Startups erfolgt immer noch hauptsächlich durch eigene Finanzmittel und Ersparnisse (bei 92 % der Startups). Öffentliche Fördermittel werden von 44 % der Umwelttechnik-Startups und klassische Bankkredite bzw. -darlehen von 33 % genutzt.
- Positiv auf das Wachstum von Startups würden sich zugeschnittene öffentliche Förderungen (von 75 % der Startups gewünscht), gesetzliche Regulierungen im Umwelttechnikbereich (64 %) und entsprechende Forschungs- und Innovationsaktivitäten (44 %) auswirken . ■

Grafik: Industriewissenschaftliches Institut / Pöchhacker Innovation Consulting



Quelle: IWI (2016), WIFO (1995, 2000, 2005, 2008, 2012)

Grafik: Industriewissenschaftliches Institut / Pöchhacker Innovation Consulting



Anm.: Als Bezugsgröße zur „Sachgüterproduktion" wird für die Beobachtungsjahre 1993 bis 2011 lt. WIFO die abgesetzte Produktion verwendet. Die jüngsten Relationswerte des IWI beziehen sich auf den Produktionswert der Sachgütererzeugung (Herstellung von Waren) 2014. Für Beschäftigungsrelationen liegen aktuell keine validen Angaben vor. Quelle: IWI (2016), WIFO (2013), Statistik Austria

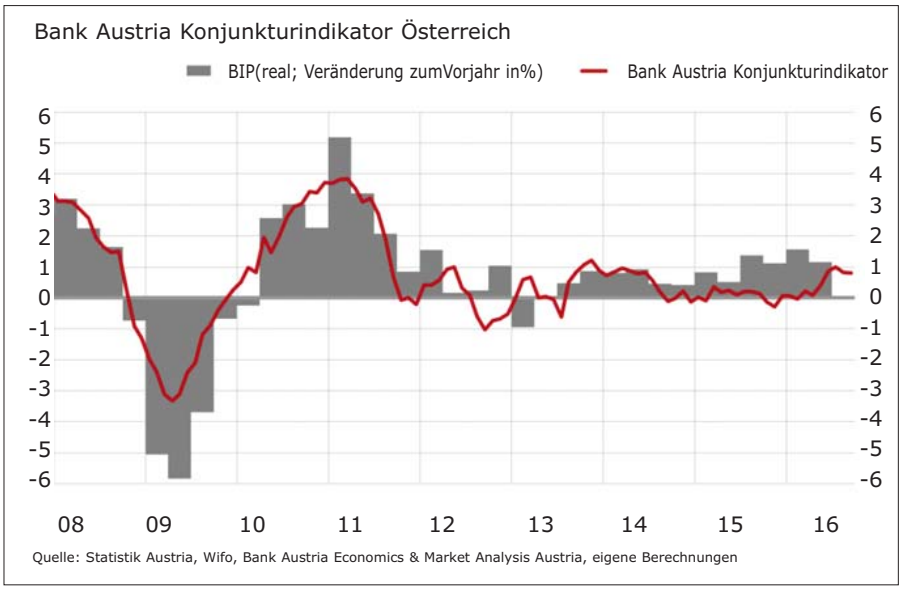
Wirtschaft

Weiter auf Wachstumskurs

Verbesserung in der Industrie wird durch Eintrübung der Konsumentenstimmung aufgewogen – Wachstumserwartung für 2016 damit unverändert bei 1,5 Prozent

Der Wachstumskurs der österreichischen Wirtschaft hat seit dem Sommer etwas an Schwung verloren, bleibt jedoch trotz steigender Konjunkturrisiken solide. „Der Bank Austria Konjunkturindikator hat sich im September im Vergleich zum Vormonat nicht verändert. Mit 0,8 Punkten weist der Indikator weiterhin auf ein solides Wachstum der österreichischen Wirtschaft hin. Gegenüber dem Sommer hat sich das Erholungstempo kaum verlangsamt“, meint Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer. Der Bank Austria Konjunkturindikator erreichte im dritten Quartal damit durchschnittlich einen Wert von 0,9 Punkten, nach nur 0,4 Punkten im vorhergehenden Quartal. „Aufgrund des starken Anstiegs des Indikators im dritten Quartal gehen wir für diesen Zeitraum von einer höheren Wirtschaftsdynamik aus als im Frühjahr. Der magere BIP-Anstieg von 0,1 Prozent im zweiten Quartal konnte in den Sommermonaten nach unseren Berechnungen spürbar übertroffen werden“, zeigt sich Bruckbauer zuversichtlich.

Das solide Wachstum der österreichischen Wirtschaft im dritten Quartal war ausschließlich der Inlandsnachfrage zu verdanken. Der Aufwind im Einzelhandel zeigt, daß der Konsum gestützt auf positive Effekte durch die Steuerreform zu Beginn des Jahres und eine dank der stabilen Rohstoffpreisentwicklung anhaltend niedrige Inflation den entscheidenden Beitrag geleistet hat. „Nicht nur der Konsum, auch die Investitionen sind über den Sommer schwungvoll geblieben und haben einen Anstieg des BIP von bis zu 0,4 Prozent im Vergleich zum Vorquartal ermöglicht. Nimmt man die mäßge Auftragsentwicklung im Export als Gradmesser, konnte hingegen der Außenhandel weiterhin nicht zum Wirtschaftswachstum in Österreich beitragen“, meint Bruckbauer.



In den kommenden Monaten wird sich am bestehenden Wachstumsmuster in Österreich nur wenig ändern. Dem soliden dritten Quartal wird jedoch voraussichtlich ein etwas schwächeres Schlußquartal folgen, in dem sich die zunehmenden konjunkturellen Unsicherheiten, wie etwa der Brexit und die US-Präsidentschaftswahlen belastend niederschlagen werden. „Die österreichische Wirtschaft steuert unverändert auf einen Jahresdurchschnitt von 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum 2016 zu. Bei leicht dämpfenden Außenhandel ist dieses etwa zu zwei Drittel vom Konsum und zu einem Drittel von der Erholung der Investitionen bestimmt“, so Bruckbauer.

Die Inlandsnachfrage bleibt auch 2017 die bestimmende Kraft der Konjunkturerholung, die sich jedoch etwas verlangsamt

Österreich Konjukturprognose

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Prognose 2016	2017
Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	1,9	2,8	0,7	0,1	0,6	1,0	1,5	1,1
Privater Konsum (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	1,0	1,3	0,5	-0,1	-0,3	0,0	1,3	1,1
Investitionen (real, Vdg. z. Vorjahr in %) *)	-2,1	6,7	1,4	2,2	-0,9	0,7	3,3	2,6
Inflationsrate (Vdg. z. Vorjahr in %)	1,9	3,3	2,4	2,0	1,7	0,9	0,9	1,8
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	6,9	6,7	7,0	7,6	8,4	9,1	9,2	9,4
Beschäftigung (Vdg. z. Vorjahr in %) **)	0,8	1,9	1,4	0,6	0,7	1,0	1,4	0,8
Öffentlicher Haushaltssaldo (in % des BIP)	-4,5	-2,6	-2,2	-1,4	-2,7	-1,0	-1,7	-1,3
Öffentliche Verschuldung (in % des BIP)	82,8	82,6	82,0	81,3	84,4	85,5	85,2	84,1

*) Bruttoanlageinvestitionen **) ohne Karenzgeldbezieher, Präsenzdiener und Schulungen
Quelle: Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

fortsetzen wird. Mit ein Grund für das etwas geringere Tempo der heimischen Wirtschaft im kommenden Jahr ist der private Konsum, der etwas an Dynamik verlieren sollte. Die positiven Effekte der Steuerreform werden schwächer und die Unterstützung durch die niedrige Inflation läßt nach. Die nach einer zwischenzeitlichen Verbesserung im Sommer nun wieder stärker eingetrübte Stimmung der Verbraucher könnte bereits ein erstes Vorzeichen dafür sein. Darüber hinaus dürfte die Investitionsfreudigkeit der Unternehmen beeinflußt von Unsicherheiten wie dem bevorstehenden Brexit sowie anhaltenden geopolitischen Spannungen an Kraft einbüßen. Zwar sind die Aussichten für Bauinvestitionen günstig, doch die Anlageinvestitionen werden den Schwung von 2016 nicht halten können.

	BIP real Veränderung zum Vorjahr	Bank Austria Konjunktur-Indikator
Dez.98	1,9	2,5
Dez.99	4,9	4,0
Dez.00	2,8	4,0
Dez.01	0,5	1,8
Dez.02	0,8	2,6
Dez.03	1,7	2,1
Dez.04	1,8	2,5
Dez.05	3,7	2,3
Dez.06	4,4	4,2
Dez.07	2,7	3,6
Dez.08	-1,1	-1,5
Dez.09	-0,2	0,2
Dez.10	2,6	3,8
Mär.11	5,8	4,0
Jun.11	3,7	3,3
Sep.11	2,4	0,7
Dez.11	0,7	-0,2
Mär.12	1,3	0,5
Jun.12	0,2	0,3
Sep.12	0,5	-1,1
Dez.12	1,6	-0,5
Mär.13	-0,5	0,7
Jun.13	0,0	0,0
Sep.13	0,4	0,9
Dez.13	0,9	0,9
Mär.14	0,5	1,0
Jun.14	0,6	0,8
Sep.14	0,3	-0,1
Dez.14	-0,1	-0,2
Mär.15	0,3	0,4
Jun.15	0,8	0,1
Sep.15	1,0	0,1
Dez.15	1,1	0,0
Mär.16	1,6	0,2
Jun.16	1,2	0,9
Jul.16		1,0
Aug.16		0,8
Sep.16		0,8

Quelle: Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Die Stimmung in der exportorientierten Industrie Österreichs hat sich im September verbessert, da sich die Zuversicht der Industrie in der gesamten EU mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs erhöht hat. Die Wachstumserwartungen der Länder der Europäischen Union sind für 2017 zwar niedriger, doch haben sich die Aussichten für andere Exportmärkte klar verbessert. So ist 2017 mit einer günstigeren Konjunktur in vielen Schwellenländern zu rechnen. Voraussichtlich wird auch 2017 der Außenhandel aufgrund einer nur geringfügig höheren Dynamik der Exporte das Wachstum der österreichischen Wirtschaft dämpfen, wenn auch weniger als im laufenden Jahr. „Aufgrund der geringeren Unterstützung durch den Konsum sowie negativer Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit und die Exportdynamik durch den bevorstehenden Austritt der Briten aus der EU sowie sich verstärkende protektionistische Trends im globalen Handel wird die Wachstumsdynamik 2017 schwächer ausfallen als im laufenden Jahr. Wir erwarten für 2017 einen Anstieg des BIP von 1,1 Prozent“, meint Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl.

Arbeitslosenquote steigt 2017 wieder stärker auf 9,4 Prozent

Die Konjunkturerholung des laufenden Jahres hat sich positiv auf den österreichischen Arbeitsmarkt ausgewirkt. Trotz eines Beschäftigungswachstums von bislang 1,4 Prozent zum Vorjahr ist die Arbeitslosenquote jedoch nicht gesunken, da das Arbeitskräfteangebot ebenfalls zugenommen hat. „Die Arbeitslosenquote betrug in den ersten neun Monaten 2016 durchschnittlich 9 Prozent. Hinter diesem gegenüber der Vorjahresperiode unveränderten Wert stehen zwei gegenläufige Effekte: Ein positiver Konjunktureffekt und ein konterkarierender Arbeitsangebotseffekt. Wäre das Arbeitskräfteangebot 2016 konstant geblieben, hätte die verbesserte Konjunktur die Arbeitslosenquote nach unseren Berechnungen auf 7,7 Prozent gesenkt“, so Pudschedl.

Da weiterhin mehr Frauen und ältere Arbeitnehmer auf den Arbeitsmarkt drängen und sich die Zuwanderung weiter auswirken wird, ist 2017 ein weiterer Anstieg des Arbeitskräfteangebots zu erwarten. Angesichts der sich etwas verlangsamenden Konjunktur wird dies die Arbeitslosenquote voraussichtlich erhöhen. Im Jahresdurchschnitt 2017 gehen die Ökonomen der Bank Austria von einem Anstieg der Arbeitslosenquote auf 9,4 Prozent aus, nach 9,2 Prozent im laufenden Jahr.

Inflation vor Aufwärtsbewegung

Die Inflation in den ersten neun Monaten betrug verglichen mit dem Vorjahr durchschnittlich nur 0,8 Prozent. Ab Oktober wird die Inflation in Österreich langsam zu steigen beginnen. Zum einen läuft der dämpfende Basiseffekt durch den starken Ölpreisrückgang vor einem Jahr nun aus. Zum anderen zeichnet sich eine Trendwende der Rohstoffpreise ab, so hat der Ölpreis mittlerweile die Marke von 50 US-Dollar pro Barrel dauerhaft nach oben durchbrochen. „Wir gehen davon aus, daß bis zum Jahreswechsel die Inflation langsam auf knapp über 1 Prozent klettert, so daß sich im Jahresmittel 2016 eine Teuerung von 0,9 Prozent ergeben wird. Für 2017 nehmen wir an, daß sich die Rohstoffpreise nur geringfügig nach oben bewegen werden und erwarten daher eine durchschnittliche Inflation von 1,8 Prozent“, so Pudschedl. ■

http://www.bankaustria.at

Kaum Änderungen bei Angebot und Nachfrage im Kreditgeschäft

Beim Kreditangebotsverhalten der Banken und der Kreditnachfrage kam es im 3. Quartal 2016, wie schon in den drei zuvor, kaum zu Änderungen. Lediglich die Kreditvereinbarungen mit Unternehmen wurden für diese etwas vorteilhafter ausgestaltet.

Seit Anfang 2014 kam es zu Verschlechterungen beim Refinanzierungszugang für österreichische Banken. Vor allem der Zugang zu langfristigen Einlagen und die Möglichkeit, mittel- bis langfristige Anleihen zu begeben, waren betroffen. Diese ungünstige Entwicklung, die sich im Lauf des Jahres 2015 intensivierte und auch im Euroraum-Vergleich negativ auffällt, hat sich im dritten Quartal 2016 nicht fortgesetzt.

Sehr deutlich äußerten sich die Teilnehmer an der Umfrage der Oesterreichischen nationalbank zu den Auswirkungen des negativen Zinssatzes der EZB-Einlagefazilität. Sie sehen einen anhaltenden Abwärtsdruck auf die Kreditzinsen und mehr noch eine Belastung ihrer Zinserträge. ■

http://www.oenb.at

Chronik

Linzer Donaubrücke

Das Vorprojekt ist fertig, der Neubau wird bald »auf Schiene« sein.



Rendering: Marc Mimram

Die neue Brücke wird mit Baukosten von etwa 60 Millionen Euro auf insgesamt ca. 33 Metern Breite Platz für zwei Schienenstränge, zwei Fahrbahnen für Autos und Busse sowie kombinierte Geh- und Radwege in jeder Richtung bieten.

Nach dem Abbruch des letzten Tragwerks der alten Eisenbahnbrücke im Sommer dieses Jahres ist der Weg für die neue Donaubrücke frei. Der Neubau dieser Brücke ist aus der Sicht der Linzer Verkehrsplaner nicht nur die kostengünstigste Variante, sondern auch die verkehrstechnisch beste, weil kreuzungsfreie und platzsparendste Verkehrslösung. Der Ausgang der Volksbefragung zur Eisenbahnbrücke im Herbst 2015 hat nach dem vorübergehenden Planungsstopp den Weg für Abriß und Neubau der Donauquerung letztendlich geebnet.

Die Einreichplanung für die neue Brücke läuft bereits auf vollen Touren und soll noch heuer abgeschlossen werden. Soeben wurde das Vorprojekt fertig gestellt.

„Auch für die weiteren Planungen für die zweite Schienenachse, die Linz notwendig braucht, ist die neue Brücke von entscheidender Bedeutung. Mein Bemühen konzentriert sich nun darauf, rasch alle weiteren Schritte für die reibungslose Realisierung dieser Verkehrsanbindung zu setzen“, bekräftigt Bürgermeister Klaus Luger den hohen Stellenwert des Bauvorhabens für Linz.

„Bereits in der ersten Sitzung nach der Konstituierung des neuen Gemeinderates am 12. November des Vorjahres wurden die Planungsarbeiten an der neuen Donaubrücke durch einen notwendigen Beschluß im Gemeinderat in Auftrag gegeben, um dieses für Linz so wichtige Projekt voranzutreiben“, unterstreicht Infrastrukturreferent Stadtrat Markus Hein.

Am 13. Dezember 2015 wurde die Projektausführung für die neue Donaubrücke von der LINZ AG bzw. der NSL (Neue Schienenachse Linz GmbH) übernommen, die mit dem erfolgten Abbau der alten Eisenbahnbrücke und der Errichtung der Neuen Donaubrücke den ersten Schritt zur Realisierung der neuen Schienenachse für Linz setzt.

Die neue Brücke wird mit Baukosten von etwa 60 Millionen Euro auf insgesamt ca. 33 Metern Breite Platz für zwei Schienenstränge, zwei Fahrbahnen für Autos und Busse sowie kombinierte Geh- und Radwege in jeder Richtung bieten. Sie ist eine grundlegende Voraussetzung für die Realisierung der 2. Schienenachse. In den nächsten Wochen werden die Auswirkungen der am 5. Oktober vorgelegten Systemstudie des Landes von der LINZ AG analysiert.

Ingenieursleistungen im Linzer Gemeinderat beschlossen

Die entsprechenden Ingenieursleistungen für die Planung wurden bereits am 12. November 2015 im Linzer Gemeinderat beschlossen. Bei den Planungen ist zu berücksichtigen, daß die Brücke alle statischen Voraussetzungen zum Befahren mit unterschiedlichen Garnituren erfüllt. Die Ingenieurleistungen umfassen unter anderem die gesamte Architekten- und Tragwerksplanung, diverse Sonderplanungen, Prüfstatik und örtliche Bauaufsicht. Die Kosten für die Detailplanung werden ca. 6,6 Millionen Euro betragen, wobei rund 3,9 Millionen Euro durch die Stadt Linz in Form von Invest-Zuschüssen an die LINZ AG getragen werden.

Einreichplanung voraussichtlich bis November / Dezember fertig

„Nun wird sukzessive mit der weiteren Planung und Realisierung der neuen Brücke begonnen“, informiert Stadtrat Hein über

den weiteren Zeitplan. „Die nächsten Schritte, die noch ab diesem Jahr erfolgen, sind nach Abschluß der Finanzierungsverhandlungen mit dem Land Oberösterreich die Vollendung der Einreichungsplanung und der Beginn der für den Brückenneubau erforderlichen Rechtsverfahren“, sagt Bürgermeister Klaus Luger.

„Ich bin optimistisch, daß die Einreichplanung noch heuer an die Bau- und Bezirksverwaltung übermittelt werden kann. Die beabsichtigte Koordinierung der nötigen Rechtsverfahren durch die Stadt Linz kann, so wie auch beim Brückenabbruch, sicherlich zusätzlich zu einer effizienten Realisierung dieses für Linz so wichtigen Brückenneubaus beitragen“, zeigt sich Infrastrukturreferent Markus Hein zuversichtlich.

Technische Details zum Vorprojekt

Die neue Brücke verfügt über ein durchgehendes Tragwerk mit Stützweiten von 78 + 120 + 120 + 78 Meter, somit weist sie eine Gesamtlänge von 396 Metern auf. Für Bus und PKW stehen zwei Fahrspuren mit je 3,5 Meter Breite, für die Schienen sechs Meter Breite, für FußgängerInnen auf beiden Seiten je zwei Meter und für RadfahrerInnen auf beiden Seiten je 2,5 Meter zur Verfügung. Dazu kommen Trennstreifen, Sicherheitsabstände und Raum für die Tragkonstruktion, woraus sich eine Gesamtbreite von 33 Metern ergibt.

Ecktermine zur Errichtung

- Vorprojekt: fertig
- Einreichplanung: seit August 2016 in Arbeit
- Einreichung bei der Baubehörde: ab November 2016
- Generelles Projekt, Ausschreibung, Vergabe: November 2016 – Oktober 2017
- Bauausführung – Vorarbeiten: August 2017 – Oktober 2017
- Start Bauarbeiten für Brückenneubau und Straßenanschlüsse: November 2017
- Verkehrsfreigabe: August 2020

Voraussetzung für die Einhaltung der Termine sind keine bauverzögernden Einsprüche sowie die Sicherung der Finanzierung durch eine Einigung zwischen Stadt Linz und Land Oberösterreich.

Entscheidung über schienengebundene Verkehrsführung auf Brücke eilt

Sobald die Entscheidung über die Art und Umfang der schienengebundenen Verkehrsführung und Trassierung im Detail gefallen ist, startet das diesbezügliche eisenbahnrechtliche Verfahren. Dieses wird im übrigen bei jeder Art der schienengebundenen Verkehrsführung (Eisenbahn, City-Runner, Straßenbahn und dergleichen) erforderlich. Für den Bau der Brücke selbst ist es allerdings rechtlich nicht maßgeblich, sondern nur für die schienengebundene Infrastruktur.



Rendering: Marc Mimram

Für Bus und PKW stehen zwei Fahrspuren mit je 3,5 Meter Breite, für die Schienen sechs Meter Breite, für Fußgänger auf beiden Seiten je zwei Meter und für Radfahrer auf beiden Seiten je 2,5 Meter zur Verfügung.

Start der Verfahren

Voraussetzung für die abschließenden Planungen der NSL GmbH ist die geklärte Finanzierung der Brücke. Darauf aufbauend kann die NSL GmbH die Einreichprojekte für die einzelnen Verfahren finalisieren. Diese Einreichprojekte lösen dann die einzelnen Rechtsverfahren aus.

Verkehrsführung: flüssigerer Verkehr, querungsfreie Fuß- und Radwege

Die künftige Verkehrsführung im Zuge der neuen Brücke wird so angelegt, daß die Umgebung sowohl auf Urfahraner wie auch auf Linzer Seite möglichst wenig beeinträchtigt wird.

So sind für den motorisierten Individualverkehr keine Richtungswechsel und Verschwenkungen erforderlich, ebenso ist beim ruhenden Verkehr der größtmögliche Erhalt von Parkplätzen für SportlerInnen im Bereich der Freizeitanlagen (LäuferInnen, WassersportlerInnen, RadfahrerInnen, SkaterInnen) und für das Gasthaus Lindbauer gewährleistet. Die gerade Streckenführung der einzuplanenden Straßenbahn ermöglicht einen dichten Takt und kurze Fahrzeiten durch relativ hohe Geschwindigkeiten, weiters sind Haltestellen für Busse in beiden Fahrtrichtungen möglich. Sämtliche schifffahrtsrechtlichen Vorgaben hinsichtlich der Durchfahrtsbreite und -höhe sowie der Pfeilerlage werden erfüllt.

Auf Linzer Seite ist für den Rad- und FußgängerInnenverkehr eine direkte Verbindung zur Hafenstraße ohne Umwege und zusätzliche Querung der Fahrbahn und der Gleistrasse gegeben. Der Weg entlang des Donauparkstadions zum Damm ist ohne zusätzliche Maßnahmen weiter benutzbar.

Verkehrsberuhigung im Wohngebiet

Die künftige Verkehrsführung Richtung Urfahr-Zentrum soll über die Reindlstraße erfolgen. Dadurch ergeben sich Möglichkeiten zur Verkehrsberuhigung in der Ferihumerstraße. ■

http://www.linz.at

Chronik

Bundespräsident a.D. besuchte Oö. Landesausstellung

Unter dem Motto „Oberösterreich dankt Bundespräsident a.D. Dr. Heinz Fischer“ hat Landeshauptmann Josef Pühringer das frühere Staatsoberhaupt am 10. Oktober zu einem Besuch der Landesausstellung in Lambach und Stadl-Paura eingeladen. „Mit dieser Einladung dankt Ihnen das offizielle Oberösterreich für Ihren zwölfjährigen Dienst an der Republik, der Sie auch viele Male zu offiziellen Anlässen nach Oberösterreich geführt hat“, so Pühringer in seiner Begrüßung.

Musikalisch wurde Heinz Fischer von den Musikkapellen von Lambach und Stadl-Paura empfangen, ein Chor des Stiftsgymnasiums Lambach stellte sich mit einem Geburtstagsständchen für den ehemaligen Bundespräsidenten ein, der am 9. Oktober das 78. Lebensjahr vollendet hat.

Nach einer Führung durch die Landesausstellung in Lambach und Stadl-Paura nahm der Bundespräsident a.D. auch die Ehrung der 250.000sten Besucherin der Landesschau zum Thema „Mensch & Pferd“ vor: Die Überraschung und Freude bei Annemarie Rau, ihrem Gatten Christian und den Kindern Christian (8), Stefan (5) und Franziska (2) aus Steinerkirchen an der Traun war natürlich groß, nicht nur den Landeshauptmann, sondern auch den ehemaligen Bundespräsidenten einmal persönlich kennenzulernen.



Foto: Land Oberösterreich / Kauder

v.l.: Bundespräsident a.D. Heinz Fischer, Annemarie und Christian Rau mit ihren Kindern Christian, Stefan und Franziska und Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer

Den Abschluß des Besuchsprogramms bildete ein gemeinsames Mittagessen des ehemaligen Staatsoberhaupts mit Vertretern des Landes Oberösterreich und der Region im Gasthof „7er Stall“ am Gelände der Landesausstellung in Stadl-Paura. ■

http://www.landesausstellung.at

Drei-Millionster Gast im Sole-Felsen-Bad Gmünd begrüßt

Mit großer Freude konnten am 25. Oktober die Drei-Millionsten Gäste des Sole-Felsen-Bades Gmünd begrüßt werden. Niederösterreichs Landesrätin Barbara Schwarz gratulierte Annemarie Waldherr und Leonhard Ottensteiner aus Mönichkirchen am Wechsel recht herzlich: „Das Sole-Felsen-Bad Gmünd ist ein beliebtes Ausflugsziel für Jung und Alt. Im Winter wie im Sommer können unsere niederösterreichischen Familien, aber auch Besucher aus den Nachbarregionen hier Ruhe und Erholung finden. Den jungen Besuchern bietet das Bad Spaß und Action.“

Annemarie Waldherr und Leonhard Ottensteiner aus Mönichkirchen am Wechsel waren zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Die kleine Familie (Nachwuchs ist in freudiger Erwartung) wollte das Sole-Felsen-Bad als Tagesausflug besuchen – mit dieser Überraschung haben sie nicht gerechnet – umso größer war die Freude über den Gutschein „Lady Days“ (1 Nacht für 2 Personen, Halbpension und Eintritt in die Bade- und Saunawelt des Sole-Felsen-Bades).

Bereits seit zehn Jahren ist das Sole-Felsen-Bad eine der ersten SPA Austria Adressen in Niederösterreich. Am idyllischen Aßangteich befindet sich diese Erlebnisbad-, Sauna- & Thermen-Anlage mit großem Wellness-Angebot, Relaxbecken, Sportbecken, Riesenrutsche und Kinderplanschzone. Das Wasser weist Sole-Konzentrationen von 1,5 Prozent bis 3 Prozent auf.



Foto: NÖ Landespressedienst / Burchhart

v.l.: Bürgermeisterin Helga Rosenmayer, Landesrätin Barbara Schwarz, Annemarie Waldherr und Leonhard Ottensteiner und Nicole Hörmann, Geschäftsführerin Sole Felsen Bad Gmünd

Gepflegte Liegewiesen laden zum Erholen im Freien ein. ■

http://www.sole-felsen-bad.at/

Personalia

Kulturminister Drozda ehrt Harald Sicheritz

Das Oeuvre von Harald Sicheritz ist umfangreich und eindrucksvoll. Es umfaßt zahlreiche Kassenschlager und wahre Kultfilme der österreichischen Film- und Fernsehlandschaft, wie ‚Hinterholz 8', ‚Poppitz', ‚Wanted' oder ‚MA 2412'. Als Regisseur und Drehbuchautor ist er damit zum Begründer des heimischen Kabarett-Films geworden", sagte Bundesminister Thomas Drozda am 14. Oktober bei der Überreichung des Österreichischen Ehrenzeichens für Wissenschaft und Kunst an Harald Sicheritz im Kongreßsaal des Bundeskanzleramts.

Sicheritz habe sich in seinen Filmen auch immer wieder gekonnt mit der heimischen Sozialpsyche auseinandergesetzt. „Ich erinnere nur an den zum Klassiker gewordenen Film ‚Muttertag', der seit 1993 Österreichs Familien pünktlich im Mai mit den Austro-Ausformungen dieses Jubiläumstages konfrontiert", so Drozda, der den Geehrten als einen „in jeder Hinsicht würdigen und qualifizierten Preisträger" bezeichnete.

Die Laudatorin, Gabriele Lenz, hob die große Wertschätzung des Publikums und die zahlreichen Film- und Fernsehpreise von Sicheritz hervor und ging auf frühere Stationen in dessen Lebensweg ein, wie seine Zeit als Redakteur beim ORF-Jugendmagazin „Ohne Maulkorb" oder als Gründer, Texter und Bassist der Musikgruppe „Wiener Wunder". Sicheritz sei ein „Vorreiter und Pionier für neue Unterhaltungskultur", ein „kluger und mutiger Mensch, ein reger Geist mit viel Witz und Herzlichkeit und einer kritischen und philantropischen Weltbetrachtung". Der Geehrte bedankte sich mit den Worten: „Ich freue mich sehr und ich bin sehr stolz, aber ich wäre heute nicht hier ohne die vielen wunderbaren Menschen, mit denen ich zusammenarbeiten durfte." ■



Foto: BKA / Regina Aigner

Bundesminister Thomas Drozda (l.) und Harald Sicheritz nach der Verleihung

Republik ehrt Kolping-Präsidentin Christine Leopold

Im Mai 2016 hat Christine Leopold den 10. Jahrestag ihres „Amtsantritts" als Präsidentin von Kolping Österreich gefeiert – nun würdigt auch die Republik ihr Wirken durch die Zuerkennung des „Goldenen Ehrenzeichens", das vom Bundespräsidenten verliehen wird. Die Überreichung erfolgte am 24. Oktober durch Sozialminister Alois Stöger, der in seiner Laudatio die großen Leistungen der Kolping-Präsidentin für die Stärkung des sozialen Zusammenhalt in unserem Land hervorhob: „In einer sich ständig wandelnden Zeit nehmen Sie die Herausforderungen an und kämpfen für eine sozial gerechte Gesellschaft – ich möchte Ihnen heute dafür einfach Danke sagen."

„Ich freue mich über diese Anerkennung meiner Arbeit und sehe darin auch ein Zeichen dafür, daß sich Kolping Österreich insgesamt auf einem guten Weg befindet", meinte die Geehrte in einer ersten Reaktion. Orte zu schaffen, an denen Menschen sich entfalten können, bezeichnet sie als das Kernanliegen ihrer Tätigkeit: „Wir wollen jene, die uns anvertraut sind, auf dem Weg in ein eigenverantwortliches und selbständiges Leben begleiten."



Foto: Buneskanzleramt / Christopher Dunker

Sozialminister Alois Stöger und die Kolping-Präsidentin Christine Leopold

Die Bedeutung des Kolpingverbandes sowohl für Einzelne als auch für das Gemeinwohl kann auch in Zahlen gemessen werden: Rund 5000 junge Menschen in Ausbildung finden jährlich in den Jugendwohnhäusern des Kolpingverbandes ein „Zuhause auf Zeit", mehr als eintausend Menschen in den Kolping-Sozialeinrichtungen, darunter Frauen, Mütter und Kinder in schwierigen Lebenslagen, Menschen mit Behinderung oder Pflegebedürftige. ■

http://www.kolping.at

Personalia

NÖ: Höchstes Ehrenzeichen des Landes für LH Niessl

Landeshauptmann Erwin Pröll verlieh am 29. September das „Goldene Komturkreuz mit dem Stern des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich“ und damit das höchste Ehrenzeichen des Landes Niederösterreich an den burgenländischen Landeshauptmann Hans Niessl.

„Du bist eine Persönlichkeit mit einem ganz besonders ausgeprägten Profil, das sich durch Werteorientiertheit, tiefe Überzeugung in all dem, was du tust, sowie durch Klarheit in der Entscheidung auszeichnet“, sagte Pröll in seiner Laudatio. „Du weißt mit harter, ehrlicher Arbeit zu überzeugen, du bist mit Bodenhaftung und Hausverstand ausgestattet“, so Pröll zu Niessl. Der habe das Burgenland „spezifisch positioniert in der Republik und in Europa“, so Pröll. Das Burgenland sei heute ein Land mit einer prosperierenden Wirtschaft, breiter kultureller Perspektive und politischer Stabilität.



Foto: Landespressedienst / Reinberger

LH Erwin Pröll (r.) überreichte LH Hans Niessl, das »Goldene Komturkreuz mit dem Stern des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich«.

Die Feierstunde sei aber auch ein „Zeichen der Dankbarkeit im Namen des gesamten Bundeslandes Niederösterreich für einen Partner, Mitstreiter und Freund Niederösterreichs“, betonte Pröll. Die Ostregion, die Niederösterreich gemeinsam mit dem Burgenland und Wien bilde, habe „eine besondere Bedeutung“ an der Nahtstelle zwischen dem alten und dem neuen Europa sowie auch „eine besondere Bedeutung als Schrittmacher für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Republik“.

Pröll bedanke sich herzlich „für die ehrliche Freundschaft“ und die „exzellente Zusammenarbeit“. Auch Niessl sprach von einer „sehr guten Zusammenarbeit“, die „auf breiter Basis“ stünde und über Parteigrenzen hinweg erfolge. ■

Landesauszeichnung für die Fidelen Mölltaler zum Abschied

Sie erhielten 22 x Gold, 8 x Platin-Diamant-Titan und Doppel Kristall und für über eine Million verkaufte Tonträger den Kristall-Globus. Zwei Mitglieder bekamen auch schon Landesehrungen, Huby Mayer das „Große Ehrenzeichen des Landes Kärnten“ sowie Josef Ladinig, das „Ehrenzeichen des Landes Kärnten“ und nun wurden die Landes-Ehrungen der Fidelen Mölltaler finalisiert: Am 10. Oktober zeichnete Landeshauptmann Peter Kaiser im Rahmen ihres Abschiedskonzerts im Villacher Congress Center Ludwig „Lucky“ Ladstätter, Peter Pichler und Wolfgang Kaufmann mit dem „Ehrenzeichen des Landes Kärnten“ aus.

„Ich bin heute hier, um einen Fehler zu korrigieren, der beim Fest im Mölltal passiert ist. Damals wurden nur zwei Mitglieder der Band geehrt. Heute bekommen auch der Lucky, der Peter und der Wolfgang das ‚Ehrenzeichen des Landes Kärnten‘“, sagte der Landeshauptmann. Er überbrachte auch die Grüße der anderen RegierungskollegInnen. „Die Fidelen Mölltaler nehmen Abschied von der Bühne, die Ehrenzeichen sind Anerkennung für 45 erfolgreiche Jahre, ein Dankeschön für gute Unterhaltung und für



Foto: LPD / Augstein

LH Kaiser zeichnete Lucky Ladstätter, Peter Pichler und Wolfgang Kaufmann im Rahmen ihres Abschiedskonzerts mit »Ehrenzeichen des Landes Kärnten« aus.

das Bild, das sie von Kärnten vermittelten“, so Kaiser.

Ebenfalls unter den Gratulanten waren einige Bürgermeister der Region, die ein Ehrengeschenk der zwölf Mölltaler Gemeinden überreichten.

Mayer gründete 1971 die „Fidelen Mölltaler“ und war von Beginn an deren musikalischer Leiter. Gründungsmitglied Ladinig war immer deren Manager, Ladstätter ist seit 1973, Pichler 1979 und Kaufmann ist 2003 dabei. ■

http://www.moelltaler.at

Personalia

LH Platter dankt Heinz Fischer für dessen Engagement

Nach zwölf Jahren als Bundespräsident der Republik Österreich ist Heinz Fischer mit 8. Juli 2016 aus dem Amt geschieden. Am 14. Oktober würdigte Tirols Landeshauptmann Günther Platter bei der feierlichen Verabschiedung in Lans die Verdienste Fischers um Österreich und Tirol. „Unermüdlich im Einsatz für die österreichische Bevölkerung und ein würdiger Repräsentant des Staates“, beschreibt ihn Platter: „Mit Heinz Fischer als Bundespräsidenten hatten wir immer jemanden, der eine große Verbundenheit mit Tirol zeigte. Stets eine große Sensibilität für die Europaregion mit ihren historischen Landesteilen hatte. Immer den richtigen Ton fand, wenn es drauf ankam und auch hinter den Kulissen gewirkt hat, wenn es nötig war. Dafür danke ich im Namen Tirols sehr aufrichtig!“



Foto: Land Tirol / Sax

v.l.: Tirols LH Günther Platter, Bundespräsident a.D. Heinz Fischer und Landeskommandant der Tiroler Schützen Fritz Tiefenthaler beim landesüblichen Empfang in Lans

Heinz Fischer und Tirol

Auch wenn Heinz Fischer sein Amt als Bundespräsident niedergelegt hat, bleibt er Tirol erhalten. Seit 12. Oktober gastiert er als Gastprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck. „Heinz Fischer wird in Tirol immer willkommen sein“, bekräftigt Platter, welcher ihn über viele Jahre kennen- und schätzen gelernt hat: „Sein großes Wissen, seine breite Bildung, sein abwägendes Wesen, seine immer freundliche Art – um nur ein paar Charakteristika zu nennen – haben ihn immer zu einem besonderen Gesprächspartner gemacht.“ ■

Goldener Rathausmann für Professor Franz Bileck

Professor Franz Bileck vermag es, sein Publikum zu unterhalten wie zu verzaubern – sei es bei verschiedensten Kulturveranstaltungen in Wien und Europa, sei es bei unseren stimmungsvollen Hochzeitsjubiläumsfeiern im Rathaus. Letzteres seit ganzen 51 Jahren!“, betonte Stadtrat Michael Ludwig am Nachmittag des 3. Oktober. Anlaß war die Verleihung des „Goldenen Rathausmannes“ für Prof. Franz Bileck.

„Es ist dies ein Dankeschön für alles, was Du für diese Stadt, vor allem für die Wienerinnen und Wiener geleistet hast“, so Stadtrat Ludwig zum Ausgezeichneten, der mit der hohen Ehrung während einer Jubiläumshochzeitsfeier im Festsaal überrascht wurde.

Prof. Franz Bileck (* 18. Juli 1926 in Wien), oft auch „Papa Bileck“ genannt, ist ein österreichischer Gitarrist, Komponist und Kapellmeister. Sein Repertoire beinhaltet Klassische Musik, Jazz, Flamenco, Rock ’n’ Roll, Wiener Lied, Russische Volksmusik mit seiner Balalaika, uvm. Als Gitarrensolist war er unter anderem auf den frühen Platten von Peter Kraus zu hören, ferner begleitete er gemeinsam mit seinen Schönbrunner Schrammeln Freddy Quinn, Karl Farkas,



Foto: PID / Alexandra Kromus

Stadtrat Michael Ludwig (r.) zeichnete Professor Franz »Papa« Bileck mit dem Goldenen Rathausmann aus.

Heinz Conrads und Hans Moser mit der Kontragitarre.

Die ersten 25 Jahre der Nachkriegszeit spielte er auf dem Wiener Opernball auf. Mit „Papa Bileck’s Jazz-Band“ war er Fixpunkt bei den Wiener Festwochen und untermalte den jährlichen Wiener Ball in Mailand. 1999 erhielt er das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Mit seinem „Wiener Salonorchester“ begleitet er bereits 51 Jahre lang – von 1965 bis heute – die Hochzeitsjubiläumsfeiern der Stadt Wien. ■

Zu Allerheiligen

Friedhof der Namenlosen

Ein weltweit einzigartiger Ort im Hafen Wien

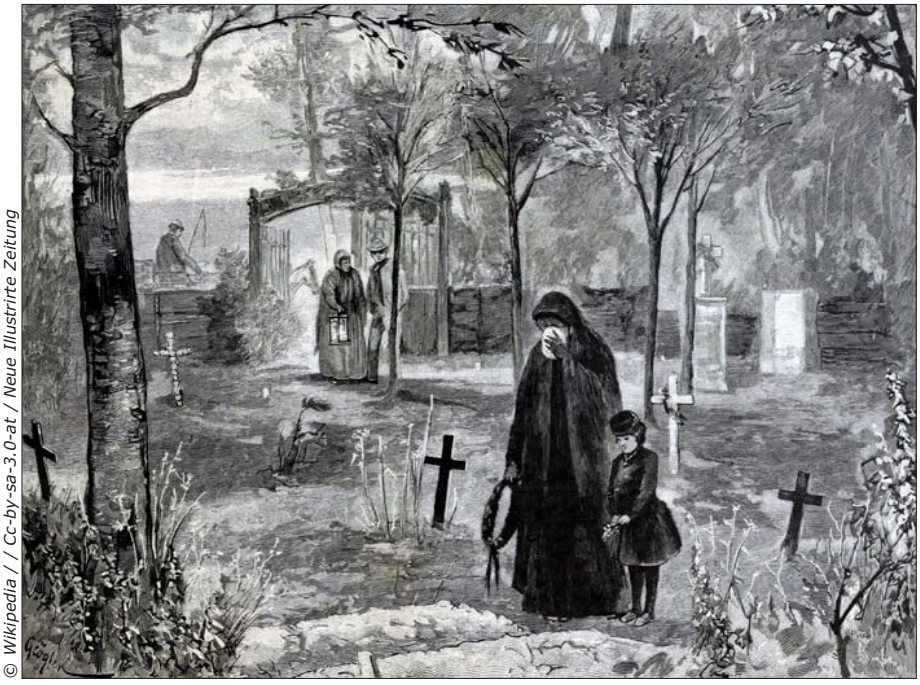
Der Friedhof der Namenlosen im Hafen Wien, einem Unternehmen der Wien Holding, ist ein schaurig schöner Ort, der eine einzigartige Magie ausstrahlt. Hier steht die Zeit still. Fern von Hektik, Lärm und dem Trubel des täglichen Hafenbetriebs, fanden hier die meist anonymen Opfer der Donau bis zum Jahr 1940 ihre letzte Ruhe. Nirgendwo sonst auf der Welt gibt es einen Ort wie diesen. Auch heute noch wird ihnen im Rahmen einer jährlichen Gedenkfeier gedacht. Die Kranzlegung 2016 findet heuer am 6. November um 14 Uhr statt.

Der Friedhof der Namenlosen im Hafen Albern liegt dort, wo Simmering so wirkt, als wäre die Zivilisation spurlos vorüber gegangen. In Richard Linklaters Film „Before Sunrise“ galt der Ort noch als Geheimtipp und noch immer ist der Friedhof nicht einfach zu finden. Nur ein paar Schilder am Wegesrand weisen auf diesen ganz besonderen Ort hin. Dort, wo sich der Friedhof der Namenlosen befindet, grenzt der Hafen Wien gleich direkt an das Auwald- und Wiesengebiet. Auch „Sauhaufen“ wird das Areal genannt. Es gehört zum einstigen Wiener Vorort Albern. Seit dem Mittelalter lebten die Menschen hier vom Fischfang. Kein anderes Dorf im Wiener Raum wurde so oft von der Donau überflutet wie das in Albern der Fall war.

Stromkilometer 1.918, dort wo der Donaukanal in die Donau mündet, das ist sozusagen die Adresse des Friedhofs der Namenlosen. Weltweit ist dieser Friedhof wohl die einzige Begräbnisstätte, die ausschließlich den Opfern eines Flusses vorbehalten ist. Ermordete, Unfallopfer, Selbstmörder, Opfer ungeklärter Kriminalfälle – meistens unbekannte Tote aus dem Fluß, die hier angeschwemmt und gleich begraben wurden. Ein Wasserwirbel fing bis 1939 neben morschem Treibholz auch an die 600 Leichen ein. Schlichte Kreuze aus Schmiedeeisen gefertigt, manchmal noch mit einem Schild versehen auf dem „Namenlos“, „Unbekannt“, „Männlich“, „Weiblich“ oder ein Datum steht, sind die einzigen Zeugen, die an die Opfer des Flusses erinnern.

Der Friedhof besteht aus zwei Teilen

Der Friedhof der Namenlosen besteht aus zwei Teilen. Der ältere Bereich ist heute



© Wikipedia / / Cc-by-sa-3.0-at / Neue Illustrirte Zeitung

Der Friedhof der Namenlosen 1886, nach Wilhelm Groegler (1839–1897)

kaum mehr zu sehen. Bäume und Sträucher haben die Begräbnisstätte überwuchert. Immer wieder wurde dieser Friedhofsteil überschwemmt. Der Auwald hat heute die Totenstätte wieder in Besitz genommen. Auf diesem Teil des Friedhofs wurden bis zur vorletzten Jahrhundertwende die angeschwemmten Wasserleichen bestattet.

Der neue Friedhofsteil entstand 1900, jenseits des Schutzdammes. Die Gräber sind einfache, schmucklose Erdhügel, ohne Umrandung und ohne Grabstein. Geschmückt sind sie nur mit einfachen schmiedeeisernen Kreuzen. 1935 erhielt der Friedhof bei den Arbeiten zur Verstärkung des Schutzdammes eine steinerne Umfassungsmauer und eine



© Wikipedia / / Cc-by-sa-3.0-at / HeinzLW

Zu Allerheiligen

Kapelle, die so genannte „Auferstehungskapelle“. Auf dem neuen Teil des Friedhofs der Namenlosen wurden im Zeitraum 1900 bis 1940 insgesamt 104 Wasserleichen beerdigt. Nur 43 davon konnten identifiziert werden.

Im Jahr 1939 wurden dann auch der Alberner Hafen und die Getreidesilos gebaut. Durch die Hafenregulierung änderten sich die Strömungsverhältnisse im Donaustrom. Und seither werden kaum mehr Leichen an dieser Stelle angeschwemmt. Und wenn doch, so wie im Jahr 2004 die Leiche einer Frau ans Ufer treibt, dann werden diese Toten auf dem Wiener Zentralfriedhof beerdigt. Auf dem Friedhof der Namenlosen fand nach offiziellen Quellen die letzte Beerdigung im Jahr 1940 statt. Der stillgelegte „Friedhof der Namenlosen“ wird heute vom Hafen Wien sowie der Stadt Wien weiter erhalten.



Foto: Wien Holding

Ein Blick über den neueren Teil des Friedhofes der Namenlosen

Vom Totengräber Josef Fuchs

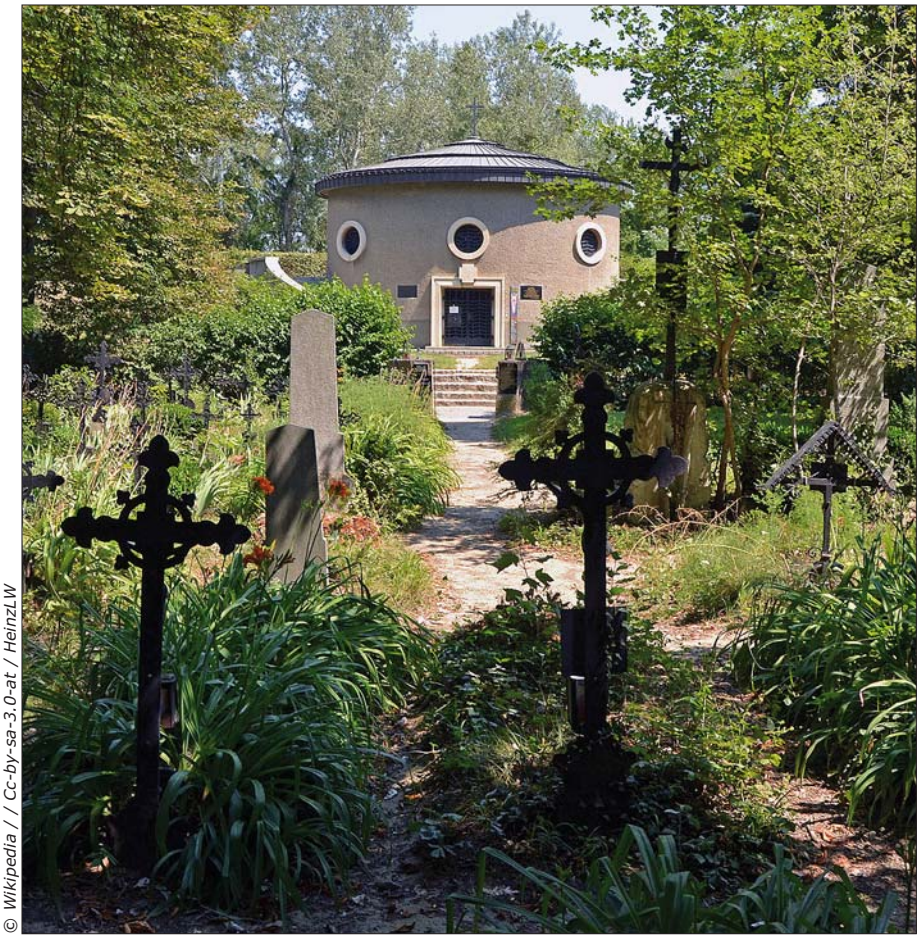
Mit der Geschichte und der Erhaltung des „Friedhofs der Namenlosen“ ist ein Mann untrennbar verbunden: Der ehrenamtliche Totengräber Josef Fuchs. Er lebte von 1906 bis 1996 und hat den Friedhof mit großer Sorgfalt betreut. Bis 1939 hat er die Wasserleichen sogar selbst begraben. Fuchs kümmerte sich auch nach seiner Pensionierung noch um die Gräber, bis er im Frühling 1996 im Alter von 90 Jahren starb. Er tauschte die Holzkreuze gegen schlichte eiserne Kreuze mit weißen Christusfiguren. Für seine unermüdliche Arbeit wurde Josef Fuchs vom Land Wien mit dem Goldenen Verdienstzeichen geehrt.

Auch eine Gedenktafel bei der Auferstehungskapelle erinnert an den ehemaligen Totengräber.

Fuchs hat auch dafür gesorgt, daß – ganz im Widerspruch zum Namen des Friedhofs – viele der Toten nicht ganz namenlos geblieben sind. Mithilfe von Abgängigkeitsanzeigen des Gemeindeamts Albern, die auch Personenbeschreibungen enthielten, konnte er viele Opfer identifizieren. Von all den Leichen, die er selbst begrub, konnte Fuchs bis auf eine einzige alle identifizieren.

Gedenkfeier

Am Nachmittag des ersten Sonntags nach Allerseelen wird jedes Jahr der Opfern der Donau und der Toten auf dem Friedhof der Namenlosen gedacht. Die Mitglieder des Arbeiter-Fischer-Vereins versammeln sich dann, um ein von ihnen gebautes Floß, geschmückt mit Kränzen, Blumen und brennenden Kerzen zu Wasser zu lassen. Auf dem Floß befindet sich auch ein symbolischer Grabstein mit der Inschrift „Den Opfern der Donau“ und der in den Sprachen Deutsch, Tschechisch und Ungarisch verfaßten Bitte, das Floß, wenn es am Ufer hängen bleiben sollte, einfach weiterzustoßen. Der Prozessionszug zieht dann zum Ufer der Donau hinunter, begleitet von einer Musikkapelle. Mit einer Holzzille bringen die Fischer das Floß in die Mitte des Stroms, um es den Fluten zu übergeben, zum Gedenken an die anonymen Opfer des Donaustroms. Manche dieser Flöße sollen sehr weit getrieben sein, bis sie sich auflösten. So sorgen die Fischer dafür, daß der Friedhof der Namenlosen nicht in Vergessenheit gerät. ■



© Wikipedia / Cc-by-sa-3.0-at / HeinzLW

Die sogenannte »Auferstehungskapelle«

Maßgeschneiderte Bausteine des Lebens

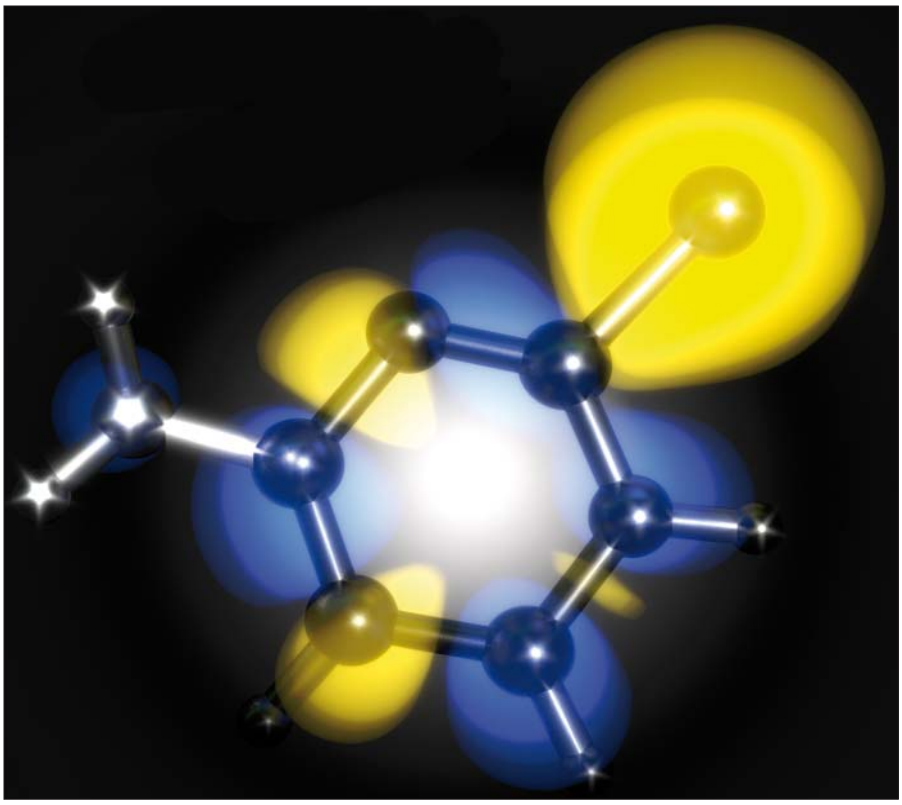
Einbau neuer Atome in das Erbgut hilft in der Krebsforschung.

Nukleobasen bilden die Grundbausteine des Erbguts. Wenn man deren Sauerstoffatome durch Schwefel ersetzt und anschließend mit UV-Licht bestrahlt, wirken diese Nukleobasen als Photochemotherapeutikum. Durch die Kombination von experimentellen und theoretischen Untersuchungen ist es den ChemikerInnen um Leticia González von der Universität Wien gelungen, den molekularen Prozeß hinter diesem Vorgang zu verstehen. Die neu gewonnenen Erkenntnisse können dazu beitragen, neue, noch effizientere Arzneistoffe zu entwickeln. Die Studie erscheint in der aktuellen Ausgabe von „Nature Communications".

Nukleobasen stellen das ABC des Lebens dar, indem sie durch die Abfolge der Bausteine Adenin, Guanin, Cytosin bzw. Thymin den Bauplan für die Proteine und andere Moleküle eines Lebewesens beinhalten. Seit kurzem sind ForscherInnen an chemisch modifizierten Nukleobasen interessiert, da diese bisher unbekannte biologische Funktionen haben können. So haben modifizierte Nukleobasen, bei denen Sauerstoffatome durch Schwefel ersetzt werden (sogenannte Thiobasen), im Vergleich zu den natürlich vorkommenden Nukleobasen völlig unterschiedliche Eigenschaften bezüglich der Empfindlichkeit gegenüber UV-Licht.

Adenin, Guanin, Cytosin und Thymin haben aufgrund ihrer chemischen Struktur einen internen Schutzmechanismus gegenüber UV-Strahlen. Sie wandeln UV-Licht in einem ultraschnellen Prozeß in Wärmeenergie um. Thiobasen jedoch „speichern" die Energie des eintreffenden UV-Lichts und können dadurch chemische Reaktionen mit ihrer Umgebung eingehen. So finden sich beispielsweise ausgewählte Thiobasen in Immunsuppressiva, welche PatientInnen nach einer Organtransplantation zur Unterdrükkung der Immunabstoßung verabreicht bekommen. Betroffene haben aufgrund der größeren Reaktionsfreudigkeit der modifizierten Thiobasen ein deutlich höheres Hautkrebsrisiko.

Die internationale Arbeitsgruppe um die theoretische Chemikerin Leticia González arbeitet schon seit mehreren Jahren an der Aufklärung der Photochemie von Nukleobasen.



© Sebastian Mai

Thiocytosin kann die Energie von UV-Licht speichern und diese für chemische Reaktionen einsetzen



Foto: Universität Wien

Leticia González von der Universität Wien

In ihrer aktuellen Studie haben die ForscherInnen nun erstmals den Mechanismus der Lichtanregung von Thiocytosin im Detail analysiert. „Wir haben in Echtzeit untersucht, wie sich ein Thiocytosin-Molekül während und nach der Anregung durch UV-Licht verhält. Dank ultrakurzer Laserimpulse konnten wir bereits Aussagen über die Zeitskalen, auf denen diese Reaktionen ablaufen, machen", so González. Um ein detailliertes Bild über die vom Molekül gespeicherte Lichtenergie sowie die Bewegungen des Moleküls zu bekommen, haben die WissenschafterInnen auf theoretische Simulationen zurückgegriffen.

„Unsere Berechnungen, die unter anderem am Vienna Scientific Cluster durchgeführt wurden, zeigen, daß Thiocytosin nach der Anregung durch UV-Licht extrem schnell in einen sogenannten Triplett-Zustand übergeht", berichtet González. Dabei treten nicht alle Elektronen des Moleküls paarweise auf, wie es normalerweise der Fall ist, sondern zwei Elektronen bewegen sich ungepaart unabhängig voneinander im Molekül. Die durch das UV-Licht gespeicherte Energie überdauert einen so langen Zeitraum, daß das Molekül dabei weitere chemische Reaktionen eingehen kann. „Die bei dieser Untersuchung gewonnenen Erkenntnisse können dazu beitragen, neue Tumortherapeutika zu entwickeln und damit einen wesentlichen Beitrag in der Krebstherapie zu leisten", erklärt die Chemikerin abschließend. ■

Quantenboost für künstliche Intelligenz

Intelligente Maschinen, die selbständig lernen, gelten als Zukunftstrend.

Forscher der Universität Innsbruck und des Joint Quantum Institute in Maryland, USA, loten aus, wie Quantentechnologien dabei helfen können, die Methoden des maschinellen Lernens weiter zu verbessern.

In selbstfahrenden Autos, IBM's Watson oder Google's AlphaGo sind Computerprogramme am Werk, die aus Erfahrungen lernen können. Solche Maschinen werden im Zuge der Digitalisierung in vielen Lebensbereichen Einzug halten. Bei der Erforschung von Methoden der künstlichen Intelligenz steht besonders der Ansatz des bestärkenden Lernens im Mittelpunkt. Dabei bewegen sich Agenten in einer Umgebung und reagieren auf Belohnungen und Bestrafungen. Sie erlernen selbständig eine Strategie, um die erhaltenen Belohnungen zu maximieren. Für Agenten und Umgebungen, die den Gesetzen der Quantenphysik gehorchen, wurde dieses Modell bisher kaum untersucht. In diese Lücke stoßen nun Vedran Dunjko und Hans Briegel vom Institut für Theoretische Physik der Universität Innsbruck sowie Jacob M. Taylor vom Joint Quantum Institute in Maryland, USA, vor. Sie legen in der Fachzeitschrift „Physical Review Letters" eine umfassende Analyse von Methoden des maschinellen Lernens unter Quantenbedingungen vor.

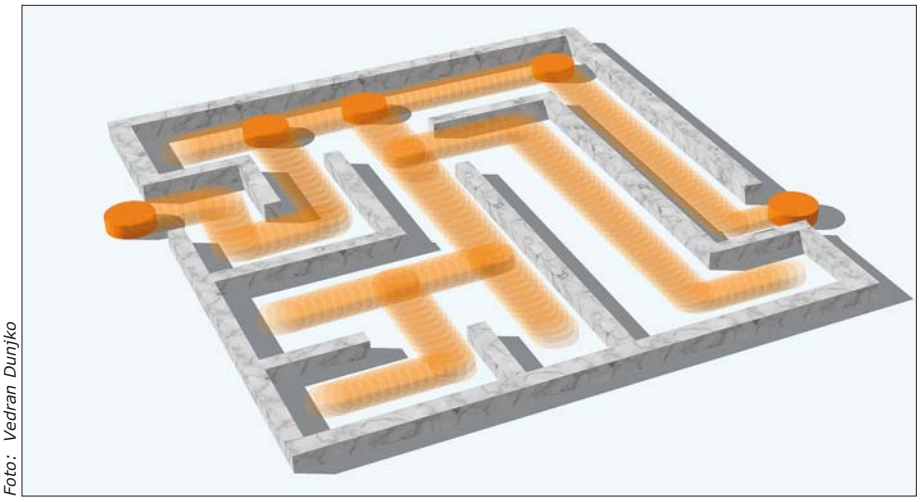


Foto: Vedran Dunjko

Die Forscher konnten zeigen, wie Standardalgorithmen der Quanteninformationsverarbeitung Agenten dabei helfen können, wenn es darum geht zu lernen, wie man am besten durch ein Labyrinth navigiert.

Lernen in der Quantenwelt

Die Frage, wie Quantencomputer die Leistung von lernenden Computern verbessern können, wurde bisher vor allem im Kontext sehr spezieller Fragestellungen diskutiert, so zum Beispiel zur Beschleunigung von Bilderkennungsprogrammen. „Wir haben einen breiteren Ansatz gewählt und untersucht, wie Methoden des maschinellen Lernens mit Hilfe von quantenphysikalischen Konzepten verbessert werden können", erklärt Vedran Dunjko. „Dabei haben wir theoretisch analysiert, welche Ergebnisse sich erzielen lassen, wenn Agent und Umwelt quantenphysikalischen Gesetzen unterliegen, also zum Beispiel miteinander verschränkt sind." Die Forscher übersetzen das Konzept des bestärkenden Lernens in die Quantenwelt und klären dabei schwierige Fragen, etwa was es heißt, wenn Quantenagenten mit der Umwelt interagieren oder wie die Geschichte dieser Interaktionen in der Quantenwelt sinnvoll beschrieben werden kann. „Wir konnten auch zeigen, wie Standardalgorithmen der Quanteninformationsverarbeitung Agenten dabei helfen können , schneller in einer Umgebung zu lernen, in der ein glücklicher Zug zu Beginn am Ende einen großen Unterschied machen kann, zum Beispiel wenn es darum geht zu lernen, wie man am besten durch ein Labyrinth navigiert", erläutert Vedran Dunjko.

Einblick in das Weltgefüge?

In Zukunft wollen die Forscher zum Beispiel untersuchen, ob ein Quantencomputer mit Hilfe eines Quantenagenten schneller seine Umwelt erkennen kann, um durch Störungen verursachte Rechenfehler rechtzeitig zu korrigieren. Die Arbeit der Physiker könnte aber auch eine neues Licht auf die Frage werfen, wie unsere klassische Alltagswelt aus Wechselwirkungen entstehen kann, die auf mikroskopischer Ebene den Gesetzen der Quantenphysik gehorchen. „Das Verständnis darüber, wie lernende Quantenagenten mit einer Quantenumwelt interagieren, könnte neue Einsichten in diese sehr grundlegende Frage liefern", ist auch der Leiter der Arbeitsgruppe, Hans Briegel, überzeugt.

Finanziell unterstützt werden die Arbeiten der Theoretiker unter anderem vom österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) und der Templeton World Charity Foundation.

Das Institut für Theoretische Physik gehört zur Fakultät für Mathematik, Informatik und Physik an der Leopold-Franzens Universität Innsbruck. Mit insgesamt knapp 80 Mitarbeitern zählt es zu den größten der Universität. In neun Forschungsgruppen arbeiten ProfessorInnen gemeinsam mit Master- und PhD-Studenten sowie zahlreichen PostDocs an unterschiedlichsten Schwerpunkten der Theoretischen Physik.

Als Ausbildungszentrum für den hoch qualifizierten und hoch motivierten akademischen Nachwuchs aus der nationalen und internationalen Scientific Community dient das Doktoratskolleg „Atome, Licht und Moleküle", das kürzlich vom FWF installiert wurde und an dem auch unser Institut beteiligt ist. Durch dieses wird auch die Zusammenarbeit zwischen den Forscherinnen und Forschern weiter intensiviert, wie auch durch den Spezialforschungsbereichs FoQuS (SFB F40), der von theoretischen und experimentellen Arbeitsgruppen aus Innsbruck und Wien gebildet wird und das Verständnis von Grundlagen und Anwendungen der Quantenphysik zum Ziel hat. ■

Wissenschaft & Technik

Blüten gaukeln Insekten Sonntagsbraten vor

Pflanzen greifen teilweise tief in die Trickkiste, um ihre Bestäuber anzulocken und damit ihr Überleben zu sichern.

Das Wissenschaftlerteam rund um den Pflanzenökologen Stefan Dötterl an der Universität Salzburg ist international führend, wenn es darum geht, das rätselhafte Wechselspiel zwischen Pflanzen und Insekten zu erforschen. Nun wurde von der Forscherin Annemarie Heiduk im Rahmen ihrer Promotion ein weiteres wichtiges Puzzleteil im System der Bestäubung durch Fliegen entdeckt, von dem in der renommierten Zeitschrift „Current Biology" berichtet wird.

Die Anklage wiegt schwer, der Vorwurf lautet Betrug. Täterin ist die Ceropegia sandersonii-Blüte, zu Deutsch Fallschirm-Leuchterblume, ihre Opfer sind zwei Millimeter große Nistfliegen. Unter der Federführung von Annemarie Heiduk gelang es einem Projektteam aus Salzburg, Deutschland und Südafrika nach sieben Jahren Forschungsarbeit nachzuweisen, daß die Pflanze den Duft einer sich wehrenden, sterbenden Honigbiene imitiert: „Es ist fantastisch. Wir konnten feststellen, daß die Pflanze 33 Substanzen nachahmt, die angegriffene Bienen aus verschiedenen Kopf- und Hinterleibsdrüsen abgeben. Die Lösung des Rätsels, warum die Fliegen von Blüten der Fallschirm-Leuchterblume angelockt werden, ist der Grundstein zur Aufklärung weiterer Nistfliegen-Bestäubungssysteme."

Nistfliegen sind „Futterdiebe", die ihr Futter normalerweise bei Spinnen oder Gottesanbeterinnen stehlen, sobald diese eine Honigbiene erbeutet haben. Werden sie allerdings von einer Leuchterblume durch ähnliche Duftstoffe geködert, fallen die Fliegen in den Blütenkessel. Anstatt hier den ersehnten Sonntagsbraten vorzufinden, werden die Fliegen etwa 24 Stunden festgehalten, um somit für die Bestäubung der Pflanze zu sorgen. Danach „spuckt" die Pflanze ihre Opfer aus und die Fliegen müssen sich erneut auf Futtersuche begeben. Aber auch für die bereits sehr intensiv erforschte Biene ergaben sich durch diese Untersuchungen neue Erkenntnisse: In den Duftproben, die von attackierten Bienen gesammelt wurden, konnten Substanzen identifiziert werden, die bisher bei Honigbienen unbekannt waren.



Foto: Universität Salzburg / Kolarik

Universitätsprofessor Stefan Dötterl und Annemarie Heiduk mit der »raffinierten« Fallschirm-Leuchterblume.

Die Fallschirm-Leuchterblume, die in Südafrika zu finden ist, ist nur eine von vielen „Täuschpflanzen", die Insekten in die Irre führen. „Man kann davon ausgehen, daß es etwa 15.000 Täuschpflanzen gibt, die ihre Bestäuber nicht mit Nektar, Pollen oder anderem belohnen. Wir versuchen zu entschlüsseln, warum es so viele dieser Pflanzen gibt und uns interessiert, wie sie sich darauf spezialisiert haben, ihre Bestäuber anzulocken", sagt Stefan Dötterl. Das neue Wissen rund um die Bestäubung durch Futterdiebe wird jetzt genutzt, um zu fragen, inwiefern auch andere Pflanzen diese Strategie wählen. Bei Pfeifenblumen konnte man etwa nachweisen, daß sie die Inhaltsstoffe von attackierten Wanzen nutzen, um bestäubende Fliegen anzulocken.

Fliegen sind in ihrer Bestäubungsleistung oftmals unterschätzt, denn 15 Prozent aller tierbestäubten Pflanzen haben sich für ihre sexuelle Reproduktion auf Fliegen spezialisiert. Somit sind sie gleich nach den Bienen, welche die alleinigen Bestäuber von 20 Prozent der Pflanzen sind, die zweit wichtigsten bestäubenden Insekten. Zudem bestäuben sie zusammen mit Bienen und anderen Insekten viele weitere Pflanzen, die nicht auf eine bestimmte Tiergruppe spezialisiert sind. Ein weitaus geringer Anteil von Pflanzen ist für die Übertragung ihres Pollens von Schmetterlingen, Wespen und Käfern abhängig. ■

Wissenschaft & Technik

Virtuell und 360°

Forschungsgruppe Media Creation der Fachhochschule St. Pölten erforscht die Zukunft bewegter Bilder



Foto: FH St. Pölten

Screenshot Virtual Reality / Traex: computergenerierte Visualisierung des New Yorker Times Square in einem virtuellen 360°-Raum

Virtuelle Realität in Verbindung mit 360°-Videos wird das Filmemachen in den nächsten Jahren verändern. Für Bewegtbildproduktionen ergeben sich dadurch neue Möglichkeiten und Herausforderungen bei Formatentwicklung, Produktion und Storytelling. Die Forschungsgruppe Media Creation des Instituts für Creative\Media/Technologies der FH St. Pölten erforscht und entwickelt die Technik zu dieser neuen Welt des Films und präsentierte die Arbeiten heute beim Media Innovation Day 2016 in Wien.

Bei der Kombination einer VR-Brille mit einem 360°-Video werden ZuseherInnen Teil einer virtuellen Welt und können selbst entscheiden, aus welchem Blickwinkel sie ein Video betrachten. Im Zuge mehrerer Projekte testen und entwickeln ForscherInnen und Studierende der FH St. Pölten die neue Technik.

„Verstärkt durch ein multisensorisches Erlebnis ruft diese Technik bei Nutzerinnen und Nutzern intensive Emotion und Empathie hervor und fördert ein direktes sinnliches Erleben“, sagt Rosa von Suess, Leiterin der Forschungsgruppe Media Creation am Institut für Creative\Media/Technologies der FH St. Pölten.

Virtual-Reality-Storytelling war am 3. Oktober das Thema des Media Creation Day in Wien. „Interaktion im VR-Raum kann die Erlebnisqualität mindern, indem sie den Handlungsverlauf unterbricht, störende Wartezeiten erzeugt oder einfach nur irritiert. Der Motivation, einer Erzählung teilnehmend zu folgen, steht der Lernprozeß, der eine z. B. sensorische Steuerung bedingt oft im Weg. An diesen Schnittstellen stellen sich relevante Fragen“, so von Suess.

Spiel zwischen Realität, Fiktion und virtueller Welt

Um diese neue Welt der Bewegtbilder zu testen, hat die Forschungsgruppe Media Creation gemeinsam mit Studierenden ein sogenanntes Alternate Reality Game (ARG) für Kinder entwickelt, ein Spiel, das gleichzeitig in mehreren Medien, in sozialen Medien und in der Realität gespielt wird.

Kern des Spiels ist eine detektivische Aufgabe für die SpielerInnen. Diese suchen in Kleingruppen nach Hinweisen, die auf zahlreiche Plattformen und Medien (online und offline) verteilt wurden. Dabei stoßen die Kinder in der digitalen Welt auf die Figuren aus einem Kinderbuch, die „transmedial“ zum Leben erweckt werden. Neben klassischen Medien und analogen Fundstücken kommen Social Media, Online-Videos, 3D-Virtual-Reality und 360°-Videos für mobile Geräte zum Einsatz.

Aufbau von Medienkompetenz

„Das Spiel sucht nach Wegen, mit denen sich ein Kinderbuch transmedial, also mittels verschiedener Medien, so erweitern und erzählen läßt, daß die Spielerfahrungen Spaß machen, abseits stereotypischer Rollen erlebt werden, der Mehrwert auf kollektiven Lösungen statt einzelner Highscore-Leistungen gesetzt wird und die Medienkompetenz der Kinder teamorientiert aufgebaut wird“, sagt von Suess.

„Der transmediale Kosmos des Spiels bestehend aus haptischen Gegenständen, digi-



Foto: FH St. Pölten / Raphaela Raggam

Studierende der FH St. Pölten zum ARG/Traex-Spiel

talen und analogen Medien und bildet den Rahmen für eine transmediale Spielwelt, in welcher bewußt die Grenzen zwischen Realität und Fiktion verschwimmen. Besonderes Augenmerk kommt dabei transmedialen Erzählstrategien zu, in denen – im Unterschied zur crossmedialen Vermarktung – Geschichten nicht bloß von einem Medium in ein anderes transformiert, sondern plattformübergreifend erzählt werden“, ergänzt Jennifer Biechele, Junior Researcher der Forschungsgruppe Media Creation, die das Projekt zum Spiel leitet.

Echter und virtueller Raum

Für die Produktion des 360°-Videos konstruierten Studierende des Bachelorstudiums Medientechnik unter Anleitung der Forschungsgruppe Media Creation eigens einen real begehbaren Raum aus Karton, der im Spiel mittels eines Virtual-Reality-Headsets (einem Head-Mounted-Display) oder einem Smartphone in Kombination mit einer geeigneten Halterung als virtueller 360°-Raum erlebbar ist.

Das Spiel entstand im Rahmen des Forschungsprojekts TraeX: Transmedia Extensions. Im Zentrum des Projekts steht die gendersensible Entwicklung von Medienformaten für Kinder. Dabei soll das spezifische Potential von transmedialen Erweiterungen für diese Zielsetzung ausgelotet und in Form eines Handbuchs der gendersensiblen Formatentwicklung in der Praxis nutzbar gemacht werden.

Virtual-Reality-App für Unternehmen

Auch praktische Anwendungen für Unternehmen ergeben sich durch die neue Technik: Für die Firma TriLite Technologies GmbH hat die Forschungsgruppe Media Creation eine interaktive Anwendung für eine Virtual-Reality-Brille entwickelt, um das Produkt der Firma zu präsentieren: TriLite entwickelt Bildschirme, die ohne 3D-Brille ein dreidimensionales Bild erzeugen können.

Da eine zweidimensionale Präsentation des Produkts mit Videos oder Printunterlagen den Effekt der Bildschirme nur schwer vermitteln kann, hat die Forschungsgruppe Media Creation einen Weg für eine dreidimensionale Darstellung gesucht und eine computergenerierte Visualisierung des New Yorker Times Square in einem virtuellen 360°-Raum erstellt.

Forschungsgruppe Media Creation

Die Forschungsgruppe betreibt interdisziplinäre audiovisuelle Forschung zu anwendungsorientierten Medienumgebungen und untersucht verschiedene Aspekte der Produktionsprozesse einer Vielzahl von Medien wie Film, Fernsehen, Internet und Mobile.
http://mediacreation.fhstp.ac.at

Forschungsprojekt TraeX: Transmedia Extensions

Das Projekt wird finanziert vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie im Rahmen des Programms FEMtech FTI Projekte. Das Projekt TraeX leiten Andreas Gebesmair, Institut für Medienwirtschaft, und Rosa Suess, Institut für Creative\Media/Technologies der Fachhochschule St. Pölten. ProjektpartnerInnen sind das Institut für Jugendliteratur, der Jungbrunnen Verlag, Markus Wiemker Game Design & Game Studies, das Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien und die Kinderbuchautorin Rosemarie Eichinger. ■
https://www.fhstp.ac.at/traex
http://traex.fhstp.ac.at



Foto: FH St. Pölten

Kern des Alternate Reality Games (ARG) ist eine detektivische Aufgabe für die SpielerInnen, die in Kleingruppen nach Hinweisen suchen.

Wissenschaft & Technik

Europas modernstes Pumpspeicherkraftwerk

Reißeck II liefert auf Knopfdruck die Leistung von 200 Windkraftwerken.

Mit einem Knopfdruck starteten Vizekanzler Reinhold Mitterlehner und Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser am 7. Oktober gemeinsam mit den Vorständen und Geschäftsführern von Verbund, Kelag und Energie AG Oberösterreich in der Kaverne auf 1600 Meter Seehöhe hoch über dem Kärntner Mölltal die Maschinen des neuen Pumpspeicherkraftwerks Reißeck II. Es wurde um 400 Millionen Euro vollständig im Inneren des Berges errichtet und liefert einen bedeutenden Beitrag zur Energiezukunft.

Sechs Jahre lang befand sich im Gebiet des Mühldorfer Grabens die höchstgelegene Wasserkraftwerksbaustelle Österreichs. Im Inneren des Berges wurde eine 43 Meter hohe und 58 Meter lange Felskaverne ausgebrochen. Mit einer 880 Tonnen schweren Tunnelbohrmaschine wurde auf 2200 Meter Seehöhe ein kilometerlanger Stollen zum Großen Mühldorfer See in den Berg getrieben.

Sämtliche Kraftwerkskomponenten, wie zum Beispiel die 200 Tonnen schweren Generatoren und Transformatoren, mußten vom Mölltal aus mit Schwertransporten auf den Berg und in die Kaverne gebracht werden. Bis zu 350 Fachkräfte arbeiteten gleichzeitig im hochalpinen Projektgebiet. Insgesamt wurden drei Millionen Arbeitsstunden für die Errichtung des Pumpspeicherkraftwerks Reißeck II geleistet.

„Das neue Kraftwerk ist eine weitsichtige und innovative Investition. Damit ermöglichen wir eine saubere, sichere und nachhaltige Energieversorgung“, sagte Wirtschafts- und Energieminister Reinhold Mitterlehner. Reißeck II sei eines der wichtigsten Kraftwerksprojekte in den vergangenen Jahren. „400 Millionen Euro wurden investiert, um bis zu 250.000 Haushalte mit nachhaltiger Energie zu versorgen, die regionale Wertschöpfung anzukurbeln und hunderte Arbeitsplätze zu sichern“, hob Mitterlehner die positiven Effekte hervor. „Mit Pumpspeicherkraftwerken stärken wir die Versorgungssicherheit und die Rolle Österreichs als ‚grüne Batterie‘ im Alpenraum. Damit unterstützen wir auch das Erreichen der Energie- und Klimaziele", sagt Mitterlehner, der zudem die gute Zusammenarbeit von Bund, Land und Energieunternehmen hervorhob.

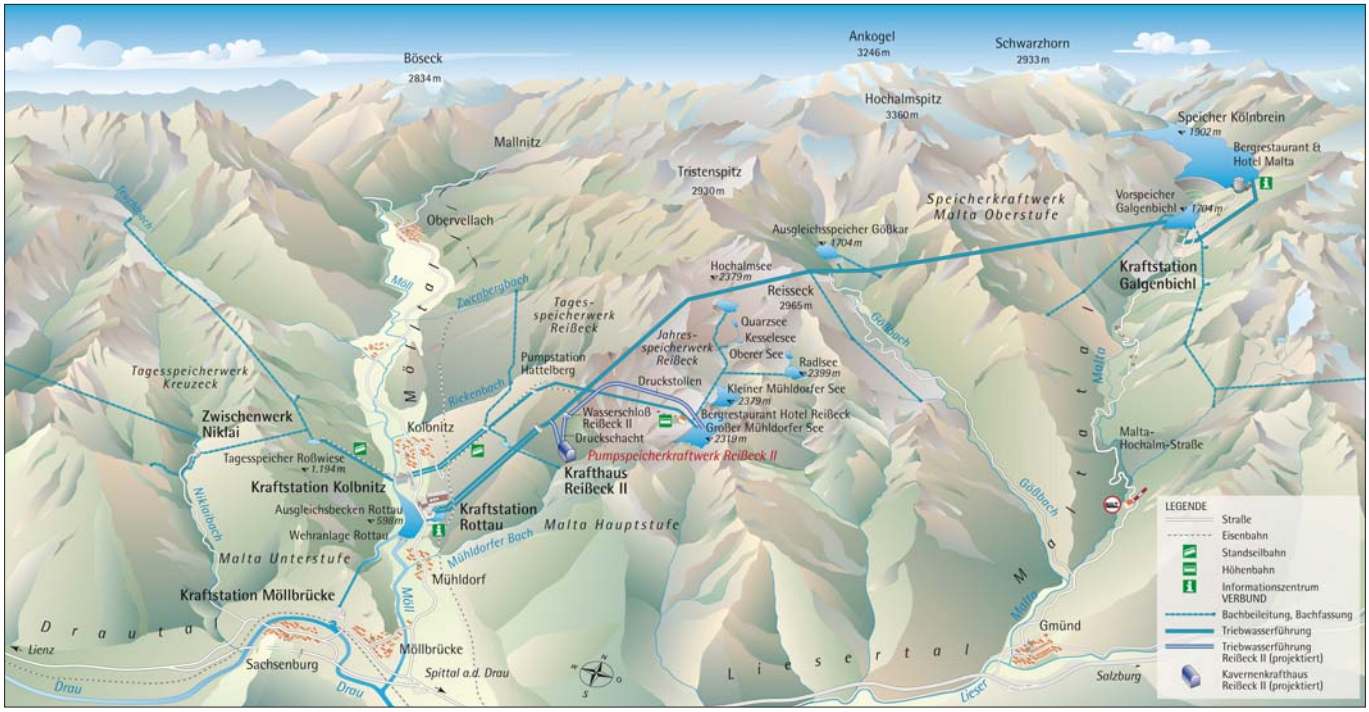
„Das ist ein Projekt der Superlative“, so Landeshauptmann Peter Kaiser bei der Inbetriebnahme des Kraftwerks: „Ich bin sehr stolz auf die Leistung der ‚Hydrobauer‘, die Bedeutung dieses Kraftwerks strahlt weit über die Region, sogar weit über Österreich hinaus, denn Reißeck II ist auch ein wichtiger Schritt zur Erreichung der Klimaziele.“

»Grüne Batterie« Reißeck II: wichtiger Baustein für unsere Energiezukunft

Das Herzstück des neuen Kraftwerks bilden die beiden hocheffizienten Pumpturbinen, die gemeinsam über eine Leistung von 430 Megawatt verfügen. Zur Stromerzeugung können im Turbinenbetrieb bis zu 80.000 Liter Wasser pro Sekunde aus dem Mühldorfer See über den 3,5 Kilometer langen Druckstollen auf die Turbinen und weiter in die Speicher Gößkar und Galgenbichl geleitet werden.

Ist hingegen zu viel Strom im Netz, kann Reißeck II diese Energie speichern, indem Wasser zurück hinauf in den Mühldorfer See gepumpt wird.

Das Kraftwerk im Berg kann dabei die gleichzeitige Stromproduktion von etwa 200 Windkraftanlagen aufnehmen und bei Bedarf auf Knopfdruck wieder bereitstellen. Damit wird das Pumpspeicherkraftwerk Reißeck II als „grüne Batterie“ in den Alpen zu einem



Grafik: Verbund



Foto: Verbund

Bei der Inbetriebnahme (v.l.): Karl Heinz Gruber (Verbund Hydro Power GmbH), Leo Windtner (Energie AG Oberösterreich), Armin Wiersma (Kelag), Landeshauptmann Peter Kaiser, Vizekanzler Reinhold Mitterlehner, Wolfgang Anzengruber (Verbund AG), Bügm. Erwin Angerer (Mühldorf), Josef Mayrhuber (Verbund Hydro Power GmbH), Stefan Hinteregger (ARGE Reisseck II), Michael Amerer (Verbund Hydro Power GmbH)

wichtigen Baustein für unsere Energiezukunft.

„Stromspeicher sind in einem erneuerbaren Energiesystem von zentraler Bedeutung. Sie sorgen für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit und füllen die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage vor allem in windschwachen und sonnenarmen Zeiten“, so Verbund-Vorstandsvorsitzender Wolfgang Anzengruber. „Wir begehen diesen Tag mit Stolz und Freude und wünschen dem neuen Kraftwerk Reisseck II möglichst viele wirtschaftliche Einsatzstunden im gemeinsamen europäischen Strommarkt!“

Mit Reißeck II entsteht eine der größten Wasserkraftwerksgruppen Europas

Mit dem neuen Pumpspeicherkraftwerk Reißeck II werden die bisher hydraulisch getrennten Verbund-Kraftwerkssysteme Reißeck und Malta miteinander verbunden, womit eine der größten Wasserkraftwerksgruppen Europas mit einer Turbinenleistung von mehr als 1450 Megawatt entsteht. Diese Kraftwerksgruppe steht jeden Tag im Einsatz, um Schwankungen im Stromnetz auszugleichen und Strombedarfsspitzen zuverlässig abzudecken.

Leo Windtner, Generaldirektor und Vorstandsvorsitzender der Energie AG Oberösterreich: „Die Erweiterung der Kraftwerksgruppe ist für die Energie AG Oberösterreich von besonderer Bedeutung: Wir können einerseits eine wichtige Speicherressource nutzen und andererseits unser Aufbringungsportfolio weiter optimieren. In Zeiten sehr volatiler Produktion durch die neuen erneuerbaren Energien Sonne und Wind sind grüne Batterien wie das Pumpspeicherkraftwerk Reißeck II für eine sichere Versorgung unverzichtbar!“

400-Mio-Euro-Investition floß zu 90 Prozent in österr. Wertschöpfung

Verbund investierte gemeinsam mit den langjährigen Partnern Kelag und Energie AG Oberösterreich rund 400 Millionen Euro in das Pumpspeicherkraftwerk Reißeck II. 90 Prozent der Investitionssumme wurden in Aufträge an die österreichische Wirtschaft mit heimischer Wertschöpfung vergeben. So verbleiben auch mehr als 50 Millionen Euro an lokaler und regionaler Wertschöpfung in Kärnten.

Armin Wiersma, Vorstand der Kelag: „Unsere Beteiligung am Kraftwerk Reißeck II ist mit rund 200 Millionen Euro die größte Einzelinvestition unseres Unternehmens in seiner mehr als 90jährigen Geschichte und stellt damit einen Meilenstein für unser Unternehmen und unsere Stromerzeugung dar. Mit diesem Strombezugsrecht steigt unsere Erzeugungsleistung um 16 Prozent auf rund 1330 MW. Diese Investition bedeutet einen großen Schritt in Richtung unseres strategischen Ziels, alle Kunden mit Strom aus eigener, regenerativer Erzeugung zu versorgen.“

Acht Millionen Euro flossen in ein breites Bündel an ökologischen Begleitmaßnahmen, wobei insbesondere die Renaturierung im hochalpinen Raum weit oberhalb der Baumgrenze international neue Maßstäbe setzt. ■

https://www.verbund.com



Foto: Verbund

Ein Blick in das Pumpspeicherkraftwerk Reißeck II während der Bauarbeiten

Kultur

300 Jahre Maria Theresia Strategin – Mutter – Reformerin

Eine Große Sonderausstellung beleuchtet Leben und Werk von 15. März bis 29. November 2017 an vier Standorten in Wien und Niederösterreich.



Foto: A. E. Koller für SKB

Maria Theresia im pelzverbrämten Kleid (1743), Maler: Jean-Étienne-Liotard – Dauerleihgabe der Österreichische-Nationalbank

Als Maria Theresia am 13. Mai 1717 in Wien zur Welt kam, war ihr Weg zu einer der bedeutendsten Persönlichkeiten der europäischen Geschichte alles andere als vorgezeichnet. Die sogenannte „Pragmatische Sanktion" verankerte die Unteilbarkeit der habsburgischen Gebiete und ebnete ihr als Frau den Weg auf den Thron. Zur Durchsetzung ihrer Herrschaftsansprüche mußte sie jedoch jahrelang kämpfen. Es war eine Zeit grausamer Kriege.

Licht und Schatten

Die 40jährige Regentschaft der „Schwiegermutter Europas" – wie sie aufgrund ihrer Heiratspolitik auch genannt wurde – steht für Krieg, Leid und Intoleranz ebenso wie für Modernisierung, Reformen und Kunstsinnigkeit. Egal ob Staat, Steuerwesen, Verwaltung, Schule, Universitäten oder Militär: Maria Theresia setzte den Grundstein für einen modernen Staat. Gleichzeitig standen ihre moralischen Ansichten im krassen Gegensatz zum aufklärerischen Gedankengut ihrer Zeit. Ihrem Interesse an Kunst und ihrem Bedürfnis nach Repräsentation verdanken wir Kulturschätze wie Schloß Schönbrunn.

Faszinierende Geschichte an Originalschauplätzen

Die Schloß Schönbrunn Kultur- und Betriebsges.m.b.H. und der KHM-Museumsverband nehmen den 300. Geburtstag Maria Theresias zum Anlaß einer umfassenden Ausstellung an vier Standorten in Wien und Niederösterreich. Ihr Leben und Wirken werden dabei ebenso beleuchtet wie ihr Mythos hinterfragt wird. Schauplätze dieser spannenden Auseinandersetzung sind historische Orte, die in engem Zusammenhang mit dem Wirken von Maria Theresia stehen: Schloß Hof und Schloß Niederweiden ließ sie maßgeblich ausbauen. Sie gründete das Hofmobiliendepot, das Anfang des 20. Jahrhunderts seinen heutigen Standort in der Andreasgasse fand. Die k.u.k. Wagenburg, die sich seit 1922 in ihrer Lieblingsresidenz Schönbrunn befindet, beherbergt ihren prächtigen Fuhrpark.

Schloß Hof: Bündnisse und Feindschaften

Im Rahmen eines viertägigen opulenten barocken Festes 1754 konnte Maria Theresia zum Kauf von Schloß Hof animiert werden, das Johann Lucas von Hildebrand im Auftrag von Prinz Eugen von Savoyen erbaute hatte. Hier sollte sich ihr Mann, Kaiser Franz I. Stephan „von der Last des Regierens erleichtern". Als dieser jedoch 1765 während der Hochzeitsfeierlichkeiten ihres Sohnes Erzherzog Peter Leopold verstarb, ließ Maria Theresia Schloss Hof kunstvoll im Stil des Klassizismus um- und ausbauen und ihr Witwenappartement dort einrichten. Die berühmte, nicht standesgemäße Hochzeit ihrer Lieblingstochter Maria Christina mit Herzog Albert von Sachsen-Teschen fand 1766 in der Kapelle von Schloß Hof statt.

Ein schwerer Start

Am Beginn der Ausstellung steht die sogenannte „Pragmatische Sanktion", welche



Foto: Hertha Humaus für SKB

Im Rahmen eines viertägigen opulenten barocken Festes 1754 konnte Maria Theresia zum Kauf von Schloß Hof animiert werden.

die weibliche Erbfolge und die Unteilbarkeit der habsburgischen Gebiete regelte. Dennoch war Maria Theresias Regierungsantritt nach dem plötzlichen Tod von Kaiser Karl VI. alles andere als einfach. Die österreichischen Erbfolgekriege gegen Bayern, Sachsen, Preussen und Frankreich prägten die ersten Jahre von Maria Theresias Regentschaft und fanden mit dem Frieden von Aachen 1748 ein Ende.

Feinde werden zu Verbündeten

In der kurzen Friedensperiode von 1748 bis 1756 kam es zu einem Paradigmenwechsel in der Bündnispolitik. Frühere Feinde wie Frankreich wurden zu Verbündeten. In dieser Konstellation begann 1756 der „Siebenjährige Krieg“, dessen Dimensionen in Europa und den Kolonien in Amerika und Indien in der Ausstellung greifbar gemacht werden.

Schließlich erwarb Maria Theresia Galizien-Lodomerien, die Bukowina und das Innviertel. Die österreichische Ratifikationsurkunde des Friedens von Teschen 1779 aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv ist ein Highlight der Schau. Mit diesem Vertrag kam das Innviertel an Österreich.

Glanz und Elend

Eindrucksvolle Gemälde von Schlachten sowie Portraitgemälde und Büsten berühmter Feldherren dieser Zeit werden in der Sonderausstellung gezeigt. Neben den heute noch bekannten Persönlichkeiten wie Leopold Joseph Maria Graf Daun, Gideon Ernst von Laudon oder Andreas von Hadik kommt auch das Elend der einfachen Soldaten zur Sprache. Die Söldner waren das Kanonenfutter machtpolitischer Interessen. Auch das Invalidensystem und die Versorgung der Kriegswaisen sind Thema.



Foto: Fritz Simak für SBK

Spielzimmertisch mit aufwendigen Intarsien auf Schloß Hof



Foto: Harald Boehm für SBK

Maria Theresia kaufte Schloß Niederweiden 1755 zusammen mit Schloß Hof.

Schloß Niederweiden: Modernisierung und Reformen

Das architektonische Kleinod Schloß Niederweiden wurde 1693/1694 im Auftrag von Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg vom selben Architekten errichtet wie Schloß Schönbrunn, nämlich von Johann Bernhard Fischer von Erlach. 1726 erwarb Prinz Eugen von Savoyen Schloß Niederweiden. Maria Theresia kaufte es 1755 zusammen mit Schloß Hof und beauftragte zehn Jahre später ihren Hofarchitekten Nicolaus von Pacassi mit dem Um- und Ausbau. Im Rahmen dieser Modernisierung ließ sie die Räumlichkeiten samt Festsaal in der damals beliebten China-Mode ausstatten. Dieser Wille zur Gestaltung, sei es in Schönbrunn, in Schloß Hof oder Schloß Niederweiden, der sich auch in der Politik der Regentin manifestierte, ist Thema der Sonderausstellung am Standort Schloß Niederweiden.

Die Impulse und ihre geistigen Väter

Am Beginn der Ausstellung werden das ständische System und die enormen sozialen Unterschiede einprägsam dargestellt, um zu begreifen, welche tiefgreifenden Auswirkungen die Reformen Maria Theresias hatten. Ihre Reformen waren wesentlich nachhaltiger als ihre militärisch-politischen Erfolge oder Niederlagen. Im Festsaal von Schloß Niederweiden werden die Denker ihrer Reformen dargestellt, sei es Gerhard von Swieten mit der Universitätsreform oder Joseph Leopold von Daun mit der Militärreform und Gründung der Militärakademie in Wiener Neustadt.

Eine Serie von Bildern aus dem Leben der Zöglinge von Bernhard Albrecht dokumentiert diese Einrichtung. Schulbänke erinnern an die Einführung der allgemeinen Schulpflicht. Viele von Maria Theresia gegründete Bildungseinrichtungen existieren noch heute als Theresianum, Handelsakademie, Veterinärmedizinische Universität, Montanuniversität oder Kunsthochschulen.

Aufklärung und Zurückhaltung

Mit der Reform von Staat, Steuerwesen, Verwaltung, Schule, Universitäten und Militär setzte Maria Theresia wesentliche Schritte zur Modernisierung ihres Reiches. Sie bediente sich dabei auch Anhängern der Aufklärung wie etwa dem Augustiner- Chorherren-Abt Johann Ignaz von Felbiger. Der Gedanke der Nützlichkeit für das Wohl des Staates und seiner Bevölkerung war an ihrem Handeln klar zu erkennen.

Gleichzeitig stand sie selbst als erzkatholische Herrscherin der Aufklärung skeptisch gegenüber. Die Folter schaffte sie erst auf Drängen von Joseph von Sonnenfels ab. Ihre Gesetzgebung „Constitutio Criminalis Theresiana“ von 1769 enthielt noch der Aufklärung suspekte Delikte wie Hexerei.



Foto: SBK

Wie wenn dort eben erst gekocht wurde: die Wildküche auf Schloß Niederweiden



Foto: Harald Boehm für SBK

Das Hofmobiliendepot • Möbel Museum Wien in Wien Neubau.

Hofmobiliendepot • Möbel Museum Wien: Familie und Vermächtnis

Mit derzeit etwa 6500 ausgestellten Objekten ist das Hofmobiliendepot • Möbel Museum Wien eine weltweit einzigartige Möbelsammlung. Die im Besitz der Bundesmobilienverwaltung befindlichen Möbel dokumentieren ganz bewußt in einer Mischung aus Depotcharakter und musealer Bespielung drei Jahrhunderte Wohnkultur. 1747 setzt Maria Theresia erstmals einen Hofmobilieninspektor ein, der mit der Inventarisierung, Pflege und Instandhaltung des hofärarischen Mobiliars beauftragt war. Ursprünglich war das Depot in Schönbrunn angesiedelt. Anfang des 20. Jahrhunderts bekam es seinen heutigen Standort in der Andreasgasse in Wien-Neubau.

Die Landesmutter und ihr Mythos

Am Beginn der Sonderausstellung steht eine Begegnung mit der Witwe Maria Theresia. Im ersten Teil der Schau wird der Mythos rund um die Regentin genau analysiert. Hier sind die vielen Denkmäler Maria Theresias ein wichtiges Thema, sei es in literarischer, musikalischer oder skulpturaler Form. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts sowie nach 1945 spielt Maria Theresia nämlich bei der Findung der „österreichischen Identität" eine ganz entscheidende Rolle.

»Bildpolitik« als Legitimation der Herrschaft

Die immense Bildproduktion hatte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auch die Funktion, zentrale Ansprüche und Funktionen habsburgischer Herrschaft zu unterstreichen. Wichtige Stationen dieser „Bildpolitik" der Regentin wie die ungarische (1741) und böhmische Krönung (1743) sind Gegenstand des zweiten Teils der Ausstellung. In zeitgenössischen Karikaturen wird Maria Theresia zum Feindbild der antihabsburgischen Propaganda.

Familie als politisches Geschäft

16 Kinder brachte Maria Theresia zur Welt, von denen zehn das Erwachsenenalter erreichten. Ihre Fruchtbarkeit war sicher auch der sehr glücklichen Beziehung zu Franz I. Stephan zu verdanken. Als Politikerin regierte sie vor, während und nach ihren Schwangerschaften mit eiserner Selbstdisziplin. Die so genannten „Ajos" und „Ajas" erzogen ihre Kinder nach minutiös ausgearbeiteten Vorschriften. Alle bis auf Maria Christina wurden politisch gewinnbringend verheiratet. Sie erlebten höchst unterschiedliche Schicksale, die in der Ausstellung beleuchtet werden.

Kulturelle Schätze

Was die Kunstliebhaberin Maria Theresia betrifft, so ist wohl Schloß Schönbrunn das am meisten beeindruckende Erbe des sogenannten „mariatheresianischen Rokoko". Umbau, Innenausstattung und Garten ihrer Sommerresidenz werden unter anderem mit Objekten aus der Beletage des Schlosses dokumentiert.



© Sammlung Bundesmobilienverwaltung, Foto: Fritz Simak für SKB

Familienporträt um 1754, Maler: von Martin van Meytens



Foto: KHM-Museumsverband

Kaiserliche Wagenburg Wien in Schönbrunn als »Bestandteil« der Schloßanlage

Kaiserliche Wagenburg Wien: Frauenpower und Lebensfreude

Da das Volk seine Herrscher meist nur bei Umzügen im Wagen sah, kam der Gestaltung von Prunkfahrzeugen stets größte Bedeutung zu. Die Übernahme der Kutsche eines Vorgängers oder Gegenspielers und das damit verbundene Anpassen von Insignien und Ikonografie waren wichtige Symbole der Macht. Auch Maria Theresia ließ den Einzugswagen ihres Vaters mit neuen, auf ihre weibliche Herrscheridentität anspielenden Malereien versehen. Für ihre vielen Kinder ließ die 16fache Mutter modische Kutschen bauen. Mit diesen „Berlinen" stellte die Dynastie bei öffentlichen Einzügen ihre beeindruckende personelle Stärke publikumswirksam zur Schau. Die Ausstellung zeigt erstmals eine Auffahrt dieser Wägen mit originaler Anspannung, wobei auch erstaunliche Restaurierungsergebnisse präsentiert werden.

Herrschaftsanspruch einer Frau

Maria Theresia nahm selbstverständlich ihre Herrscherrechte in Anspruch und verteidigte sie vehement gegen alle Angriffe. Sie verstand sich dabei aber stets als Ausnahme innerhalb einer ansonsten unantastbaren männlichen Weltordnung. Sie überschritt Grenzen, welche die Gesellschaft ihrer Zeit Frauen auferlegte, ohne sie prinzipiell in Frage zu stellen. Die enorme Akzeptanz, die sie zur großen Verwunderung ihrer Feinde in der Bevölkerung fand, lag nicht zuletzt darin, daß sie es meisterhaft verstand, ihre weibliche Identität offen zu leben und dennoch ausgeprägte „männliche" Herrschertugenden an den Tag zu legen.

Denn Spectacle müssen seyn!

Die junge Maria Theresia war bekannt dafür, daß sie gerne und ausgelassen feierte und tanzte. Zu ihren bevorzugten Vergnügungen gehörte außerdem das Reiten, wobei sie zum Erstaunen ihrer Zeitgenossen auch gerne Herrensättel benützte. Ein Highlight der Ausstellung wird das erstmals öffentlich gezeigte barocke Reitzeug der Monarchin sein, dessen prächtige Reitstange mit Reliefporträts des Herrscherpaares verziert ist. Die enge Verknüpfung von Vergnügen und Politik belegt das Damenkarussell, mit dem Maria Theresia während des ersten österreichischen Erbfolgekrieges ebenso subtil wie publikumswirksam zeigte, daß sie auch in traditionell männlich-kämpferischen Disziplinen „ihren Mann" zu stehen wußte. In der Ausstellung kann man das einmalige Ereignis durch eine virtuelle Installation rund um den prächtigen goldenen Karussellwagen nacherleben. Auch die großen Schlittenfahrten, mit denen sich die Hofgesellschaft im Winter vergnügte, waren Teil der fürstlichen Selbstdarstellung. Wie eindrucksvoll sie waren, wird eine opulente Prozession kunstvoller Gefährte mit Pferdegeläute zeigen. ■

http://www.mariatheresia2017.at



Foto: KHM, Kaiserliche Wagenburg Wien

Karussellwagen Maria Theresias. Wien, um 1742

Kultur

Ist das Biedermeier?

Amerling, Waldmüller und mehr. Große Herbstausstellung im Unteren Belvedere Wien bis 12. Februar 2017.



© Leihgabe des Vereins der Freunde der Österreichischen Galerie Belvedere, Foto: Belvedere, Wien

Ferdinand Georg Waldmüller, Am Fronleichnamsmorgen, 1857, Öl auf Holz 65 x 82 cm

Die große Herbstausstellung des Belvedere rückt die Entwicklung der Malerei in den Jahren zwischen 1830 und 1860 in den Mittelpunkt und stellt dabei die provokante Frage: „Ist das Biedermeier?“. Die von Sabine Grabner kuratierte Ausstellung ist bis 12. Februar 2017 im Unteren Belvedere zu sehen.

Im Zentrum steht die österreichische Malerei, respektive die Kunstentwicklung in der Kaiserstadt Wien, gezeigt werden Porträts, Landschaften und Genrebilder. Die Malerei erfährt ihre erste Blüte in den 1830er-Jahren, wobei deren Strahlkraft bis weit über die Jahrhundertmitte hinaus wirkt, bis durch den Bau der Ringstraße der Historismus in der österreichischen Kunst Einkehr hält.

Die Ausstellung beginnt also inmitten der historischen Epoche des Biedermeier und ragt weit über deren Ende hinaus. Aufgrund der kontinuierlichen Entwicklung in der Malerei wird ersichtlich, daß Kunst und Geschichte nur bedingt aufeinander wirkten. So hinterlässt die Revolution von 1848, mit der die Epoche des Biedermeier bzw. des Vormärz beendet wurde, lediglich in der Darstellung von dem politischen Ereignis ihre Spuren, nicht aber in maltechnischer oder kompositorischer Hinsicht.

„Das Belvedere verfügt über einen der weltweit bedeutendsten Sammlungsbestände österreichischer Kunst des 19. Jahrhunderts, darunter große Meisterwerke der Kunstgeschichte. Es war mir daher ein besonderes Anliegen, diese historische Epoche von einem wissenschaftlichen Standpunkt aus neu zu betrachten. Die aktuelle Ausstellung ‚Ist das Biedermeier? Amerling, Waldmüller und mehr‘ präsentiert den Besuchern die Malerei zwischen 1830 bis 1860 nun aus einem völlig neuen Blickwinkel und bewirkt vielleicht, daß der Begriff des ‚Biedermeier‘ in der Malerei zukünftig mit mehr Bedacht verwendet wird. Denn die großartigen Leistungen jener Künstler, die bisher dem Biedermeier zugeschrieben wurden, gehen weit über diese historische Epoche hinaus“, so Agnes Husslein-Arco, Direktorin des Belvedere.

Die Frage „Ist das Biedermeier?“ zieht automatisch die Gegenfrage nach sich: „Was will das Publikum als Biedermeier sehen?“

Das Denken der Zeit äußert sich in der Themenwahl und nicht in der stilistischen Entwicklung der Malerei. Dargestellt werden Szenen aus dem bürgerlichen Leben. Waldmüllers Fronleichnamsmorgen (1857), Reisigsammler im Wienerwald (1855) oder Vorfrühling im Wienerwald (1861, alle Belvedere, Wien) gelten, obwohl sie lange nach dem Ende der Biedermeierepoche entstanden sind, aus einer Gewohnheit heraus nach wie vor als die Beispiele einer Biedermeiermalerei. Dabei zählen diese Werke in jeder Beziehung, also hinsichtlich der Behandlung des Lichts, der räumlichen Gestaltung und des Erzählgehaltes auch im internationalen Kontext zu den Höhepunkten der realistischen Genremalerei.

Um diese eingefahrenen Denkschemata aufzulösen, sind in der Ausstellung Werke zu sehen, deren Themen und Erscheinungsbild sehr unterschiedlich sind, obwohl sie alle aus dem genannten Zeitraum stammen. Vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Basis wurden Maler gewählt, deren Geburtsjahr zwischen 1790 und 1820 liegt, deren künstlerische Ausbildung einem ähnlichen Denken entspringt und deren Entwicklung aus diesem Grunde auch unter vergleichbaren Bedingungen verlief.

Außerdem konzentriert sich die Auswahl nicht nur auf österreichische Maler, sondern reicht über die Grenzen des heutigen Österreich hinaus bis nach Oberitalien, Slowenien, nach Ungarn und Tschechien. Auf dieser Basis ist eine Zusammenschau der Kunstentwicklung in der Mitte des 19. Jahrhunderts im gesamten Gebiet von Österreich und der habsburgischen Kronländer gegeben. Die Objektauswahl wurde in Absprache mit Wissenschaftlern in den betreffenden Ländern vorgenommen, um einen repräsentativen Überblick zu gewährleisten.

„Von großem Interesse sind vor allem jene Künstler, deren Arbeiten eine hohe Eigenständigkeit aufweisen und damit den



© Belvedere, Wien

Bild oben: Anton Hansch, Wengeralpe im Berner Oberland (Jungfrau und Mönch), 1853, Öl auf Leinwand 140 x 190 cm

Bild unten: Josef Danhauser, Der reiche Prasser, 1836, Öl auf Leinwand 84 x 131 cm



© Belvedere, Wien

traditionellen akademischen Vorgaben entgegenwirkten. Als herausragendes Beispiel ist hier Friedrich von Amerling zu nennen, der mit seinen einfigurigen Genrebildern eine einzigartige Stellung im Wiener Umfeld einnahm“, so Kuratorin Sabine Grabner. Von großer Folgewirksamkeit waren auch Josef Danhausers ideenreiche Bilderzählungen, desgleichen die hervorragenden Porträts und Genrebilder des aus Ungarn stammenden und hauptsächlich in Wien wirkenden József Borsos, die kraftvollen Landschaftsdarstellungen des tschechischen Malers Bedřich Havránek, die vorzüglich ausgeführten Figuren des in Mailand wirkenden Francesco Hayez, die vielfältigen Menschendarstellungen des Oberösterreichers Johann Baptist Reiter, sowie die ausdrucksstarken Porträts des in Görz/Gorizia geborenen und in Triest arbeitenden Giuseppe Tominz. „Eine Sonderstellung nimmt der Wiener Ferdinand Georg Waldmüller ein, der sowohl mit seinen Porträtdarstellungen, als auch mit den Landschaftsansichten und Figurenbildern eine Vorreiterrolle innehatte. Waldmüller war es auch, der noch während der Biedermeierzeit in seinen Bildern auf die Verelendung der Bevölkerung am Rande der Gesellschaft hinwies und mit seinen Darstellungen die Situation von Pfändungen, Delogierungen oder Kinderarbeit thematisierte“, ergänzt Sabine Grabner.

Die Ausstellung im Unteren Belvedere zeigt neben hochkarätigen Leihgaben aus öffentlichen und privaten Sammlungen in Italien, Deutschland, Slowenien, Tschechien und Ungarn auch eine Auswahl von rund fünfzig Werken aus der Sammlung des Belvedere, das im Besitz der weltweit größten Biedermeiersammlung ist.

Als Ergänzung zu den Gemälden wird auch der Möbelproduktion und ihrer Entwicklung ab den 1830er-Jahren innerhalb der Schau Platz eingeräumt. Eine Reihe von Sitzmöbeln verweist auf den vielfältigen Stilwandel vom Biedermeier zum Zweiten Rokoko und darüber hinaus, was einen Vergleich mit den in den Bildern dargestellten Objekten ermöglicht.

Zur Ausstellung erscheint ein Katalog in deutscher und englischer Sprache. Artikel über die Malerei in Österreich und in den habsburgischen Kronländern sowie zur Entwicklung der Möbelproduktion im betreffenden Zeitraum werden erweitert durch sachkundige Berichte über das zeitgenössische Kunstgeschehen in Frankreich, England, Dänemark und Deutschland.

Im Rahmen der Ausstellung sind die BesucherInnen auch dazu eingeladen, sich ebenfalls mit der Frage „Ist das Biedermeier?“ zu beschäftigen. Unter dem Hashtag #DasistBiedermeier können sie ihre Antworten auf den Social Media Kanälen des Belvedere veröffentlichen. Ein Selfie Point im Marmorsaal lädt ein, das perfekte Biedermeierfoto zu machen. ■

http:/www.belvedere.at



© Pavia, Musei Civici del Castello Visconteo

Francesco Hayez, La accusa segreta [Die geheime Anklage], 1847–1848; Öl auf Leinwand 153 × 120 cm



Foto: Belvedere, Wien, 2016

Ausstellungsansicht »Ist das Biedermeier? Amerling, Waldmüller und mehr«

Kultur

Film-Stills

Fotografien zwischen Werbung, Kunst & Kino. Von 4. November 2016 bis 26. Februar 2017 in der Albertina Wien.



© BFI National Archive: London

Anonym, James Stewart in Das Fenster zum Hof, Regie: Alfred Hitchcock, 1954

Wer kennt sie nicht: Die Bilder der lachenden Marilyn Monroe im hochgewehten, weißen Kleid im Verflixten siebenten Jahr oder die Fotografien des verschwörerischen Blicks James Stewarts' im Fenster zum Hof? Ob man die Filme gesehen hat oder nicht, die Bilder kennt man. Es sind diese Film-Stills, die sich ins kollektive Gedächtnis eingeprägt und die Wahrnehmung der Filme maßgeblich beeinflußt haben.

Film-Stills sind sowohl visuelle Spuren des Films als auch eigenständige fotografische Bildformen. Während Dreharbeiten auf Filmsets aufgenommen, basieren sie auf einem aufwendigen Verfahren, bei dem FotografInnen Filmszenen eigens für die Fotokamera reinszenieren.

In einer umfassenden Ausstellung widmet sich die Albertina erstmals diesem hybriden Genre und zeigt 130 Film-Stills, die zwischen 1902 und 1975 aufgenommen wurden. Film Stills erreichen in dieser Zeit durch die Schwarz-Weiß-Fotografie ihre höchste technische und ästhetische Qualität und ermöglichen gleichzeitig einen Querschnitt durch unterschiedliche Strömungen der Foto- und Filmgeschichte wie Piktorialismus oder Expressionismus. Anhand von Bildern von Deborah Imogen Beer, Horst von Harbou, Pierluigi Praturlon, Karl Struss u.a. werden drei Aspekte der intermedialen Bezüge dieses Genres besonders hervorgehoben: Die Funktionen von Film-Stills, die von Brüchen und Kopplungen gekennzeichneten Schnittstellen zwischen Fotografie und Film, sowie der künstlerische Mehrwert von Standbildern werden beleuchtet.

Für Medien und Presse

Die Aufgaben von Film-Stills sind klar definiert: Als Werbe- bzw. Pressematerialien dienen sie der Bewerbung von Filmen. Neben Trailern, dem Filmjournalismus und anderen Werbemaßnahmen wie Plakaten prägen Stills wesentlich die Erwartungshaltung, die einen Film zum Zeitpunkt seines Kinostarts umgibt. Nicht die authentische Wiedergabe des Films, sondern die Anfertigung visuell appellativer Bilder ist demnach von Bedeutung. In Schaukästen und Medien visualisieren Standbilder unterschiedliche Aspekte des Films, die von Schlüsselszenen bis zu den Dreharbeiten reichen. Dieser mo-

tivischen Vielfalt entsprechen unterschiedliche Kategorien an Film-Stills: Porträtaufnahmen der SchauspielerInnen, für die eigene StudiofotografInnen verantwortlich zeichnen, Szenenfotos und Produktionsfotos finden in diesen Bereichen Verwendung. In zahlreiche Distributionsprozesse eingespeist, dienen die Bilder darüber hinaus als Vorlage für Plakate, Lobby Cards, Fotobücher und für Pressematerialien.

Intermedialität und Selbstreflexion

Film-Stills verbinden funktionale Ansprüche mit fotografischen und filmischen Bestrebungen. Dabei bietet die Standfotografie die einzige Möglichkeit, visuelle Spuren außerhalb des filmischen Ereignisses – der Projektion – sichtbar zu machen. Die Schwierigkeiten für FotografInnen bei derartigen Aufnahmen liegen in der medialen Differenz zwischen dem bewegten (projizierten) Film und der statischen (materiellen) Fotografie. In einem komplizierten und aufwendigen Verfahren reinszenieren sie am Set Szenen des Films speziell für den Fotoapparat, womit



Foto: Österreichisches Filmmuseum © Horst von Harbou - Deutsche Kinemathek

Bild oben: Horst von Harbou, Georg John in M – Eine Stadt sucht einen Mörder, 1931 Silbergelatine

Bild unten: Horst von Harbou, Metropolis, Regie: Fritz Lang, 1927, Kolorierte Nitrozellulose-Transparentfolie

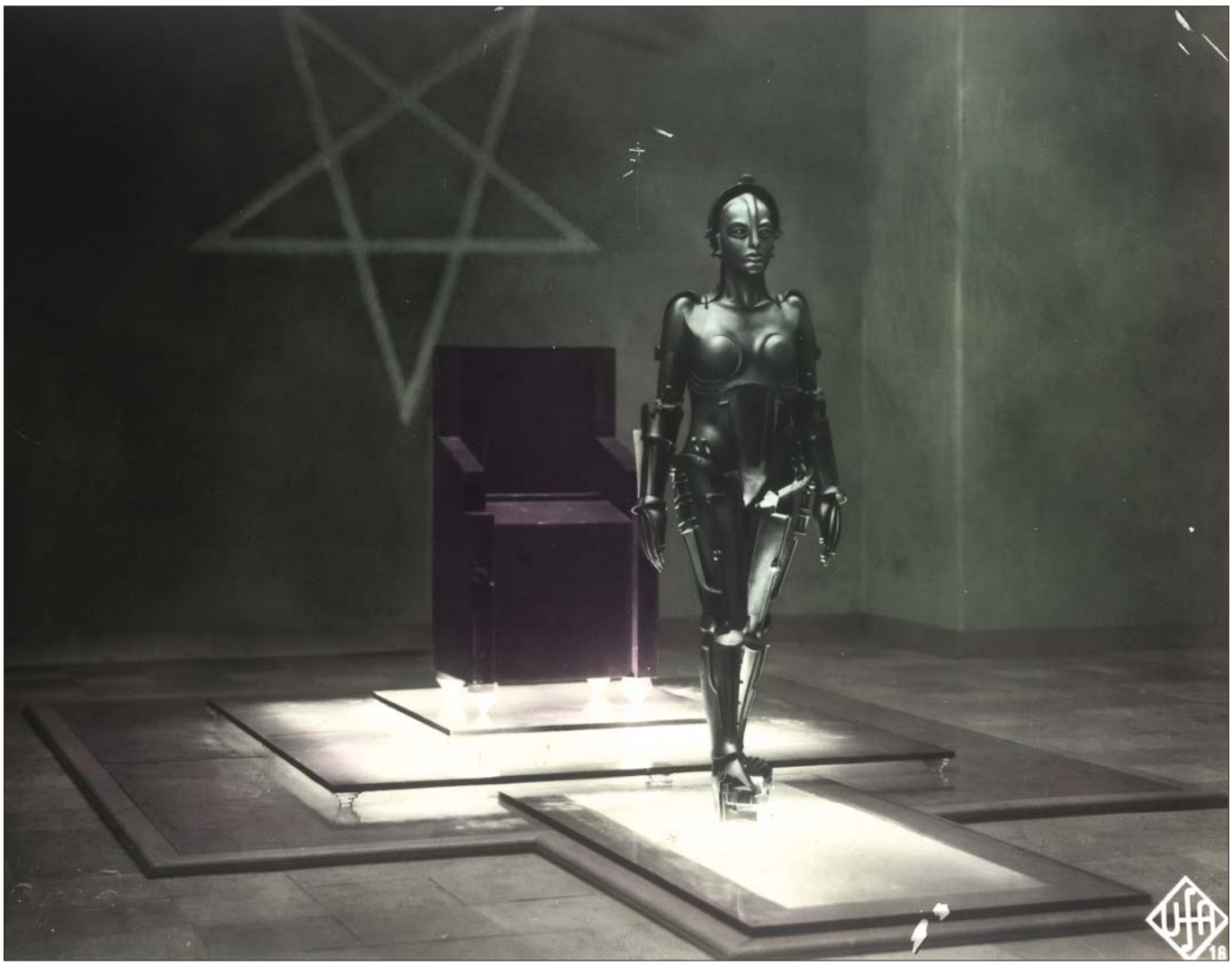


Foto: Österreichisches Filmmuseum © Horst von Harbou - Deutsche Kinemathek

der Film von einem bewegten zu einem statischen Medium transformiert wird.

Die Anwendung unterschiedlicher – spezifisch fotografischer – Strategien erlaubt in den Film-Stills „filmische“ Rezeptionsweisen: Momentfotos, die die Dynamik des Films evozieren, sind ebenso beispielhaft wie Panoramafotos, die eine längere Lektüre bedingen. Standbilder wiederholen so Elemente des Films, schreiben diese different in ein fotografisches Medium ein und sind damit „Zwischenbilder“, die Aspekte beider Medien vereinen. Sie sind nicht bloß als statischer Blick auf eine filmische „Realität“ rezipierbar, sondern stellen eigenständige fotografische Bildformen dar. Dieser Aspekt wird auch dadurch bekräftigt, daß Stills den Film oftmals in eigenständiger Weise fortführen und so neue Perspektiven auf diesen eröffnen. In diesen Stills wird das „Filmische“ oftmals selbstreflexiv kommentiert.

Film-Stills an der Schnittstelle zur bildenden Kunst

Zwischen Film und Foto angesiedelt, weisen Film-Stills vielfach auch künstlerische Züge auf. Die Komposition spielt an dieser Stelle eine große Rolle, zeugt sie doch von einer vom Filmbild verschiedenen Bild-Konzeption. Denn während Bewegtbilder als horizontale Syntagmen entworfen und die Bildelemente dementsprechend hinsichtlich ihrer visuellen Fortsetzung in Folgebildern angeordnet werden, inszenieren StandfotografInnen Stills anhand des (statischen) zentralperspektivischen Kamerafluchtpunkts. Dieser positioniert Betrachtende an jenem Standort, der diesen seit der Renaissance zugewiesen wird, nämlich exakt vor der Mittelachse des Bildes. Viele Stills zeigen dementsprechend Anklänge an die Guckkastenbühne des Theaters – und wählen Perspektiven, die Szenen unmittelbarer und somit leichter lesbar machen.

FotografInnen nehmen bei der Gestaltung vielfach ikonografische und stilistische Anleihen aus verschiedenen Kunstrichtungen: Expressionismus, Jugendstil und Piktorialismus sind beispielhaft.

StandfotografInnen lösen sich vom Film und setzen ihre eigenen Bildvorstellungen um. Ihre Bilder dienen dementsprechend nicht der „werkgetreuen“ Wiedergabe von Aspekten des Films, vielmehr setzen sie durch diese subjektive künstlerische Praktiken um, die eine Umkehrung der klassischen Hierarchie zwischen Fotografie und Film impliziert. ■

http://www.albertina.at



Foto: Österreichisches Filmmuseum

Anonym, Werner Krauss in Der Student von Prag, 1926



Foto: C. Sam Shaw Inc.- licensed by Shaw Family Archives, Privatsammlung

Sam Shaw, Marilyn Monroe und Tom Ewell in Das verflixte siebente Jahr, Regie: Billy Wilder, 1954



Foto: Privatsammlung

Pierluigi Praturlon, La dolce vita - Das süße Leben, Regie: Federico Fellini, 1959

Kultur

Das Wohnzimmer der Familie Glück

Ausstellung im Jüdischen Museum Wien bis 26. März 2017

Die Wohnzimmer-Einrichtung der Familie Glück repräsentiert ein auf den ersten Blick ganz normales Wiener Möbelensemble aus den 1920er-Jahren. Die Geschichte dieser Möbel macht sie aber zu herausragenden zeitgeschichtlichen Objekten: Denn während die meisten Möbel der Wiener Jüdinnen und Juden in den Jahren nach 1938 „arisiert" in Wien zurückgelassen werden mußten, gelang es der Familie Glück, ihre Einrichtung über Frankreich nach New York zu bringen. Im Zentrum der Ausstellung steht eine jüdische Kürschner-Familie aus Wien mit all ihren Einzelschicksalen. Ihre Geschichte beginnt mit der Zuwanderung aus den nordöstlichen Kronländern der Monarchie um 1900 nach Wien und erzählt vom Ankommen und Fußfassen in Wien, von der Flucht nach Amerika im Jahr 1938 bis zur Auflösung der New Yorker Wohnung mit dem Wiener Mobiliar im Jahr 2014 und dessen Rückkehr nach Wien. Henry Glück, der 1934 in Wien geboren wurde und die Schoa in Frankreich überlebte, schenkte die Möbel dem Jüdischen Museum Wien.

Henry Glück kam nicht zufällig auf das Jüdische Museum Wien: Seine Stiefmutter Herta Kleeblatt Glück war eine enge Verwandte von Norman Kleeblatt, dem Chefkurator des Jewish Museum New York. Er und Henry Glück erachteten nach dem Tod von Herta Kleeblatt Glück das Jüdische Museum Wien als den richtigen endgültigen Aufbewahrungsort für die Wohnzimmer-Einrichtung, die nun mit Unterstützung des Außenministeriums nach Wien gebracht wurde.

Die Geschichte der Familie Glück aus Wien erzählt von jüdischer Flucht und Migration im 20. Jahrhundert. Hersch Glück, der aus Tarnopol in der heutigen Westukraine stammte, kam um 1900 nach Wien – zu dieser Zeit strebten besonders viele JüdInnen aus Galizien in die Hauptstadt der Habsburgermonarchie – in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Seine Frau Judith Widder stammte aus dem heute westslowakischen Nitra. Hersch Glück war Kürschner und Kappenmachermeister, seine Söhne Erwin und Walter erlernten ebenfalls dieses Handwerk.

Die Geschichte der Flucht der Familie beginnt 1938 ebenfalls am Fleischmarkt 15.



Foto: Peter Prescott

Die Möbel der Familie Glück in der New Yorker Wohnung in vor der Auflösung 2014

Nach dem „Anschluß" wurde der Betrieb von den Nazis „arisiert", Erwin Glück, dem Vater des damals vierjährigen Henry Glück, gelang es bereits im April 1938 nach Frankreich zu entkommen, Henry und seiner Mutter Lily, die im Textilhandel tätig war, erst im März 1939. Erwin reiste bald von Frankreich aus weiter in die USA, seine Frau Lily wurde in Nizza verhaftet, nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Ihre Mutter Johanna und Erwins Vater Hersch wurden 1941 in Kaunas (im heutigen Litauen) von den Nazis getötet.

Der achtjährige Henry Glück kam nach der Deportation seiner Mutter 1942 in einem von dominikanischen Patern geführten Internat unter – dieses Internat steht auch im Zentrum des Films „Auf Wiedersehen, Kinder" (Original: „Au revoir les enfants") von Louis Malle aus dem Jahr 1987. Ein Ausschnitt aus dem Film ist in der Ausstellung zu sehen. Danach wurde Henry von der französischen Familie Vigué aus Aix-en-Provence aufgenommen, lebte dort unter falscher Identität und überlebte so den Krieg. Mitglieder der Familie wurden 2010 auf Anregung von Henry Glücks zu „Gerechten unter den Völkern" erklärt.

Henry Glücks Vater Erwin konnte nach seiner Flucht aus Frankreich in New York als Kürschner Fuß fassen und nannte sich fortan Irving. Er heiratete ein zweites Mal – Herta Kleeblatt, eine Emigrantin aus Deutschland. 1946 fand er über eine jüdische Hilfsorganisation seinen Sohn Henry wieder und holte ihn in die USA. Im New Yorker Stadtteil Queens richtete sich das Ehepaar Glück Kleeblatt einen Haushalt ein, dessen Grundstock die Wohnzimmer-Einrichtung bildete, die Irving Glück aus Wien in die neue Heimat bringen konnte. Henry kehrte 1957 zum Studium nach Frankreich zurück, wo er bis heute lebt. Irving Glück starb 1979, Herta Kleeblatt Glück 2012. Henry Glück entschied sich im Zuge der Wohnungsauflösung die Wiener Möbel dem Jüdischen Museum Wien zu schenken. ■

http://www.jmw.at